Bethmann Hollweg
Kriegsreden

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart-Berlin

Bethmann Hollwegs Kriegsreden

Herausgegeben und historisch-kritisch eingeleitet von

Dr. Friedrich Thimme
Direktor der Bibliothek des vormaligen Herrenhauses

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1919

Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

In dem vor kurzem erschienenen ersten Teil seiner „Betrachtungen zum Weltkriege“ hat Herr von Bethmann Hollweg von der hohen Warte der ethischen Überzeugungen, die das Werk von Jahrtausenden sind, Verwahrung eingelegt sowohl gegen die „summarische und pharisäerhafte Schuldigsprechung des Gegners“, in der sich unsere Feinde vom ersten Tage des Weltkrieges ab gefallen haben, als auch gegen ein „eigenes unwahres und würdeloses Schuldbekenntnis“, wie es die manchen Deutschen eigene Sucht zur Selbstzerfleischung unseren Feinden entgegengetragen hat. Das Buch des ersten deutschen Kriegskanzlers, das leider erst am Vorabend des Friedensschlusses erschien, hat nicht verhindern können, daß unsere Gegner uns das — innerlich unwahre — Eingeständnis der alleinigen Schuld und Verantwortung Deutschlands am Kriege abgepreßt haben. Aber in dem Wiederaufnahmeverfahren gegen das abgezwungene Schuldbekenntnis und den einseitigen Schuldspruch, das das deutsche Volk vom ersten Tag des Friedens an betreiben muß, wird das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs, das die starke Sprache der inneren Wahrhaftigkeit und der Ehrlichkeit führt, von der größten Bedeutung sein. Eine gleiche Bedeutung kommt auch den Kriegsreden des ehemaligen Kanzlers zu, die hier zum ersten Male der Öffentlichkeit in einer vollständigen, allen Erfordernissen der Wissenschaft und des politischen Lebens genügenden Ausgabe dargeboten werden. Vom Beginn des Weltkrieges an haben die Kanzlerreden, die schon nach ihrem sachlichen Gehalt und als Ausdruck der Zeitstimmung in einer Epoche der Weltenwende geschichtliche Dokumente ersten Ranges sind, zu unserem besten Rüstzeug in dem geistigen Kampf mit unseren Gegnern gehört. Fast alle haben sie in ihrer schlichten, ganz auf Redensarten verzichtenden Sachlichkeit und Nüchternheit, ihrer Aufrichtigkeit, Geradheit und Wahrhaftigkeit, ihrer inneren Vornehmheit, die willig die Tapferkeit der Feinde anerkennt, nie sich zu Schmähungen herabwürdigt, in ihrer Versöhnlichkeit und Mäßigung, nicht zuletzt auch in der

Tiefe und Wärme des menschlichen Empfindens einen starken Eindruck weit über Deutschlands Grenzen hinaus hervorgerufen. Nichts Besseres ließe sich für die deutsche Sache wünschen, als wenn sie einmal mit den Reden der gegnerischen Staatsmänner, in denen kaum jemals etwas von Mäßigung und Gerechtigkeit, geschweige denn von Vornehmheit zu spüren war, gleichsam konfrontiert würden. Aber auch für sich allein dürfen sie, in ihrer zeitlichen Folge und in ihrem inneren Zusammenhang aneinandergereiht, einer gesteigerten Wirkung im Auslande wie im Inlande sicher sein. Durch das Erscheinen des Bethmannschen Buches ist die Herausgabe seiner Kriegsreden nicht etwa überflüssig geworden; im Gegenteil, die Reden sind und bleiben die notwendige Ergänzung der „Betrachtungen zum Weltkriege“; beide steigern einander in ihrer Bedeutung und erheben sich zusammen zu einem Zeugnis von einer Durchschlagskraft, der auf deutscher Seite nichts gleichgesetzt werden kann.

Der Plan einer Herausgabe der Kriegsreden Herrn von Bethmann Hollwegs ist nicht erst im Zusammenhang mit seinem Buche gefaßt worden, datiert vielmehr in seinen Anfängen schon aus der Zeit nach dem Abgang des Kanzlers im Sommer 1917. Der Text der Reden ist bereits im Frühjahr 1918 gesetzt worden. Auch der Druck der historisch-kritischen Einleitung zu den Reden, die dem Leser einen Überblick über die staatsmännische Wirksamkeit Herrn von Bethmann Hollwegs in ihren Grundzügen bis zum Ausbruch des Krieges geben soll — über die Kriegskanzlerschaft unterrichten ja die Reden selbst —, war bereits nahezu vollendet, als der Gang der Ereignisse im Herbst 1918 einen Aufschub der Veröffentlichung nahelegte. Mit dem Erscheinen des Bethmannschen Buches und dem Abschluß des Friedensvertrages scheint nunmehr ein besonders geeigneter Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Kriegsreden gegeben zu sein. Die Verzögerung der Drucklegung bedeutet insofern einen Vorteil, als für die historisch-kritische Einleitung noch die Fülle der seit dem vorigen Herbst erfolgten Veröffentlichungen berücksichtigt werden konnte. An der Auffassung des Herausgebers freilich hat sich weder durch die neueren Veröffentlichungen noch durch den eingetretenen völligen Umschwung der Verhältnisse irgend etwas Wesentliches geändert. Auch gegenüber der Bethmannschen Darstellung behauptet die Einleitung des Herausgebers ihre volle, aus eindringenden Studien erworbene Selbständigkeit. Ausdrücklich mag hervorgehoben sein, daß Herr

von Bethmann Hollweg in der vornehmen Zurückhaltung, die ihm von je eigen war, keinerlei Einfluß auf die Herausgabe seiner Reden ausgeübt und es selbst verschmäht hat, Einsicht in das druckfertige Manuskript oder die Korrektur zu nehmen; der Herausgeber sollte in allen Stücken seiner freien und unbeeinflußten Überzeugung folgen. Eine andere Richtlinie konnte selbstverständlich auch für den Herausgeber nicht in Frage kommen. Von einer einseitigen Parteinahme für Herrn von Bethmann Hollweg weiß er sich frei; man wird finden, daß er es in der Einleitung zu den Reden keineswegs an kritischen Tönen fehlen läßt. In der Hauptsache freilich hat ihn das tiefere Studium, zu dem die Ausgabe der Reden Veranlassung bot, nur in den Ansichten bestärken können, die er schon seit Kriegsausbruch in zahlreichen Zeitschriftenaufsätzen und Zeitungsartikeln niedergelegt hat. Auch heute noch bekennt sich der Herausgeber, unbeschadet seiner freien und nicht selten kritischen Stellungnahme, als einen der wärmsten Anhänger Herrn von Bethmann Hollwegs, und nichts könnte ihn mehr freuen, als wenn seine Arbeit dazu beitragen würde, einer unbefangeneren und gerechteren Würdigung des viel verkannten Staatsmannes bei Freund und Feind den Weg zu bereiten.

Die vorliegende Ausgabe sucht auch den weitgehendsten Ansprüchen an Vollständigkeit, Genauigkeit und Verständlichkeit des Textes zu genügen. Von der Wiedergabe mußten allerdings diejenigen Reden ausgeschlossen bleiben, die, im Schoße vertraulicher Ausschußberatungen gehalten, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Es handelt sich dabei einmal um die Reden über die U-Bootfrage, die der Kanzler in den Sitzungen des Reichstagshauptausschusses vom März, Mai und September 1916 gehalten hat, sodann um zwei Ausschußreden aus der Zeit der Kanzlerkrise im Juli 1917. Vielleicht daß diese Reden, von denen namentlich die letzte Rede des Reichskanzlers vom 9. Juli 1917 nach allem, was darüber verlautet, große historische Bedeutung hat, in einer späteren Auflage nachgefügt werden können; vorerst wird jedenfalls die Vertraulichkeit jener Beratungen zu respektieren sein. So können auch die Reden des Reichskanzlers in den Sitzungen des Hauptausschusses vom 9. November 1916 und vom 31. Januar 1917 nur in der verkürzten amtlichen Wiedergabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt werden, obwohl die Veröffentlichung der Äußerungen des Kanzlers zur Polenfrage

vom November 1916 nur erwünscht und ganz unbedenklich wäre. Der Text der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist überhaupt bei allen Reden und Ansprachen, wo nicht das amtliche Stenogramm im Druck vorliegt, zugrunde gelegt worden. Viel Sorgfalt hat der Herausgeber auf die Nachweisungen und Erläuterungen verwandt, die in Form fortlaufender Bemerkungen zum Redetext hinzugefügt worden sind. Um dem Benutzer das Verständnis nach Möglichkeit zu erleichtern, sind neben der historisch-kritischen Gesamtübersicht den einzelnen Reden Vorbemerkungen beigegeben worden, die die besonderen Umstände darlegen, unter denen der Kanzler jedesmal gesprochen hat. Ebenso gibt ein Nachwort zu den einzelnen Reden genaueren Aufschluß über die Aufnahme und den Widerhall, den sie nicht bloß in den Parlamenten, sondern auch in der führenden Presse des In- und des Auslands gefunden haben. Besondere Berücksichtigung finden dabei die kritischen Auslassungen der dem Kanzler feindlich gesinnten Presse; auch hieraus möge man ersehen, wie fern dem Herausgeber eine persönliche Parteinahme für Herrn von Bethmann Hollweg liegt. In der Sorgsamkeit und Ausführlichkeit, mit der so jede einzelne Rede des Reichskanzlers in den vollen, zu ihr gehörenden Rahmen gestellt ist, darf die vorliegende Ausgabe ihresgleichen suchen. Auch das Personen-, Sach- und Schlagwortregister, das die rasche Orientierung erleichtern soll, ist ungewöhnlich eingehend gestaltet worden.

So möge denn die Sammlung der Kriegsreden und -ansprachen Herrn von Bethmann Hollwegs hinausgehen als ein nunmehr aller Welt bequem zugänglich gemachtes Prüfungs- und Beweismaterial zugunsten der deutschen Sache, als eine Unterlage zugleich für ein gerecht und unbefangen abwägendes Urteil über den Kanzler selbst. Beides ist nicht voneinander zu trennen. Wie Herr von Bethmann Hollweg sich selbst völlig mit seinem Volke identifiziert hat, nur für dieses gesprochen, gewirkt und gelebt hat, so wird auch die Nachwelt ohne Frage die Sache Deutschlands nicht von der seines verantwortlichen Staatsmannes trennen, vielmehr jene nach diesem und diesen nach jener beurteilen. Schwerlich wird sie finden, daß Deutschland und sein Kanzler frei von Schuld und Fehlern am Kriege und im Kriege geblieben seien. Das Wort der Bibel „wir sind allzumal Sünder“ gilt ja nicht bloß von Einzel-, sondern auch von Völkerindividuen. Aber mit diesem

Vorbehalt wird doch dem deutschen Volk und dem ersten der deutschen Kriegskanzler gelassen werden müssen, daß sie mit reinem Gewissen in den Krieg hineingegangen und als erste mitten in militärischen Erfolgen und in Siegeshoffnung mit Ernst und Eifer aus ihm herausgestrebt haben. Mit aller Zuversicht darf das deutsche Volk an die Meinung der Menschheit, an das Weltgewissen appellieren, das auch ein Wilson in seiner Antwort auf das kaiserliche Telegramm vom 7. September 1914 als die letzte und höchste Instanz in der Frage der Verantwortung anerkannt hat. Das Weltgewissen wird sich ganz gewiß nicht an einen einseitigen Schuldspruch und an ein erzwungenes Schuldgeständnis kehren.

I

Als am 14. Juli 1909 der bisherige Staatssekretär des Innern von Bethmann Hollweg an Fürst Bülows Stelle zum Deutschen Reichskanzler berufen wurde, fand er eine viel schwierigere Lage vor als irgendeiner seiner Vorgänger. Schon zu Bismarcks Zeiten war es wahrlich nicht leicht gewesen, das deutsche Staatsschiff durch die Strömungen der Koalitionen zu steuern, denen es nach unserer geographischen Lage und unserer Vorgeschichte ausgesetzt war.[1] Man weiß, wieviel schlaflose Nächte dem Gründer des Deutschen Reiches der cauchemar des coalitions verursacht hat. Seine ganze große und weise Staatskunst war darauf gerichtet, den Verstimmungen zum Trotz, die unser Heranwachsen zu einer wirklichen Großmacht in und seit der Reichsgründung hervorgerufen hat, die Bildung übermächtiger Koalitionen gegen den Bestand des Deutschen Reiches hintanzuhalten. Sein Rezept, das er seinen Nachfolgern nachdrücklich ans Herz gelegt hat, war: nicht nur den mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch den großen Mächten das Vertrauen einzuflößen, daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum, die Zersplitterung der Nation gutgemacht habe, friedliebend und gerecht sein wolle.[2] Zu diesem Zweck empfahl er vor allem Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit im Falle von Reibungen und von unerwarteten Ereignissen. Aber bei aller Behutsamkeit seiner Politik, die sogar den Schein des Nachgebens nicht scheute, hat Bismarck es nicht zu verhindern vermocht, daß sich schon in den siebziger Jahren engere Fäden zwischen den beiden großen Mächten knüpften, durch die Deutschland in Ost und West eingeklammert war. Er hat ihnen durch die Option für Österreich, aus der der Dreibundvertrag hervorging, ein Paroli zu bieten gesucht; aber er ist sich dabei bereits klar gewesen, daß dieses Bündnis die Möglichkeit eines Krieges verstärke,[3] und er hat einen Ausgleich dafür in dem Ab-

[1] Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, II, S. 265.
[2] Das. S. 267.
[3] Reden Bismarcks, ed. H. Kohl, XII, S. 467.

schluß des Rückversicherungsvertrags mit Rußland erstrebt. Der Kündigung dieses Rückversicherungsvertrages unter seinem Nachfolger wird man kaum die Bedeutung beimessen können — darauf hat neuerdings mit Recht Otto Hammann hingewiesen[1] —, die ihr so oft nachgesagt worden ist: die gegenseitige Annäherung Rußlands und Frankreichs, die schon in der panslawistischen Gefühlswelt Alexanders III. einen günstigen Nährboden fand, würde dennoch fortgeschritten sein.

Was vor allem die Situation Deutschlands unter Bismarcks Nachfolgern gefährlicher gestaltet und die Tendenz zur Koalitionsbildung vergrößert hat, das ist der Übergang Deutschlands von der Kontinental- zur Weltpolitik seit 1890. Denn jetzt wurde England, dessen bisherige Weltmachtstellung durch das Auftauchen eines neuen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Konkurrenten erheblich berührt werden mußte, in das „Feld der Koalitionsbildung" hineingezogen. Noch hätten sich ja einer großen und weitausschauenden Politik mancherlei Möglichkeiten geboten, um der Gefahr einer zunehmenden Isolierung Deutschlands zu entgehen. England selbst, das die Schattenseiten einer Isolierung in der Zeit des Burenkrieges kennengelernt hatte, wäre um die Jahrhundertwende bereit gewesen, dem Dreibundvertrage als vierter Partner beizutreten. Aber die englischen Bündnisangebote von 1898 und 1901[2] haben auf deutscher Seite keine Gegenliebe gefunden. Man fürchtete hier, von England zu sehr abhängig zu werden, und man empfand, daß eine selbständige Welt- und Flottenpolitik, die in der Tat nicht so sehr das Ergebnis eines ehrgeizigen Machtstrebens als eine innere und wirtschaftliche Notwendigkeit war,[3] die Unabhängigkeit von England zur Voraussetzung hatte. Und sicherlich sind die englischen Anerbietungen von 1898 und 1901 nichts weniger als uneigennützig gewesen. England suchte damals nach einem kontinentalen Degen gegen Rußland und Frankreich und hätte vielleicht seinen Vorteil darin gefunden, diese beiden Mächte und Deutschland sich gegenseitig zerfleischen zu lassen. Aber die Leiter der deutschen Politik haben sich in jenem Wende-

---

[1] Der neue Kurs, S. 58 ff.

[2] Vgl. dazu Otto Hammann, Der neue Kurs, S. 190 ff.; Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 74 ff., 123 ff.

[3] Vgl. dazu J. J. Ruedorffer, Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, S. 102 ff.

punkt der Entwicklung wohl nicht klar genug gemacht, daß England durch die Zurückweisung seiner Anträge um so sicherer in das Lager der gegnerischen Koalition getrieben werden müsse, je hastiger Deutschland auf das hohe Meer der Weltpolitik hinaustrieb. Es kam zu dem französisch-englischen Vertrag vom 8. April 1904, der die Keimzelle der Tripleallianz, die Keimzelle auch der chronischen Marokkokrise zwischen Deutschland und Frankreich geworden ist. Es kam zu der englischen Einkreisungspolitik, die Deutschland systematisch überall, auf dem Kontinent und in Übersee, mattzusetzen suchte. Man braucht dieser Politik nicht ohne weiteres den Plan unterzulegen, den lästigen Konkurrenten auf dem Gebiet der Weltpolitik und der Weltwirtschaft durch einen Vernichtungskrieg auszuschalten, und muß doch sagen, daß die englischen Staatsmänner in der Vorbereitung a l l e r Möglichkeiten zu einer entscheidenden Auseinandersetzung weit umsichtiger und geschickter vorgegangen sind als die deutschen Staatsmänner in ihrem Gegenspiel. Im Jahre 1909, als Fürst Bülows Stern im Erbleichen begriffen war, stand jedenfalls die Sache so, daß die übermächtige Koalition gegen Deutschland, die Bismarck so sehr gefürchtet hatte, zwar noch nicht in allen Einzelheiten fertig war; immerhin war sie bereits fest gefügt, und die Möglichkeiten, ihr durch diplomatische Rüstungen zu begegnen, waren auf ein Mindestmaß herabgedrückt.

Rein äußerlich betrachtet mochte es ja scheinen, als ob eben damals eine Entspannung der weltpolitischen Lage eingetreten wäre. Wenige Monate vor Fürst Bülows Abgang war die drohende Krise der Marokkofrage, die schon im Jahre 1905 eine ernste Gefährdung des Weltfriedens heraufgeführt hatte, durch das deutsch-französische Sonderabkommen vom 9. Februar 1909 zum Abschluß gelangt. Auch die bosnische Annexionskrise war im Herbst 1908, dank dem treuen Zusammenhalten Deutschlands und Österreichs vorübergegangen. Fürst Bülow hat noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Weltkrieges geglaubt, in dem Ausgang der bosnischen Krise das Ende der Einkreisungspolitik sehen zu dürfen. „Der Versuch,“ so heißt es in der ersten Fassung von Fürst Bülows „Deutscher Politik“, „den deutsch-englischen Gegensatz zu einem System der gesamten internationalen Politik zu erweitern, wird kaum wiederholt werden und würde, wenn er unternommen werden sollte, wiederum seine Grenze finden an den harten Tatsachen der

Kontinentalpolitik, deren härteste der Dreibund ist."[1] So sicher fühlt sich Fürst Bülow dieses Gedankens, daß er ihn noch ein und das andere Mal emphatisch wiederholt: Seit dem Ende der Einkreisungspolitik im Jahre 1908 denke England nicht mehr daran, seine gesamte internationale Politik oder auch jede Einzelheit seiner Beziehungen zum Deutschen Reich vom Gegensatz gegen Deutschland abhängig zu machen.[2] Ja, Fürst Bülow schmeichelt sich, daß gerade durch den Bau der deutschen Flotte, der doch unbestritten zum guten Teil erst den Gegensatz zwischen England und Deutschland heraufbeschworen hat, das Haupthindernis für ein Zusammengehen zwischen beiden Mächten auf der Grundlage voller Parität beseitigt worden sei!

Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat sich solchen alsbald durch die Tatsachen widerlegten Illusionen seines Vorgängers von vornherein nicht hingegeben. Sein nüchterner, den Dingen immer auf den Grund gehender Verstand sagte ihm, daß der seit Jahrhunderten befolgte Grundsatz der englischen Politik, die jeweils stärkste Macht des Kontinents unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der balance of power, des vielgerühmten europäischen Gleichgewichts, mit allen Mitteln zu bekämpfen, durch einen oder den anderen Mißerfolg nicht aus der Welt geschafft werde. Auch daß Rußland durch das Gefühl der in der bosnischen Krise erlittenen Niederlage bewogen sein sollte, den schon seit Peter dem Großen datierenden Traum der Vorherrschaft auf dem Balkan aufzugeben, ließ sich schwerlich erwarten. Von Frankreich hat nicht einmal Fürst Bülow angenommen, daß es durch das Marokkoabkommen versöhnt sein werde. So bedeutete in Wahrheit die weltpolitische Situation um die Mitte des Jahres 1909 das Gegenteil einer Entspannung. Nicht um das Ende der Einkreisungspolitik handelte es sich, sondern um einen bloßen Aktschluß, auf den sofort ein neuer Akt mit um so größeren dramatischen Effekten anheben mußte.

Was war angesichts einer so unsäglich verschlechterten und gefährlichen Lage zu tun? Bestand etwa die Möglichkeit, das Steuer der deutschen Reichspolitik völlig herumzuwerfen? Darauf läuft bekanntlich die Ansicht des Fürsten Lichnowsky hinaus, nach dessen

---

[1] Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., I, S. 28.
[2] Das. S. 45.

Denkschrift wir uns von der „wahnsinnigen Dreibundpolitik" hätten lossagen sollen, um uns eng an unseren „naturgemäß besten Freund und Nachbar", Rußland, und an England anzuschließen. Dieser Weg aber war bereits durch den Fürsten Bülow versperrt. Nachdem Deutschland einmal in der bosnischen Krise, auf die Gefahr einer europäischen Konflagration hin, in vollem Umfang für die österreichische Orientpolitik eingetreten war, gab es kein Zurück mehr. Hier gilt das Wort Bismarcks, daß, wenn einmal eine Politik falsch instradiert ist — und in Bismarcks Sinn wäre es allerdings ein Fehler gewesen, sich mit Österreich in der Orientfrage zu identifizieren —, man nicht mehr auf jeder Station umkehren kann.[1] Es wäre auch eine mehr als gefährliche Politik gewesen, das einzige sichere Bündnis, über das Deutschland verfügte, für die sehr ungewisse Freundschaft Rußlands und Englands zu opfern. Staatssekretär a. D. von Jagow hat vollkommen recht, wenn er in seiner Erwiderung auf Fürst Lichnowskys Denkschrift sagt: „Gaben wir unsern einzig zuverlässigen Bundesgenossen preis, so hätten wir später ganz isoliert der Entente gegenübergestanden."[2] Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß ein Anschluß an Rußland und England, in dem Fürst Lichnowsky das Heil Deutschlands erblickte, das Aufgeben der deutschen Weltpolitik, den Verzicht auf die deutsche Welt- und Seegeltung bedeutet hätte. Ein solcher Verzicht aber wäre einer vollständigen Bankrotterklärung Deutschlands gleichgekommen.[3] Der Nachfolger des Fürsten Bülow konnte vielleicht das Tempo der Weltpolitik etwas verlangsamen, er mochte versuchen, für eine Weile das Schwergewicht der deutschen Politik auf die Befestigung der europäischen Machtstellung zu konzentrieren, um so ein tragfähigeres und breiteres Fundament für das gar zu rasch gezimmerte Gebäude der deutschen Welt- und See-

[1] Reden, ed. H. Kohl, XII, S. 217. Vgl. aber M. Spahn, Die Großmächte (1918), S. 188 ff., der sehr gut auseinandersetzt, daß seit dem Übergang Deutschlands zur Weltpolitik die deutsche auswärtige Politik sich beständig stärker auf Österreich-Ungarn angewiesen sah, da der Zutritt zum Oriente für Deutschland (Bagdadpolitik!) durch Österreich-Ungarn führte.

[2] Ähnlich nun von Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 85 f.: „Jeder Gedanke an ein Zertrümmern des Bündnisses wäre Wahnsinn gewesen, nachdem sich die Ententegruppe in der Vorzeit so fest hatte konsolidieren können, daß an einen plötzlichen Umschlag nicht zu denken wäre." Vgl. auch das. S. 131.

[3] Vgl. J. J. Ruedorffer, Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, S. 106: „Weltpolitik muß getrieben werden. Die wirtschaftliche Expansion und der Lebenswille des Volkes drängen hinaus."

macht zu gewinnen.[1] Aber letzten Endes gab es auch hier kein Zurück, gab es nur ein, wenn auch behutsameres und vorsichtigeres Vorwärts.

Die Politik, die Herrn von Bethmann Hollweg unter solchen Verhältnissen offenstand, hat er in seinen Reden oft genug dargelegt. Er mußte unter grundsätzlichem Festhalten an dem Erreichten, unter ebensolchem Festhalten an der Dreibundpolitik, insbesondere an dem engen und freundschaftlichen Bündnis mit Österreich versuchen, durch Verständigung mit den einzelnen Mächten der Tripleentente, vor allem mit England, das verhältnismäßig noch am freiesten dastand, die Kriegsgefahr nach Möglichkeit zu bannen; er mußte gleichzeitig die deutsche Wehrkraft so zu stärken suchen, daß sie dem Krieg, wenn er doch kam, gewachsen war.

Herr von Bethmann Hollweg hat diese doppelpolige Politik in dem Jahrfünft vor dem Weltkriege, verständnisvoll unterstützt erst von dem Staatssekretär von Kiderlen-Wächter, dann von dessen Nachfolger von Jagow, mit einer bemerkenswerten, fast methodischen Konsequenz und mit unerschütterlicher Gelassenheit verfolgt, ohne durch das sich jeder Politik der Mäßigung und der Vorsicht sehr bald an die Fersen heftende Geschrei über Verständigungssucht und schwächliche Nachgiebigkeit je beirrt zu werden. Prüft man des fünften Kanzlers Taten und Reden aus dieser Zeit sachlich und unvoreingenommen, so wird man gewiß den Vorwurf der Schwäche nicht begründet finden können. War es etwa Schwäche, wenn die deutsche Regierung angesichts der Tatsache, daß sich Frankreich immer mehr über das Marokkoabkommen von 1909 hinwegsetzte, am 1. Juli 1911 das Kanonenboot „Panther" nach Agadir entsandte? In seiner großen Reichstagsrede vom 9. November 1911 hat Bethmann Hollweg festgestellt, daß dieser Schritt in dem vollen Bewußtsein unternommen sei, daß jede politische Aktion einer Großmacht die Schicksalsfrage Krieg oder Frieden heraufbeschwören könne, und in der festen Bereitschaft, für die Ehre der Nation mit dem Schwerte einzutreten. An einen Landerwerb in Marokko, den die deutsche Öffentlichkeit nach dem „Panthersprung" von Agadir vielfach erwartete, hat die deutsche Regierung nicht einen Augenblick gedacht; sie konnte es ja gar nicht, da auch diese

---

[1] Vgl. Joh. Haller, Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow, „Süddeutsche Monatshefte", Januar 1917, S. 410 f.

Möglichkeit schon durch Fürst Bülow — soll man sagen vorschnell? — versperrt war. Die wegwerfende Beurteilung aber des aus den neuen Verhandlungen mit Frankreich hervorgehenden Kongoabkommens vom 11. November 1911, dessen auf die Anbahnung eines großen mittelafrikanischen Kolonialreiches hinauslaufender Grundgedanken nicht überall begriffen worden ist, hat sich in der Folge doch nicht aufrechterhalten lassen. Selbst Graf E. Reventlow, einer der schärfsten Widersacher des fünften Kanzlers, hat in der ersten Auflage seines Werkes „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1913" unumwunden zugestanden,[1] daß die geringschätzige Bewertung der neuerworbenen Kolonialgebiete in das Reich „pessimistischer Legende" gehöre. So bleibt von den Beschuldigungen, die die Episode von 1911 gegen Herrn von Bethmann Hollweg ausgelöst hat, nur die eine bestehen, daß er die anmaßende Bankettrede des englischen Ministers Lloyd George vom 21. Juli 1911, die an die Geltendmachung des Anspruchs, daß Großbritannien in der Marokkofrage nicht ausgeschaltet werden dürfe, Kriegsdrohungen knüpfte, nicht schärfer vor dem Forum des Reichstags zurückgewiesen habe. Tatsächlich hat der Reichskanzler ja wegen dieser Rede durch den deutschen Gesandten in London Vorstellungen erheben lassen, mit dem Erfolge, daß die englische Regierung den durch Lloyd George erhobenen Anspruch nicht aufrecht erhalten hat. Nicht Deutschland ist also damals zurückgewichen, sondern England. Ob es klug von Bethmann Hollweg gewesen wäre, auf den Stachel dieser Niederlage im Deutschen Reichstage noch schärfer zu drücken, als es ohnehin geschah, das darf billig bezweifelt werden. Insofern hat jedenfalls der Kanzler recht behalten, als sich gerade aus der Marokkokrise eine größere Bereitwilligkeit der englischen Regierung ergab, sich mit der deutschen Regierung zu verständigen.

Herr von Bethmann Hollweg hat mitnichten die Warnung, die in der in Lloyd Georges Rede blitzartig zutage tretenden feindseligen Gesinnung der englischen Regierung lag, in den Wind geschlagen. Anders als Fürst Bülow, der nach der Balkankrise von 1908 — auch diese hatte doch die latente Kriegsgefahr sehr deutlich aufgezeigt — weder eine Vermehrung des Heeres noch der

[1] S. 355. In den späteren Auflagen seines Buches hat Graf Reventlow bezeichnenderweise dieses wie fast jedes andere günstige Urteil über den Kanzler gestrichen.

Flotte auch nur ins Auge gefaßt hat,[1] ist sein Nachfolger nach der Marokkokrise von 1911 sofort in eine ernste Prüfung eingetreten, ob nicht die weltpolitische Lage eine solche Vermehrung nötig mache. Er war schon 1910 anläßlich der Quinquennatsvorlage mit aller Entschiedenheit für eine Heeresverstärkung eingetreten; jetzt stimmte er ohne weiteres einer Vermehrung zu, die unter anderem die Errichtung zweier neuer Armeekorps vorsah. Der Frage einer Flottenvermehrung hat Herr von Bethmann Hollweg sichtlich zurückhaltender gegenübergestanden als einer Heeresverstärkung; ihm war es ja im Unterschiede von seinem Vorgänger klar, daß die deutsche See- und Weltgeltung in erster Linie auf der Kontinentalmacht beruhe, und daß diese vollends sichern der deutschen Weltpolitik den Weg ebnen heiße.[2] Es beruhte wohl auf einem Kompromiß zwischen ihm und dem Staatssekretär des Marineamts, wenn für die Flottenvermehrung der Weg der Bildung eines dritten aktiven Geschwaders aus den Beständen der Materialreserve gewählt wurde. Ungerechtfertigt ist unter allen Umständen die von Schriftstellern wie Graf Reventlow ausgesprochene Behauptung, daß die Heeres- und Flottenvorlage des Jahres 1912 überraschend geringfügig ausgefallen sei und auch im Ausland nicht den Eindruck habe hervorrufen können, der im Interesse des Deutschen Reiches, der Betonung seines Selbstbewußtseins und seiner Stärke gelegen hätte.[3] Wenigstens die Flottenvorlage hat, obwohl in ihr der Gesichtspunkt einer Vermehrung nach Möglichkeit zurückgedrängt war, in England schon im voraus Sensation genug hervorgerufen und letzten Endes die Mission Lord Haldanes nach Berlin im Februar 1912 verursacht, deren eigentlicher Zweck doch war, mittels eines Entgegenkommens in kolonialen Fragen so viel als möglich von der deutschen Flottenvorlage abzuhandeln.

Vielleicht läßt sich gerade an dem angeblich „schmachvollen

---

[1] Am 10. Dezember 1908 erklärte er es für völlig ausgeschlossen, daß „wir im Flottenbau über das nach unserem Schutzbedürfnis bestimmte und demgemäß gesetzlich festgelegte Maß hinausgehen".

[2] Vgl. J. J. Ruedorffer, a. a. O., S. 107. Aus dem Ruedorfferschen Buche, das bekanntlich aus der nächsten Umgebung des Reichskanzlers hervorgegangen ist, sieht man, wie klar dieser das Dilemma zwischen kontinentalpolitischen Rücksichten und weltpolitischen Interessen erfaßt hat, und wie töricht die oft behauptete Unterstellung ist, daß der Kanzler nicht raumpolitisch, nicht „in Kontinenten" zu denken vermocht habe.

[3] Deutschlands auswärtige Politik, 4. Aufl., S. 424.

Verlauf"[1] der Mission Lord Haldanes am besten ermessen, ob der so oft gegen die Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg erhobene Vorwurf schwächlicher Nachgiebigkeit und Verständigungssucht ein gegründeter ist. Richtig ist, daß die deutsche Regierung zu einem Entgegenkommen in der Flottenfrage um den Preis eines festen Abkommens bereit gewesen wäre, das Deutschland zumindest in einem ihm aufgezwungenen Kriege die wohlwollende Neutralität Englands sicherte. Eine solche Zusicherung hätte, da Frankreich und Rußland nicht ernstlich daran denken konnten, ohne die Unterstützung Englands zu den Waffen zu greifen, mit einem Schlage den Frieden auf absehbare Zeit gewährleistet. Zu einem derartigen Abkommen aber wollte sich England gerade mit Rücksicht auf seine Ententegenossen, wie es offenherzig zugestand, nicht herbeilassen. Allenfalls war die englische Regierung erbötig, sich dahin zu binden, daß sie keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik auf Deutschland enthalten wolle. Ja, wenn England wenigstens auch noch für seine Ententegenossen hätte Bürgschaft leisten können und wollen! Bekanntlich hat nachmals in der Krise von 1914 Sir Edward Grey, der englische Staatssekretär des Auswärtigen, der deutschen Regierung die Aussicht auf ein Einvernehmen eröffnet, an dem Deutschland teilhaben und wodurch es Sicherheit erhalten könnte, daß Frankreich, Rußland und England weder gemeinsam noch einzeln eine aggressive oder feindliche Politik gegen Deutschland und seine Verbündeten verfolgen würden.[2] Warum hat England ein solches Anerbieten nicht schon 1912, als noch Zeit war, gemacht? In der damaligen Sorge Englands, durch ein festes Engagement es mit Paris und Petersburg zu verderben, spiegelt sich schon deutlich das Bewußtsein der aggressiven Tendenzen der französisch-russischen Allianz und die Billigung, um nicht zu sagen die Zueigenmachung dieser Tendenzen durch England wider. Natürlich mußte unter solchen Umständen die Mission Lord Haldanes völlig scheitern. Es kann gar keine Rede davon sein, daß Herr von Bethmann Hollweg bei dieser Gelegenheit irgendwelche

[1] Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" vom 1. Juli 1918. Zu dem folgenden vgl. jetzt auch die eingehende Darstellung, die Herr von Bethmann Hollweg in seinen Betrachtungen zum Weltkriege (I, 48 ff.) gibt.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 101.

Schwäche oder Nachgiebigkeit an den Tag gelegt habe.[1] Wenn Admiral von Tirpitz, der nach dem Scheitern der Verhandlungen seine Zeit gekommen glaubte, die Wünsche auf ein rascheres Tempo des Flottenbaus zurückstellen mußte, so war das schon in den gleichzeitigen Heeresforderungen begründet, denen auch in konservativen Kreisen der Vorrang eingeräumt wurde.

Wäre Herr von Bethmann Hollweg, wie ihm noch jüngst vorgeworfen wurde, wirklich auf einen „Abbau der deutschen Seemachtpläne“ ausgewesen, so hätte er sicherlich auch den von englischer Seite wiederholt in die Öffentlichkeit geworfenen, freilich kaum ernst gemeinten Gedanken auf Kontingentierung der gegenseitigen Flotten, auf ein Flottenfeierjahr usw., mehr Sympathie entgegengebracht. Er hat sich aber ihnen gegenüber stets mit kühler Zurückhaltung geäußert. „Wir werden abwarten können, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen hervortreten sollte,“ lautete sein Refrain.[2] Gleich skeptisch verhielt der Kanzler sich noch in der Frage einer allgemeinen Abrüstung. Nach seiner Auffassung, die vielleicht zu sehr von der unglückseligen Haltung seines Vorgängers auf den Haager Konferenzen beeinflußt war, hätte jeder Versuch einer allgemeinen internationalen Abrüstung immer wieder an der Frage der Kontrolle scheitern müssen.[3] Herr von Bethmann Hollweg hielt sich überzeugt, daß gerade Deutschland bei seiner exponierten Lage an solche diffizilen und gefährlichen Fragen nur mit größter Vorsicht herantreten könne. Er war eben nicht der Illusionspolitiker, als der er so oft hingestellt wird. Utopischen Gedankengängen und Einbildungen hat der Kanzler nie vertraut; davor bewahrte ihn seine ausgeprägte, gern betonte Nüchternheit. Im Gegenteil hat er in seinen Reden oft genug die Möglichkeit eines Krieges scharf und klar ins Auge gefaßt. Es sei hier nur an die große Rede bei Einbringung der Wehrvorlage (7. April 1913) erinnert, in der er nicht nur ahnungsvoll von den gewaltigen Dimensionen eines künftigen Weltkrieges sprach, gegen den alle Kriege der Vergangenheit nur ein Kinderspiel sein würden, sondern in der

---

[1] Vgl. meine Aufsätze „Bethmann Hollweg und die deutsche Flotte“, „Berliner Tageblatt“ Nr. 275 von 1. Juni 1918, und „Zur Geschichte der Mission Lord Haldanes“, „Deutsche Politik“, 1918, Nr. 24.

[2] Reichstagsrede vom 7. April 1913.

[3] Reichstagsrede vom 30. März 1911.

er auch schon mit untrüglichem Instinkt auf die panslawistischen Strömungen als die Zündmasse hinwies, aus der nur zu leicht der Weltbrand entspringen könne.

In der Wehrvorlage von 1913 liegt auch ein vollgültiger Beweis dafür vor, wie ernst es Herrn von Bethmann Hollweg mit der möglichsten Sicherung der deutschen Zukunft nahm. Er, der Mann der „Illusionen", ist einer der ersten gewesen, der auf Grund der Verschiebungen der politischen Situation durch die Balkankriege die Notwendigkeit einer alle bisherigen Heeresvermehrungen weit hinter sich zurücklassenden Wehrvorlage erkannte. Vollkommen klar war er sich vor allem darüber, wie sehr durch die Ereignisse auf dem Balkan und nicht zuletzt durch den Machtzuwachs Serbiens das verbündete Österreich bedroht und gefährdet werde. In der Tat haben die Dinge damals mehr als einmal auf des Messers Schneide gestanden. Nur durch die Entschiedenheit, mit der sich der Reichskanzler in dieser Krise auf die Seite Österreichs stellte, ist der Ausbruch des Weltkrieges noch einmal verzögert worden. „Wenn unsere Bundesgenossen," so sagte Herr von Bethmann Hollweg am 2. Dezember 1912 im Reichstage, „bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen werden sollten, dann würden wir, unserer Bundespflicht getreu, fest entschlossen an ihre Seite zu treten haben. Und dann würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit fechten."

Als der Kanzler diese Worte sprach, waren die Vorbereitungen für die neue Wehrvorlage schon mitten im Gange. Sie ist ihm nicht etwa, wie man im Auslande hat behaupten wollen, durch eine „Militärpartei" oder durch den Generalstab abgerungen worden. Ausdrücklich hat er sich einmal im Reichstag (9. April 1913) dagegen verwahrt, als ob er vor dem Generalstabe kapituliert habe: „Aus politischen und militärischen Gründen habe ich mich im November vorigen Jahres von der Notwendigkeit überzeugt, neue Rüstungen für unsere Armee vorzunehmen. Auf Grund dieser Überzeugung, die von meinen Nachbarn, dem Herrn Kriegsminister, und dem Chef des Generalstabes, geteilt wurde, sind die Vorarbeiten in Angriff genommen worden." In dem Streit über den Umfang der zu fordernden Mehrformationen, der damals zwischen dem Generalstabschef und dem Kriegsminister entstand,

und der von dem Kaiser zugunsten des letzteren entschieden wurde, hat sich Herr von Bethmann Hollweg, wie natürlich, neutral verhalten.[1] Mit allem Nachdruck ist der Kanzler aber im Parlament für die Wehrvorlage, wie sie die Zustimmung des Kaisers gefunden hatte, eingetreten. Die Reden, die er zu diesem Zweck gehalten hat, sind bei aller Nüchternheit und Sachlichkeit, die gleicherweise jede Schönfärberei und jede Schwarzmalerei ablehnt, auf alle tönenden Redensarten und Fanfarenklänge verzichtet — und eben darum manchen Heißspornen nicht genug getan hat —, von großer Eindringlichkeit und Wucht. In ausgezeichneter Weise legen sie dar, warum Deutschland bei aller seiner Friedensliebe und gerade wegen seiner Friedensliebe die Rüstungen so stark vermehren mußte: „Kein Mensch kann die Garantie dafür bieten, daß kein Krieg kommt. Es wäre vermessen, es hieße das Schicksal geradezu herausfordern, wollten wir sagen: ‚Sollte ein Krieg kommen, so sind wir stark genug. Wir könnten zwar so viel stärker sein als wir sind, aber das kostet zu viel Geld. Wir werden es auch so machen.' Solche Stimmungen sind noch immer der Anfang des Unheils gewesen, 1870 in Frankreich und schließlich auch jetzt in der Türkei. Die Chancen eines Zukunftskrieges, in dem Millionenheere, ausgerüstet mit den modernsten Waffen, gegeneinander geführt werden, sind noch schwerer vorauszusehen als früher, aber das eine wird auch in Zukunft wahr bleiben: Sieger ist, so lange die Welt steht, immer nur das Volk geblieben, das sich in den Stand gesetzt hat, mit dem letzten Mann einzustehen, wenn die ehernen Würfel um sein Schicksal geworfen werden, das mit der ganzen Wucht des Volkstums dem Feind die Stirne bieten kann. Wir machen Ihnen die Vorlage nicht, weil wir Krieg, sondern weil wir Frieden haben und weil wir, wenn Krieg kommt, Sieger bleiben wollen ... Wir werden auch dann, wenn sie Gesetz geworden sein wird, so wenig ein Störenfried der Welt sein, wie wir es bisher gewesen sind" (7. April 1913). Mit aller Entschiedenheit hat der Kanzler auch auf raschesten Abschluß der Verhandlungen gedrängt. „Mit allen Mitteln werde ich mich dafür einsetzen, daß die Wehrvorlage zu dem Zeitpunkt ins Werk gesetzt wird, den die Vorlage vorsieht ... Es ist ein unbedingtes Erfordernis, daß die Heeresverstärkung un-

---

[1] Vgl. Herrn von Bethmann Hollwegs Betrachtungen zum Weltkriege, I, 99 f.

verzüglich ins Werk gesetzt wird. Das ist das oberste Gesetz, nach dem ich meine Haltung regeln muß, bis in alle Konsequenzen hinein, und regeln werde" (11. Juni 1913).

Herrn von Bethmann Hollweg gebührt das erste Verdienst daran, daß der Reichstag schließlich die Wehrvorlage mit überwältigender Mehrheit, ohne irgendwelche Abstriche angenommen hat. Und diesem Reichskanzler wagt man es nachzusagen, daß er die Wehrmacht des Deutschen Reiches vor dem Kriege aufs sträflichste vernachlässigt habe! Die Wahrheit ist, daß dank Herrn von Bethmann Hollweg die deutsche Heeresstärke sich in dem Jahrfünft von 1909 bis 1913 annähernd ebensosehr vermehrt hat wie in den ganzen Jahren von 1871 bis 1909. Insbesondere fällt der Vergleich zwischen Fürst Bülow, während dessen Amtsdauer der Krieg doch auch verschiedentlich in naher Sicht zu stehen schien — so 1905 und 1908 —, vollkommen zugunsten des fünften Kanzlers aus. Auch heute noch muß ich dabei bleiben: „Herr von Bethmann Hollweg hat die allergrößten Verdienste um unsere militärische Wehrkraft und damit auch um unser militärisches Durchhalten im Weltkrieg, ja er war mehr als einer seiner Vorgänger ein militärischer Kanzler."[1]

Bei alledem ist Bethmann Hollweg — es verträgt sich das sehr wohl damit — ein ausgesprochener Friedenskanzler geblieben. Nicht einen Augenblick hat er das notwendige Korrelat der kriegerischen Rüstungen, die Verständigungsbestrebungen, außer acht gelassen. Wohl stand er diesen Verständigungsbestrebungen skeptisch gegenüber. Nur zu gut kannte er die deutschfeindliche Richtung der Ententekabinette; er wußte seit 1913 um die zwischen dem Staatssekretär Sir E. Grey und dem französischen Botschafter in London Paul Cambon im November 1912 gewechselten Briefe, die gemeinsame militärische Abmachungen Englands und Frankreichs in Aussicht nahmen, er wußte um die Marinekonvention zwischen eben diesen beiden Staaten vom September 1912, und auch die Verhandlungen über ein Marineabkommen zwischen England und Rußland aus dem Frühjahr 1914 blieben ihm nicht verborgen. Aber er sagte sich doch, daß kein Mittel unversucht bleiben

[1] Die näheren Nachweise in meinen Aufsätzen „Herr von Bethmann Hollweg und die deutsche Wehrkraft", „Deutsche Politik" vom 7. September 1917, und „Herr von Bethmann Hollweg als militärischer Kanzler", „Berliner Tageblatt", Nr. 471 vom 15. September 1917.

dürfe, um die allgemeine Spannung zu mildern und um die Kriegstendenzen zu verringern oder doch aufzuhalten. Er sagte sich weiter, daß jedes gewonnene Friedensjahr nicht nur ein großer Gewinn für Deutschland sei, sondern auch die Möglichkeit eröffne, die allgemeine Explosionsgefahr herabzusetzen. Er erwog, daß die feindselige und eifersuchtsvolle Grundstimmung der Ententestaaten durch ein öfteres Zusammengehen in Einzelfragen gemildert und — wenn die Zeit bleibe — erweicht werden könne, wie denn in der Tat Deutschland und England durch die Zusammenarbeit in der Orientkrise 1912/13 einander genähert worden sind.[1] Dies alles war ganz im Geiste seines großen Vorgängers Bismarck gedacht, der es oft ausgesprochen hat, daß für ihn die Unwahrscheinlichkeit des Erfolges nie ein Grund sein könne, von dem Versuch einer Verständigung abzusehen, da doch die göttliche Vorsehung noch im letzten Moment, etwa durch das Eintreten von Veränderungen in der Verfassung und Politik des betreffenden Landes die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen könne.[2] Kein Zweifel, Bismarck hätte alles, was der fünfte Kanzler in dieser Beziehung getan hat, höchlich gebilligt: vorab den Abschluß des Potsdamer Abkommens von 1910, in dem Deutschland und Rußland einander versprachen, sich in keinerlei Kombinationen einzulassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnten, dann die Liquidierung der Marokkoschwierigkeiten, die Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu England[3] usw. Auch die Einräumung der Autonomie an Elsaß-Lothringens Be-

[1]) Vgl. dazu nun von Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 63.

[2] S. die Äußerungen Bismarcks in seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1870 und in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888. Reden Bismarcks, ed. Horst Kohl, XII, S. 186, Anm. 2, S. 472; dazu meinen Aufsatz „Bethmann Hollweg und Bismarck", „Deutsche Politik", 1917, Nr. 4 und 5.

[3] Noch 1885 konnte sich Bismarck gar keinen casus belli zwischen Deutschland und England denken. „Unsere Meinungsverschiedenheiten gegenüber England werden in menschlich absehbarer Zeit niemals die Tragweite haben, daß sie nicht durch ehrlichen guten Willen und geschickte, vorsichtige Diplomatie, wie sie von unserer Seite sicherlich getrieben wird, erledigt werden könnten." Reichstagsrede vom 10. Januar 1885. Reden, X, 429. Nach Otto Hammann, Der neue Kurs, S. 55, 192, hätte Bismarck im Jahre 1887 in einem Briefe an Lord Salisbury selbst ein enges Einvernehmen zwischen der Weltmacht England und der stärksten Festlandsmacht Deutschland vorgeschlagen. Der Brief ist jetzt in Hammanns neuestem Werke, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 238 ff., abgedruckt.

völkerung, die von einem Teil der französischen Sozialisten als Möglichkeit einer endgültigen Lösung der elsaß-lothringischen Frage bezeichnet worden war,[1] ist sicherlich nicht nur als innerpolitische Maßregel zu werten. Als kurzsichtig und verfehlt dürfte man diese fortgesetzte Friedens- und Verständigungspolitik der deutschen Diplomatie höchstens dann schelten, wenn sie ein blindes Vertrauen auf diese Verhandlungen gesetzt und die Augen absichtlich vor den feindlichen Grundtendenzen der Ententestaaten verschlossen hätte. Das war so wenig der Fall, daß der Reichskanzler Jahr und Tag die Genehmigung des deutsch-englischen Abkommens über die portugiesischen Kolonien hinauszögerte, sehr zum Mißvergnügen des deutschen Botschafters Fürst Lichnowsky, der sich einbildete, es geschehe, weil man ihm den „öffentlichen Erfolg" nicht gönne.[2] Nie hat Bethmann Hollweg geglaubt, gar mit Bestimmtheit geglaubt, daß die englisch-deutschen Vereinbarungen über die afrikanischen Kolonien und über die Bagdadbahn schon die Abwendung Englands von Rußland und Frankreich, eine große Neugruppierung und eine endgültige Entspannung Europas besiegeln würden.[3] Das läßt sich nicht einmal von dem Fürsten Lichnowsky sagen, der von den beiden Abkommen wohl den Beweis für die Möglichkeit eines englisch-deutschen Zusammenwirkens erwartete, der sich aber dabei durchaus bewußt blieb, daß eine Abwendung Englands von Frankreich auf keine Weise zu erreichen stehe! Fürst Lichnowsky hat — die Gerechtigkeit gebietet es zu sagen — weder sich noch seine Regierung auch nur einen Augenblick über die voraussichtliche Haltung Englands in einem künftigen Weltkriege getäuscht. Frühzeitig schon hat er in seinen Berichten darauf hingewiesen, daß England eine Schwächung oder Vernichtung Frankreichs im Interesse des europäischen Gleichgewichts, und um eine deutsche Übermacht zu verhindern, niemals dulden könne und sich daher gegebenenfalls auf Frankreichs Seite schlagen werde. Von Staatssekretär von Jagow wissen wir, daß diesen Berichten nicht etwa, wie Fürst Lichnowsky annimmt, im Auswärtigen Amt der Glauben

---

[1] Vgl. M. Spahn, Die Großmächte, S. 206.

[2] Über die wahren Gründe s. die Denkschrift des Staatssekretärs a. D. von Jagow, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 23. März 1918.

[3] Diese Behauptung findet sich bei Graf E. Reventlow, „Streiflichter auf die auswärtige Politik Herrn von Bethmann Hollwegs", „Deutsche Tageszeitung" vom 17. Juli 1917.

versagt worden ist. Wirklich hat es der Reichskanzler selbst gegenüber dem englischen Botschafter Goschen am 29. Juli 1914 als das „Hauptprinzip der britischen Politik“ bezeichnet, daß Großbritannien niemals zusehen und erlauben würde, wie Frankreich in irgendeinem Konflikt zertrümmert werde.[1] Man sieht auch hier wieder: der Kanzler hat sich keineswegs, so hartnäckig es von seinen Gegnern behauptet wird, in Traumbildern und Illusionen bewegt. Er hat über den Verständigungswünschen und Hoffnungen nicht einen Augenblick den Boden der realen Tatsachen unter den Füßen verloren. Und so verdient er wegen dieser Verständigungsbestrebungen nicht den herben Tadel, der ihm so vielfach zuteil wird, sondern warme Anerkennung. Sind sie schließlich ohne unmittelbaren Erfolg geblieben, so geben sie uns doch jetzt das Recht, mit allem Nachdruck auf unseren Friedenswillen hinzuweisen. Mit vollem Grund durfte der Kanzler in einer seiner späteren Kriegsreden sagen: „Ich danke Gott, daß ich immer wieder versucht habe, eine Verständigung mit England anzubahnen. Mit so geringen Hoffnungen ich die Versuche immer wieder erneuerte: klar liegt es zutage, daß das Verhängnis dieses ungeheuerlichen, dieses menschenmordenden Weltbrandes hätte verhindert werden können, wenn eine aufrichtige und auf Frieden gerichtete Verständigung zwischen Deutschland und England zustande gekommen wäre. Wer in Europa hätte dann wohl noch Krieg machen wollen? Durfte ich mit einem solchen Ziele im Auge eine Arbeit von mir weisen, weil sie schwer war und sich immer wieder als fruchtlos erwies? Wo es sich um den letzten Ernst im Menschenleben handelt, wo Millionen von Menschenleben auf dem Spiele stehen, da gilt für mich das Wort: Bei Gott ist kein Ding unmöglich.“

*

Überblickt man im Zusammenhang die Tätigkeit Herrn von Bethmann Hollwegs in dem Jahrfünft vor dem Ausbruch des Weltkrieges, so wird man immer wieder an das Bismarckische Fert unda nec regitur erinnert. Der fünfte Kanzler sah sich von vornherein in eine Situation gestellt, die durch Menschenhand allein nicht mehr zu meistern war. Nicht seine Schuld ist es, wenn er den Frieden nicht zu erhalten vermocht hat, und ebensowenig, wenn

[1] Englisches Blaubuch Nr. 85.

der Krieg Deutschland isoliert, und in zwar militärisch starker, aber diplomatisch mangelhafter Rüstung — man denke nur an Italien! — fand. Es ist doch nicht anders: „Der Weltkrieg ist zu neun Zehnteln die Wirkung von Ursachen, die Bethmann Hollweg angetroffen hat, und die Folge von Stimmungen, die er nicht hervorgerufen, sondern bekämpft hat."[1] Wo und wie hätte Bethmann Hollweg die diplomatische Rüstung erweitern können, nachdem einmal die Tripleallianz sich formiert, nachdem Japan seinen Platz eingenommen, nachdem Italien seine innere Wendung vollzogen hatte? Der Weg, den die deutsche Diplomatie gehen konnte — zu Fürst Bülows Zeiten war er noch breit und voller Möglichkeiten gewesen —, war eng und schmal geworden; er ließ im wesentlichen nur noch die Möglichkeit eines Aufschubs der kriegerischen Auseinandersetzungen teils durch eigene Rüstungen, teils durch das ungewisse Mittel der stetigen, zähen, langsamen Verständigungs- und Ausgleichsarbeit.[2] Herr von Bethmann Hollweg ist diesen schmalen Weg gegangen, nicht als ein Träumer und Phantast, sondern mit festen Schritten, in klarer und ruhiger Erwägung der gegebenen Notwendigkeiten wie der gebliebenen Möglichkeiten. Gewiß kann man ihm manchen Fehlgriff in der Wahl seiner Helfer,[3] manche Unterlassung nachsagen. Aber wenn ihm neuerdings so oft u. a. zum Vorwurf gemacht wird, daß er nicht besser für den Fall eines jahrelangen Krieges vorgesorgt, nicht schon im Frieden die wirtschaftliche Mobilmachung vorbereitet, einen eigenen Generalstab hierfür geschaffen habe, so muß man doch fragen, ob denn Fürst Bismarck, der in den Jahren 1875 und 1887 ernstlich mit der Möglichkeit des Zweifrontenkriegs zu rechnen hatte, ob Fürst Bülow, während dessen Amtsdauer der Krieg gleichfalls zweimal vor der Tür stand, oder ob irgendeiner der feindlichen Staatsmänner solche Vorsorge auf Jahre hinaus getroffen hat? Im Grunde hat doch

[1] Conrad Haußmann, „Bethmann Hollweg", „Berliner Tageblatt", Nr. 356 vom 15. Juli 1917. Ähnlich der Bericht der deutschen „Schuldkommission" vom 27. Mai 1919: „Bethmann Hollweg hatte eine politische Erbschaft übernommen, welche seinen rückhaltlos aufrichtigen Versuch, die internationale Lage zu entspannen, von vornherein fast zur Aussichtslosigkeit verurteilte." Vgl. Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 130.

[2] Vgl. J. J. Ruedorffer, a. a. O., S. 214 f., 229, und jetzt auch Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 131 f.

[3] Man denke nur an Fürst Lichnowsky, der aber doch nicht nur nach der allzurasch in der Verärgerung niedergeschriebenen Denkschrift des Fürsten beurteilt werden sollte.

niemand, sei es unter den Staatsmännern, sei es unter den Politikern, denen post festum solche Weisheit gekommen ist, an die Möglichkeit und Durchführbarkeit eines so langen Krieges gedacht, und auch die Pläne des deutschen Generalstabes liefen trotz Moltkes prophetischem Wort von dem sieben-, ja dreißigjährigen Kriege wohl nur auf die blitzschnelle Offensive, die rasche Niederwerfung erst des einen, dann des anderen Feindes hinaus. Nur ein übermenschliches Genie hätte den Gang und die Ausbreitung eines solchen Weltkrieges im voraus ermessen können. Ein solches in der Weltgeschichte noch nie dagewesenes Völkerringen mußte sich erst selbst seine eigenen Gesetze schaffen. Das eine wird man jedenfalls Bethmann Hollweg lassen müssen, daß er in dem Jahrfünft vor dem Weltkrieg das Menschenmögliche getan hat, um dieses Übel den Völkern zu ersparen, und daß er gleichzeitig alles getan hat, um sein Volk bestens für den Fall zu wappnen, daß der Kelch an ihm dennoch nicht vorübergehe. Kann man mehr von einem Staatsmann sagen?

II

Ob wohl Bismarck den Fürstenmord von Sarajevo auch zu den untoward events gezählt haben würde, für deren Behandlung er neben Ehrlichkeit und Offenheit auch Versöhnlichkeit zur Pflicht machte? An einer anderen Stelle hat der eiserne Kanzler auch gesagt: „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann."[1] Die Erhaltung Österreichs aber als einer stark und sicher dastehenden Großmacht und als eines Bundesgenossen, auf den Deutschland sich in vollem Maße verlassen konnte, stand allerdings auf dem Spiele, wenn nach der Schreckenstat vom 28. Juni 1914 nicht mit aller Energie gegen den Herd der großserbischen Wühlereien eingeschritten wurde. Das Gefühl, daß es sich nicht nur um eine Prestige-, sondern ganz eigentlich um eine Existenzfrage für die Doppelmonarchie handelte, war in Österreich-Ungarn wie in Deutschland, bei den Regierungen wie im Volk ein nahezu einheitliches. Als daher die österreichische Regierung Anfang

[1] Gedanken und Erinnerungen, II, S. 253.

Juli in Berlin von ihrer Absicht Mitteilung machte, Serbien nachdrücklich in seine Schranken zurückzuweisen, und hierüber die deutsche Ansicht erbat, fand sie volle und rückhaltlose Zustimmung. Die deutsche Regierung begehrte nicht einmal, in die österreichische Aktion im voraus eingeweiht zu werden, stellte sich vielmehr auf den Standpunkt, daß es lediglich die Sache Österreich-Ungarns sei, sein Verhältnis zu Serbien im guten oder im bösen zu regeln.[1] Vielfach hat man es ja nicht begreifen wollen, daß die österreichische Regierung das scharfe Ultimatum an Serbien allein, ohne tätige Mitwirkung und gar ohne genaues Vorwissen der Berliner Stellen abgefaßt habe.[2] Aber wer die österreichische Geschichte kennt, weiß, daß ein durchaus selbständiges Vorgehen nur den Gepflogenheiten des Wiener Ballplatzes entspricht. In Bismarcks Gedanken und Erinnerungen klingt noch ein leiser Groll darüber nach, daß die österreichische Regierung das Reichstadter Abkommen von 1876, das bekanntlich die Grundlage des österreichischen Besitzes an Bosnien und der Herzegowina bildet, ohne Wissen und Zustimmung Deutschlands abgeschlossen habe.[3] Nicht anders war es im Jahre 1908 bei der endgültigen Annexion Bosniens, die um ein Haar unabsehbare Weiterungen hervorgerufen hätte: wieder hat Österreich seinem nächsten Bundesgenossen weder Zeitpunkt noch Form des Vorgehens vorher mitgeteilt, und Fürst Bülow, der damalige Deutsche Reichskanzler, hat, hier freilich von seinem Vorgänger abweichend, die österreichische Regierung noch ausdrücklich dafür belobt: „Ich bin dem österreichischen Kabinett sogar dankbar dafür; die österreichisch-ungarische Monarchie kann und muß selbständig beurteilen, welche Fragen für sie Lebensfragen sind und wie sie solche Lebensfragen behandeln will.“[4] Es entsprach somit nur den Tradi-

[1] Auf den gleichen Standpunkt hat sich übrigens auch zunächst die englische Regierung gestellt; wenigstens hat Sir Ed. Grey wiederholt versichert, daß das englische Kabinett kein Recht habe, sich zwischen Österreich und Serbien einzumischen. Englisches Blaubuch Nr. 5, 25.

[2] Vgl. z. B. Französisches Gelbbuch Nr. 30, 57; Belgisches Graubuch (II) Nr. 8.

[3] II, S. 214 f., 233, 250.

[4] Reichstagsreden vom 8. Dezember 1908 und 29. März 1909. Fürst Bülows Reden, ed. W. von Massow, V, S. 107 f., 129. In dieser wie in der voraufgehenden Rede vom 8. Dezember hat Fürst Bülow die traditionelle Haltung der deutschen Politik mit mustergültiger Klarheit auseinandergesetzt.

tionen des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses seit Fürst Bismarcks und Fürst Bülows Tagen, wenn im Juli 1914 die deutsche Politik bei dem diplomatischen Spiel in den Orientfragen der verbündeten Macht die Vorhand völlig überließ, ihr gleichzeitig aber unbedingte Sicherheit über die zuverlässige Haltung Deutschlands gab, auch für den Fall, daß das österreichische Vorgehen Schwierigkeiten und Komplikationen heraufführen sollte.[1]

Selbstverständlich ist sich die deutsche wie die österreichische Regierung von vornherein darüber klar gewesen, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreichs gegen Serbien Rußland, das sich als den Protektor aller Balkanvölker fühlte, auf den Plan bringen und bei den bestehenden Bündnisverpflichtungen den großen europäischen Krieg entfesseln könnte, den fernzuhalten doch das stete Ziel der deutschen Politik seit 44 Friedensjahren und ganz besonders in dem letzten Jahrfünft gewesen war. Das Deutsche Weißbuch setzt ausführlich auseinander, warum diese Gefahr in Kauf genommen werden mußte.[2] Im Grunde genommen lag die Sache genau so wie in den Krisen von 1908/09 und 1912/13. Wie damals, so waren die Träger der deutschen Politik sich auch im Juli 1914 bewußt, daß, um das uns bekannte Wort des Reichskanzlers aus dem Jahr 1911 zu wiederholen, jede politische Aktion einer Großmacht die Schicksalsfrage Krieg oder Frieden heraufbeschwören könne. Im übrigen hatten gerade jene Krisen ja gezeigt, daß ein kraftvolles Handeln noch lange keinen Krieg zu bedeuten brauchte. Auch 1914 durften die deutsche und die österreichische Regierung hoffen, daß eine von neuem aufsteigende Kriegsgefahr

[1] Zu weit geht die Behauptung in dem von Kurt Eisner veröffentlichten Bericht des bayerischen Geschäftsträgers von Schoen vom 18. Juli 1914, daß die deutsche Regierung der österreichischen eine „Blankovollmacht" erteilt habe. Vgl. dazu von Jagow, a. a. O., S. 103, von Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 138.

[2] Aktenstücke zum Kriegsausbruch, hrsg. vom Auswärtigen Amt, S. 4. Ähnlich hat sich nachgehends Staatssekretär a. D. von Jagow in seiner Denkschrift gegen Lichnowsky geäußert: „Entweder mußte die Donaumonarchie vor den russisch-serbischen Treibereien die Segel streichen oder ein quos ego gebieten, sei es auch mit dem Risiko eines Krieges. Wir konnten unseren Bundesgenossen nicht im Stich lassen. Wollte man die ultima ratio des Krieges überhaupt ausschließen, so hätte das Bündnis nicht geschlossen werden sollen." Vgl. nun auch von Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 98 ff.

sich schließlich doch wieder verziehen werde.[1] Die Mehrzahl der deutschen Diplomaten hat im Juli 1914 sichtlich noch die schon erwähnte Auffassung des Fürsten Bülow geteilt, daß die harten Tatsachen der Kontinentalpolitik, darunter vor allem Existenz und Wirkung des Dreibundes, das sich zusammenballende Kriegsgewölk zu guter Letzt noch auseinandertreiben würden. Auch Graf E. Reventlow, der nachträglich sich in der schonungslosen Kritik der auswärtigen Politik Deutschlands vor dem Kriege nicht genug tun konnte, hat noch im Jahre 1914 volles Vertrauen auf die Stärke und Konsistenz des Dreibundes gesetzt. „Alles in allem," so schrieb er, „der Dreibund steht am Schlusse des Jahres 1913 fester und in sich geeinter als je."[2] Von einer so optimistischen Auffassung waren der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Jagow im Juli 1914 weit entfernt; wir wissen, daß sie eben damals mit sehr sorgenvollem Auge auf die russischen Rüstungen blickten. Aber schließlich sagten auch sie sich, daß es ohne Risiko eben nicht abgehe. So ganz aussichtslos schien doch, gerade im Hinblick auf die Vorgänge von 1908/09 und 1912/13, die Hoffnung nicht, daß, je fester Deutschland zu Österreich stehen werde, um so eher Rußland „trotz einigen Gepolters" nachgeben möchte. Die Voraussetzung war dabei natürlich — und in dieser Voraussetzung haben sich allerdings die deutschen Staatslenker getäuscht[3] —, daß Rußland nicht durch das Verhalten Englands und Frankreichs in einem wesentlich höheren Maße als bei den früheren Krisen animiert würde, den neu sich schürzenden Knoten mit dem Schwerte zu zerhauen.

---

[1] Man erinnere sich an Fürst Bülows Worte: „Es ist schon öfters dagewesen, daß die Diplomatie am Ende ihrer friedlichen Mittel und in die Notwendigkeit versetzt schien, der bewaffneten Macht die Fortführung der Auseinandersetzungen zu überlassen. Aber gerade die sichtbare Nähe dieses kritischen Momentes hat häufig genügt, die stockenden Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen und zum friedlichen Ergebnis zu führen. Zu einem Ergebnis, das nicht nur für den Augenblick, sondern für die Dauer die gefährlichen Gegensätze beseitigt." Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., I, S. 46.

[2] Deutschlands auswärtige Politik, 1. Aufl., S. 385.

[3] In seinen „Betrachtungen zum Weltkriege" I, 143, räumt Herr von Bethmann Hollweg ein: „Daß selbst russisches Denken davor zurückschrecken würde, ohne äußerste Not den furchtbaren letzten Schritt zu tun, habe ich zu Beginn der Krise ebenso angenommen, wie ich glaubte, daß auch England, vor die allerletzte Entscheidung gestellt, die Erhaltung des Weltfriedens höher schätzen werde als seine Freundschaften."

Hier ist in der Tat der Schlüssel für die verhängnisvolle Wendung zu suchen, die die Frage des europäischen Friedens im Juli 1914 genommen hat. Schon in den Jahren vorher hatten Rußlands kriegerische Rüstungen, nicht zuletzt infolge der „strategischen Anleihen" des verbündeten Frankreichs, ein Ausmaß erreicht, daß das russische Selbstgefühl ins schrankenlose gestiegen war. Gerade seit dem Frühjahr 1914 klingt aus den offiziösen Auslassungen der russischen Presse das berüchtigte französische Nous sommes archiprêts aus dem Jahre 1870 wieder. Aber erst das sichere Vertrauen auf die englische und französische Waffenhilfe, das schon durch die Verhandlungen über die britisch-russische Marinekonvention eine starke Stütze gefunden hatte, konnte in Rußland den Entschluß zur Reife bringen, in einer neuen Krise nach Art derer von 1908/09 und 1912/13 keinenfalls wieder zurückzuweichen.

Klar und deutlich beweisen es die Aussagen der russischen Staatsmänner aus den entscheidenden Tagen, daß Rußland sich in diesem Vertrauen in den österreichisch-serbischen Konflikt von Haus aus mit der festen Absicht hineingemengt hat, gegebenenfalls die Entscheidung der Waffen anzurufen. Der russische Botschafter in Wien hat[1] es am 27. Juli gegenüber dem österreichischen Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Baron Macchio, rund heraus ausgesprochen: Rußland sei nicht willens wieder nachzugeben, wie es dies bei früheren Gelegenheiten und besonders während der Annexionskrise von 1909 getan hätte. In vollem Einklang damit steht, was der Leiter der auswärtigen Politik Rußlands, Sassonow, schon am 25. Juli unmittelbar nach dem Bekanntwerden des österreichischen Ultimatums an Serbien zu dem englischen Botschafter Buchanan sagte: wenn Rußland sich des Beistandes Frankreichs sicher fühle, wolle es allen Gefahren des Krieges ins Auge sehen![2] An demselben 25. Juli telegraphierte Sassonow nach London: „Für den Fall einer Verschärfung der Lage rechnen wir darauf, daß England nicht zögern wird, sich unumwunden auf die Seite Rußlands und Frankreichs zu stellen, zum Zwecke der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts."

---

[1] Englisches Blaubuch Nr. 56.
[2] Das. Nr. 17.

Wie sehr tatsächlich die englische Politik auf die Mentalität des russischen Genossen eingestellt war, ergibt sich aus dem Erlaß Sir Edward Greys an den englischen Botschafter in Paris vom 24. Juli. Kaum daß die erste Kunde von dem österreichischen Ultimatum nach London gedrungen war, setzte der englische Staatssekretär schon voraus, daß Rußland als eine für Serbien interessierte Macht einschreiten und selbst mobilisieren müsse![1] Auch der Erlaß an den englischen Botschafter in Petersburg vom 25. Juli enthält den Passus: Der plötzliche, brüske und peremtorische Charakter der österreichischen Note mache es fast unausbleiblich, daß in kurzer Zeit Rußland und Österreich gegeneinander mobilisiert haben würden.[2] Man wird ja daraus nicht gleich schließen dürfen, daß England von vornherein gewillt gewesen sei, dem Petersburger Kabinett eine schroffe Haltung im österreichisch-serbischen Konflikt zu suggerieren. In Wahrheit aber konnte Sir Edward Grey, wenn er im voraus Rußlands Einmischung eskomptierte, kaum eine andere Wirkung erzielen. Auch in der Folge hat der englische Staatssekretär ein Verfahren beobachtet, das, wenn er das Gute, den Frieden, wollte, doch stets das Böse, den Ausbruch des Krieges befördern, ja schaffen mußte. Oder konnte es anders als ermutigend und anfeuernd auf die kriegslüsternen Elemente an der Newa und an der Seine wirken, wenn die englische Regierung, die schon am 24. Juli angeordnet hatte, daß die zu Manöverzwecken versammelte Flotte nicht auseinandergehen sollte, und die so in den ersten Anfängen der Krise selbst das Signal zu kriegerischen Maßregeln gab, hiervon am 27. Juli nach Paris und Petersburg Mitteilung machte,[3] und wenn sie weiterhin am 29. Juli den französischen Botschafter wissen ließ, daß England nicht beabsichtige, beiseite zu stehen, falls Deutschland und Frankreich in den Konflikt um Serbien hineingezogen würden?[4] Ist ein stärkerer Beweis für Englands

[1] Englisches Blaubuch Nr. 10.

[2] Das. Nr. 24.

[3] Das. Nr. 47.

[4] Das. Nr. 82. Daß Grey es auf eine Ermutigung des Kriegswillens in Petersburg und Paris abgesehen habe, soll nicht behauptet werden; er ließ sich wohl nur lenken durch die übereinstimmenden Insinuationen der russischen und französischen Staatsmänner, daß das österreichische durch Deutschland unterstützte Vorgehen gegen Serbien seinen Rückhalt finde in der Überzeugung, England würde in jedem Fall beiseite stehen und der Friede könne nur erhalten bleiben, wenn die Zentralmächte sähen, daß England im Gegenteil seine Beteiligung für den Fall eines allgemeinen

Mitschuld an der verhängnisvollen Wendung der Dinge denkbar, als daß die Erklärung Greys vom 29. in Paris sofort die Zusage unbedingter Kriegshilfe an Rußland und diese wieder augenblicklich in Petersburg die Anordnung der russischen Mobilmachung auslösten? Kann es etwas Kompromittierenderes gerade für England geben, als dieses völlige Zusammenfallen der Daten? Ob die englische Regierung den Krieg gewollt hat, oder ob sie erwartet hat, daß die Dinge schließlich auf die diplomatische Niederlage der Zentralmächte hinauslaufen würden, ist eine Frage für sich. Die pazifistischen Antezedenzien Greys scheinen a priori den letzteren Schluß näherzulegen.[1] Aber von der inneren und damit eigentlichen Verantwortung am Kriege wird sich dieser Staatsmann nie lossagen können.[2]

Nun wird der deutschen Politik ja von gegnerischer Seite vorgeworfen, daß sie ihrerseits von Anfang an Österreich zu seinem scharfen Vorgehen gegen Serbien angestachelt habe. Auch Fürst

---

Krieges ins Auge fasse. Aber welches auch die Motive der englischen Staatslenker gewesen sein mögen: im Effekt lief ihre Haltung unzweifelhaft auf eine Stärkung des russischen und französischen Kriegswillens hinaus.

[1] Dieser Ansicht neigt auch H. Oncken zu, mit dessen Auffassungen ich mich vielfach berühre. Deutschland und der Weltkrieg, hrsg. von Otto Hintze, Fr. Meinecke und H. Schumacher, 2. Aufl., II, S. 654. Auch Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 126, vertritt die Ansicht, daß Grey an sich den Krieg nicht wollte.

[2] Die englischen Zeitungen haben sich bekanntlich mit der aufreizenden Wirkung der englischen Haltung sogar gebrüstet. Am 29. Juli berichtete Reuter aus Petersburg: „Im Vertrauen auf Englands Unterstützung, über die die Zweifel meist geschwunden sind, ist die russische Öffentlichkeit bereit, den Krieg auf sich zu nehmen.“ Am 30. Juli: „Die Abfahrt der englischen Flotte aus Portland hat einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen und im Verein mit Japans friedfertiger Versicherung die russische Entschlossenheit, bei der Stange zu bleiben, mehr als befestigt.“ Ebenso meldete die russische Zeitung „Rjetsch“ am 1. August: „Die Mächte des Dreibundes waren am 30. Juli vollständig darüber informiert, daß die britische Regierung sich endgültig dafür entschieden hatte, im Falle eines Konfliktes sich von vornherein aktiv an Rußland und Frankreich anzuschließen und gleich zu Anfang aktiv militärisch Maßnahmen zu unternehmen. Die Erklärung Englands in diesem Sinne hat eine außergewöhnliche Erleichterung in Petersburg geschaffen.“ Oft zitiert, auch vom Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 2. Dezember 1914 ist das Urteil des belgischen Geschäftsträgers in St. Petersburg de l'Escaille vom 30. Juli 1914: „Heute ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen.“

Lichnowsky hat sich diesen Vorwurf in seiner bekannten Denkschrift zu eigen gemacht: man habe von Berlin aus den Grafen Berchtold, den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, zu möglichster Energie angefeuert, habe ihn geradezu zum Kriege gedrängt! In den bisher bekanntgewordenen Aktenstücken findet die Anklage keinerlei Stütze. Auch der von Eisner enthüllte vielberufene Bericht des bayerischen Geschäftsträgers von Schoen vom 18. Juli 1914 beweist bloß, daß die Berliner Amtsstellen über die Grundzüge des österreichischen Ultimatums — wohlgemerkt nur über diese — unterrichtet waren, nicht aber, daß von Berlin aus irgendwie noch Dampf aufgesetzt worden wäre. Die „große Linie der deutschen Haltung" ergibt sich klar und deutlich aus dem neuerdings veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem österreichischen und dem deutschen Kaiser und deren Regierungen aus dem Anfang Juli, der auch dem haltlosen Gerede von dem Kronrat des 5. Juli jeden Boden entzieht.[1] Ausdrücklich heißt es in der dem deutschen Botschafter in Wien am 6. Juli erteilten Instruktion, daß Deutschland zu den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen, da sie sich der deutschen Kompetenz entzögen, keine Stellung nehmen könne, daß es aber im Einklang mit seinen Bündnispflichten treu an Österreich-Ungarns Seite stehen werde. An dieser zuwartenden, um nicht zu sagen passiven Haltung, die ihren inneren Grund in der Befürchtung hatte, durch jedes noch so vorsichtige Eingreifen in den österreichisch-serbischen Konflikt dessen erstrebte „Lokalisierung" gefährdet zu sehen, hat die deutsche Regierung ganz konsequent festgehalten, auf die Gefahr hin, durch das österreichische Vorgehen überrumpelt zu werden. Tatsächlich hat man in Berlin, wie gerade aus dem Berichte des bayerischen Geschäftsträgers von Schoen erhellt, gar nicht geglaubt, daß Österreich zu einem „starken und erfolgreichen Einschreiten gegen Serbien" auch nur im Ausmaß der mitgeteilten Grundzüge des Ultimatums sich aufraffen werde. Sowohl Herr von Bethmann Hollweg wie Herr von Jagow sind denn auch durch die Schärfe des österreichischen Ultimatums unliebsam überrascht worden.[2] Schwerlich wird man sie ganz von dem Vorwurf freisprechen können, sich nicht gegen solche Überraschungen im voraus

[1] Vgl. dazu von Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 133 ff.; von Jagow, a. a. O., S. 103 ff.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 18; dazu neuerdings von Jagow, a. a. O., S. 110; von Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 138, 139 f.

gesichert zu haben.[1] Ob daneben den deutschen Botschafter in Wien der Vorwurf trifft, die maßgebenden Stellen in Berlin nicht hinreichend von den Wiener Absichten unterrichtet zu haben, oder gar, entgegen seinen Instruktionen, wie von russischer Seite behauptet ist, auf eine Verschärfung des österreichisch-serbischen Konflikts hingewirkt zu haben, läßt sich einstweilen nicht nachprüfen.[2] Man kann nur wünschen, daß dieses Stadium der deutsch-österreichischen Verhandlungen recht bald durch eine Veröffentlichung vor allem auch aus den Berichten des deutschen Botschafters in Wien und des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin seine volle Aufklärung finden möge.

Ausreichend unterrichtet sind wir heute schon über das zweite Stadium der Ereignisse, das der Vermittlungsaktionen, das mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien und dessen ungenügender Beantwortung anhebt. Es wäre unrecht, nicht zuzugestehen, daß in diesem Stadium, in dem sich die Kriegsgefahr so rasch steigerte, auf allen Seiten Bemühungen eingesetzt haben, um die ungeheure Katastrophe eines Weltkrieges abzuwenden. In bezug auf England räumt es das Deutsche Weißbuch selbst ein: Schulter an Schulter habe die deutsche mit der englischen Regierung an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet. Allerdings darf bei diesem Zugeständnis nicht vergessen werden, daß die Zusammenstellung und die Ausgabe des Weißbuches zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, wo England seinen Platz in dem beginnenden Kriege noch nicht endgültig eingenommen hatte, und deutscherseits die Möglichkeit offengehalten werden mußte, daß es noch für eine Weile aus der allgemeinen Konflagration herausbleiben könne.[3] Prüft man heute

[1] Vgl. aber die von Bethmann Hollweg (a. a. O., S. 137 ff.) für seine Haltung ins Feld geführten Gründe.

[2] Ebensowenig läßt sich nachprüfen, was es mit der von Maximilian Harden dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann, zugeschriebenen Äußerung auf sich hat: Das österreichische Ultimatum müsse so überpfeffert werden, daß die Serben es nicht schlucken könnten. Sollte diese Äußerung wirklich so gefallen sein, so läge auch hier nur ein privater Seitensprung eines Beamten vor, der sich auch später manche Entgleisung und manche Eigenmächtigkeit — es sei nur an die dem deutschen Gesandten in Mexiko im Januar 1917 ohne Vorwissen des Reichskanzlers erteilten Weisungen erinnert — hat zuschulden kommen lassen.

[3] Auch Herr von Bethmann Hollweg hat die Angabe des Deutschen Weißbuchs, daß England Schulter an Schulter mit uns für den Frieden gearbeitet habe, nunmehr revoziert. „Betrachtungen zum Weltkriege" S. 127.

das englische Verhalten auf Grund aller seither bekanntgewordenen Materialien, vor allem auf Grund des Englischen Blaubuches selbst, so kann man nur sagen, daß es von Anfang bis zu Ende in allen Farben schillert. Während die deutsche Diplomatie vom Beginn der Krise an klar und folgerichtig nach allen Seiten hin den Standpunkt festgehalten hat, daß die kriegerische Auseinandersetzung möglichst auf Österreich und Serbien lokalisiert werden und daß bei einem Übergreifen des Streitfalls auf Rußland alles aufgeboten werden müsse, um eine direkte Verständigung zwischen diesem und Österreich herbeizuführen, hat England zwischen dem System der Lokalisierung und der Europäisierung des Konflikts hin und her geschwankt und offensichtlich eine doppelte Sprache geführt. Nach Petersburg teilte Sir Edward Grey am 25. Juli mit, daß bei dem von ihm als selbstverständlich vorausgesetzten Eingreifen Rußlands in den österreichisch-serbischen Konflikt die einzige Friedenschance in einer Vermittlungsaktion der vier nicht unmittelbar beteiligten Großmächte, also Englands, Deutschlands Frankreichs und Italiens bestehe.[1] Dem österreichischen Botschafter gegenüber aber hat der englische Staatssekretär am 23. Juli die Hoffnung ausgesprochen, daß, wenn aus dem österreichischen Vorgehen gegen Serbien Schwierigkeiten erwachsen sollten, Österreich und Rußland imstande sein würden, sie in erster Linie direkt miteinander zu besprechen.[2] Ja, noch am 29. Juli hat Grey zugegeben, daß eine auf direktem Wege erreichte Verständigung zwischen Rußland und Österreich die beste Lösung sei, und daß er, Grey, seinen eigenen Vorschlag einer Viermächtekonferenz zurückstellen würde, solange irgendwelche Aussichten für eine solche direkte Verständigung vorhanden seien.[3] Ganz ausdrücklich erkannte er schlankweg an, daß die „deutsche Methode" allen anderen vorzuziehen sei! Wie der englische Staatssekretär angesichts dessen den Mut finden konnte, späterhin es der deutschen Regierung und nur dieser[4] als ein Verbrechen auszulegen, sich nicht eilends dem eng-

[1] Englisches Blaubuch Nr. 24.
[2] Das. Nr. 3.
[3] Das. Nr. 67, 84.
[4] Von Rechts wegen hätte Grey denselben Vorwurf gegen Rußland erheben müssen, denn auch Sassonow hat den Konferenzvorschlag zunächst aus dem gleichen Grunde wie Bethmann Hollweg, weil er die eingeleiteten direkten Besprechungen mit Wien für aussichtsvoller hielt (Englisches Blaubuch Nr. 53, 55), unter den Tisch fallen lassen!

lischen Konferenzvorschlage angeschlossen zu haben,[1] also einer schlechteren Methode, ist unbegreiflich: indem er es tat, desavouierte er ja sich selbst! Einen berechtigten Vorwurf gegen den Reichskanzler hätte der Leiter der englischen Politik nur dann erheben können, wenn die deutsche Politik es an der nachdrücklichen Betreibung der direkten Verständigung zwischen Petersburg und Wien hätte fehlen lassen. Man weiß, daß im Gegenteil die deutsche Regierung auf diese Verständigung in einer Form gedrängt hat, die nach einem Wort des Reichskanzlers vom 4. August 1914 bis an das Äußerste dessen ging, was mit dem deutsch-österreichischen Bundesverhältnis noch vereinbar war. Ja, die deutsche Politik ließ der englischen zuliebe sogar ein Stück von der These ab, daß die Verständigung direkt zwischen Rußland und Österreich zu erfolgen habe, indem sie sich die Grey-Lichnowskysche Verständigungsformel vom 29. Juli aneignete, nach der Österreich sein militärisches Vorgehen gegen Serbien mit der Besetzung Belgrads vorerst einstellen sollte, um einer Vermittlungsaktion der anderen Mächte

[1] Über die von der deutschen Regierung für die Ablehnung des Konferenzvorschlages gegebene Begründung: die Konferenz würde einem Schiedsgerichtshof, einem Areopag gleichkommen, in dem zwei Mächte von jeder Gruppe über die beiden übrigen Mächte zu Gericht säßen (Englisches Blaubuch Nr. 43, 71), kann man verschiedener Ansicht sein. Es würde sich, worauf Fürst Lichnowsky in seiner bekannten Denkschrift so großes Gewicht legt, einwenden lassen, daß England sich auch auf der Botschafterkonferenz in London (1913) nicht ohne weiteres auf die Seite seiner Ententegenossen gestellt hatte. Aber die Botschafterkonferenz hatte annähernd acht Monate gebraucht, um zu ihren Resultaten zu kommen! Das spricht sicherlich nicht dafür, daß die „Viermächtekonferenz“ 1914, wie Fürst Lichnowsky annimmt, den österreichisch-serbischen Konflikt in einer oder zwei Sitzungen gleichsam spielend aus der Welt geschafft hätte. Es wäre um so weniger der Fall gewesen, als Rußland diesmal von vornherein, und zwar unter Billigung Englands, entschlossen war, in jedem Fall zur Mobilisierung zu schreiten (Englisches Blaubuch Nr. 6), und wirklich schon am 25. Juli die Mobilmachung zunächst gegen Österreich beschloß, wenn auch ihre Durchführung noch aufgeschoben wurde (vgl. R. Hoeniger, Untersuchungen zum Suchomlinow-Prozeß, „Deutsche Rundschau“, Aprilheft 1918, S. 44). Keinenfalls aber hätte Deutschland seine Beteiligung an der Viermächtekonferenz fortsetzen können, sobald sie von russischen Rüstungen durchkreuzt wurde; sie wäre also im voraus zum Scheitern verurteilt gewesen. Unzweifelhaft ist in der klaren Voraussicht der deutschen Staatsmänner, daß die lange Bank der Viermächtekonferenz zu einer Kulisse für die russischen Rüstungen werden solle oder könne (vgl. auch „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. August 1915), der tiefere Grund für die Ablehnung des Greyschen Konferenzvorschlags zu suchen.

Raum zu geben.[1] Die beiden Telegramme des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Wien, Herrn von Tschirschky, sind ein durchschlagender Beweis für die Intensität seines Friedenswillens, dem kein Staatsmann der Entente und am wenigsten Sir E. Grey etwas Gleichwertiges an die Seite setzen kann. Zwar hat auch der englische Ministerpräsident Asquith nachgehends behauptet: „Wir arbeiteten mit allen Mitteln, welche die Diplomatie erfinnen konnte — wobei wir unsere stärksten Freundschaftsbande und Verpflichtungen beinahe so straff zogen, daß sie fast zerrissen wären.“ Aber diese tönenden Worte sind offenbar weiter nichts als eine schlechte Nachahmung der analogen Bethmannschen Äußerungen vom 4. August, denn weder aus dem Englischen Blaubuch, noch aus den Reden der englischen Staatsmänner läßt sich irgendeine Bestätigung für Asquiths Versicherung entnehmen.[2]

[1] Kaiser Wilhelm wäre sogar in seiner Friedensliebe bereit gewesen, auf den Grundsatz der deutschen Politik, sich nicht in die österreichisch-serbischen Händel einzumischen, zu verzichten. Das erhellt aus dem kürzlich veröffentlichten Brief des Kaisers an Herrn von Bethmann Hollweg vom Vormittage des 28. Juli („Deutsche Politik“ vom 18. Juli 1919), in dem er seine große Befriedigung über die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum ausspricht, durch die nach seiner Ansicht jeder Grund zum Kriege entfallen wäre, und in dem er sich bereit erklärt, den Frieden zwischen den beiden streitenden Mächten auf der Grundlage einer vorübergehenden militärischen Besetzung eines Teils von Serbien zu vermitteln. Der Kaiser fordert seinen Kanzler in dem Schreiben geradezu auf, ihm einen Vorschlag in diesem Sinne zu unterbreiten. Die in Berlin höchlich überraschende plötzliche Kriegserklärung Österreichs an Serbien, die am Mittage des 28. Juli, wenige Stunden nach der Niederschrift des kaiserlichen Schreibens erfolgte, hat die vom Kaiser gewünschte Aktion im Keime erstickt. Ein Niederschlag von ihr ist aber zweifellos die obenerwähnte Annahme der Grey-Lichnowskyschen Verständigungsformel seitens der deutschen Regierung vom 29. Juli.

[2] Vgl. Deutschland und der Weltkrieg, II, S. 646, Anm. 34. Vielleicht denkt Asquith daran, daß die englische Regierung in den ersten Stadien der Krise das russisch-französische Verlangen nach einer vollen und ausdrücklichen Solidaritätserklärung der englischen Regierung abgelehnt hat. Aber er vergißt, daß man die Ententegenossen gleichsam zwischen den Zeilen lesen ließ, daß England gar nicht daran denke, im Kriegsfall abseits zu stehen. Auf eine anfängliche Verstimmung Sassonows könnte man vielleicht daraus schließen, daß er in den uns bekannten Worten zu dem englischen Botschafter vom 25. Juli, „wenn Rußland sich des Beistandes Frankreichs sicher fühle, wolle es allen Gefahren des Krieges ins Auge sehen“, England nicht in Rechnung stellte. Von einer Zerreißung der Freundschaftsbande ist indessen auch nicht im entferntesten die Rede gewesen. Englisches Blaubuch Nr. 17.

So wird man, wenn man nicht bloß die Worte, sondern auch die Taten — und hierauf kommt es an — der sämtlichen beteiligten Staatsmänner kühl und unbefangen miteinander vergleicht, das ernstlichste Friedensstreben, das stärkste Verantwortungsgefühl unbedingt bei dem deutschen Reichskanzler zu konstatieren haben. Allenfalls ließe sich fragen, ob die deutsche Diplomatie in jenen schicksalsschweren Tagen nicht eine gewisse Schwerfälligkeit oder, wie es ein namhafter deutscher Reichstagsabgeordneter ausgedrückt hat,[1] eine Sterilität an diplomatischen Ideen an den Tag gelegt habe. Mehr als einmal hat Sir Edward Grey damals an die deutschen Staatsmänner die Aufforderung gerichtet, mit irgendeinem vernünftigen Vorschlag hervorzutreten, welcher „deutlich mache, daß Deutschland und Österreich nach der Erhaltung des europäischen Friedens streben und daß Rußland und Frankreich unvernünftig wären, wenn sie ihn ablehnten".[2] Auch sind wirklich in jenen Tagen von anderer Seite mancherlei Vermittlungsvorschläge produziert worden, die an sich wohl geeignet gewesen wären, eine Verständigung zu befördern. Da ist zuerst der Vorschlag des italienischen Ministers San Giuliano vom 27. Juli, wonach Serbien durch den Rat der Mächte bewogen werden sollte, auch die nur durch eine nähere Erklärung Österreichs zu erläuternden strittigen Punkte des österreichischen Ultimatums anzunehmen: ein „wahrhaft staatsmännischer Gedanke", wie ihn ein pazifistisch gerichteter Völkerrechtslehrer genannt hat.[3] Auch der Vorschlag einer Internationalisierung der Kontrolle in bezug auf die Ausführung der von Serbien für die Bestrafung der Schuldigen und für sein künftiges Wohlverhalten zu gebenden Zusagen, den der französische Botschafter Jules Cambon am 29. Juli dem Auswärtigen Amt in Berlin unterbreitete, war immerhin diskutabel.[4] Man

---

[1] C. Haußmann in seiner Reichstagsrede vom 10. Oktober 1917.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 111. Wenn Grey hinzusetzt, er würde sogar sagen, daß wenn Rußland und Frankreich einen solchen Vorschlag nicht annehmen würden, die englische Regierung nichts mehr mit den Folgen zu tun haben wolle, so muß man doch billig fragen, warum Grey nicht ein einziges Mal mit Rußland in dieser Tonart wirklich gesprochen hat, als Sassonow die eigenen Vorschläge Greys, und zwar sowohl den ersten wie den zweiten Konferenzvorschlag, beiseite schob?

[3] W. Schücking, Die völkerrechtliche Lehre des Weltkriegs (1918), S. 84, 105 ff.

[4] Französisches Gelbbuch Nr. 92. Wenn W. Schücking, a. a. O., S. 87, diesen Vorschlag als das Ei des Kolumbus preist und zu seinen

hat gefragt, warum die deutsche Diplomatie, wenn sie schon darauf verzichtete, mit eigenen Ideen hervorzutreten, nicht wenigstens die Vorschläge San Giulianos und Cambons aufgenommen habe? Es ließe sich erwidern, daß die deutsche Regierung nicht wohl gleichzeitig die direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland betreiben und sich selbst mit speziellen Vorschlägen in diese Verhandlungen hineindrängen konnte. Aber der tiefere Grund für das Verhalten der deutschen Regierung wird darin zu suchen sein, daß just in dem Augenblick, wo jene gutgemeinten Vermittlungsvorschläge in den Gesichtskreis der Berliner verantwortlichen Stellen traten, die sich häufenden Nachrichten über die russische Mobilisierung hier den Eindruck fast zur Gewißheit steigerten, daß Rußland auf den Krieg hinauswolle, und daß unter solchen Umständen alle Erörterungen und Verhandlungen nur darauf hinauslaufen müßten, Deutschland militärisch in die Hinterhand zu bringen.

Die Tatsache der russischen Mobilmachung und ihre notwendige Rückwirkung auf die verantwortlichen Stellen in Berlin kann nicht scharf genug betont werden; sie ist für die Schicksalsfrage Krieg oder Frieden schlechthin entscheidend geworden. Deutschland hatte Rußland von Anfang an eindringlich und oft gewarnt: vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands würden Deutschland zu Gegenmaßregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müßten; Mobilisierung aber bedeute den Krieg. Auch der englische Botschafter in Petersburg Sir G. Buchanan hatte am 25. Juli auf eigene Faust seine ganze Beredsamkeit aufgeboten, um den russischen Minister des Äußern davon abzubringen, „durch Mobilisierung den Krieg zu beschleunigen", was er also als völlig identisch ansah. Wenn Rußland mobil mache, so meinte er, werde Deutschland nicht mit bloßer Mobilisierung zufrieden sein, noch Rußland Zeit lassen, die seinige auszuführen, sondern wahrscheinlich sogleich Krieg erklären.[1] Es war wirklich so, wie es der

Gunsten auf die häufigen Beispiele verweist, wo im Interesse auswärtiger Gläubiger die Finanzgebarung eines Staates ganz oder teilweise einer internationalen Kontrolle unterworfen worden sei, so verkennt er, daß Fragen der Finanzgebarung nicht leicht vitale Interessen oder gar den Ehrenpunkt berühren, während in der Frage des serbischen Konflikts für Österreich allerdings die nationale Ehre auf dem Spiele stand.

[1] Englisches Blaubuch Nr. 17. Bemerkenswert ist, daß Sir E. Grey, wenn er auch die Äußerungen Buchanans im allgemeinen billigte, doch mit keinem einzigen Wort auf die Warnungen an die russische Adresse zurückkam.

Reichskanzler einmal ausgedrückt hat: alle Welt wußte, daß die russische Mobilmachung den Krieg bedeute. Wenn nun Rußland trotz aller Warnungen mit der Mobilisierung voranschritt, welchen anderen Schluß konnten die leitenden Staatsmänner in Berlin ziehen, als den, daß nunmehr an Stelle der Diplomaten, mochten sie auch ihre Verhandlungen für alle Fälle noch fortsetzen, die Militärs das erste Wort zu führen hätten?[1]

Man ist in Berlin von dem Beginn der russischen Mobilisierungsarbeiten fast augenblicklich unterrichtet gewesen. Auch die Zeitungen wußten schon am 28. Juli zu melden, daß Rußland vierzehn Armeekorps im Süden mobilisiere. Noch am selben Tage brachte der Reichskanzler gegenüber dem englischen Botschafter zur Sprache, wie lähmend es auf alle Verhandlungen einwirken müsse, wenn sich diese Nachricht bewahrheite.[2] Von demselben Tage ist die Denkschrift des Generalstabschefs von Moltke über die militärpolitische Lage datiert, die nach dessen Tode auszugsweise durch Oberstleutnant von Haeften bekanntgegeben worden ist.[3] „Rußland," so heißt es in ihr wörtlich, „trifft alle Vorbereitungen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew, Odessa und Moskau, in Summa zwölf Armeekorps, in kürzester Zeit mobilisieren zu können, und verfügt ähnliche vorbereitende Maßregeln auch im Norden der deutschen Grenze und an der Ostsee." Daß diese Auffassung nicht etwa übertrieben war, hat seither zur Genüge der Suchomlinowprozeß ergeben, in dem der ehemalige russische Generalstabschef Januschkewitsch bekanntlich u. a. ausgesagt hat, daß die „vorbereitende Mobilmachung" schon am 25. Juli verfügt worden sei.[4] Am 29. Juli hat dann die russische Regierung amtlich in Berlin mitgeteilt, daß sie vier Armeebezirke, also noch mehr als

---

[1] Vgl. die Äußerung des deutschen Botschafters in Petersburg, Grafen Pourtalès, vom 26. Juli zu Sassonow: „In solchen Momenten gelangt die rein militärische Erwägung der Generalstäbe zum Wort." Österreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 28. S. nun auch Graf Pourtalès, Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden, S. 25.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 71. Auch Staatssekretär von Jagow sagte am 29. Juli zu Sir Edw. Goschen, „er sei sehr beunruhigt durch Berichte über Mobilisierung in Rußland und über gewisse militärische Maßnahmen Frankreichs." Das. Nr. 76.

[3] „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 21. September 1917.

[4] R. Hoeniger, Untersuchungen zum Suchomlinowprozeß, „Deutsche Rundschau", April 1918, S. 44. Vgl. von Eggeling, Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch, S. 23 ff.

die Denkschrift Moltkes vom 28. annahm, mobilisiert habe. Kaum zwei Tage darauf, in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli folgte der Teilmobilisation, die der Zar vergeblich rückgängig zu machen suchte, die Gesamtmobilmachung.

Wenn sonach schon vom 29. Juli ab in Berlin die Erkenntnis obwalten mußte — und sie hat obgewaltet —, daß Rußland zum Krieg entschlossen sei, so hatte man wahrlich keinen Anlaß mehr, Vorschlägen wie denen San Giulianos und Cambons nachzugehen, von denen man sich im voraus sagen konnte, daß sie angesichts des russischen Kriegswillens doch im Sande verlaufen würden.[1] In Frage kommen konnten jetzt, abgesehen von der durch Deutschland bis zum letzten Moment vorzugsweise betriebenen direkten Verständigung zwischen Rußland und Österreich, nur noch solche Auskunftsmittel, die den russischen Kriegswillen in seiner Wurzel, d. h. seiner Siegeszuversicht und seinem Vertrauen auf England trafen.

Hält man sich dies vor Augen, so versteht man, weshalb Reichskanzler von Bethmann Hollweg gerade am 29. Juli den Versuch unternahm, von England eine Neutralitätserklärung zu erhalten. Es war freilich schon im Hinblick auf den negativen Ausgang der Mission Lord Haldanes im Jahre 1912 und auf die ängstliche Rücksichtnahme, die Sir E. Grey damals auf die Ententegenossen genommen hatte, wenig wahrscheinlich, daß England sich jetzt zu einer solchen Neutralitätserklärung verstehen werde. Man glaube nicht, daß Herr von Bethmann Hollweg sich in diesem Augenblick irgendwelchen Illusionen hingegeben hätte. Er war sich, wie seine uns bekannten Äußerungen zu Goschen vom 29. Juli ergeben,[2] durchaus klar über das Hauptprinzip der britischen Politik: niemals zuzusehen und zu erlauben, daß Frankreich in irgendeinem Konflikt zertrümmert würde. Mit Sicherheit sah er voraus, daß dieses Prinzip England in einem Kriege zwischen den Mittelmächten einerseits, Rußland und Frankreich andererseits über kurz

[1] Daß Rußland für den Vorschlag San Giulianos sicherlich nicht zu haben gewesen wäre, erhellt schon aus den Bemerkungen des russischen Botschafters in London, Graf Benckendorff, zu Grey vom 30. Juli 1914. Englisches Blaubuch Nr. 103. Die russische Regierung hat genau genommen, ja nicht einmal den zweiten Konferenzvorschlag Sir E. Greys, dessen Voraussetzung war, daß die österreichische militärische Aktion für den Augenblick fortgesetzt würde (Blaubuch Nr. 135), akzeptiert!

[2] Englisches Blaubuch Nr. 85. In seinen Betrachtungen bestätigt Herr von Bethmann Hollweg, daß er sich hier durchaus keinen Illusionen hingegeben hatte. A. a. O., S. 181.

oder lang an die Seite der Gegner Deutschlands führen würde; fraglich mochte nur noch das Wann? erscheinen. Wie völlig richtig der Kanzler, dieser angebliche Träumer und Phantast, die Gesamtsituation erfaßt hatte, ergibt am besten das Telegramm an Herrn von Tschirschky von demselben 29. Juli: „Wir stehen vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Österreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberständen."

Wenn der Reichskanzler dennoch den Versuch machte, von England durch das Angebot der belgischen und der französischen Integrität, das schließlich auch auf die französischen Kolonien ausgedehnt wurde, vorerst eine Neutralitätserklärung zu erlangen, so haben ihn dabei vor allem militärpolitische Gesichtspunkte geleitet.[1] Gerade aus militärischen Gründen mußte auch die letzte Möglichkeit erschöpft werden, um England, wenn auch nicht ganz — das stand ja nicht zu hoffen —, so doch um Wochen oder auch nur um Tage aus dem Kriege herauszuhalten.[2]

Die deutsche Öffentlichkeit hat es sich in den schwülen Tagen vor Kriegsausbruch nicht allgemein klar gemacht, was der Eintritt Englands in den Krieg für dessen Gang und Dauer bedeute. Ein Graf Reventlow konnte noch am 4. August unter dem Eindruck der englischen Kriegserklärung schreiben: „Das englische Expeditionskorps, unter welchen Umständen und nach welchen Küstenpunkten hin es auch beabsichtigt oder entsandt werden möge, ist militärisch eine Frage fünfter Ordnung. Es könnte nach keiner Richtung die

---

[1] Das übersieht völlig Graf E. Reventlow, der („Deutsche Tageszeitung" vom 22. Juli 1917) aus den Verhandlungen mit England nur die alte Verständigungssucht Herrn von Bethmann Hollwegs und den Wunsch, England Vertrauen zu erzeigen, herausliest!

[2] Auch Graf E. Reventlow hat im Jahre 1914 mit der Möglichkeit und selbst der Wahrscheinlichkeit eines zögernden Eintritts Englands in einen künftigen Krieg gerechnet. Deutschlands auswärtige Politik, S. 378. Auch in der „Deutschen Tageszeitung" schrieb Graf Reventlow am 3. Februar 1914, beim Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges werde es eine Opportunitätsfrage sein, daß die britische Regierung es vom Gange der militärischen Ereignisse abhängig mache, ob und wie lange ihre Stellungnahme sich auf das diplomatische und politische Gebiet beschränke, in welchem Augenblicke sie zur kriegerisch-militärischen Parteinahme schreite. Mit Graf Reventlow harmoniert hier — Fürst Lichnowsky, der ebenfalls bis zum letzten Augenblick auf eine abwartende Haltung Englands gehofft hat, obwohl auch er der Ansicht war, daß England unter allen Umständen die Franzosen schützen würde.

deutsche Kriegführung ungünstig beeinflussen, vielleicht indirekt im Gegenteil."[1] Von einer solchen geringschätzigen Bewertung der Gegner Deutschlands hat sich Herr von Bethmann Hollweg stets frei gehalten. Mit seinem nüchternen und vorausschauenden Blick hat er von Beginn an zutreffend erkannt, wie viel militärisch auf jeden Tag und auf jede Stunde ankomme, um die England später in den Krieg eintrete. Ein rasches Eingreifen Englands in den Kontinentalkrieg konnte geradezu — diese Besorgnis Herrn von Bethmann Hollwegs sollte sich nur zu bald als begründet erweisen — den grundlegenden deutschen Kriegsplan gefährden, der darauf gerichtet sein mußte, durch eine rasche Niederwerfung Frankreichs den einen Hauptgegner auszuschalten und so einen möglichst baldigen Friedensschluß zu erzwingen.

Mit großer Bereitwilligkeit, wenngleich kaum mit viel Hoffnung, hat denn auch die deutsche Regierung zugegriffen, als sich noch in letzter Stunde, am 1. August, einen Augenblick die Möglichkeit zu bieten schien, nicht nur England von dem Kriege fernzuhalten, sondern mittels seiner Garantie auch die französische Neutralität in dem deutsch-russischen Konflikt zu erlangen. Leider handelte es sich dabei um ein Mißverständnis des Botschafters Fürst Lichnowsky;[2] in Wirklichkeit hat die englische Regierung auch nicht einen Augenblick die eigene und erst recht nicht die französische Neutralität in Betracht gezogen. Sie war vielleicht noch

[1] „Deutsche Tageszeitung" vom 4. August 1914. Die militärischen Ereignisse haben sehr rasch die ganze Torheit der Reventlowschen Auffassung gezeigt. Tatsächlich hat der sofortige Einsatz des englischen Expeditionskorps nicht wenig dazu beigetragen, daß mit dem Rückzug an der Marne der Gesamtplan des deutschen Generalstabes aufgegeben werden mußte. Man sieht, wie richtig der Reichskanzler gehandelt hat, wenn er alle diplomatische Kunst aufbot, um Englands Entschließungen hinzuhalten.

[2] In seiner bekannten Denkschrift macht Fürst Lichnowsky der Berliner Regierung zum Vorwurf, die Nachricht, die überhaupt kein Vorschlag, sondern nur eine Frage ohne Verbindlichkeit gewesen sei, zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht zu haben. Ist es nicht fast grotesk, daß Fürst Lichnowsky, der hier sich darüber aufhält, daß die deutsche Regierung in aller Hast gleichsam nach dem Strohhalm einer „Frage ohne Verbindlichkeit" gegriffen habe, in gleichem Atem dieselbe Regierung beschuldigt, den Krieg unter allen Umständen gewollt zu haben? Mit Recht weist Staatssekretär a. D. von Jagow darauf hin, daß der Inhalt der Lichnowskyschen Depesche vom 2. August (s. dieselbe im Deutschen Weißbuch, S. 48) gar nicht anders aufgefaßt werden konnte, als es in Berlin geschehen ist. Vgl. nun auch von Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 158ff.

mehr, als selbst die Leiter der deutschen Politik ahnten, von der Furcht beherrscht — und damit rühren wir wohl an die letzten Gründe für Englands Verhalten in der Weltkrise 1914 —, nach einer Niederwerfung Frankreichs und Rußlands allein einem Deutschland gegenüberzustehen, das seinen Macht- und Kräftezuwachs in einem siegreichen Kriege ganz auf die Vermehrung seiner Flotte und letzten Endes auf die große Auseinandersetzung mit dem Rivalen um die See- und Weltherrschaft konzentriere. Es war vor allem doch die blasse Furcht vor einem übermächtigen Deutschland, englisch ausgedrückt, vor einer ernstlichen Erschütterung des europäischen Gleichgewichts, die alle Schritte des Inselreichs leitete, die es zu immer ängstlicherer Rücksichtnahme auf seine Ententegenossen zwang und es ihm undenkbar erscheinen ließ, sei es die eigne Neutralität festzulegen, sei es gar für die Neutralität Frankreichs einzustehen.

Daß die deutsche Politik wenigstens die französische Neutralität nicht einen Moment ernstlich in Rechnung gestellt hat, lehrt überzeugend die neuerdings durch den französischen Minister des Äußern, Pichon, an das Tageslicht gezogene telegraphische Instruktion des Reichskanzlers vom 31. Juli für den deutschen Botschafter in Paris, Freiherrn von Schoen, in der als Bürgschaft für eine etwa zugesagte französische Neutralität die Übergabe der französischen Festungen Toul und Verdun verlangt wurde. Um diese Instruktion zu verstehen, die bekanntlich gar nicht ausgeführt ist, da Frankreich seine Neutralität ablehnte, muß man sich vergegenwärtigen, daß für Deutschland hinsichtlich der französischen Neutralität die Dinge umgekehrt lagen wie mit England. Während das militärische Interesse Deutschlands es wünschenswert machte, daß das Eingreifen Englands in den Weltkrieg möglichst lange in der Schwebe blieb, gebot dasselbe Interesse, unter allen Umständen sofort die volle Klarheit über Frankreichs Haltung herbeizuführen. Der deutsche Generalstabsplan für einen aufgedrungenen Zweifrontenkrieg war von jeher auf den Gedanken eingestellt, in blitzschneller Offensive sich zunächst auf Frankreich zu stürzen und diesen Gegner, wenn nicht entscheidend zu schlagen, so doch soweit abzukämpfen, daß man sich dann dem in seiner Mobilmachung langsamer vorankommenden russischen Koloß entgegenwerfen konnte. Eine Zauderpolitik Frankreichs, die etwa darauf ausging, erst Zeit zu gewinnen, um in einem günstigen Augenblicke, wo Deutsch-

land im Osten tief engagiert war, über dieses herzufallen, konnte unter keinen Umständen geduldet werden. So erklärt sich die Forderung einer Bürgschaft für den Fall einer etwaigen provisorischen und scheinbaren Neutralitätserklärung Frankreichs. Mit dieser Forderung hat sich Herr von Bethmann Hollweg nur dem Urteil der militärischen Instanzen angeschlossen, welche eine wirkliche Garantie einer französischen Neutralitätserklärung allein darin erblicken wollten, wenn in den Gürtel der uns vorgelagerten französischen Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt werde. „Am Vaterlande," so hat Herr von Bethmann Hollweg nachmals bemerkt, „hätte ich mich in seiner höchsten Not versündigt, wenn ich über dieses militärische Urteil hinweggegangen wäre."[1]

Unter militärischem Gesichtspunkt vor allem ist auch das Verhalten des Kanzlers in der belgischen Frage, die durch Englands Anfrage vom 31. Juli in den Vordergrund gerückt wurde, zu werten. Es liegt auf der Hand, daß Herr von Bethmann Hollweg den Bruch der belgischen Neutralität am liebsten vermieden gesehen hätte: gerade dieser drohte ja den Eintritt Englands in den Krieg, den der Kanzler mit allen Mitteln hinauszuschieben strebte, zu beschleunigen. Selbstverständlich kannte Herr von Bethmann Hollweg auch das Warnwort seines großen Vorgängers Bismarck aus dem Jahre 1887 — auch damals war die Frage der belgischen Neutralität von den englischen Blättern mit Eifer erörtert worden, bezeichnenderweise mit dem Fazit, daß England keineswegs verpflichtet sei, für die Neutralität mit den Waffen einzutreten:[2] „Deutschland würde nie einen Krieg mit der Verletzung eines europäischen Vertrags beginnen ... Viel zu hohen Wert legt die deutsche Staatsleitung auf ihren Ruf der strengsten Beobachterin der Verträge, welche Europa

---

[1] Interview Bethmann Hollwegs in den „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 14. März 1918. Mit Recht verweist der ehemalige Reichskanzler in seinen Ausführungen darauf, daß man deutscherseits bereit gewesen sei, sich mit einer von England garantierten französischen Neutralität zu begnügen, also auf die Herausgabe von Toul und Verdun zu verzichten. „Nichts kann schärfer und unzweideutiger dartun, daß wir es auf keinerlei der Ehre Frankreichs zu nahe tretenden Handlung, geschweige denn auf einen Überfall Frankreichs abgesehen hatten, daß wir vielmehr bis zum letzten Augenblick zu allem bereit waren, was diese Weltkatastrophe abwenden konnte."

[2] Vgl. darüber neuestens Schwertfeger, Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität, S. 104 ff., 164 ff.

zur Bewahrung seines Friedens errichtet hat."[1] Und glaubt jemand, daß Herr von Bethmann Hollweg, der von je so ganz auf die ethischen Prinzipien eingestellt war, weniger Sinn für die Heiligkeit der Verträge gehabt habe als der Tatmensch Bismarck? Aber der Kanzler wußte auch nur zu gut, daß die Situation völlig anders lag als zu Bismarcks Zeiten. Im Jahre 1887 durfte Bismarck voraussetzen, daß die Deckung des deutschen Gebietes durch die belgische und luxemburgische Neutralität keinem Zweifel unterliege. Nur weil der eiserne Kanzler damals dem ersten Moltke Bürgschaft dafür zu bieten vermochte, daß ein feindlicher Flankenstoß durch belgisches und luxemburgisches Gebiet ausgeschlossen sei, konnte der deutsche Generalstabsplan für einen Zweifrontenkrieg noch 1887 auf die Defensive gegen Frankreich, die Offensive gegen Rußland eingestellt werden.[2] Dieser an sich viel größere Chancen eines glücklichen Ausgangs bietende Plan wurde indes in demselben Augenblick hinfällig, wo die deutschen Staatslenker der militärischen Leitung nicht mehr für eine unbedingte Respektierung der belgischen Neutralität von seiten Frankreichs und — Englands einstehen konnten. Im Jahre 1914 mußte man deutscherseits mit der Verletzung der belgischen Neu-

---

[1] Die „Post" vom 24. Februar 1887.

[2] Fürst Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" vom 16. Januar 1893, wo einer defensiven Kriegführung Deutschlands gegen Frankreich, „so lange wir im Besitz von Metz und Straßburg sind, und so lange die Deckung durch das neutrale belgische und luxemburgische Gebiet besteht", das Wort geredet wird. S. Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898, II, 195. Vgl. auch Bismarcks Auslassungen zum 9. Januar 1893: „Feldmarschall Moltke war von der Stärke unserer Stellung auf der Westgrenze mit Rücksicht auf unsere Befestigungen in Straßburg, Metz, Mainz und Koblenz so überzeugt, daß er es, wenn der Krieg mit zwei Fronten ausbräche, für möglich hielt, sich an der Westgrenze so lange auf die Defensive zu beschränken, bis der russische Krieg zu Ende geführt sei. Er war der Ansicht, daß die französische Kriegführung unfähig sei, bei unseren Eisenbahnverbindungen und Befestigungen auf der Westgrenze diese zu durchbrechen, und glaubte daher den russischen Krieg bis zum Abschluß führen und dann erst Frankreich gegenüber von der Defensive zum Angriff übergehen zu können." Das. S. 193 f. Ich bin, entgegen der Ansicht von Bethmann Hollwegs (a. a. O., S. 167) auch heute noch der Meinung, daß die Erfahrungen des Weltkrieges für den ursprünglichen Plan einer Offensive gegen Osten sprechen — vor allem würde ein konzentrisches Vorgehen Deutschlands und Österreichs gegen Rußland aller Voraussicht nach Rumänien und auch wohl Bulgarien sofort auf die Seite der Mittelmächte geführt haben. Aber allerdings hatte der Plan einer östlichen Offensive ein Loch: Belgien.

tralität durch Frankreich und England als mit einer höchsten Wahrscheinlichkeit rechnen, auch ohne die Beweise für eine weitgehende Verständigung zwischen den englischen und belgischen Militärs, die hinterher in den belgischen Archiven gefunden wurden, schon zur Hand zu haben. Herr von Bethmann Hollweg selbst hat es für nahezu ausgeschlossen gehalten, daß Frankreich und England der ungeheuren Versuchung auf die Dauer widerstehen würden, einem mit seinen Hauptkräften gegen Rußland vorgehenden Deutschland durch das belgische Gebiet in den Rücken zu fallen. Welche durchschlagenden Argumente hätte er unter solchen Umständen dem Generalstabe entgegenstellen können, der den Einmarsch der deutschen Truppen für ein Gebot absoluter militärischer Notwendigkeit erklärte — sonst sei Deutschland von vornherein verloren, sagte der zweite Moltke!

Was es Herrn von Bethmann Hollweg gekostet haben mag, in dieser Lage Deutschlands, die nun einmal die vorwiegende Berücksichtigung der militärischen Interessen unausweichlich machte, sich über anerkannte internationale Rechtsregeln hinwegzusetzen, davon geben die Worte des Staatssekretärs von Jagow zu dem belgischen Gesandten Baron Beyens vom 5. August, die zugleich die strategische Notwendigkeit des Durchmarsches durch Belgien sehr einleuchtend darlegen, eine schwache Vorstellung: „Nur mit dem tiefsten Schmerz und Bedauern (wörtlich: le mort dans l'âme) haben sich der Kaiser und seine Regierung hierzu entschlossen. Für mich war es die peinlichste und furchtbarste Entscheidung, die ich während meiner ganzen dienstlichen Laufbahn treffen mußte. Allein der Durchmarsch durch Belgien ist für Deutschland eine Lebensfrage. Es muß so schnell wie möglich mit Frankreich ein Ende machen, es völlig zu Boden schlagen, um sich dann gegen Rußland zu wenden, wenn es nicht selbst zwischen Hammer und Amboß kommen will. Wir haben gehört, die französische Armee habe Vorbereitungen getroffen, durch Belgien zu marschieren und uns in der Flanke anzugreifen.[1] Wir müssen ihr zuvorkommen." Ganz ähn-

[1] Daß in der Tat der preußische Generalstab sehr gute Gründe gehabt hat, an einen beabsichtigten französischen Flankenangriff durch belgisches Territorium zu glauben, hat neuerdings der Schweizer Militärschriftsteller Oberst K. Egli in seinem Buche „Der Aufmarsch und die Bewegungen der Heere Frankreichs, Belgiens und Englands auf dem westlichen Kriegsschauplatz bis zum 23. August 1914" überzeugend auf Grund französischer Eingeständnisse dargelegt. Wörtlich schreibt Egli (S. 35): „War der deut-

lich hat Herr von Bethmann Hollweg selbst es bei dem Abschiedsbesuch des englischen Botschafters Goschen am 4. August als eine Frage von Leben und Tod für Deutschland bezeichnet, durch Belgien vorzurücken.[1] In einer solchen, noch nie dagewesenen Lage würde, das darf ohne weiteres behauptet werden, auch ein Bismarck sich nicht an sein Wort von 1887 gebunden gehalten haben. Gerade dem eisernen Kanzler stand die Existenz Deutschlands über jeder anderen Rücksicht. In Wahrheit tragen die Worte Herrn von Bethmann Hollwegs aus der Sitzung des Reichstags vom 4. August: „Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut," durchaus Bismarckisches Gepräge.

Ja, es ließe sich mit vollem Ernst fragen, ob nicht selbst die anscheinend so ganz undiplomatische Offenheit, mit der der fünfte Kanzler am 4. August das „Unrecht gegen Belgien" zugegeben hat, im Sinne Bismarcks, der oft genug das Beispiel zu rücksichtsloser Offenheit gegeben hat, zu rechtfertigen wäre.[2] Die „Deutsche Tageszeitung", die seit langem unter allen Blättern das Wort von dem „Unrecht an Belgien" am meisten gegen Herrn von Bethmann Hollweg auszuspielen pflegt, traf den Nagel auf den Kopf, als sie am 4. August 1914 unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehens schrieb: „Durch diplomatisches Herumreden würde nichts geändert worden sein; wir wären nur in den Ruf der Hinterhältigkeit gekommen, die dem Vorgehen unserer Gegner

schen Obersten Heeresleitung von der beabsichtigten Versammlung einer französischen Armee im Raume nordwestlich Montmedy—Mézières mit starker Reiterei westlich Rocroi schon vor dem Kriege etwas bekannt? Wenn ja, so konnte sie in deren Aufstellung unzweifelhaft eine Bedrohung der belgischen Neutralität sehen und auf die Absicht eines französischen Durchbruchs durch Belgien gegen das deutsche Industriegebiet in den Rheinlanden schließen. Dann erscheint aber auch der Satz der an Belgien gerichteten Note vom 2. August: „Sie — die der deutschen Regierung vorliegenden zuverlässigen Nachrichten — lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen", in neuem Lichte." Vgl. nun auch das in seiner Objektivität ausgezeichnete Buch von Bernhard Schwertfeger, „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität" (S. 126 ff.), das eine glänzende Rechtfertigung für die viel angefochtenen Äußerungen Bethmann Hollwegs über die Frage der belgischen Neutralität bringt.

[1] Englisches Blaubuch Nr. 160.

[2] Herr von Bethmann Hollweg selbst bekennt sich auch heute noch mit aller Entschiedenheit zu seinem Worte vom „Unrecht an Belgien". Betrachtungen zum Weltkriege, I, 168 f.

das häßliche Gepräge gibt." In der Tat, würde wohl das Geschrei über den Bruch der belgischen Neutralität geringer gewesen sein, falls der Reichskanzler den Einmarsch in Belgien, statt mit dem auch völkerrechtlich haltbaren Notrecht etwa mit dem angeblichen „Wegerecht" in Belgien begründet hätte, das, wenn es überhaupt auf Grund der früheren belgischen Festungsverträge geltend gemacht werden könnte, doch auch England und Frankreich einzuräumen gewesen wäre? Hingegen hat sich auf die Dauer noch stets die alte deutsche Weisheit bewahrheitet, daß ehrlich am längsten währt. Schon während des Krieges haben sich einflußreiche schwedische Stimmen vernehmen lassen: „Wenn eins geeignet sei, den Bruch der belgischen Neutralität in anderem Lichte erscheinen zu lassen, so sei es das bewundernswert offene Wort, das der deutsche Reichskanzler darüber im Reichstage gesprochen habe; dieses Wort werde zweifellos noch einmal eine große Rolle in der Weltgeschichte spielen."[1] Weiterhin sollte nicht vergessen werden, wie viel das Wort Herrn von Bethmann Hollwegs dazu beigetragen hat, das starke rechtliche Empfinden der deutschen Sozialdemokratie mit dem Einmarsch in Belgien auszusöhnen. „Es ist und bleibt eine historische Wahrheit," so hat sich darüber ein Sozialdemokrat geäußert, „daß die Bethmannsche Erklärung der Notwendigkeit des Durchbruchs Millionen deutscher Arbeiter bei Kriegsanfang einen Alp von der Brust genommen hat, und daß sein undiplomatisch ehrliches Bekenntnis in der Masse erst das ganze Vertrauen zu der Kriegsregierung hat aufflammen lassen."[2]

Schließlich darf nicht außer acht bleiben, daß Herr von Bethmann Hollwegs Wort von dem „Unrecht an Belgien" auch einen militärpolitischen Zweck verfolgt hat. Wenn irgend etwas Belgien veranlassen konnte, den weiteren Widerstand gegen den Durchmarsch durch sein Gebiet aufzugeben, wenn gleichzeitig noch irgend etwas England zurückhalten konnte, seinen Eintritt in den Krieg zu erklären — und wir sahen ja, welches Gewicht der Reichskanzler hierauf aus militärischen Gründen legte —, so schien es einzig und allein das Eingeständnis des Verstoßes gegen das Völkerrecht und das Versprechen, dieses Unrecht wieder gutzumachen. „Aus militärischen Gründen", so hat der Kanzler am 2. De-

[1] Vgl. H. Popert im „Vortrupp", Jg. 1916, S. 641.
[2] Anton Fendrich, Ein Wort an die unten und die oben von einem deutschen Sozialdemokraten.

zember 1914 gesagt — und das gilt für die Haltung Englands so gut wie für die Belgiens — „mußte die Möglichkeit zu einer solchen Entwicklung am 4. August unter allen Umständen offengehalten werden.“ Gewiß, die Hoffnung, die sich an die Worte des Kanzlers knüpfte, hat getrogen; aber mußte nicht in der Lage, in der sich Deutschland bei dem Kriegsausbruch befand, auch die letzte und äußerste Aussicht erschöpft werden, um eine Verschlechterung der militärischen Chancen zu vermeiden?

In seinen kürzlich erschienenen „Betrachtungen zum Weltkriege“ hat Herr von Bethmann Hollweg gerade mit Bezug auf den belgischen Fall gesagt: „Für jeden auch nur einigermaßen nüchternen Beurteiler lagen die ungeheuren Gefahren eines Zweifrontenkrieges so nackt zutage, daß es eine untragbare Verantwortung gewesen wäre, von ziviler Stellung aus einen nach allen Richtungen durchdachten und als zwingend bezeichneten militärischen Plan durchkreuzen zu wollen.“[1]

Soll man aus solchen Äußerungen schließen, daß der Kanzler den Standpunkt seines großen Vorgängers Bismarck aufgegeben hatte, nach dem die Leitung der Politik nicht etwa den Gesichtspunkten des Generalstabes unterworfen sein müsse, sondern umgekehrt? Das doch wohl nicht. Auch Bethmann Hollweg hat grundsätzlich stets an dem Primat der politischen Leitung festgehalten. Aber allerdings war er sich völlig klar darüber, wie viel stärker der ungeheure Druck der militärischen Lage seit Bismarcks Zeiten und wie viel zwingender die sorgsamste Berücksichtigung der militärischen Gesichtspunkte und Notwendigkeiten geworden war. Hinwieder war der Generalstabschef von Moltke weit entfernt von dem Ehrgeiz des ersten Moltke, dem der Gedanke, eine gefahrenschwangere politische Situation durch einen Präventivkrieg zu heilen, so fern nicht lag. Von dem älteren Moltke konnte Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ sagen: „Daß sich der Generalstab und seine Chefs zur Zeit der Luxemburger Frage, während der von Gortschakoff und Frankreich fingierten Krisis von 1875 und bis in die neueste Zeit hinein zur Gefährdung des Friedens haben verleiten lassen, liegt in dem notwendigen Geist der Institution und wird gefährlich nur unter einem Monarchen, dessen Politik das Augenmaß und die Widerstandsfähigkeit gegen

---

[1] S. 167.

einseitige und verfassungsmäßig unberechtigte Einflüsse fehlt."[1] Auf den jüngeren Moltke trifft dies Wort Bismarcks sicherlich nicht zu. Wir wissen aus den Aufzeichnungen des damaligen Majors von Haeften über seine Unterredung mit Moltke in der Nacht vom 30. zum 31. Juli 1914, wie schwer der Generalstabschef an der furchtbaren Verantwortung trug, die ihm die Frage der Mobilmachung auferlegte. Auch aus der Denkschrift Moltkes vom 28. Juli geht hervor, wie unbefangen er prüfte, ob die vorbereitende russische Mobilmachung schon die Anordnung der deutschen Mobilmachung rechtfertige: „Falls jetzt Deutschland mobil macht, so wird Rußland sagen, ich werde von Deutschland angegriffen, und damit wird es sich die Unterstützung Frankreichs sichern. Das so oft als reines Defensivbündnis gepriesene russisch-französische Abkommen, das nur geschaffen sein soll, um Angriffsplänen Deutschlands begegnen zu können, ist damit wirksam geworden und die gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten wird beginnen... Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen." Hiernach wird man Moltke, der auch weit entfernt von jener übertriebenen Siegeszuversicht war, die der Bericht des Legationsrats von Schoen dem preußischen Generalstab unterstellt, keinesfalls den Kriegstreibern zuzählen dürfen, unter die ihn Lichnowsky rechnen möchte![2] Kein größerer Gegensatz ist überhaupt denkbar als zwischen den maßgebenden Militärs in Petersburg und in Berlin. Dort haben die Suchomlinow und Januschkewitsch alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zunächst den Befehl zur Teilmobilisation von dem Zaren zu erreichen; sie haben dann die ausdrückliche Weisung zur Zurücknahme dieser Teilmobilisation mißachtet und schließlich mit Lug und Trug die allgemeine Mobilmachung erpreßt.[3] Hier hat der Generalstabschef seinem kaiserlichen Herrn, nach der Denkschrift vom 28. Juli zu schließen, die offenbar als Unterlage zum Vortrag bei Seiner Majestät gedient hat, das Für und Wider mit einer fast wissenschaftlich anmutenden Objektivität vorgetragen. Den Antrag auf Mobilmachung hat

---

[1] II, S. 93.

[2] Nach Ludendorffs Zeugnis („Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg", S. 22) war Moltke vielmehr seinem ganzen Denken nach pazifistisch gesonnen.

[3] Vgl. R. Hoeniger, Untersuchungen zum Suchomlinow-Prozeß, „Deutsche Rundschau", Aprilheft 1918, S. 38.

General von Moltke erst dann ins Auge gefaßt, nachdem zwei zuverlässige, voneinander unabhängige Nachrichten eingegangen waren, wonach Rußland bereits die Mobilmachung der gesamten Macht angeordnet hatte.[1] Selbst jetzt wollte der General, wie aus seinen Äußerungen zu dem Major von Haeften zu ersehen ist, den Antrag in dem für den Mittag des 31. angeordneten gemeinsamen Vortrag des Kanzlers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs beim Kaiser nur stellen, wenn bis dahin noch eine dritte Bestätigung der Meldung über die russische Mobilmachung einlaufe.[2] Auch der Reichskanzler bekannte sich unmittelbar vor dem gemeinschaftlichen Vortrag zu der Auffassung, daß er angesichts der militärischen Maßnahmen Rußlands unmöglich noch ruhig abwarten könne; er sprach in diesem Zusammenhange zu dem englischen Botschafter von einem sehr ernsten Schritt, den die deutsche Regierung zu tun genötigt sein könne.[3] Man darf vielleicht annehmen, daß in der Beratung beim Kaiser, nachdem inzwischen die offizielle Bestätigung der russischen Generalmobilmachung eingegangen war, Generalstabschef und Kriegsminister für sofortige Anordnung der deutschen Mobilmachung votiert haben, der Kanzler dagegen für ein befristetes Ultimatum an Rußland, um so dieser Macht noch einmal eine Frist zu geben, sich zu besinnen, und den Verbündeten und Freunden Rußlands eine Möglichkeit, auf dieses zugunsten des Friedens einzuwirken.[4] Die Entscheidung des Kaisers

---

[1] Die Angaben des französischen Botschafters in Berlin vom 30. Juli (Gelbbuch Nr. 105, 109), wonach, laut Äußerungen des Staatssekretärs von Jagow und des Unterstaatssekretärs Zimmermann die militärischen Behörden auf die Mobilmachung drängten, sind entsprechend zu berichtigen. Auch die neuerdings wieder aufgetauchte Vermutung, daß in diesen Zusammenhang die bekannte Falschmeldung des „Berliner Lokalanzeiger" vom 30. Juli über die Anordnung der Mobilmachung einzureihen sei (W. Schücking, Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges, S. 119, Anmerk. 2), ist mit den Aufzeichnungen von Haeftens kaum vereinbar.

[2] Man sieht aus dem Verhalten Moltkes, wie absurd der u. a. in der Schrift „Junius Alter" gegen den Reichskanzler erhobene Vorwurf ist, als habe er eine Verzögerung der Mobilmachung um drei volle Tage herbeigeführt. Wie weiter unten zu zeigen sein wird, kann höchstens die Rede davon sein, daß der Reichskanzler die Mobilmachung um die zwölf Stunden des Ultimatums an Rußland hinauszuschieben angeraten hat.

[3] Englisches Blaubuch Nr. 108.

[4] Vgl. die Rede des Kanzlers vom 9. November 1916, S. 156. Sir Ed. Grey hat in der Tat im Zusammenhang mit seinem zweiten Konferenzvorschlage, der sog. Grey-Lichnowskyschen Verständigungsformel, die darauf hinauslief, daß die österreichische militärische Aktion gegen Serbien

fiel dahin aus, daß einstweilen nur der Zustand der drohenden Kriegsgefahr proklamiert und daß Rußland aufgefordert werde, seine militärischen Maßregeln gegen Deutschland und Österreich einzustellen. Erst nachdem die zwölfstündige Frist des Ultimatums um mehrere Stunden überschritten war, ohne daß eine Antwort Rußlands eingelaufen war, wurde die deutsche Mobilmachung am Nachmittage des 1. August angeordnet, einige Stunden nach dem Eintritt auch der französischen Mobilmachung. Daß das Auswärtige Amt selbst jetzt noch versucht habe, den Befehl zur Mobilmachung und Kriegserklärung um weitere 24 Stunden aufzuschieben, wie der belgische Gesandte in Berlin Baron Beyens am 1. August berichtet,[1] ist unwahrscheinlich; die Äußerungen des Reichskanzlers vom 31. Juli und des Staatssekretärs von Jagow vom 1. August zu dem englischen Botschafter[2] beweisen, daß die politische Leitung sich des gewaltigen Ernstes der militärischen Situation ebensowohl bewußt war wie der nicht minder schweren Verantwortung in der Schicksalsfrage: Krieg oder Frieden? Gab es in dem tragischen Konflikt beider Verantwortungen, des deutschen und des Weltgewissens, für den verantwortlichen Staatsmann eine andere Lösung, als sich auf die Wahrung der aufs äußerste bedrohten deutschen Sicherheit zurückzuziehen? Gab es am 1. August auch nur noch die Möglichkeit, der endgültigen Entscheidung länger auszuweichen?

Nein, wie die Dinge am Nachmittage des 1. August lagen, war ein Schwanken nicht mehr möglich; darüber herrschte bei allen politischen und militärischen Instanzen volle Einmütigkeit. Fraglich konnten höchstens noch die letzten Formalien sein. Wir wissen jetzt, daß in der entscheidenden Beratung die Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer Kriegserklärung an Rußland (und Frankreich) auseinandergingen. Den Ausschlag für die sofortige Kriegserklärung hat, nach Herrn von Bethmann Hollwegs Mitteilung, die Stimme des Generalstabschefs von Moltke gegeben: weil unsere Chancen in dem Ringen gegen eine gewaltige zahlenmäßige Übermacht allein von äußerster Schnelligkeit unseres Handelns abhingen. Dieser Ansicht hat sich der Kanzler angeschlossen, obwohl er die Rückwirkung

„für den Augenblick" fortgesetzt würde, der russischen Regierung ein Innehalten in ihrer Mobilmachung zur Erwägung gestellt (Blaubuch Nr. 135), aber so konditionell, so ganz ohne allen Nachdruck, daß er keinerlei Wirkung erzielte.

[1] Belgisches Graubuch (II) Nr. 20.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 112, 138.

der formalen Kriegserklärung auf das Urteil über die Schuld am Kriege voraussah. „Unmöglich war es, den vollkommen plausibeln militärischen Gründen desjenigen Generals, der für die militärischen Operationen verantwortlich war, in einem Augenblick zu widersprechen, wo die Existenz des Landes ausschließlich von den militärischen Handlungen abhing.“[1]

Die formale Behandlung der Dinge ist ja nachträglich vielfach einer scharfen Kritik unterzogen worden.

Von pazifistischer Seite ist vor allem die Form des Ultimatums an Rußland beanstandet worden, das der russischen Regierung jeden Weg zum Rückzuge verlegt habe. Wenn Rußland, so hat man gemeint, in die Lage gesetzt worden wäre, die Vornahme seiner Demobilisierung vor dem eigenen Volke und der ganzen Welt damit zu rechtfertigen, daß es in der Sache selbst nunmehr befriedigt sei, so hätte es den Ausweg vielleicht beschritten.[2] Als ob der Zar nicht just in diesem Augenblicke telegraphiert hätte, daß es technisch unmöglich sei, die militärischen Vorbereitungen Rußlands einzustellen! Im übrigen war es doch nicht Deutschlands Sache, dafür zu sorgen, daß Rußland, das sich ohne Not in den österreichisch-serbischen Konflikt eingemengt hatte, sondern daß das in seinen innersten Lebensinteressen gefährdete Österreich soviel wie immer möglich zufrieden gestellt wurde. Rußland in diesem Moment die Möglichkeit geben, sich vor aller Welt für befriedigt zu erklären, hätte geheißen, sich unter dem Drucke der russischen Mobilmachung zu dem Eingeständnis einer vollen, nach Lage der Dinge kaum wieder einzuholenden diplomatischen Niederlage der Zentralmächte bequemen: ein Ergebnis, das ein Grey freilich wohl dem Kriege vorgezogen haben möchte. Im Grunde genommen hatte der Generalstabschef von Moltke recht, wenn er konstatierte: „Jedes Verhandeln unter dem Druck der russischen Mobilmachung ist gleichbedeutend mit nationaler Demütigung.“ Eine solche nationale Demütigung konnte kein deutscher Staatsmann auf sich nehmen. Ein Ultimatum, das auch jetzt noch der russischen Regierung ein Hinterpförtchen offengelassen hätte, war ein Unding. Ein Eingehen auf den Vorschlag des Zaren vom 1. August, daß die beiderseitige Mobilmachung nicht Krieg bedeuten solle und daß beide

---

[1] Betrachtungen zum Weltkriege I, 156 f.

[2] Schücking, a. a. O., S. 172 ff. Auch Schücking gesteht zu, es sei immerhin zweifelhaft, ob Rußland hierauf eingegangen wäre.

Regierungen fortfahren möchten, trotz der fortlaufenden Mobilmachung zu verhandeln,[1] vielleicht gar bis zu einem Schiedsspruch der Haager Konferenz, war erst recht ein Unding. Es war nur zu triftig, was der Staatssekretär von Jagow dem britischen Botschafter am 1. August auseinandersetzte: „Wenn Rußland sage, seine Mobilisierung hätte nicht notwendig Krieg zur Folge, und es könnte sehr gut monatelang im mobilen Zustande bleiben, ohne Krieg zu führen, so sei das mit Deutschland nicht der Fall. Deutschland würde sich seines einzigen Vorteils, der größeren Schnelligkeit der Mobilmachung, begeben, wenn es Rußland Zeit lasse, während weiterer Verhandlungen Truppenmassen aus allen Teilen seines weiten Gebietes heranzuholen."[2] Kürzer und bündiger erklärte der Reichskanzler selbst in seinem Telegramm an den Botschafter in Paris: „Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg." In der Tat: jetzt hätte jedes weitere Verhandeln, jedes Zögern Selbstmord für Deutschland bedeutet. Die Tadler Herrn von Bethmann Hollwegs haben gut reden, wenn sie meinen, er hätte es wenigstens verstehen müssen, zu guter Letzt Rußland und Frankreich die Initiative zu den Kriegserklärungen zuzuschieben, um unsere politische und damit auch unsere militärische Lage mit dem Wortlaut unserer Bündnisabkommen in Übereinstimmung zu bringen.[3]

---

[1] Deutsches Weißbuch, S. 10.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 138. Vgl. auch die Ausführungen von Moltkes zu von Haeften, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 21. September 1917.

[3] Vgl. Eugen Zimmermann, Ein ernstes Wort. Roter Tag vom 11. Juli 1917. Neuerdings hat auch Helfferich die förmlichen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich als einen „überflüssigen und schädlichen Ausfluß übertriebener formalistischer Gewissenhaftigkeit" getadelt. (Die Vorgeschichte des Weltkrieges I, 217.) Helfferich scheint zu meinen, daß der Kriegszustand sowieso schon durch die Überschreitung der ostpreußischen Grenze seitens russischer Truppen und Banden in Gang gekommen wäre. Wie aber, wenn Rußland auf defensive deutsche Gegenmaßregeln — von einer Offensive im Osten konnte ja keine Rede sein — mit einer Zurückziehung seiner Truppen, Entschuldigungen und Scheinverhandlungen, geantwortet hätte? Von den französischen Grenzverletzungen spricht Helfferich mit gutem Grunde nicht; sie konnten auch gegenüber der Tatsache, daß Frankreich am 30. Juli seine Truppen 10 km von der deutschen Grenze zurückgezogen hatte, nicht ins Gewicht fallen. Hätte Deutschland den Krieg auf Grund der in Ost und West stattgefundenen Grenzverletzungen ohne formelle Kriegserklärung begonnen, so würde es nichtsdestoweniger als der Angreifer ausgeschrieen sein. Vermutlich würde das Geschrei über die deutsche Heimtücke nur um so größer geworden sein. Nein, Herr von Bethmann Hollweg hat Recht: auch die geschickteste Regie hätte Aktionen nicht ver-

Ja, wie denn? Rußland und Frankreich, die sehr wohl wußten, welchen ungeheuren Vorteil es für sie bedeutete, den äußeren Schein des Angegriffenen festzuhalten, waren entschlossen, sich keinenfalls eine Initiative aufnötigen zu lassen, die den Mittelmächten ein formelles Recht gegeben hätte, die Bündnishilfe Italiens und Rumäniens in Anspruch zu nehmen. Sie zu zwingen, gab es schlechterdings keine Möglichkeit, denn sie saßen am längeren Hebelarm und konnten warten, während Deutschland bei jedem weiteren Zögern die ernsteste Gefahr lief. In der Tat, für Deutschland war jetzt die Zeit des Diplomatisierens vorbei. Die Stunde war gekommen, wo das Volk der Dichter und Denker mit seinen Staatsmännern sich nur noch an das deutsche Dichterwort zu halten hatte, daß nichtswürdig die Nation ist, die nicht freudig alles setzt an ihre Ehre.

Oberflächlich betrachtet könnte es ja scheinen, als ob die Politik des Kanzlers, die so vorwiegend auf die Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen ist, in der großen Krise des Jahres 1914 zusammengebrochen sei. Bei Lichte besehen ist Herr von Bethmann Hollweg doch weit entfernt gewesen, den Frieden um jeden Preis zu wollen. Schon 1911, während der Marokkokrise hat er einmal gesagt: „Für mich, der ich heute die Verantwortung trage, ist es Pflicht, die Geschäfte so zu führen, daß ein Krieg, der vermieden werden kann, auch vermieden wird." In Wahrheit ist seine Politik wie von Anfang an, so auch während der Weltkrise von 1914 in doppelter Richtung orientiert gewesen. Auf der einen Seite ist der Kanzler mit seinen Bemühungen, den Frieden auf dem Wege der Verständigung zu erhalten, bis zum Äußersten gegangen; gleichzeitig aber hat er für den klar vorausgeschauten Fall, daß es doch einmal zum Krieg komme, die militärischen Rücksichten und Notwendigkeiten voll zu wahren gesucht. Völlig illoyal ist es, wenn die Gegner Herrn von Bethmann Hollwegs aus dem natürlich einseitigen Bericht, den der britische Botschafter Sir Edward Goschen über seine letzte Unterredung mit dem Kanzler vom 4. August 1914 erstattet hat,

---

meiden können, die als Ausfluß aggressiver Absichten hätten ausgedeutet werden können. Sehr gut auch von Jagow („Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges", S. 144 ff.; Deutsche Politik Nr. 24 vom 13. Juni 1919), der überzeugend nachweist, daß die Ungunst der geographischen Lage Deutschlands ihm unter allen Umständen schließlich das Odium der formellen Angreiferrolle aufbürden mußte.

die Behauptung ableiten wollen, als habe dieser selbst den „Zusammenbruch seines Lebenswerks“ eingestanden. Man weiß, welche Rolle das Schlagwort von dem zusammengebrochenen Kanzler bis auf den heutigen Tag in der nationalistischen deutschen Presse spielt.[1] Wer den Bericht Goschens[2] genauer liest, sieht sofort, daß das Wort des Reichskanzlers von dem Zusammenbruch der Verständigungspolitik nicht als die schwächliche Klage eines haltlosen Mannes aufzufassen ist, sondern als eine schwere und wuchtige Anklage gegen England. Herr von Bethmann hat in der Unterredung mit Goschen England die volle Schuld für alle entsetzlichen Ereignisse zugeschoben, die eintreten könnten. Er hat das englische Verhalten mit den denkbar schneidendsten Worten gekennzeichnet: es gleiche einem Angriff von hinten auf einen Mann, der gegen zwei Angreifer um sein Leben kämpfe. Ist das die Sprache eines zusammengebrochenen Mannes, der ängstlich noch an die Schonung des Gegners denkt? Ist es nicht vielmehr die Sprache eines Mannes, der im Vollbewußtsein der eigenen guten Sache und des reinen Gewissens schonungslos dem Gegner die Wahrheit ins Gesicht schleudert?

Nein, nicht als ein zusammengebrochener, sondern als ein aufrechter Mann ist Herr von Bethmann Hollweg in den Weltkrieg hineingeschritten. Was ihn stark gemacht hat, die ungeheure Bürde der Verantwortung drei lange Jahre der Kriegskanzlerschaft hindurch und seither in der Einsamkeit von Hohenfinow zu tragen, das ist die Ruhe eines guten Gewissens, die aus jeder seiner Kriegsreden, die nun auch aus seinem Buche spricht. Herr von Bethmann Hollweg ist der Letzte, der für sein eigenes Handeln Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt. In seinen „Betrachtungen zum Weltkriege“ gibt er unumwunden zu, daß die Staatskunst auch in Deutschland nicht stark genug gewesen sei, die Welt vor einem Schicksal zu bewahren, das als gewaltiges Unwetter sichtbar am

---

[1] Ein starkes Stück ist, daß diese Presse, die sonst mit Vorliebe alles Englische als Lug und Trug abtut, den Bericht Goschens, nur weil sie glaubt, ihn gegen Herrn von Bethmann Hollweg ausspielen zu können, als ein leider authentisches Dokument behandelt, das auch niemals angefochten sei. So Graf E. Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 22. Juli 1917. In Wahrheit hat sich der Reichskanzler schon in seiner Rede vom 5. Juni 1916 in leidenschaftlichen Worten gegen die Darstellung Goschens verwahrt. Vgl. jetzt Betrachtungen zum Weltkriege I, 180, Anm.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 160.

Himmel stand. Aber war sie es etwa in irgendeinem anderen der beteiligten Länder? Für sich darf Herr von Bethmann Hollweg doch in Anspruch nehmen, daß er zu wirksamer Beschwörung der Gefahr die Hand geboten hat, so gut wie irgendein anderer und vielleicht mehr als irgendein anderer Staatsmann. Wenn er Fehler gemacht hat, so lagen sie vor allem auf dem Gebiete einer äußeren Inszenierung und einer geschickten Regie, deren nicht fähig zu sein er selbst einmal bekennt. Ob freilich die geschickteste Regie imstande gewesen sein würde, dem Kriege noch mehr den Charakter eines reinen Verteidigungskrieges aufzudrücken, und ob sie auch nur die volle Einmütigkeit des 4. August, die durch das offene Geständnis des Unrechts an Belgien nicht etwa geschwächte, sondern noch verstärkte innere Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes erreicht haben würde, die in erster Linie das persönliche Verdienst Herrn von Bethmann Hollwegs ist, das ist doch sehr die Frage. Dem Urteil der Geschichte kann Herr von Bethmann Hollweg, gestützt auf die vielerlei Zeugnisse seines reinen und ehrlichen Wollens, die in der bevorstehenden umfassenden Veröffentlichung des deutschen Aktenmaterials über den Ursprung des Krieges nur um so heller an den Tag treten werden, gestützt auch auf seine Kriegsreden, die dieses reine Wollen hundertfältig unterstreichen, mit aller Gelassenheit und Ruhe entgegensehen. Es mag sein, daß die feindlichen Staatsmänner, für die das Wort der Bibel vergeblich geschrieben zu sein scheint: „Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf ihn“, trotz aller jener Zeugnisse darauf beharren werden, Herrn von Bethmann Hollweg als den verantwortlichen deutschen Staatsmann vor ihr Gericht zu ziehen und ihn vor diesem befangenen und parteiischen Forum für schuldig erklären zu lassen. Aber nichts kann gewisser sein, als daß die Geschichte einen Schuldspruch nicht anerkennen wird, der nur Parteienbehauptung ist. Im Gegenteil, noch immer hat sich die Geschichte gleich der göttlichen Gerechtigkeit mit Vorliebe derer angenommen, die mühselig und beladen vor dem Richterstuhl einer befangenen und haßerfüllten Meinung standen. Mögen also unsere Gegner auch Herrn von Bethmann Hollweg die Dornenkrone des Martyriums aufsetzen: nur um so sicherer wird die Geschichte ihm, wie überhaupt dem deutschen Volke, die volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Bethmann Hollwegs Kriegsreden

Ansprache an die Volksmenge vor dem Reichskanzlerpalais, 31. Juli 1914

Gleich nach dem Bekanntwerden der ungenügenden Beantwortung der österreichisch-ungarischen Note durch Serbien am 25. Juli, der die Teilmobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee auf dem Fuße folgte, hatten in Berlin Kundgebungen der Sympathie für den Bundesgenossen und der nationalen Hochstimmung eingesetzt. Schon am Abend des 25. Juli fanden solche Kundgebungen vor dem Schlosse, dem Reichskanzlerpalais, der österreichisch-ungarischen Botschaft usw. statt. Die Ansammlungen wiederholten sich am 26. Juli; u. a. war wieder das Reichskanzlerpalais das Ziel mehrerer Züge, die vor ihm ihre Ovationen darbrachten. Ins Gewaltige steigerten sich die vaterländischen Kundgebungen, seit am 31. Juli nach dem Bekanntwerden der russischen Mobilmachung der Kriegszustand erklärt war und der Kaiser seine Residenz von Potsdam nach Berlin verlegt hatte. Am Spätnachmittage des 31. hielt der Kaiser vom Schlosse aus eine Ansprache an die versammelte Volksmenge, die dem schweren Ernst der Stunde, aber auch dem festen Vertrauen auf die Gerechtigkeit der deutschen Sache und der Zuversicht auf Gottes Hilfe Ausdruck gab. Im Verfolg der Kundgebungen vor dem Schlosse zog am späten Abend auch eine Volksmenge von Tausenden vor das Reichskanzlerpalais, an die der Kanzler vom Mittelfenster des Kongreßsaales folgende Ansprache richtete:

In ernster Stunde sind Sie, um Ihren vaterländischen Empfindungen Ausdruck zu geben, vor das Haus Bismarcks gekommen, Bismarcks, der uns mit Kaiser Wilhelm dem Großen und dem Feldmarschall Moltke das Deutsche Reich geschmiedet hat. Wir wollten in dem Reiche, das wir in vierundvierzigjähriger Friedensarbeit ausgebaut hatten, auch ferner in Frieden leben. Das ganze Wirken unseres Kaisers war der Erhaltung des Friedens gewidmet. Bis in die letzten Stunden hat er für den Frieden Europas gewirkt, und er wirkt noch für ihn. Sollte all sein Bemühen vergeblich sein, sollte uns das Schwert in die Hand gezwungen werden, so werden wir ins Feld ziehen mit gutem Gewissen und dem Bewußtsein, daß nicht wir den Krieg gewollt haben. Wir werden dann den Kampf um unsere Existenz und unsere nationale Ehre mit Einsetzung des letzten Bluttropfens führen. Im Ernste dieser Stunde erinnere ich Sie an das Wort, das einst Prinz Friedrich Karl den Brandenburgern zurief: „Laßt eure Herzen schlagen zu Gott und eure Fäuste auf den Feind!“

Ansprache an die Volksmenge vor dem Reichskanzlerpalais, 1. August 1914

Nach der Anordnung der Mobilmachung am Nachmittage des 1. August wiederholten sich die gewaltigen Kundgebungen der Bevölkerung vor dem Schlosse, dem Reichskanzlerpalais usw. Vom Schlosse hielt der Kaiser eine neue Ansprache an die Volksmenge, die sich zu dem Gelöbnis erhob: „Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche." Auch vor dem Reichskanzlerpalais machte abends ein imposanter Zug halt, der in ernster patriotischer Stimmung „Heil dir im Siegerkranz" sang. Der Reichskanzler richtete an die Menge von einem Fenster des ersten Stocks folgende Worte:

In Ihrem Liede haben Sie unserem Kaiser zugejubelt — ja, für unseren Kaiser stehen wir alle ein, wer und welcher Gesinnung und welchen Glaubens wir auch sein mögen. Für ihn lassen wir Gut und Blut. Der Kaiser ist genötigt gewesen, die Söhne des Volkes zu den Waffen zu rufen.

Wenn uns jetzt der Krieg beschieden sein sollte, so weiß ich, daß alle jungen deutschen Männer bereit sind, ihr Blut zu verspritzen für den Ruhm und die Größe Deutschlands, aber wir können nur siegen in dem festen Vertrauen auf den Gott, der die Heerscharen lenkt und der uns bisher noch immer den Sieg gegeben hat. Und sollte Gott in letzter Stunde uns diesen Krieg ersparen, so wollen wir ihm dafür danken. Wenn es aber anders wird, dann mit Gott für König und Vaterland!

Reichstagsrede vom 4. August 1914

Am 4. August, mittags um 1 Uhr, fand die feierliche Eröffnung des durch Kaiserliche Verordnung vom 2. August einberufenen Reichstages im Weißen Saale des Königlichen Schlosses statt. Die von dem Kaiser verlesene Thronrede äußerte sich über den Ursprung des Krieges nur mit vornehmer Zurückhaltung. „Mit schwerem Herzen habe Ich Meine Armee gegen einen Nachbar mobilisieren müssen, mit dem sie auf so vielen Schlachtfeldern gemeinsam gefochten hat. Mit aufrichtigem Leid sah ich eine von Deutschland treu bewahrte Freundschaft zerbrechen. Die Kaiserlich Russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlaßte. Daß auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte uns nicht überraschen. Zu oft sind unsere Bemühungen, mit der französischen Republik zu freundlicheren Beziehungen zu gelangen, auf alte Hoffnungen und alten Groll gestoßen." Aber die Thronrede stellte doch fest: „Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reichs." Um so stärker betonte die Thronrede die unbeirrbare Redlichkeit, mit der die deutsche Regierung auch unter herausfordernden Umständen nur die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt habe. Ausdrücklich wies der Kaiser auf das dem Reichstag zugegangene Weißbuch hin, aus dem sich ergebe, „wie Meine Regierung und vor allem Mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden." Auf der anderen Seite unterstrich die Thronrede auch: „Was menschliche Einsicht und Kraft vermag, um ein Volk für die letzten Entscheidungen zu wappnen, das ist mit Ihrer patriotischen Hilfe geschehen." Ihren Höhepunkt erreichte die Thronrede, deren Ausführungen gleichsam das Leitmotiv für alle Kriegsreden des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg bilden, mit den berühmten Worten: „Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter."

An die Eröffnung des Reichstags am 4. August schlossen sich wenige Stunden später die erste und zweite Sitzung. Nach der Konstituierung des Reichstags ergriff sofort der Reichskanzler von Bethmann Hollweg das Wort zum Kriegsausbruch:

Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns das Deutsche Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre lang in Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, daß Deutschland kriegslüstern sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesät wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausge-

sprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen. (Lebhaftes Bravo.) Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen — gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt. (Stürmische Rufe: Sehr richtig! Sehr wahr!) Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich.

Meine Herren, eine Reihe von Schriftstücken, zusammengestellt in dem Drang der sich überstürzenden Ereignisse, ist Ihnen zugegangen.[1] Lassen Sie mich die Tatsachen herausheben, die unsere Haltung kennzeichnen.

Vom ersten Augenblick des österreichisch-serbischen Konflikts an erklären und wirken wir dahin, daß dieser Handel auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben müsse.[2] (Sehr richtig!) Alle Kabinette, insonderheit auch England, vertreten denselben Standpunkt. Nur Rußland erklärt, daß es bei der Austragung dieses Konfliktes mitreden müsse.[3] Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklung ihr drohendes Haupt. (Sehr wahr!) Sobald die ersten bestimmten Nachrichten über militärische Rüstungen in Rußland vorliegen, lassen wir in Petersburg freundschaftlich, aber nachdrücklich erklären, daß kriegerische Maßnahmen gegen

---

[1] „Vorläufige Denkschrift und Aktenstücke zum Kriegsausbruch", Nr. 19 der Drucksachen des Reichstags, 2. Session 1914; im Frühjahr 1915 als „Aktenstücke zum Kriegsausbruch" unter Hinzufügung anderer, seither in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichter Aktenstücke vom Auswärtigen Amt neu herausgegeben, auch sonst wiederholt als „Deutsches Weißbuch" aufgelegt.

Von Anfang an ist offenbar eine Fortsetzung und Erweiterung der Veröffentlichung aus den Akten des Auswärtigen Amts zum Kriegsausbruch geplant gewesen; sie ist aber, abgesehen von zahlreichen Einzelveröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", bisher unterblieben. Erst anläßlich des Falls Lichnowsky ist eine Ergänzung des Deutschen Weißbuchs in Aussicht gestellt worden.

Wo im folgenden das Deutsche Weißbuch zitiert ist, ist die Neuauflage von 1915 („Aktenstücke zum Kriegsausbruch") gemeint.

[2] Vgl. das Telegramm des Reichskanzlers an die Kaiserlichen Botschafter in Paris, London, St. Petersburg vom 23. Juli 1914. Deutsches Weißbuch, Anlage 1.

[3] Vgl. das Telegramm des deutschen Botschafters in St. Petersburg an den Reichskanzler vom 24. Juli 1914, wonach Sasonow auf das bestimmteste erklärt hatte: daß die serbisch-österreichische Differenz zwischen den Beteiligten allein ausgetragen werde, könne Rußland unmöglich zulassen. Deutsches Weißbuch, Anlage 4.

Österreich uns an der Seite unseres Bundesgenossen finden würden (stürmischer Beifall), und daß militärische Vorbereitungen gegen uns selbst uns zu Gegenmaßregeln zwingen würden (erneuter lebhafter Beifall), Mobilmachung aber sei nahe dem Kriege.[1] Rußland beteuert uns in feierlicher Weise seinen Friedenswunsch (stürmische Rufe: Hört! Hört!), und daß es keine militärischen Vorbereitungen gegen uns treffe.[2] (Bewegung.) Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird.[3] (Hört, hört! und lebhaftes Bravo.) Am 28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, daß Österreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die großserbischen Umtriebe zu wehren, die seine Existenz zu unterhöhlen drohten. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kaiser weist den Zaren auf die solidarischen monarchischen Interessen gegenüber der Freveltat von Serajewo hin. (Hört, hört! und Sehr gut!) Er bittet ihn, ihn persönlich zu unterstützen, um den Gegensatz zwischen Wien und St. Petersburg auszugleichen.[4] Ungefähr zu derselben Stunde und vor Empfang dieses Telegramms bittet der Zar seinerseits den Kaiser um seine Hilfe, er möge doch in Wien zur Mäßigung raten.[5] Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle.[6] Aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion im Gange, so mobilisiert Rußland alle seine gegen Österreich-Ungarn gerichteten Streitkräfte. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! Unerhört! Pfui!) Österreich-Ungarn selbst aber hatte nur seine Armeekorps, die unmittelbar gegen Serbien gerichtet sind, mobilisiert. (Hört, hört!) Gegen Norden zu nur zwei Armeekorps und fern von der russischen Grenze. (Erneute Rufe: Hört, hört!)

Der Kaiser weist sofort den Zaren darauf hin, daß durch diese Mobilmachung der russischen Streitkräfte gegen Österreich die Vermittlerrolle, die er auf Bitten des Zaren übernommen hatte,

---

[1] Vgl. Deutsches Weißbuch S. 5, dazu die Anlagen 10, 11, 12.

[2] Vgl. die Meldung des deutschen Militärattachés in Petersburg über sein Gespräch mit dem russischen Kriegsminister Suchomlinow (Deutsches Weißbuch, Anlage 13), dessen Aussagen inzwischen durch den Suchomlinowprozeß in eine eigene Beleuchtung gerückt sind.

[3] Vgl. Anlagen 14, 15, 17, 18, 21 des Deutschen Weißbuchs.

[4] Anlage 22 des Deutschen Weißbuchs.

[5] Anlage 22, II des Deutschen Weißbuchs.

[6] Anlage 22, III des Deutschen Weißbuchs.

erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde.[1] Trotzdem setzen wir in Wien unsere Vermittlungsaktion fort, und zwar in Formen, welche bis in das Äußerste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis noch verträglich war.[2] (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Während der Zeit erneuert Rußland spontan seine Versicherungen, daß es gegen uns keine militärischen Vorbereitungen treffe. (Große Bewegung. — Pfui!)

Es kommt der 31. Juli. In Wien soll die Entscheidung fallen. Wir haben es bereits durch unsere Vorstellungen erreicht, daß Wien in dem eine Zeitlang nicht mehr im Gange befindlichen direkten Verkehr die Aussprache mit Petersburg wieder aufgenommen hat. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Aber noch bevor die letzte Entscheidung in Wien fällt, kommt die Nachricht, daß Rußland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns, mobil gemacht hat.[3] (Hört, hört!) Die russische Regierung, die aus unseren wiederholten Vorstellungen wußte, was Mobilmachung an unserer Grenze bedeutet, notifiziert uns diese Mobilmachung nicht, gibt uns zu ihr auch keinerlei erklärenden Aufschluß.[4] (Hört, hört!) Erst am Nachmittag des 31. trifft ein Telegramm des Zaren beim Kaiser ein, in dem er sich dafür verbürgt, daß seine Armee keine provokatorische Haltung gegen uns einnehmen werde.[5] (Hört, hört! und Lachen.) Aber die Mobilmachung an unserer Grenze ist schon seit der Nacht vom 30. zum 31. Juli in vollem Gange. (Hört, hört!) Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich mobilisiert

---

[1] Telegramm des Kaisers an den Zaren vom 30. Juli. Deutsches Weißbuch, Anlage 22, IV.

[2] Nähere Mitteilungen darüber unter Verlesung der Instruktionen an den deutschen Botschafter in Wien, hat Reichskanzler von Bethmann Hollweg in seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 gemacht.

[3] Der Befehl zur allgemeinen russischen Mobilmachung erging nach der Feststellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 26. Februar 1916 in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli, nach der Aussage des russischen Generalstabschefs Januschkewitsch im Suchomlinowprozeß bereits im Laufe des 30. Juli. Vgl. R. Hoeniger, „Untersuchungen zum Suchomlinowprozeß“. Deutsche Rundschau, April 1918, S. 22 ff., 37 ff.

[4] Vgl. dazu die Mitteilungen des Deutschen Weißbuchs und die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 26./27. Februar 1916 veröffentlichten Aufzeichnungen des deutschen Botschafters in Petersburg, Grafen Pourtalès.

[5] S. das Deutsche Weißbuch S. 8.

zwar noch nicht, aber trifft doch, wie es zugibt, militärische Vorbereitungen.[1]

Und wir? — Wir hatten (in Erregung auf den Tisch schlagend und mit starker Betonung) absichtlich bis dahin keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe! (Lebhaftes Bravo.) Sollten wir jetzt weiter geduldig warten, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten? (Vielfache Rufe: Nein, nein!) Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Darum fordern wir noch am 31. Juli von Rußland die Demobilisierung als einzige Maßregel, welche noch den europäischen Frieden retten könnte. (Sehr richtig!) Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg erhält ferner den Auftrag, der russischen Regierung zu erklären, daß wir im Falle der Ablehnung unserer Forderung den Kriegszustand als eingetreten betrachten müßten.[2]

Der Kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Wie Rußland auf unsere Forderung der Demobilisierung geantwortet hat, wissen wir heute noch nicht. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! und große Bewegung.) Telegraphische Meldungen darüber sind nicht bis an uns gelangt (Hört, hört!), obwohl der Telegraph weit unwichtigere Meldungen noch übermittelte. (Erneute lebhafte Rufe: Hört, hört!)

So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August, nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen. (Lebhaftes Bravo.)

Zugleich mußten wir uns versichern, wie sich Frankreich stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral halten würde, hat uns Frankreich geantwortet, es werde tun, was ihm seine Interessen geböten.[3] (Lachen.) Das war eine ausweichende Antwort auf unsere Frage, wenn nicht eine Verneinung unserer Frage. (Sehr wahr!)

Trotzdem gab der Kaiser den Befehl, daß die französische Grenze unbedingt zu respektieren sei. Dieser Befehl wurde strengstens

---

[1] Vgl. dazu die Erlasse des französischen Ministers des Auswärtigen, Viviani, vom 30. Juli an die Botschafter in Petersburg und London. Französisches Gelbbuch Nr. 101, 106.

[2] Deutsches Weißbuch, Anlage 23.

[3] Deutsches Weißbuch, Anlage 26, 26.

befolgt, bis auf eine einzige Ausnahme. Frankreich, das zu derselben Stunde, wie wir, mobil machte,[1] erklärte uns, es werde eine Zone von 10 Kilometern an der Grenze respektieren.[2] (Hört, hört! rechts.) Und was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichsländisches Gebiet eingebrochene französische Kompagnien![3] (Hört, hört!) Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen (sehr richtig!) und uns tatsächlich angegriffen. (Sehr wahr!)

Was jene Ausnahme anbetrifft, so habe ich vom Chef des Generalstabs folgende Meldung erhalten:

„Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrücklichen Befehl hat eine, anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des XIV. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten. Sie ist scheinbar abgeschossen, nur ein Mann ist zurückgekehrt. Aber lange, bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen (lebhafte Rufe: Hört, hört!), haben am Schluchtpaß französische Truppen unsere Grenzschutztruppen angegriffen. Unsere Truppen haben sich, dem Befehle gemäß, zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt.“ So weit die Meldung des Generalstabs.

Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr (lebhafte Zustimmung); und Not kennt kein Gebot! (Stürmischer Beifall.) Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt (Bravo!), vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. (Erneutes Bravo.) Meine Herren, das

---

[1] In Wirklichkeit ist die französische Mobilmachung, wie der Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 9. November 1916 konstatiert hat, um mehr als eine Stunde früher als die deutsche angeordnet worden. Das Englische Blaubuch Nr. 136 ergibt den genauen Termin: Nachmittags 3,40.

[2] Französisches Gelbbuch Nr. 106.

[3] Näheres darüber in dem Erlaß des Reichskanzlers vom 3. August an den deutschen Botschafter in Paris, Freiherrn von Schoen (Deutscher Geschichtskalender 1914, II, 93) und in dem gemäß diesem Erlaß von dem Botschafter überreichten Schreiben (Französisches Gelbbuch Nr. 147). Vgl. auch die Ausführungen des Botschafters von Schoen in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 15. Januar 1915 (wiederabgedruckt Deutscher Geschichtskalender 1915, I, 58); E. Müller-Meiningen, „Diplomatie und Weltkrieg“ I, S. 434 ff. Von französischer Seite sind die deutschen Angaben, die auf amtlichen Meldungen des Chefs des Generalstabs beruhen, durchweg bestritten worden.

widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere.[1] Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand.[2] (Hört, hört! rechts.) Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. (Lebhafte Zustimmung.) So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. (Sehr richtig!) Das Unrecht — ich spreche offen —, das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.[3]

---

[1] Vgl. Belgisches Graubuch Nr. 15.

[2] In der am 2. August abends von dem deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn von Below-Saleske, überreichten Note (Belgisches Graubuch Nr. 20) hieß es: „Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Givet—Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen." Im gleichen Sinn hat sich der Reichskanzler am 13. September in einer Mitteilung an das Ritzausche Telegraphenbureau in Kopenhagen geäußert: „Wir wissen genau, daß der französische Kriegsplan einen Durchmarsch durch Belgien für einen Angriff auf die ungeschützten Rheinlande vorsah." Deutscher Geschichtskalender 1914, II, S. 217. Von französischer Seite sind diese Angaben ebenfalls bestritten worden. Vgl. aber neuestens die überzeugenden Feststellungen des schweizerschen Obersten Karl Egli, die kaum noch einen Zweifel an der Absicht eines französischen Durchbruchs durch Belgien gegen das deutsche Industriegebiet in den Rheinlanden lassen. „Der Aufmarsch und die Bewegungen der Heere Frankreichs, Belgiens und Englands auf dem westlichen Kriegsschauplatz" (1918) S. 35 f.

[3] Vgl. das Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Gesandten in Brüssel vom 2. August 1914 (Deutsches Weißbuch, Anlage 27), aus dem hervorgeht, wie die obige Äußerung des Reichskanzlers zu verstehen ist, und die erläuternden Äußerungen des Reichskanzlers in seiner Rede vom 2. Dezember 1914. Daß die später so viel angefochtenen Äußerungen des Reichskanzlers über das Unrecht an Belgien nur unter Berücksichtigung der militärisch-politischen Gesamtsituation, in der sie gesprochen wurden, richtig verstanden und bewertet werden können, hat gut auseinandergesetzt Walther Schoenborn in „Deutschland und der Weltkrieg", 2. Aufl., S. 434 ff. Völlig abwegig ist die häufiger gegen die Äußerung des Reichskanzlers von dem Unrecht an Belgien ins Feld geführte Behauptung, daß Deutschland nach den Verträgen von 1818 und 1831 ein Recht darauf gehabt habe, die belgischen Festungen zu besetzen. Vgl. Th. Niemeyer, „Belgien und seine Neutralisierung", S. 5; K. Hampe, „Das belgische Bollwerk", S. 29 f., 92 ff. Hampe produziert S. 209 die endgültige Fassung des Geheimartikels zum belgischen Festungsvertrag vom 14. Dezember 1831, aus der sich klar ergibt, daß Deutschland-Preußen auf keine Weise ein Einmarsch- oder Besetzungsrecht

(Bravo!) Wer so bedroht ist wie wir, und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! (Anhaltender, brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn.

Was die Haltung Englands betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im englischen Unterhaus abgegeben hat,[1] den Standpunkt klargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und daß wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden.[2] Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt (Hört, hört!), und ich kann hinzusetzen, daß, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen. (Bravo!)

Meine Herren, so weit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: „Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf!"[3] (Bravo!) Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft. Die 50 Jahre sind noch nicht vergangen, von denen Moltke sprach, daß wir gerüstet dastehen müßten, um das Erbe,

---

in Anspruch nehmen konnte. Es ändert daran nichts, daß die englische Regierung, wie die deutsche Note an die Neutralen vom 11. Januar 1917, allerdings unter Widerspruch des Londoner Auswärtigen Amts, festgestellt hat, im Jahre 1887 entschlossen gewesen ist, sich unter bestimmten Voraussetzungen der Inanspruchnahme eines Wegerechts durch Belgien nicht zu widersetzen. Vgl. die Mitteilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 22. Januar 1917 (wiederabgedruckt Deutscher Geschichtskalender 1917, I, 44 ff.), deren thema probandum aber nicht die Realität des angeblichen Wegerechts, sondern die Tatsache ist, daß England durch den Garantievertrag von 1839 nicht verpflichtet gewesen sei und sich auch keineswegs immer für verpflichtet geachtet habe, für die Neutralität Belgiens mit dem Schwert einzutreten.

[1] Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1914, II, 60 ff.

[2] Vgl. Englisches Blaubuch Nr. 123 und Müller-Meiningen, „Diplomatie und Weltkrieg" I, 53, Anm. 2.

[3] „In aufgedrungener Notwehr mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert." Thronrede vom 4. August.

um die Errungenschaften von 1870 zu verteidigen.[1] Jetzt hat die große Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen. Aber mit heller Zuversicht sehen wir ihr entgegen. (Stürmischer Beifall.) Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit — hinter ihr das ganze deutsche Volk! (Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen. — Der Reichstag erhebt sich.) — Das ganze deutsche Volk (zu den Soz.) einig bis auf den letzten Mann! (Erneuter minutenlanger Beifall.)

Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Der Rede des Reichskanzlers folgte eine patriotische Ansprache des Reichstagspräsidenten, die bereits die volle Einmütigkeit des gesamten Reichstags feststellte. „Niemals hat das ganze Volk einmütiger zusammengestanden als heute. Auch diejenigen, die sonst sich grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen, und ihre Vertreter im Reichstag bewilligen ungesäumt die für die Verteidigung des Reiches erforderlichen Mittel. Die Gesamtheit des deutschen Volkes steht somit fest und brüderlich ein für die Sühne des uns zugefügten Unrechts und für die Abwehr des uns aufgezwungenen Kampfes.“ Ihre Bestätigung fanden diese Worte des Reichstagspräsidenten in der nach kurzer Pause eröffneten zweiten Sitzung. In ihr wurden eine große Anzahl von Vorlagen, die dazu bestimmt waren, für den Krieg und für das wirtschaftliche Leben während des Krieges die notwendigen Sicherheiten zu schaffen, unter ihnen die ersten Kriegskredite im Betrage von 5 Milliarden, mit voller Einstimmigkeit in allen drei Lesungen angenommen. Die Zustimmung der Sozialdemokratie wurde in einer besonderen Erklärung des Reichstagsabgeordneten Haase motiviert, in der es u. a. hieß: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

---

[1] Am 16. Februar 1874 hatte Moltke bei der Beratung des Reichsmilitärgesetzes im Reichstage gesagt: „Was wir in einem halben Jahr mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird.“ Vgl. „Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke“ VII, 109.

Für die erhebende Einmütigkeit sprach Reichskanzler von Bethmann Hollweg dem Reichstag in kurzen Worten den Dank des Kaisers und der Verbündeten Regierungen aus:

Meine Herren, am Schlusse dieser kurzen, aber ernsten Tagung ein kurzes Wort. Nicht nur das Gewicht Ihrer Beschlüsse gibt dieser Tagung ihre Bedeutung, sondern der Geist, aus dem heraus diese Beschlüsse gefaßt sind: der Geist der Einheit Deutschlands, des unbedingten, rückhaltlosen, gegenseitigen Vertrauens auf Leben und Tod. (Bravo!) Was uns auch beschieden sein mag: der 4. August 1914 wird bis in alle Ewigkeit hinein einer der größten Tage Deutschlands sein. (Lebhafter Beifall.) Seine Majestät der Kaiser und Seine hohen Verbündeten haben mir den Auftrag gegeben, dem Reichstage zu danken.

Danach verlas der Reichskanzler eine Kaiserliche Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 24. November vertagt wurde.

In der Presse fand die Rede des Kanzlers vom 4. August schlechthin einmütige Würdigung. Es verdient festgehalten zu werden, daß auch die Äußerungen über das Unrecht an Belgien nicht zuletzt von den Blättern gepriesen wurden, die späterhin um ihretwillen den Reichskanzler nicht heftig genug angreifen konnten. Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb am 5. August (Nr. 391): „Die ungewöhnlichen Kundgebungen der Zustimmung wurden geradezu überwältigend, als der Reichskanzler mitteilte, daß wir in Luxemburg und Belgien einmarschiert seien, und daran die kraftvolle Bemerkung fügte, daß jetzt die einzige Aufgabe des Deutschen Reiches nur sein könne, sich durchzuhauen. Das war ein Augenblick, wie ihn die Vertretung des deutschen Volkes noch nicht gesehen hat. Immer und immer wieder klangen die Beifalls- und die Hochrufe, das Händeklatschen. Dann hoben sich die Hände wie zum Gelöbnisse empor. Kein Mißton klang durch ... An der Rede im übrigen irgendwelche Kritik zu üben, liegt keine Veranlassung vor." Und in der folgenden Nummer (Nr. 392): „Die Offenheit, mit der der Reichskanzler gestern unseren Einfall in Belgien erwähnte und begründete, war nötig und der Stunde angemessen. Manche meinen wohl, daß er seine Worte anders hätte wählen und abtönen sollen. Wir hegen diese Meinung nicht. Durch diplomatisches Herumreden würde nichts geändert worden sein, wir wären nur in den Ruf der Hinterhältigkeit gekommen, die dem Vorgehen unserer Gegner das häßliche Gepräge aufdrückt." Ebenso schrieb die „Vossische Zeitung" am 6. August (Nr. 394): „Im Reichstage hat unser Kanzler unumwunden zugestanden, daß wir mit der Besetzung Luxemburgs und Belgiens durch unsere Truppen einen Verstoß gegen die Gesetze des Völkerrechts begangen haben. Es ist mannhaft, ein begangenes Unrecht einzugestehen, und es ist ritterlich, wie es der Reichskanzler erklärt hat, Unrecht wieder gutzumachen, sobald es die Verhältnisse gestatten."

Reichstagsrede vom 2. Dezember 1914

Am 2. Dezember trat der Reichstag zu seiner zweiten Kriegstagung zusammen, in der es weitere 5 Milliarden an Kriegskrediten zu bewilligen galt. Nach einer Ansprache des Reichstagspräsidenten nahm Reichskanzler von Bethmann Hollweg das Wort zu längeren Ausführungen, die vor allem dem Eintritt Englands in den Krieg und dem von ihm vorgeschützten Kriegsgrunde, der Frage der belgischen Neutralität, gewidmet waren, die aber auch die ersten Andeutungen des Reichskanzlers über die künftige innere Neuordnung in Deutschland brachten:

Meine Herren, Seine Majestät der Kaiser, der draußen bei der Armee ist, hat mich beauftragt, der deutschen Volksvertretung, mit der er sich in Sturm und Gefahr und der gemeinsamen Sorge für das Wohl des Vaterlandes bis zum Tode eins weiß, seine besten Wünsche und seine herzlichsten Grüße zu überbringen (lebhafter Beifall) und zugleich in seinem Namen von dieser Stelle aus der ganzen Nation Dank zu sagen für die beispiellose Aufopferung und Hingabe, für die gewaltige Arbeit, die draußen und daheim von allen Schichten des Volkes ohne Unterschied geleistet worden ist und weiter geleistet wird. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Auch unsere Gedanken gelten zuerst dem Kaiser, der Armee, der Marine, unseren Soldaten, die draußen auf dem Felde und auf hoher See für die Ehre und die Größe des Reiches kämpfen. (Bravo!) Voller Stolz und mit felsenfestem Vertrauen blicken wir auf sie (stürmischer Beifall), blicken wir zugleich auf unsere österreichisch-ungarischen Waffenbrüder, die treu mit uns vereint in glänzend bewährter Tapferkeit den großen Kampf kämpfen. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Noch jüngst, meine Herren, hat sich uns in dem aufgedrungenen Kampfe ein Bundesgenosse gesellt, der genau weiß, daß mit der Vernichtung des Deutschen Reiches es auch mit seiner eigenen staatlichen Selbstbestimmung zu Ende wäre: das ist das Osmanische Reich.[1] Wenn unsere Gegner auch eine gewaltige Koalition gegen uns aufgeboten haben, so werden sie hoffentlich erfahren müssen, daß der Arm unserer mutigen Verbündeten bis an die schwächsten Stellen ihrer Weltstellung reicht. (Lebhafter Beifall.)

---

[1] Der Kriegszustand zwischen der Türkei und dem Dreiverbande war mit den Angriffen der russischen Flotte auf die ottomanischen Schiffe vom 29. Oktober und dem Vorgehen der türkischen Flotte vom 30. und 31. Oktober perfekt geworden.

Am 4. August bekannte der Reichstag den unbeugsamen Willen des gesamten Volkes, den ihm aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und seine Unabhängigkeit bis zum äußersten zu verteidigen. Seitdem ist Großes geschehen! Wer will die Ruhmes- und Heldentaten der Armeen, der Regimenter, der Kompagnien und Schwadronen, der Kreuzer und Unterseeboote aufzählen in einem Kriege, der seine Schlachtlinien durch ganz Europa, ja durch die ganze Welt zieht! Erst eine spätere Zeit wird davon erzählen können. Aber fassen wir nüchtern, was ist.

Die unvergleichliche Tapferkeit unserer Truppen hat trotz der ungeheuren Übermacht unserer Feinde den Krieg in Feindesland getragen. Dort stehen wir fest und stark da und können mit aller Zuversicht der Zukunft entgegensehen. (Lebhafter Beifall.) Aber die Widerstandskraft des Feindes ist nicht gebrochen. Wir sind nicht am Ende der Opfer. Die Nation wird diese Opfer weiter tragen mit demselben Heroismus, mit dem sie es bisher getan hat, denn wir müssen und wollen den Verteidigungskrieg, den wir, von allen Seiten bedrängt, für Recht und Freiheit führen, bis zum guten Ende durchkämpfen. (Lebhaftes Bravo.) Dann wollen wir auch der Unbill gedenken, mit der man sich an unseren, in Feindesland lebenden wehrlosen Landsleuten, zum Teil in einer jeder Zivilisation hohnsprechenden Weise vergangen hat. (Langandauernder stürmischer Beifall.) Die Welt muß erfahren, daß niemand einem Deutschen ungesühnt ein Haar krümmen darf. (Wiederholtes brausendes Bravo und Händeklatschen.)

Meine Herren, wenige Augenblicke, nachdem jene Sitzung vom 4. August zu Ende gegangen war, erschien der großbritannische Botschafter, um uns ein Ultimatum Englands und nach dessen sofortiger Ablehnung die Kriegserklärung zu überbringen. Da ich mich damals zu dieser endgültigen Stellungnahme der britischen Regierung noch nicht äußern konnte, will ich jetzt einige Ausführungen dazu machen.

Die Verantwortung an diesem größten aller Kriege liegt für uns klar. (Sehr richtig!) Die äußere Verantwortung tragen diejenigen Männer in Rußland, die die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee betrieben und durchgesetzt haben.[1] (Sehr richtig!) Die innere Verantwortung liegt bei der großbritannischen Regie-

[1] Durch den Suchomlinowprozeß hat diese Feststellung des Reichskanzlers eine durchschlagende Bekräftigung gefunden.

rung. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Das Londoner Kabinett konnte den Krieg unmöglich machen, wenn es unzweideutig in Petersburg erklärte, England sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikt einen kontinentalen Krieg der Großmächte herauswachsen zu lassen. (Allgemeine Zustimmung.) Eine solche Sprache hätte auch Frankreich gezwungen, Rußland energisch von allen kriegerischen Maßnahmen abzuhalten. (Erneute Zustimmung.) Dann aber gelang unsere Vermittlungsaktion zwischen Wien und Petersburg, und es gab keinen Krieg. England hat das nicht getan. England kannte die kriegslüsternen Treibereien einer zum Teil nicht verantwortlichen, aber mächtigen Gruppe um den Zaren. (Sehr richtig!) Es sah, wie das Rad ins Rollen kam, aber es fiel ihm nicht in die Speichen. Trotz aller Friedensbeteuerungen gab London in Petersburg zu verstehen, England stehe auf seiten Frankreichs und damit auch Rußlands. (Hört, hört!) Das zeigen klar und unwiderleglich die inzwischen erfolgten Publikationen der verschiedenen Kabinette, insbesondere das Blaubuch, das die englische Regierung herausgegeben hat. (Sehr richtig!) Nun gab es in Petersburg kein Halten mehr. Wir besitzen darüber das gewiß unverdächtige Zeugnis des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg. Er berichtet — Sie kennen seine Worte, aber ich will sie hier wiederholen — am 30. Juli an seine Regierung: Heute ist man in Petersburg fest überzeugt, und man hat selbst die Gewißheit davon, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand ist von enormem Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Militärpartei die Oberhand zu verschaffen.[1] (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Bis in den Sommer hinein haben die englischen Staatsmänner ihrem Parlament versichert: kein Vertrag, keine Abmachung binde das schrankenlose Selbstbestimmungsrecht Englands, falls ein Krieg ausbrechen sollte. Frei könne Großbritannien sich entscheiden, ob es an einem europäischen Kriege teilnehmen wolle oder nicht.[2] Also, meine Herren, war es keine Bündnispflicht, kein Zwang, es war auch keine Bedrohung des eigenen Landes, die die englischen Staatsmänner veranlaßte, den Krieg entstehen zu lassen und dann sofort selbst in ihn einzutreten. Dann bleibt nur übrig, daß das Londoner

---

[1] Veröffentlicht zuerst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 12. September 1914, wiederabgedruckt Deutsches Weißbuch S. 40 ff.

[2] Vgl. die Mitteilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Oktober 1914, wiederabgedruckt Deutsches Weißbuch S. 53.

Kabinett diesen Weltkrieg, diesen ungeheuerlichen Weltkrieg kommen ließ, weil ihm die Gelegenheit gekommen schien, mit Hilfe seiner Ententegenossen den Lebensnerv seines größten europäischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu zerstören. (Stürmische Zustimmung.)

So, meine Herren, tragen diese beiden Staaten, England mit Rußland zusammen — über Rußland habe ich mich am 4. August ausgesprochen —, vor Gott und der Menschheit die Verantwortung für diese Katastrophe, die über Europa, die über die Menschheit hereingebrochen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die belgische Neutralität, die England zu schützen vorgab, ist eine Maske. (Sehr wahr!) Am 2. August, abends um 7 Uhr, teilten wir in Brüssel mit, die uns bekannten Kriegspläne Frankreichs zwängen uns, um unserer Selbsterhaltung willen durch Belgien zu marschieren. Aber schon am Nachmittage dieses 2. August, also bevor in London das geringste von unserer Demarche in Brüssel bekannt war und bekannt sein konnte, hatte England Frankreich seine Unterstützung zugesagt (lebhafte Rufe: Hört, hört!), und zwar bedingungslos zugesagt für den Fall eines Angriffs der deutschen Flotte auf die französische Küste. Von der belgischen Neutralität war dabei mit keinem Worte die Rede. (Hört, hört!)

Diese Tatsache ist festgestellt durch die Erklärung, die Sir Edward Grey am 3. August im englischen Unterhause abgab, und die mir am 4. August infolge des erschwerten telegraphischen Verkehrs nicht in extenso bekannt war, und bestätigt durch das Blaubuch der englischen Regierung selbst.[1] Wie hat da England behaupten können, es habe das Schwert gezogen, weil wir die belgische Neutralität verletzt hätten? (Lachen. — Rufe: Heuchelei!) Und wie konnten die englischen Staatsmänner, denen doch die Vergangenheit genau bekannt war, überhaupt von belgischer Neutralität sprechen? (Lebhafte Zustimmung.) Als ich am 4. August von dem Unrecht sprach, das wir mit dem Einmarsch in Belgien begangen, stand noch nicht fest, ob sich die Brüsseler Regierung nicht in der Stunde der Not dazu entschließen würde, das Land zu schonen und sich unter Protest auf Antwerpen zurückzuziehen. Sie erinnern sich, daß ich auf den Antrag unserer Heeresverwaltung nach der Einnahme von Lüttich eine erneute Aufforderung in diesem Sinne an die belgische Regierung

[1] Englisches Blaubuch Nr. 148.

gerichtet habe.[1] Aus militärischen Gründen mußte die Möglichkeit zu einer solchen Entwicklung am 4. August unter allen Umständen offengehalten werden.

Für die Schuld der belgischen Regierung lagen schon damals mannigfache Anzeichen vor. Positive schriftliche Beweise standen mir noch nicht zu Gebote, den englischen Staatsmännern aber waren diese Beweise ganz genau bekannt. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Wenn jetzt durch die in Brüssel aufgefundenen, von mir der Öffentlichkeit übergebenen Aktenstücke[2] festgestellt worden ist, wie und in welchem Grade Belgien seine Neutralität England gegenüber aufgegeben hatte, so ist nunmehr alle Welt über zwei Tatsachen im klaren: Als unsere Truppen in der Nacht vom 3. zum 4. August das belgische Gebiet betraten, da befanden sie sich auf dem Boden eines Staates, der seine Neutralität selbst längst durchlöchert hatte.[3] (Lebhafte Zustimmung.) Und die weitere Tatsache: nicht um der belgischen Neutralität willen, die England selbst mit untergraben hatte, hat uns England den Krieg erklärt, sondern weil es glaubte, zusammen mit zwei großen Militärmächten des Festlandes unser Herr werden zu können. (Sehr wahr!) Schon seit dem 2. August, seit seinem Versprechen der Kriegsfolge an Frankreich, war England nicht mehr neutral, sondern tatsächlich im Kriegszustand mit uns. (Wiederholte Zustimmung.) Die Motivierung seiner Kriegserklärung vom 4. August mit der Verletzung der belgischen Neutralität war

[1] Belgisches Graubuch Nr. 60. Vgl. Müller-Meiningen, „Diplomatie und Weltkrieg“ I, S. 585 ff.

[2] Zuerst veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Oktober und 25. November 1914; wiederabgedruckt Deutsches Weißbuch, S. 58 ff. unter Faksimilewiedergabe der „anglo-belgischen Konventionen“ von 1906 und 1912. Später hat das Auswärtige Amt die Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußern in Brüssel vervollständigt unter dem Titel „Belgische Aktenstücke 1905—1914“ herausgegeben.

[3] Dieses Urteil des Reichskanzlers bleibt bestehen, auch wenn man der belgischen Regierung zugute halten wollte, daß ihre Verabredungen mit England nur für den Fall eines Bruchs der Neutralität von seiten Deutschlands getroffen waren. Hätte die belgische Regierung ihre volle Neutralität wahren wollen, so hätte sie eine Sicherung der Neutralität nach allen Seiten — der Wortlaut der Verträge verpflichtet sie geradezu hierzu — erstreben müssen. Indem die belgische Regierung lediglich eine Sicherung gegen Deutschland betrieb, gelangte sie zu einer weitgehenden militärischen Auslieferung an die Westmächte. Sehr gut darüber K. Hampe in „Deutschland und der Weltkrieg“, 2. Aufl., S. 417 ff. und neuestens in „Das belgische Bollwerk“, S. 152.

nichts als ein Schaustück, geeignet, das eigene Land und das neutrale Ausland über die wahren Beweggründe zum Kriege irrezuführen.

Jetzt, wo der bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete englisch-belgische Kriegsplan enthüllt ist, ist die Politik der englischen Staatsmänner vor der Weltgeschichte für alle Zeit gekennzeichnet. (Sehr richtig!) Die englische Diplomatie selbst hat ja auch noch ein übriges dazu getan. Auf ihren Ruf entreißt uns Japan das heldenmütige Kiautschou und verletzte dabei die chinesische Neutralität. (Sehr wahr!) Ist England gegen diesen Neutralitätsbruch eingeschritten? (Sehr gut!) Hat es da seine peinliche Fürsorge für die neutralen Staaten gezeigt? (Wiederholtes Sehr gut!)

Meine Herren, als ich vor fünf Jahren auf diesen Platz berufen wurde, stand dem Dreibund festgefügt die Tripleentente gegenüber, ein Werk Englands, bestimmt, dem bekannten Prinzip der balance of power zu dienen, das heißt ins Deutsche übertragen: der seit Jahrhunderten befolgte Grundsatz englischer Politik, sich gegen die jeweils stärkste Macht auf dem Kontinent zu wenden, sollte in der Tripleentente sein stärkstes Werkzeug finden. (Sehr richtig!) Darin lag von vornherein der aggressive Charakter der Tripleentente gegenüber den rein defensiven Tendenzen des Dreibundes, darin lag der Keim zu gewaltsamer Explosion. Ein Volk von der Größe und Tüchtigkeit des deutschen läßt sich nicht in seiner freien und friedlichen Entwicklung ersticken. (Lebhafter Beifall.) Angesichts dieser Kombination war der deutschen Politik der Weg klar vorgeschrieben: sie mußte versuchen, durch Verständigung mit den einzelnen Mächten der Tripleentente die Kriegsgefahr zu bannen, sie mußte gleichzeitig unsere Wehrkraft so stärken, daß sie dem Kriege, wenn er doch kam, gewachsen war. (Sehr richtig!) Sie wissen, meine Herren, wir haben beides getan.

In Frankreich begegneten wir immer wieder dem Revanchegedanken. Von ehrgeizigen Politikern genährt, erwies er sich stärker als der unzweifelhaft von einem Teil des französischen Volkes gehegte Wunsch, mit uns in nachbarlichen Verhältnissen zu leben. Mit Rußland kam es zwar zu einzelnen Vereinbarungen,[1] aber seine feste Allianz mit Frankreich, sein Gegensatz zu dem mit uns verbündeten Österreich-Ungarn und ein von panslawistischen Machtgelüsten gezüchteter Deutschenhaß machten Vereinbarungen un-

[1] Der Reichskanzler denkt an das Potsdamer Abkommen vom November 1910.

möglich, die für den Fall politischer Krisen die Kriegsgefahr ausgeschlossen hätten. Verhältnismäßig am freiesten stand noch England da. Ich habe schon vorhin daran erinnert, mit welcher Emphase die englischen Staatsmänner immer aufs neue ihrem Parlament das ganz ungebundene Selbstbestimmungsrecht Großbritanniens gerühmt haben. Hier konnte am ersten der Versuch zu einer Verständigung gemacht werden, die tatsächlich den Weltfrieden garantiert hätte. (Sehr richtig!)

Danach habe ich gehandelt. Danach mußte ich handeln. Der Weg war schmal, das wußte ich wohl. Die insulare englische Denkart hat im Laufe der Jahrhunderte einen politischen Grundsatz mit der Kraft eines selbstverständlichen Dogmas ausgestattet, den Grundsatz nämlich, daß England ein arbitrium mundi gebühre, das es nur aufrecht erhalten könne durch die unbestrittene Seeherrschaft einerseits und durch das vielberufene Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent andererseits. Ich habe niemals gehofft, diesen alten englischen Grundsatz durch Zureden zu brechen. Was ich für möglich hielt, war, daß die wachsende Kraft Deutschlands und das wachsende Risiko eines Krieges England nötigen könnten, einzusehen, daß dieser alte Grundsatz unhaltbar, unpraktisch geworden ist, und einen friedlichen Ausgleich mit Deutschland vorzuziehen. Jenes Dogma aber, meine Herren, lähmte immer wieder die Möglichkeit der Verständigung.

Einen neuen Anstoß erhielten die Verhandlungen[1] durch die Krisis des Jahres 1911. Über Nacht war dem englischen Volk klar geworden, daß es vor dem Abgrund eines europäischen Krieges gestanden hatte. Die Volksstimmung zwang die englischen Machthaber zu einer Annäherung an Deutschland. In langwieriger Arbeit gelang es schließlich, sich über verschiedene strittige wirtschaftliche Interessenfragen, die Vorderasien und Afrika betrafen, zu verständigen.[2] Damit sollten die möglichen politischen Reibungs-

[1] Vgl. über die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen, über die sich der Reichskanzler später in seiner Rede vom 19. August 1915 ausführlicher ausgelassen hat, H. Oncken in „Deutschland und der Weltkrieg", 2. Aufl., II, 590 ff.

[2] Gemeint sind das Bagdadabkommen und das Abkommen über die portugiesischen Kolonien, über die kurz vor dem Kriege eine Verständigung zwischen Deutschland und England erzielt war, wenn auch die Veröffentlichung noch Anstand fand. Vgl. darüber neuestens die Lichnowskysche Denkschrift („Berliner Börsenkurier" vom 21. März 1918) und die von Jagowsche Erwiderung („Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 23. März 1918).

flächen vermindert werden. Die Welt ist weit, sie bietet, wenn man nur nicht die freie Entfaltung unserer Kräfte hindern will, beiden Völkern Raum genug, im friedlichen Wettbewerb ihre Kräfte zu messen. (Lebhafte Zustimmung.) Das war der Grundsatz, den unsere Politik von jeher vertreten hat.

Aber, meine Herren, während wir so verhandelten, war England unablässig darauf bedacht, seine Beziehungen zu Rußland und Frankreich immer enger zu gestalten. Das Entscheidende dabei war, daß über das politische Gebiet hinaus um so festere militärische Abkommen für den Fall eines Kontinentalkrieges getroffen wurden. England betrieb diese Verhandlungen möglichst geheim. Wenn etwas davon durchsickerte, wurde ihre Bedeutung in Presse und Parlament als durchaus harmlos hingestellt. Verborgen sind sie uns nicht geblieben, wie Sie aus den Veröffentlichungen wissen, die ich veranlaßt habe.[1] Die gesamte Situation, meine Herren, war eben die: England war zwar bereit, sich über Einzelfragen mit uns zu verständigen, oberster und erster Grundsatz der englischen Politik aber blieb ihm: Deutschland muß in der freien Entfaltung seiner Kräfte in Schach gehalten werden durch die balance of power. Das ist die Grenzlinie für freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland. Zu dem Zwecke: Stärkung der Tripleentente bis aufs äußerste!

Als die Freunde militärische Zusicherungen dafür verlangen, sind die englischen Staatsmänner sofort bereit, sie zu geben.[2] Der Ring ist geschlossen: England ist der Gefolgschaft Frankreichs und damit auch der Rußlands sicher, aber freilich auch England selbst bindet seinen Willen. Wollen Frankreich oder Rußland, wo die in beiden Ländern vorhandenen chauvinistischen Kreise in der militärischen Konnivenz Englands ihre stärkste Stütze finden, — wollen Frankreich oder Rußland losgehen: England ist moralisch in den

[1] S. die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Oktober 1914 veröffentlichten, im Deutschen Weißbuch (S. 49 ff.) wiederabgedruckten „Amtlichen Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges", die unter anderem beweisen, daß die deutsche Regierung von dem wichtigen Schriftwechsel Sir E. Greys mit dem französischen Botschafter Paul Cambon aus dem November 1912 über ein englisch-französisches militärisches Zusammengehen ebensowohl Kenntnis hatte wie von den Verhandlungen über das russisch-englische Marineabkommen aus dem Jahre 1914.

[2] Die Belege dafür im Englischen Blaubuch (Nr. 47, 87, 89) und im Russischen Orangebuch (Nr. 58). Eine Zusammenstellung aller Belege gibt u. a. Helfferich, „Die Entstehung des Weltkrieges im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte", S. 27 ff.

Händen seiner Freunde. Und das alles zu welchem Zweck? Deutschland muß niedergehalten werden! Wir haben es an Warnungen bei der englischen Regierung nicht fehlen lassen. Noch zu Anfang Juli dieses Jahres habe ich der englischen Regierung andeuten lassen, daß mir ihre geheimen Verhandlungen mit Rußland über eine Marinekonvention bekannt seien. Ich habe auf die ernsten Gefahren aufmerksam gemacht, die diese englische Politik für den Weltfrieden berge. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) 14 Tage später trat das ein, was ich vorausgesagt hatte.

Wir haben, meine Herren, aus dieser gesamten Lage der Dinge die Konsequenzen gezogen. Schneller hintereinander habe ich Ihnen die größten Rüstungsvorlagen gebracht, die die deutsche Geschichte kennt,[1] und Sie haben in voller Erkenntnis der Gefahr einmütig und opferbereit bewilligt, was für unsere Selbstverteidigung notwendig war.

Und als nun der Krieg ausgebrochen ist, läßt England jeden Schein fallen. (Hört, hört!) Laut und offen verkündet es: England will kämpfen, bis Deutschland wirtschaftlich und militärisch niedergezwungen ist.[2] Panslawistischer Deutschenhaß stimmt jubelnd zu. Frankreich hofft mit der ganzen Kraft einer alten soldatischen Nation, die Scharte von 1870 auszuwetzen.

Meine Herren, darauf haben wir nur die eine Antwort an unsere Feinde: Deutschland läßt sich nicht vernichten! (Stürmischer Beifall.)

Und, meine Herren, wie unsere militärische, so hat sich auch unsere finanzielle Kraft glänzend bewährt, sich rückhaltlos in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Das wirtschaftliche Leben wird aufrechterhalten, die Zahl der Arbeitslosen ist verhältnismäßig gering. Deutschlands Organisationskraft und Organisationskunst sucht in immer neuen Formen Übeln vorzubeugen, Schäden auszu-

[1] Gemeint ist vor allem die Wehrvorlage vom Jahre 1913, die am 30. Juni vom Reichstage mit überwältigender Mehrheit angenommen war.

[2] Bei dem Mayors-Festessen in der Londoner Guildhall vom 9. November 1914 hatte der englische Premierminister Mr. Asquith zum ersten Mal das englische Kriegsziel enthüllt: England werde das Schwert nicht eher wieder einstecken, bevor nicht Belgien alles, was es geopfert habe, und noch mehr zurückerhalten habe, bevor nicht Frankreich auf gleiche Weise gegen drohende Angriffe gesichert sei, und bevor nicht die Rechte der kleineren Völker Europas auf eine unantastbare Grundlage gestellt seien, und endlich, bevor nicht die militärische Herrschaft Preußens völlig und endgültig vernichtet worden sei.

gleichen. Kein Mann, keine Frau entzieht sich der freiwilligen Mitarbeit (lebhafte Zustimmung), keine Werbetrommel braucht gerührt zu werden,—und alles zu dem einzigen großen Zwecke, für das Land der Väter, für die Hoffnung der Kinder und Enkel alles hinzugeben an Gut und Blut! Wenn dieser Geist, diese sittliche Größe des Volkes, wie sie die Weltgeschichte bisher nicht gekannt hat, wenn der millionenhaft bewährte Heldenmut unseres Volkes in Waffen gegenüber einer Welt von Feinden von unseren Gegnern als Militarismus geschmäht wird, wenn sie uns Hunnen und Barbaren schelten, wenn sie eine Flut von Lügen über uns auf dem Erdenrund verbreiten: meine Herren, wir können stolz genug sein, uns darum nicht zu grämen. (Stürmische Bravorufe.) Dieser wunderbare Geist, der die Herzen des deutschen Volkes durchglüht in nie gesehener Einigkeit, er muß und wird siegreich bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Und, meine Herren, wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Frieden erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten als das heiligste Vermächtnis dieser furchtbar ernsten und großen Zeit. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeitlang die Glieder des Volkes trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen. Eine Befreiung und eine Beglückung ist es, daß nun einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt ist (lebhaftes Bravo), daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem anderen, einer dem anderen die Hand reichend für ein einiges, heiliges Ziel. (Stürmisches Bravo.) Ich wiederhole noch einmal das Wort, das beim Ausbruch des Krieges der Kaiser gesprochen hat: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche. Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederkehren. Denn ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk! (Sehr richtig!) Aber kämpfen wollen wir dafür — und ich an meinem Teile verspreche es Ihnen —, kämpfen wollen wir dafür, daß es in diesem Kampfe nur mehr Deutsche geben darf. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ich schließe meine Ausführungen. Es ist nicht die Zeit für Worte. Nicht über alle Fragen, die das Volk und die auch mich im Tiefsten bewegen, kann ich sprechen. Nur noch eines! In Treue und mit heißem Danke gedenken wir der Söhne Deutschlands, die auf den Schlachtfeldern in Ost und West, auf hoher See,

an den Gestaden des Stillen Ozeans und in unseren Kolonien für die Ehre des Vaterlandes ihr Leben gelassen haben. (Der Reichstag erhebt sich.) Vor ihrem jetzt verstummten Heldenmute einigen wir uns in dem Gelöbnis, auszuharren bis zum letzten Hauche, damit Kinder und Enkel in einem stärkeren Deutschland frei und gesichert gegen fremde Drohung und Gewalt an der Größe des Reichs weiterbauen können. Und dieses Gelöbnis soll hinausschallen zu unseren Söhnen und Brüdern, die weiterkämpfen gegen den Feind, zu dem Herzblut Deutschlands, das in zahl- und namenlosem Heldentum aufwallt, für das wir bereit sind, alles herzugeben, was wir haben, hinausschallen auch zu unseren Landsleuten im Ausland, den draußen für uns Sorgenden, den von der Heimfahrt Abgeschnittenen und Gefährdeten, den widerrechtlich Gefangenen und Mißhandelten.

Wir halten durch, meine Herren! Und ich bitte Sie, durch die Annahme unserer Vorlage es zu bekräftigen: wir halten durch, bis wir Sicherheit haben, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft entfalten und entwickeln wollen — als freies Volk! (Stürmische, langanhaltende Bravorufe und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen.)

Nach dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg ergriff der sozialdemokratische Abgeordnete Haase das Wort, um namens seiner Partei, in Anlehnung an die Erklärung vom 4. August, die Billigung der geforderten neuen Kriegskredite auszusprechen. Er knüpfte daran den Ausdruck des Bedauerns über die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte und forderte Abhilfe namentlich gegen die Beschränkung der Preßfreiheit. Sämtliche übrigen Parteien erklärten durch den Mund des Abgeordneten Dr. Spahn, daß auch sie der Gesetzgebung zahlreiche Wünsche zu unterbreiten hätten, diese jedoch jetzt zurückstellen wollten: „Heute gilt es, die Rücksicht auf das Wohl des deutschen Vaterlandes allem anderen voranzustellen. In dem uns frevelntlich aufgedrungenen schwersten aller Kriege wollen wir durchhalten, bis ein Friede errungen ist, der den ungeheuren Opfern entspricht, welche das deutsche Volk gebracht hat, und der uns dauernden Schutz gegen alle Feinde gewährleistet."

Der Nachtragskredit wurde nach diesen Erklärungen ohne weitere Debatte mit allen gegen die eine Stimme des Sozialdemokraten Dr. Liebknecht angenommen. Es folgte die Vertagung des Reichstags bis zum 2. März 1915.

In der deutschen Presse hat die Rede des Reichskanzlers vom 2. Dezember gleich der des 4. August eine einmütige und begeisterte Zustimmung, auch auf seiten seiner späteren Gegner gefunden. Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb am 3. Dezember (Nr. 613): „Die gestrigen Verhandlungen des Reichstags trugen das Gepräge fester Entschlossenheit und markiger Entschiedenheit. Das gilt insbesondere von der Rede des Reichskanzlers, die der Bedeutung des Tages und der großen Zeit in jeder Weise angemessen war. Der tiefe Ernst, der aus seinen Worten klang, war um so eindrucksvoller, als man ihm

anmerkte, wie er selbst von der Wucht der Ereignisse tief ergriffen war. Herr von Bethmann Hollweg ist nicht ein Mann des rednerischen Schmuckes und Prunkes ... Aber auch rein äußerlich waren die Ausführungen des Kanzlers in ihrer ruhigen Abgewogenheit, in ihrer schlagenden Schärfe geradezu meisterhaft. Das Haus konnte sich der Wirkung seiner Worte nicht entziehen. Es lauschte ihm mit voller Spannung, und der Beifall, der ihm immer wieder entgegenklang, war tief empfunden. Wir haben den jetzigen Herrn Reichskanzler kaum je mit solcher Markigkeit, mit so tiefer Empfindung und so kräftiger Wirkung sprechen hören wie gestern. Auch die nicht allenthalben mit ihm einverstanden sind — hier klingt vielleicht ein erster Ton des Mißvergnügens über die Losung des Reichskanzlers an, daß es in dem Kampf der Parteien nur mehr Deutsche geben dürfe! —, werden zugeben müssen, daß er die Aufgabe, die ihm gestern gestellt war, glänzend und trefflich gelöst hat ... Das gesamte Haus zollte dem Kanzler einen Beifall, wie er wohl im Deutschen Reichstage kaum je gehört worden ist. In diesen Beifall mischte sich das sonst streng verbotene Händeklatschen. Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien erhoben sich von den Plätzen, der Reichskanzler mußte sich nochmals erheben und für die Kundgebung des Beifalls danken. Der Beifall war reich verdient." Ebenso schrieb die „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung" vom 3. Dezember (Nr. 585): „Von der Rede des Reichskanzlers muß man sagen, daß sie aufs glücklichste den Ton traf, den die große Zeit und der besondere Anlaß erforderten ... Die Rede des Kanzlers entfesselte einen Jubel und eine Zustimmung im Hause, die ebenso groß, ja vielleicht noch größer waren als an dem denkwürdigen 4. August." Und am 4. Dezember (Nr. 587) gab die „Kreuzzeitung" unter lebhafter Zustimmung Äußerungen wieder, die der damals in Berlin weilende bayrische Ministerpräsident Graf Hertling, der heutige Reichskanzler, zu einem Mitarbeiter des Blattes über die Rede Herrn v. Bethmann Hollwegs gemacht hatte. Es hieß darin nach einer Würdigung der markigen Worte des Reichskanzlers und des „in seinem Ernst und seiner Stärke ergreifenden Beifalls" von seiten des Reichstags u. a.: „Es gibt ja eine Menge Leute im Lande, die glauben, unsere Diplomatie hätte den Krieg verhindern oder die Bedingungen günstiger gestalten können, unter denen wir ihn führen. Nach den Ausführungen des Reichskanzlers wird kein Einsichtiger mehr daran zweifeln können, daß die Entwicklung, die zu diesem Kriege geführt hat, eine unaufhaltsame gewesen ist. Denn unsere Feinde hat der Trieb zusammengeführt, der noch mehr das Leben der Völker beeinflußt wie das der Individuen: der Neid ... Keine Diplomatie der Welt hätte das Wirken dieser Instinkte der Mißgunst und des Hasses hemmen oder in andere Bahnen lenken können. Nun sagt man, unsere Diplomatie hätte die Umklammerung, die uns bedrohte, erkennen, sie hätte die uns feindselige Stimmung des Auslandes registrieren und entsprechend bewerten sollen. Wer so spricht, möge die Rede des Reichskanzlers aufmerksam nachlesen. Die Reichsleitung hat, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen, die Entwicklung, die die Dinge nahmen, klar vorausgesehen, und sie hat es, und zwar zu einer Zeit, wo eine Wendung noch möglich war, an Warnungen nicht fehlen lassen."

Auch in der neutralen und der feindlichen Presse fand die Rede des Reichskanzlers viel Beachtung. In der englischen Presse wurde gegen die Darstellung Herrn von Bethmann Hollwegs vor allem eingewandt, daß Großbritannien doch im Jahre 1912 gelegentlich der Mission Lord Haldanes die Versicherung abgegeben habe, in keinem der von England unterzeichneten Verträge sei weder dem Sinne nach noch ausdrücklich die

Rede von einem Angriff auf Deutschland, und es werde auch in keinem noch zu unterzeichnenden ähnlichen Vertrage die Rede davon sein. Diese Versicherung habe aber den deutschen Staatsmännern nicht genügt, sondern sie verlangten, daß sich Großbritannien verpflichte, absolut neutral zu bleiben, um so freie Hand für Deutschland zu erhalten, alles zu tun, was ihm gefallen würde. — Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat später in seiner Rede vom 19. August 1915 Veranlassung genommen, diese englische Auffassung zu widerlegen.

Reichstagsrede vom 18. Mai 1915

Während in der dritten Kriegstagung des Reichstages vom 10. bis 20. März 1915, in der vor allem der Etat für 1915 beraten wurde, Reichskanzler von Bethmann Hollweg das Wort nicht ergriffen hat, bot ihm in der vierten Tagung die Zuspitzung der Beziehungen zwischen Italien und Österreich Anlaß, um zunächst am 18. Mai die weitgehenden Konzessionen auch territorialer Natur bekanntzugeben, mit denen Österreich unter deutscher Vermittlung den Abfall Italiens zu der Entente zu beschwören gesucht hatte:

Meine Herren, Ihnen ist bekannt, daß sich die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien in den letzten Monaten stark zugespitzt haben. Aus der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza[1] werden Sie entnommen haben, daß das Wiener Kabinett, in dem aufrichtigen Bestreben, die ständige Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und Italien zu sichern und den dauernden großen Lebensinteressen beider Reiche Rechnung zu tragen, sich zu weitgehenden Konzessionen, auch territorialer Natur, an Italien entschlossen hat. Ich halte es für zweckmäßig, Ihnen diese Konzessionen zu bezeichnen:

1. Der Teil von Tirol, der von Italienern bewohnt ist, wird an Italien abgetreten;
2. ebenso das westliche Ufer des Isonzo, soweit die Bevölkerung rein italienisch ist, und die Stadt Gradisca;

[1] Am 17. Mai hatte der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause auf eine Anfrage des Grafen Andrassy erwidert: „Die Monarchie hat in der Tat territoriale Anerbietungen an Italien gemacht zum Zwecke der dauernden Neutralität Italiens. Zu diesem Schritte sind wir, die wir für die auswärtige Politik der Monarchie verantwortlich sind, durch die Überzeugung bewogen worden, daß die ständige Freundschaft zwischen unserer Monarchie und Italien sowohl den dauernden großen Lebensinteressen der Monarchie wie denjenigen Italiens entspricht. Diese dauernden großen Lebensinteressen erfordern es, daß wir, selbst um den Preis schwerer Opfer, die durch die Erschütterung des gegenwärtigen Krieges emporgeworfenen Reibungspunkte aus dem Wege des gemeinsamen guten, freundschaftlichen Verhältnisses zu räumen trachten müssen. Da wir uns überzeugt haben, daß die Beseitigung der Reibungspunkte, das Hervorrufen eines solchen Seelenzustandes, der die Voraussetzung einer dauernden, aller Hintergedanken baren Freundschaft ist, lediglich um den Preis solcher territorialen Zugeständnisse erreicht werden kann, haben wir auch diesen Weg betreten im vollen Bewußtsein der auf uns lastenden großen Verantwortung." Das Ausmaß dieser territorialen Zugeständnisse wurde von Graf Tisza nicht berührt; es bekanntzugeben, blieb dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg vorbehalten. Italien war von der österreichischen Regierung bereits am 5. Mai „das äußerste Ausmaß unserer Konzessionen" mitgeteilt worden. Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch II, Nr. 172.

3. Triest soll zur kaiserlichen freien Stadt gemacht werden, eine den italienischen Charakter der Stadt sichernde Stadtverwaltung und eine italienische Universität erhalten (hört, hört!);
4. die italienische Souveränität über Valona und die dazugehörige Interessensphäre soll anerkannt werden;
5. Österreich-Ungarn erklärt seine politische Uninteressiertheit hinsichtlich Albaniens;
6. die nationalen Interessen der italienischen Staatsangehörigen in Österreich-Ungarn werden besonders berücksichtigt;
7. Österreich-Ungarn erläßt eine Amnestie für militärische und politische Verbrecher, die aus den abgetretenen Gebieten stammen;
8. wohlwollende Berücksichtigung von weiteren Wünschen Italiens über die Gesamtheit der das Abkommen bildenden Fragen wird zugesagt;
9. Österreich-Ungarn wird nach Abschluß des Vertrages eine feierliche Erklärung über die Abtretungen abgeben;
10. gemischte Kommissionen zur Regelung der Einzelheiten der Abtretung werden eingesetzt;
11. nach Abschluß des Abkommens sollen die Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee, die aus den abgetretenen Gebieten stammen, nicht mehr an den Kämpfen teilnehmen. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Ich kann, meine Herren, hinzufügen, daß Deutschland, um die Verständigung zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu fördern und zu festigen, dem römischen Kabinett gegenüber im Einverständnis mit dem Wiener die volle Garantie für die loyale Ausführung dieser Anerbietungen ausdrücklich übernommen hat.[1] (Stürmische Rufe: Hört, hört!)

---

[1] Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 20. Mai 1915 ist die Garantie der deutschen Regierung für die Durchführung der österreichisch-italienischen Abmachungen schon am 19. März 1915 zugesagt worden. Vgl. dazu das Italienische Grünbuch Nr. 49, nach dem Fürst Bülow am 20. März dem italienischen Minister des Auswärtigen, Sonnino, ankündigte, „er sei zu der Erklärung beauftragt, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung gegenüber der Königlich Italienischen Regierung die volle und ganze Bürgschaft dafür übernehme, daß die zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu schließende Vereinbarung getreulich und loyal unmittelbar nach Friedensschluß vollzogen werden würde".

Österreich-Ungarn und Deutschland haben hiermit einen Entschluß gefaßt, der, wenn er zum Ziel führt, nach meiner festen Überzeugung auf die Dauer von der überwältigenden Mehrheit der drei Nationen gutgeheißen werden wird. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Mit seinem Parlament steht das italienische Volk vor der freien Entschließung, ob es die Erfüllung alter nationaler Hoffnungen in weitestem Umfange auf friedlichem Wege erreichen oder ob es das Land in den Krieg stürzen und gegen die Bundesgenossen von gestern und heute — morgen das Schwert ziehen will. (Bewegung. — Stürmische Rufe: Hört, hört!)

Ich mag die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß die Wagschale des Friedens schwerer sein wird als die des Krieges. Wie aber Italiens Entschließung auch ausfallen möge: in Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn haben wir alles im Bereiche der Möglichkeit Liegende getan, um ein Bundesverhältnis zu stützen, das im deutschen Volke feste Wurzel gefaßt hatte und das den drei Reichen Nutzen und Gutes gebracht hat. Wird der Bund von einem Partner zerrissen, so werden wir in Gemeinschaft mit dem anderen auch neuen Gefahren unerschrocken und zuversichtlichen Mutes zu begegnen wissen. (Stürmisches, langanhaltendes Bravo und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Eine Diskussion über die Rede fand nicht statt.

Reichstagsrede vom 28. Mai 1915

Am 23. Mai war, nachdem Italien schon am 4. Mai formell den Dreibund in Wien aufgekündigt hatte, die italienische Kriegserklärung an Österreich erfolgt. Reichskanzler von Bethmann Hollweg nahm die nächste Reichstagssitzung vom 28. Mai wahr, um sich vor Eintritt in die Tagesordnung ausführlich zu dem italienischen Treubruch zu äußern und der unverminderten deutschen Siegeszuversicht, ja der Forderung nach realen Garantien und Sicherheiten dafür, daß keiner unserer Feinde wieder einen Waffengang wagen werde, Ausdruck zu geben.

Meine Herren, als ich vor acht Tagen zu Ihnen sprach, schien noch ein Schimmer von Hoffnung zu bestehen, daß das Losschlagen Italiens vermieden werden könnte. Die Hoffnung hat getrogen. Das deutsche Empfinden sträubte sich, an die Möglichkeit einer solchen Wendung zu glauben. Jetzt hat die italienische Regierung selbst ihren Treubruch mit blutigen Lettern unvergänglich in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube, es war Machiavelli, der einmal gesagt hat, jeder Krieg, der notwendig sei, sei auch gerecht.[1] War von diesem nüchternen, realpolitischen Standpunkt aus, der von allen moralischen Reflexionen absieht, war auch nur so gesehen, dieser Krieg notwendig? Ist er nicht vielmehr geradezu sinnlos? (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Niemand bedrohte Italien, weder Österreich-Ungarn noch Deutschland. Ob die Tripleentente es bei Lockungen hat bewenden lassen (sehr gut!), das wird ja die Geschichte späterhin zeigen.[2] Ohne einen Tropfen Blut, ohne das Leben eines einzigen

---

[1] Der Reichskanzler hat offenbar das 18. Kapitel des „Principe" im Auge, in dem Machiavelli auseinandersetzt, daß ein kluger Herrscher sein Wort weder halten solle noch könne, wenn ihm dies Nachteil bringt und wenn die Ursachen, die ihn zum Versprechen bewogen haben, nicht mehr bestehen. „Ein Fürst trage daher Sorge, zu siegen und den Thron zu behaupten; die Mittel werden immer für ehrenvoll gehalten und von jedermann gelobt werden, denn der Pöbel läßt sich immer vom Schein hinreißen und vom Ausgang der Sache." Vgl. dazu Friedrichs des Großen „Antimachiavelli": Er gebe zu, daß es bittere Notwendigkeiten gebe, da ein Fürst wohl oder übel seine Verträge und Bündnisse brechen müsse; doch müsse er auch in solcher Zwangslage auf Anstand halten und seine Verbündeten rechtzeitig benachrichtigen, jedenfalls bleibe die Voraussetzung dafür immer, daß das Heil seines Volkes es gebiete, und eine ernste Notlage es erfordere. In der Zuspitzung, daß jeder Krieg, der notwendig sei, auch gerecht sei, findet sich das Zitat bei Machiavelli nicht.

[2] Die Prophezeiung des Reichskanzlers hat sich längst erfüllt. Schon vor seiner Rede, am 21. Mai 1915, hatte die „Idea Nazionale" den Inhalt des von der Tripleentente am 26. April mit Italien abgeschlossenen

Italieners zu gefährden, konnte Italien die lange Liste der Konzessionen haben, die ich Ihnen neulich verlesen habe: Land in Tirol, am Isonzo, soweit die italienische Zunge klingt, Befriedigung nationaler Wünsche in Triest, freie Hand in Albanien, den wertvollen Hafen in Valona. Warum haben die Herren Salandra und Sonnino das nicht genommen? Wollen sie etwa auch das deutsche Tirol erobern?[1] Hände weg! (Stürmischer Beifall.) Oder will sich Italien an Deutschland reiben, an dem Lande, dem es doch bei seinem Werden zur Großmacht so manches zu verdanken hat (lebhafte Rufe: Sehr richtig!), an dem Lande, von dem es durch keinerlei Interessengegensätze getrennt ist? Wir haben in Rom keinen Zweifel darüber gelassen, daß der italienische Angriff auf österreichisch-ungarische Truppen auch deutsche Truppen treffen wird. (Lebhaftes Bravo.) Weshalb hat denn also Rom die weitgehenden Anerbietungen Wiens so leichtherzig abgelehnt? Das italienische Kriegsmanifest, ein Dokument, das schlechtes Gewissen hinter hohlen Phrasen verbirgt (sehr richtig!), gibt uns keinen Aufschluß. Man hat sich vielleicht doch gescheut, offiziell auszusprechen, was man durch die Presse und durch die Gespräche der parlamentarischen Wandelgänge als Vorwand verbreiten ließ, die österreichischen Angebote[2] seien zu spät gekommen, und man habe ihnen nicht trauen können.

Wie steht es denn in Wirklichkeit damit? Die römischen Staatsmänner hatten doch wohl kein Recht, an die Vertrauenswürdigkeit anderer Nationen denselben Maßstab anzulegen, den sie sich für die eigene Vertragstreue gebildet haben. (Große Bewegung.) Und Deutschland bürgte mit seinem Wort dafür, daß die Konzessionen durchgeführt würden. Meine Herren, da war kein Raum für Mißtrauen. (Lebhafte Zustimmung.) Und weshalb zu spät? Das Trentino war am 4. Mai kein anderes Land, als es im Februar gewesen wäre (heitere Zustimmung), und im Mai war zum Tren-

---

Vertrages enthüllt, dessen Wortlaut seither mit den russischen Geheimdokumenten veröffentlicht worden ist. S. ihn in Hanson, „Geheimdiplomatie", S. 44 f. Vgl. Axel Schmidt, „Russische Weltverteilungspläne", S. 21 ff. und E. Daniels, „Italien, die Entente und das Südslawentum", Preußische Jahrbücher, Bd. 172, S. 276.

[1] Das hatten sie sich allerdings bis zum Brenner von der Entente versprechen lassen.

[2] Über die österreichischen Angebote vom 27. März 1915 und die italienischen Gegenforderungen vom 6. April 1915 vgl. das Österreichisch-Ungarische Rotbuch II, Nr. 131 und 141.

tino noch eine ganze Reihe weitgehender Konzessionen hinzugekommen,[1] an die im Winter nicht einmal gedacht war. Nein, meine Herren, zu spät war es, weil die römischen Staatsmänner sich nicht gescheut hatten, schon vorher, während der Dreibund noch leibte und lebte (sehr richtig!), — derselbe Dreibund, von dem der König und die Regierung in Rom auch nach dem Ausbruch des Weltkrieges ausdrücklich anerkannt hatten, daß er weiterbestehe[2] (lebhafte Rufe: Hört, hört!), weil Herr Sonnino sich lange vorher mit der Tripleentente so tief eingelassen hatte, daß er sich aus ihren Armen nicht mehr loswinden konnte.

Schon im Dezember traten Anzeichen für eine Schwenkung des römischen Kabinetts auf. Zwei Eisen im Feuer zu haben, ist ja immer nützlich, und Italien hatte uns auch früher schon seine Vorliebe für Extratouren gezeigt.[3] (Sehr richtig!) Aber hier, meine Herren, war kein Tanzsaal — hier ist die blutige Walstatt, auf der Österreich-Ungarn und Deutschland für ihr Leben fechten. (Lebhafte Zustimmung.)

Und, meine Herren, dasselbe Spiel wie gegen uns haben die römischen Staatsmänner auch gegen das eigene Volk getrieben. Gewiß, das Land italienischer Zunge an der Nordgrenze war von jeher ein Traum und Wunsch, innig begehrt von jedem Italiener. Aber doch ist dieser Krieg ein Kabinettskrieg, denn das italienische Volk in seiner großen Mehrheit wollte nichts vom Krieg wissen, und auch die Mehrheit des Parlaments wollte es nicht. (Hört, hört!) Noch im Mai haben die besten Kenner der italienischen Verhältnisse feststellen können, daß etwa vier Fünftel des Senats und zwei Drittel der Kammer gegen den Krieg waren (stürmische

---

[1] Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 172.

[2] Vgl. z. B. das Telegramm des Königs von Italien vom 2. August 1914 an den Kaiser Franz Joseph, das die ausdrückliche Zusage enthält, daß Italien gegenüber seinen Verbündeten eine herzlich freundschaftliche Haltung bewahren werde, entsprechend dem Dreibundvertrage. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch II, Nr. 23.

[3] Das Wort von den Extratouren Italiens geht auf den Fürsten Bülow zurück, der am 8. Januar 1902 im Reichstag sagte: „In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanzt. Die Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht, und sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat." Leider hat sich die launige Voraussage Fürst Bülows nicht erfüllt: die italienische Donna ist uns durchgegangen, obwohl sie es bei uns am besten hatte.

Rufe: Hört, hört!), und darunter die ernstesten und gewichtigsten Staatsmänner der ganzen letzten italienischen Epoche. Aber die Vernunft kam nicht mehr zum Wort. Es herrschte allein die Straße. Und die Straße war unter der wohlwollenden Duldung und Förderung der leitenden Männer des italienischen Kabinetts (sehr richtig!), bearbeitet von dem Golde der Tripleentente (erneute Zustimmung), und unter der Führung gewissenloser Kriegshetzer in einen Blutrausch versetzt worden, der dem König Revolution und allen Gemäßigten, die sich noch ein nüchternes Urteil bewahrt hatten, Überfall und Mord androhte, wenn sie nicht in die Kriegstrompete mitstoßen wollten. (Sehr richtig!)

Über den Gang der österreichisch-ungarischen Verhandlungen und über das Maß der österreichischen Konzessionen war das Volk geflissentlich im Dunkel gehalten. So kam es, daß nach dem Rücktritt des Kabinetts Salandra sich niemand mehr fand, niemand mehr den Mut hatte, eine neue Kabinettsbildung zu übernehmen,[1] und daß in den entscheidenden Debatten über die Kriegsvollmachten kein Redner der konstitutionellen Parteien des Senats oder der Kammer den Wert der weitgehenden österreichischen Konzessionen an die nationalen Wünsche des italienischen Volkes auch nur zu würdigen versucht hat. In dem allgemeinen Kriegstaumel sind die ehrlichen Politiker verstummt. Aber wenn durch die militärischen Ereignisse, wie wir sie hoffen und wünschen, eine Ernüchterung des italienischen Volkes eintreten wird, dann werden ihm auch die Augen darüber aufgehen, wie leichtfertig es in diesen Krieg hineingehetzt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir, meine Herren, haben alles getan, um die Abkehr Italiens vom Bunde zu verhüten. Uns fiel dabei die undankbare Rolle zu, dem treu verbündeten Österreich-Ungarn, mit dessen Armeen unsere Truppen tagtäglich Wunden, Tod und Sieg teilen, anzusinnen, die Vertragstreue des Dritten durch die Abtretung alter Erblande zu

---

[1] Am 13. Mai hatte das Ministerium Salandra seine Entlassung mit der ausdrücklichen Begründung gegeben, daß es hinsichtlich der internationalen Politik der Eintracht und der Zustimmung der konstitutionellen Parteien entbehre, die bei dem Ernst der Lage erforderlich sei. Da sich aber kein Politiker von Bedeutung fand, der die Erbschaft des Kabinetts Salandra übernehmen wollte, lehnte der König das Entlassungsgesuch des Ministeriums ab.

erkaufen.[1] Daß Österreich-Ungarn schließlich bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist, wissen Sie. Der Fürst Bülow, der von neuem in den aktiven Dienst des Reiches getreten war, hat die ganze Summe seines diplomatischen Geschicks, seiner genauesten Kenntnis der italienischen Zustände, seine Persönlichkeit und seinen Namen in unermüdlicher Arbeit für eine Verständigung eingesetzt. (Lebhaftes Bravo.) Wenn auch seine Arbeit vergeblich geblieben ist — das ganze Volk dankt sie ihm. (Erneutes lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, wir werden auch diesen Sturm aushalten. (Lebhaftes Bravo.) Von Monat zu Monat sind wir mit unseren Verbündeten immer enger zusammengewachsen. (Bravo!) Von der Pilica bis zur Bukowina haben wir mit unseren österreichisch-ungarischen Kameraden monatelang gegen eine Riesenübermacht zäh ausgehalten. Dann sind wir siegreich vorgestoßen und vormarschiert. An dem Geiste der Treue und Freundschaft und Tapferkeit, von dem die Zentralmächte unerschütterlich beseelt sind, werden auch neue Feinde zuschanden werden. (Bravo!) Die Türkei feiert in diesem Kriege eine glänzende Wiedergeburt. (Lebhaftes Bravo.) Das gesamte deutsche Volk verfolgt mit Begeisterung alle einzelnen Phasen des hartnäckigen und siegreichen Widerstandes, mit dem die uns treu verbündete türkische Armee und Flotte die Angriffe der Gegner mit wuchtigen Schlägen zu parieren weiß. (Lebhaftes Bravo.)

Gegen die lebendige Mauer unserer Krieger im Westen sind die Gegner bisher vergeblich angestürmt. Mag auch an einzelnen Stellen der Kampf hin und her gewogt haben, mag hier oder dort ein Schützengraben oder ein Dorf verloren oder gewonnen worden sein, der große Durchbruch, den uns unsere Gegner seit fünf Monaten so laut ankündigen, er ist ihnen nicht gelungen und er soll ihnen

[1] Nach dem Österreichisch-Ungarischen Rotbuch Nr. 77 hat die deutsche Regierung erstmalig am 13. Dezember 1914 in Wien dringend geraten, in den italienischerseits gewünschten Gedankenaustausch über Kompensationen im Sinne des Art. VII des Dreibundvertrages einzutreten. Später war es die Aufgabe des Fürsten Bülow, der seit Dezember stellvertretender deutscher Botschafter am Quirinal war, wenn irgendmöglich eine Einigung zwischen Österreich-Ungarn und Italien auf diesem Gebiete herbeizuführen. Seine vielfältigen Bemühungen erhellen aus den freilich nicht immer einwandfreien Angaben des Italienischen Grünbuchs. Vgl. Nr. 8, 11, 15, 25, 38, 39, 46, 48, 49 und Henri Welschinger, „La Mission du Prince de Bülow à Rome (Décembre 1914 — Mai 1915)", Paris 1915, der natürlich nur mit Vorsicht zu benützen ist.

nicht gelingen. (Lebhaftes Bravo.) Er wird an der todesmutigen Tapferkeit unserer Helden scheitern. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, alle Machtmittel der Welt haben unsere Feinde bisher vergeblich gegen uns aufgeboten: eine ungeheure Koalition, tapfere Soldaten — denn wer wollte die Feinde verachten, wie es unsere Gegner wohl gerne tun! —, den Plan, eine Nation von 70 Millionen mit Weibern und Kindern auszuhungern! Lug und Trug! In demselben Augenblick, wo der Mob der Straße in englischen Städten um die Scheiterhaufen tanzt, auf denen er die Habseligkeiten wehrloser Deutscher verbrennt, wagt es die englische Regierung, ein Dokument mit Aussagen ungenannter Zeugen über die angeblichen Greuel in Belgien zu veröffentlichen, die so ungeheuerlich sind, daß nur ein verrücktes Gehirn ihnen Glauben schenken kann.[1] (Lebhaftes Bravo und Sehr gut!)

Aber während die englische Presse hier und da noch deutschen Nachrichten Raum gibt, während sie auch objektive Darstellungen der Kriegslage abdruckt, herrscht in Paris allein der Terror der Zensur. Keine Verlustlisten erscheinen, kein deutscher, kein österreichisch-ungarischer Generalstabsbericht darf abgedruckt werden; die ausgetauschten, schwerverwundeten Invaliden werden von ihren Angehörigen abgesperrt. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Eine wahre Angst vor der Wahrheit scheint die Regierenden zu beherrschen. (Sehr richtig!) So kommt es, daß nach zuverlässigen Beobachtungen in breitesten Volksschichten noch heute keine Kenntnis von den schweren Niederlagen der Russen auch nur im vorigen Jahre besteht, daß man weiter glaubt an die russische Dampfwalze, die auf Berlin losgeht (Heiterkeit), das in Hunger und Elend verkommt (erneute Heiterkeit), und daß man blind vertraut auf die große Offensive im Westen, die nun seit Monaten nicht vom Flecke kommt.

Meine Herren, wenn die Regierungen der uns feindlichen Staaten glauben, durch Volksbetrug und durch die Entfesselung eines blinden Hasses die Schuld an den Verbrechen dieses Krieges verdecken, den Tag des Erwachens hinausschieben zu können: wir

---

[1] Bekanntlich hatten die Engländer eine eigene Kommission zur Untersuchung deutscher Greuel in Belgien eingesetzt, die unter dem Vorsitz des früheren Botschafters in Washington Viscount Bryce stand, und am 13. Mai ihren Bericht erstattete. Vgl. dazu die Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 19. Mai 1915 und die Schrift von Carl Clemen, „Die deutschen Greuel in Belgien und in Nordfrankreich nach dem offiziellen englischen Bericht" (1916).

werden uns, gestützt auf unser gutes Gewissen, auf unsere gerechte Sache und auf unser siegreiches Schwert, nicht um Haaresbreite von der Bahn abdrängen lassen, die wir als die richtige erkannt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Mitten in dieser Verwirrung der Geister und der Gefühle geht das deutsche Volk ruhig und sicher seinen eigenen Weg. Nicht mit Haß führen wir diesen Krieg, aber mit Zorn, mit heiligem Zorn! (Lebhaftes Bravo.) Und je größer die Gefahr ist, die wir, von allen Seiten von Feinden umdrängt, zu bestehen haben, je mehr uns die Liebe zur Heimat tief an das Herz packt, je mehr wir sorgen müssen für Kinder und Enkel, um so mehr müssen wir ausharren, bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde — nicht vereinzelt, nicht vereint — wieder einen Waffengang wagen wird. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Je wilder uns der Sturm umtobt, um so fester müssen wir uns unser eigenes Haus bauen! (Erneuter, anhaltender Beifall.)

Meine Herren, für diese Gesinnung einiger Kraft, unerschrockenen Mutes und grenzenloser Opferwilligkeit, die das ganze Volk beseelt, für die treue Mitarbeit, die Sie, meine Herren, vom ersten Tage an zähe und fest dem Vaterlande leisten, übermittle ich Ihnen im Auftrage Seiner Majestät, Ihnen als den Vertretern des ganzen Volkes, den heißen Dank des Kaisers. (Bravo!)

In dem gegenseitigen Vertrauen darauf, daß wir alle eins sind, werden wir siegen, einer Welt von Feinden zum Trotz! (Stürmisches, langanhaltendes Bravo und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Unter dem Eindruck dieser Rede vertagte sich der Reichstag auf Antrag des konservativen Abgeordneten Graf Westarp bis zum folgenden Tage. Am 29. Mai erfolgte dann die weitere Vertagung bis zum 10. August, nachdem selbst die Sozialdemokratie das Verhalten Italiens aufs schärfste verurteilt und von neuem erklärt hatte: „In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns rückhaltlos zu dem, was wir am 4. August und späterhin erklärt haben."

In der deutschen Presse fanden die Reden des Kanzlers vom 18. und 28. Mai einen ebenso lauten wie einmütigen Widerhall. Die „Deutsche Tageszeitung" vom 29. Mai (Nr. 269) nannte namentlich die letzten Sätze der Kanzlerrede vom 28. Mai „prächtig, markig, stahlscharf" und konstatierte den „allseitigen begeisterten Beifall" der Abgeordneten. Ebenso die „Kreuzzeitung" vom 30. Mai (Nr. 270). Starken Anklang fand vor allem der Ausspruch des Kanzlers von der Notwendigkeit „aller nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht

vereint, wieder einen Waffengang wagen wird". Dazu bemerkte u. a. die „Vossische Zeitung": „Das erkannt und öffentlich bekannt zu haben, war eine Tat des Kanzlers, die ihm weit über die Kreise seiner engeren politischen Freunde hinaus Vertrauen im Volke schaffen wird." Ähnlich die „Kölnische Volkszeitung": „Wie im Reichstage, im Saale und auf den Tribünen, das Wort einen Sturm des Beifalls auslöste, so wird es auch im ganzen Lande neuen Mut, neue Begeisterung und neues Vertrauen wecken." Und die „Magdeburgische Zeitung": „Der Beifall, der nach diesen Worten losbrach, zeigte, daß ganze Scharen der Abgeordneten aufatmeten und diese Stunde und vielleicht die ganze italienische Angelegenheit segneten, die den Kanzler so hart gemacht hat, wie nur irgend jemand ihn wünschen kann."

In der italienischen Presse löste die Kanzlerrede Ausbrüche der Wut und des Hasses aus.

Reichstagsrede vom 19. August 1915

Am 19. August trat der Reichstag zu seiner fünften Kriegstagung zusammen. Bei der Beratung der neuen Kriegskredite in Höhe von 10 Milliarden ergriff als erster der Reichskanzler das Wort zu einer großen Auseinandersetzung mit der Entente und ihren Schlagworten vom Schutz der kleinen Völker, von Freiheit und Zivilisation. Mit allem Nachdruck trat er der Flut von Verdächtigungen entgegen, mit denen „das reine Bewußtsein und reine Gewissen Deutschlands im Auslande zu schwärzen versucht werde". Ausführlich erörterte er dabei im Anschluß an die Rede des englischen Ministerpräsidenten Asquith vom 2. Oktober 1914 die Mission Haldanes aus dem Jahre 1911, den englischen Konferenzvorschlag im Juli 1914 und andere diplomatische Vorgänge, um zum Schlusse die Forderung einer starken und unantastbaren Stellung Deutschlands als deutsches Kriegsziel zu proklamieren:

Meine Herren, seitdem Sie das letztemal tagten, ist wieder Großes geschehen. Alle mit Todesverachtung und dem äußersten Einsatz an Menschenleben bisher unternommenen Versuche der Franzosen, unsere Westfront zu brechen, sind an der zähen Ausdauer unserer Truppen gescheitert. (Bravo!) Italien, der neue Feind, der das von ihm begehrte fremde Gut so leichthin erobern zu können glaubte, ist bisher glänzend abgewehrt (lebhaftes Bravo) trotz seiner zahlenmäßigen Überlegenheit, trotz der schonungslosen Aufopferung von Menschenleben, die er doppelt umsonst zu bringen sich nicht gescheut hat. Unerschüttert und unerschütterlich steht die türkische Armee an der Dardanellenfront. (Stürmisches Bravo.) Wir grüßen unsere treuen Verbündeten. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir gedenken auch heute mit besonderen Wünschen des erhabenen Herrschers der Donaumonarchie, der gestern in sein 86. Lebensjahr eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.)

Überall, wo wir selber die Offensive ergriffen haben, haben wir den Feind geschlagen und zurückgeworfen. (Bravo!) Wir haben zusammen mit unseren Verbündeten fast ganz Galizien und Polen, wir haben Litauen und Kurland von den Russen befreit. (Bravo!) Iwangorod, Warschau und Kowno sind gefallen. Weit in Feindesland bilden unsere Linien einen festen Wall. Starke Armeen haben wir frei zu neuen Schlägen. (Lebhafter Beifall.) Voller Dank gegen Gott und voller Dank gegen unsere herrlichen Truppen und ihre Führer (Bravo!) können wir fest und zuversichtlich der Zukunft entgegensehen. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, mitten in den Schrecknissen des Krieges begrüßen wir dankerfüllt die Betätigung werktätiger Nächsten-

liebe, die uns benachbarte neutrale Staaten erzeigt haben, sowohl bei der Rückkehr von Zivilpersonen aus dem feindlichen Auslande wie gegenüber den ausgetauschten Kriegsgefangenen. (Bravo!) In der Schweiz haben jetzt bei dem zweiten Austausch der Kriegsgefangenen mit Frankreich alle Kreise der Bevölkerung von Genf bis zur deutschen Grenze in altbewährter Gastlichkeit gewetteifert, um unsere wackeren Krieger die hinter ihnen liegenden Leiden nach Möglichkeit vergessen zu lassen.[1] (Bravo!) Die Niederlande haben schon zum zweiten Male den aus England zurückkehrenden Schwerverwundeten opferwillig und hilfsbereit ihre Fürsorge angedeihen lassen (Bravo!), und der jetzt zum ersten Male stattfindende Kriegsgefangenenaustausch mit Rußland, der über weite Strecken des Staatsgebiets von Schweden führt, zeigt, wie dort Regierung und Volk in der Betätigung der Menschenfreundlichkeit und Hilfsbereitschaft nicht überboten werden können. (Lebhaftes Bravo.) Ich spreche auch an dieser Stelle diesen drei Nationen den tiefgefühlten Dank des deutschen Volkes aus. (Bravo!)

Ich widme zugleich ein Wort besonderer Dankbarkeit Seiner Heiligkeit dem Papst (Bravo!), der dem Gedanken des Gefangenenaustauschs und so vielen Werken der Menschenliebe während dieses Krieges eine unermüdliche Teilnahme erzeigte[2] und an ihrer Durchführung ein ausschlaggebendes Verdienst hat und der noch ganz kürzlich durch eine hochherzige Spende dazu beigetragen hat, die Leiden unserer Ostpreußen zu mildern. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, unsere Gegner laden eine ungeheure Blutschuld auf sich, wenn sie ihre Völker über die wirkliche militärische Sachlage hinwegzutäuschen versuchen. (Sehr richtig!) Wo sie ihre Niederlagen nicht ableugnen können, da dienen ihnen unsere Siege dazu, um neue Verleumdungen gegen uns zu häufen (sehr richtig!): wir hätten im ersten Kriegsjahr gesiegt, weil wir diesen Krieg seit

---

[1] Schon am 30. Juli hatte der Reichskanzler an den Schweizer Bundespräsidenten Motta ein warm gehaltenes Danktelegramm gerichtet. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 81 f.

[2] Schon zu Neujahr 1915 hatte Papst Benedikt XV. dem Kaiser den von diesem alsbald mit voller Sympathie aufgenommenen Vorschlag unterbreitet, daß zwischen den kriegführenden Staaten ein Austausch der für den Militärdienst künftig als untauglich anzusehenden Kriegsgefangenen stattfinden möge. Vgl. dazu Deutscher Geschichtskalender 1915, I, 59, 101 f. und die ausführliche Darstellung bei H. Wehberg, „Das Papsttum und der Weltfriede“ (1915), S. 63 ff.

langem heimtückisch vorbereitet hätten (Heiterkeit), während sie selbst in unschuldiger Friedensliebe nicht kriegsbereit gewesen wären. (Erneute Heiterkeit.) Nun, meine Herren, vor Tische las man's anders. (Sehr richtig!) Sie entsinnen sich der kriegerischen Artikel, die der russische Kriegsminister im Frühjahr 1914 in der Presse verbreiten ließ (sehr wahr!) und in denen er die volle Kriegsbereitschaft der russischen Armee pries.[1] (Sehr gut! — sehr richtig!) Sie entsinnen sich der stolzen und vielfach herausfordernden Sprache, deren sich Frankreich in den letzten Jahren bedient hat. (Sehr richtig!) Sie wissen, daß Frankreich, so oft es die russische Geldnot befriedigte, sich ausbedang, daß immer ein großer Teil der Anleihe zu strategischen Zwecken verwendet wurde. (Sehr richtig!)

Und England? Am 3. August vorigen Jahres sagte Sir Edward Grey im englischen Parlament:

> „Wir mit einer mächtigen Flotte, von der wir glauben, daß sie unseren Handel, unsere Küsten, unsere Interessen schützen kann, wir werden, wenn wir am Kriege beteiligt werden, nur wenig mehr leiden, als wenn wir draußen bleiben."

(Große Heiterkeit.) Nun, meine Herren, wer so, mit einer geradezu unheimlichen Geschäftsnüchternheit (sehr gut!), am Vorabend der eigenen Kriegserklärung spricht, wer darnach die eigene Politik und die Politik seiner Freunde dirigiert, kann das doch nur tun, wenn er weiß, daß er und seine Alliierten fertig sind. (Sehr richtig!)

Begreiflich ist es ja, daß unsere Gegner immer wieder die Schuld an diesem Kriege von sich abzuwälzen suchen. Ich habe beim Kriegsausbruch und dann wieder im Dezember vorigen Jahres die Zusammenhänge hier dargelegt.[2] Alles, was inzwischen bekannt geworden ist, ist lediglich eine Bestätigung davon. (Sehr richtig!) Die Fabel, daß England um Belgiens willen in den Krieg gezogen

[1] Am 13. März 1914 hatte die „St. Petersburger Börsenzeitung" einen von dem Kriegsminister Suchomlinow inspirierten Artikel „Rußland will den Frieden, ist aber zum Kriege bereit" veröffentlicht, in dem es u.a. hieß: „Die russische Armee, die immer siegreich gewesen ist, und ihre Kriege im Lande des Feindes führte, wird den Begriff der Defensive vollkommen vergessen, an den man sie in der jüngsten Periode unseres staatlichen Lebens gewöhnt hat. Die russische Armee, die schon im Frieden um ein Drittel gewachsen ist, erscheint als die erste der Welt." Am 13. Juni schrieb dieselbe Zeitung: „Rußland ist bereit und erhofft, daß Frankreich es gleichfalls sein wird."

[2] Vgl. die Reden vom 4. August und 2. Dezember 1914, S. 4 ff., 14 ff.

wäre (Heiterkeit), ist inzwischen in England selbst aufgegeben worden[1] (sehr richtig!), weil diese Fabel eben nicht länger zu halten war. (Erneute Zustimmung.) Und ob die kleineren Völker wohl jetzt noch glauben, daß England und seine Alliierten den Krieg führen zum Schutze eben der kleinen Völker, zum Schutze von Freiheit und Zivilisation?! (Lachen.)

Meine Herren, den neutralen Handel auf See schnürt England ein, soviel es kann. Ware aus Deutschland und für Deutschland darf, auch wenn es keine Bannware ist, auf neutralen Schiffen nicht mehr verfrachtet werden. England duldet es nicht. Neutrale Schiffe werden gezwungen, auf hoher See englische Mannschaften an Bord zu nehmen und ihren Befehlen zu folgen.[2] (Hört, hört!) England besetzt kurzerhand griechische Inseln, weil ihm das für seine militärischen Operationen bequem ist.[3] (Heiterkeit.) Mit seinen Alliierten

---

[1] Der Reichskanzler denkt offenbar an den Leitartikel der „Times" vom 8. März 1915 „Warum wir uns im Krieg befinden", in dem es u. a. hieß: „Unsere Ehre und unser Interesse würden uns gezwungen haben, Frankreich und Rußland beizustehen, selbst wenn Deutschland gewissenhaft die Rechte seines kleinen Nachbarn geachtet und versucht hätte, sich seinen Weg nach Frankreich hinein durch dessen östliche Festungen zu bahnen ... Wir wissen sehr wohl, daß, indem wir unser Wort, die belgische Neutralität aufrechtzuerhalten, hielten, das nüchterne Selbstinteresse mit der Ehre Hand in Hand gegangen ist, mit Gerechtigkeit und mit Mitleid. Warum haben wir Belgiens Neutralität verbürgt? Aus dem überwiegenden Grunde des Selbstinteresses, aus dem Grunde, der uns immer dem Aufkommen irgendeiner Großmacht uns widersetzen hieß, die unserer Ostküste Gefahr bedeutete. Herr von Bethmann Hollweg hat ganz recht. Selbst wenn Deutschland nicht in Belgien eingedrungen wäre, würden Ehre und Interesse uns mit Frankreich vereinigt haben." Deutscher Geschichtskalender 1915, I, 370 ff.

[2] Die Maßnahmen Englands gegen den neutralen Handel sind oft zusammengestellt und beleuchtet worden. Vgl. u. a. E. Müller-Meiningen, „Der Weltkrieg 1914—1917 und der Zusammenbruch des Völkerrechts", 4. Aufl., Bd. 2 (1917); „Der Wirtschaftskrieg", herausgegeben vom Kgl. Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Abt. 1, England, S. 114 ff. und die Schweizer Schrift „Englands Kriegführung gegen die Neutralen" (Zürich 1917).

[3] Am 29. Juli hatte England der griechischen Regierung amtlich die Besetzung der Insel Mytilene „aus ausschließlich militärischen Gründen" angekündigt, nachdem vorher schon die Insel Lemnos besetzt worden war. In der Amsterdamer „Toekomst" schrieb damals Baron von Wredenburg zu dieser Neutralitätsverletzung: „Was der Besetzung von Mytilene eine besondere Bedeutung verleiht, ist die von England abgegebene Erklärung, daß die Verletzung der Neutralität durch Kriegsnotwendigkeit geboten war. Die Berufung auf die Notwendigkeit der Besetzung ist deshalb von so großer Bedeutung, weil England damit, wenn auch gegen seinen Willen, die Besetzung

will es jetzt das neutrale Griechenland zu Gebietsabtretungen pressen, um Bulgarien auf seine Seite zu ziehen.[1]

In Polen verwüstet das mit seinen Alliierten für die Freiheit der Völker kämpfende Rußland vor dem Rückzug seiner Armee das ganze Land. Dörfer werden niedergebrannt, Getreidefelder niedergetrampelt, die Bevölkerung ganzer Städte und Ortschaften, Juden und Christen, werden in unbewohnte Gegenden verschickt, verschmachten in dem Sumpfe russischer Straßen oder in plombierten fensterlosen Güterwagen. (Rufe: Pfui! und Hört, hört!) So, meine Herren, sieht die Freiheit und Zivilisation aus, für die unsere Gegner kämpfen gegen die Barbarei Deutschlands! (Sehr gut!)

Bei seiner Beteuerung, der Beschützer der kleineren Staaten zu sein, rechnet England doch mit einem sehr schlechten Gedächtnis der Welt. Man braucht nur um wenig mehr als ein Jahrzehnt zurückzugehen, um Beispiele genug für den wahren Sinn dieser Protektorenrolle zu finden. Im Frühjahr 1902 werden die beiden Burenrepubliken England einverleibt. Dann richten sich die Blicke auf Ägypten. Ägypten war ja schon längst tatsächlich in englischer Gewalt. Aber der formellen Einverleibung stand das feierliche Versprechen Englands entgegen, das Land wieder räumen zu wollen. Und dasselbe England, das mir auf das Angebot, ihm die Integrität Belgiens zu gewährleisten, wenn es in diesem Kriege neutral bleiben wolle, so stolz erwiderte, England könne seine Verpflichtungen bezüglich der belgischen Neutralität nicht zum Gegenstand eines Handels machen[2] (Lachen), dieses selbe England trug keine Bedenken, seine gegenüber ganz Europa eingegangene feierliche Verpflichtung an Frankreich zu verhandeln, als es im Jahre 1904 den bekannten Vertrag schloß, der England Ägypten,[3] Frankreich

Belgiens als gerechtfertigt ansieht. Von diesem Augenblick an verliert jedes Mitglied des Vierverbandes mitsamt seinen Trabanten das Recht, gegen Deutschland wegen dieser Besetzung einen Vorwurf zu erheben." Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 156.

[1] Am 5. August hatten die Gesandten der Entente der griechischen Regierung eine Note zugestellt, die die kategorische Erklärung enthielt, daß der Vierverband beschlossen habe, das Balkanproblem in einer der Gerechtigkeit und Zivilisation entsprechenden Weise zu regeln. Danach sollte Griechenland Kawalla mit Hinterland zugunsten Bulgariens abtreten, um in Kleinasien entschädigt zu werden. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 390.

[2] Vgl. Englisches Blaubuch Nr. 123.

[3] Vgl. dazu Ernst Freiherr von Mayer, „Die völkerrechtliche Stellung Ägyptens" (1914), S. 50 ff., 68 ff., u. Rifat, „Die Knechtung Ägyptens" (1915).

Marokko sicherstellen sollte. (Hört, hört!) Im Jahre 1907 kommt Asien an die Reihe. Der südliche Teil von Persien wird durch das Abkommen mit Rußland umgewandelt in eine englische Interessensphäre, der Norden wird dem freiheitlichen Regiment von russischen Kosaken überliefert.[1] (Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Liebknecht: Potsdamer Entrevue!) — Ich komme auch hierauf später noch zu sprechen. — Dieses Abkommen läßt erkennen, wie England bereits seine Arme nach Tibet ausstreckt.

Wer eine solche Politik treibt und getrieben hat, der hat nicht das Recht, einem Lande, das 44 Jahre lang den europäischen Frieden beschützt hat (sehr richtig!), das während einer Zeit, wo fast alle fremden Mächte Kriege geführt und Länder erobert haben (sehr richtig!), nur seiner friedlichen Entwicklung gelebt hat, der Kriegswut, des Barbarismus und der Ländergier zu zeihen. Das ist Heuchelei! (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ein vollgültiger Zeuge für die Tendenzen der englischen Politik und für den Ursprung dieses Krieges ist für jeden, der es bisher nicht hat glauben wollen, in den Berichten der belgischen Gesandten entstanden, die ich habe veröffentlichen lassen.[2] (Sehr richtig!) Weshalb werden wohl diese Dokumente in London, in Paris, in Petersburg nach Möglichkeit totgeschwiegen? (Sehr gut!) Weshalb sucht die feindliche Presse, wo sie diese Berichte erwähnt, sich um ihre Bedeutung mit dem Hinweis darauf herumzudrücken, daß sie ja keinen Beweis dafür gäben, daß Belgien seine Neutralität selbst preisgegeben hat. Meine Herren, dieser Beweis ist anderwärts geführt. Das Publikum der Entente möge sich nur die Veröffentlichungen ansehen, die ich über die Besprechungen des englischen Militärattachés mit den belgischen Militärbehörden seinerzeit habe erscheinen lassen.[3] (Sehr richtig!) Hier handelt es sich um ganz etwas anderes. Hier handelt es sich um die Entente- und Einkreisungspolitik Englands. (Zustimmung.) Diese belgischen Berichte sind allerdings auch für das Publikum in England und in Frankreich sehr lesenswert. Sie sind um deswillen

---

[1] Vgl. dazu Strupp, „Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts“, Erg.-H. 1.

[2] Vgl. „Belgische Aktenstücke 1905—1914, Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußern in Brüssel. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt“ (1915).

[3] Deutsches Weißbuch S. 58 ff.

so interessant, weil sie ein vollkommen übereinstimmendes Urteil über die englische Politik abgeben. Wenn nur der belgische Gesandte in Berlin, der Baron Greindl, die englische Politik so scharf kritisiert hätte, dann könnte man versucht sein, zu sagen, die Neigung zu dem Lande, in dem er akkreditiert war, habe seinen Blick getrübt, wenngleich bei einem so unparteiischen, einem so hervorragenden und klugen Diplomaten wie dem Baron Greindl eine solche Annahme wenig am Platze wäre. Aber seine Kollegen in London und Paris urteilen genau so wie er (sehr richtig!), und diese übereinstimmende Beobachtung, diese übereinstimmende Beurteilung ist von durchschlagender Wucht. (Zustimmung.)

Meine Herren, da von diesen Berichten im Auslande so wenig Notiz genommen wird, will ich hier einige Stichproben davon verlesen. Baron Greindl schreibt im Februar 1905:

> „Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie.“[1]

Derselbe schreibt zwei Jahre später:

> „Die französische Anmaßung wird wieder ebenso groß wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreichs, und die Entente cordiale ist hieran schuld. Sie ist sogar noch um einen Grad gestiegen, seitdem die Verhandlungen zwischen London und St. Petersburg, denen Frankreich zweifellos nicht ferngestanden hat, zu einer Entente zu führen scheinen.“[2]

Und an anderer Stelle:

> „Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Vorwande führt, Europa vor einer eingebildeten deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die für uns in erster Linie bedrohlich ist.“

Graf Lalaing, belgischer Gesandter in London, am 24. Mai 1907:

> „Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung abzielt. Aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in

[1] Deutsches Weißbuch S. 2.
[2] Das. S. 29.

so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse tut."[1] (Sehr richtig!)

Cartier, Geschäftsträger Belgiens in London, am 28. März 1907:

„Seitdem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands Herrn Iswolski anvertraut worden ist, hat sich eine merkliche Annäherung zwischen den beiden Kabinetten von St. James und von St. Petersburg vollzogen. Der Doggerbankzwischenfall, die englischen Sympathien für Japan 1904, die erbitterte Nebenbuhlerschaft in Persien, alles das gehört der Vergangenheit an; die ganze Kraft der englischen Diplomaten ist auf die Isolierung Deutschlands gerichtet."[2]

Endlich Baron Guillaume, belgischer Gesandter in Paris, am 6. Januar 1914:

„Ich hatte schon die Ehre, zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé und Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische, chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa und — für Belgien!"[3]

Meine Herren, diese in allen Grundlinien übereinstimmenden Berichte der belgischen Diplomaten geben ein klares Bild von der Ententepolitik der letzten zehn Jahre. Gegen diese Zeugnisse kommen alle Versuche der gegnerischen Seite nicht auf (sehr richtig!), uns die Kriegslust, sich selbst die Friedensliebe zuzuschreiben.

Ist die deutsche Politik über diese Vorgänge nicht unterrichtet gewesen, oder hat sie absichtlich die Augen vor ihnen verschlossen, indem sie immer wieder einen Ausgleich suchte? Nicht das eine, noch das andere! Ich weiß wohl, daß es Kreise gibt, die mir politische Kurzsichtigkeit vorwerfen, weil ich immer wieder versucht habe, eine Verständigung mit England anzubahnen. Ich danke Gott, meine Herren, daß ich es getan habe. (Sehr wahr!) Mit so geringen Hoffnungen ich die Versuche immer wieder erneuerte: klar liegt es zutage, daß das Verhängnis dieses ungeheuerlichen, dieses menschenmordenden Weltbrandes hätte verhindert werden

[1] Deutsches Weißbuch S. 35 f.
[2] Das. S. 28.
[3] Das. S. 127.

können (sehr richtig!), wenn eine aufrichtige und auf Frieden gerichtete Verständigung zwischen Deutschland und England zustande gekommen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Wer in Europa hätte dann wohl noch Krieg machen wollen! (Sehr richtig!) Durfte ich mit einem solchen Ziele im Auge eine Arbeit von mir weisen, weil sie schwer war und sich immer wieder als fruchtlos erwies? Wo es sich um den letzten Ernst im Weltenleben handelt, wo Millionen von Menschenleben auf dem Spiele stehen, da gilt für mich das Wort: Bei Gott ist kein Ding unmöglich! (Bravo!) Ich will lieber in einem Kampfe gefallen als ihm aus dem Wege gegangen sein. (Bravo!)

Lassen Sie mich Ihnen, meine Herren, kurz die Ereignisse ins Gedächtnis zurückrufen.

König Eduard hatte in der persönlichen Förderung der englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland eine seiner Hauptaufgaben erblickt. Nach seinem Tode[1] hoffte ich deshalb, daß die von mir bereits im August 1909 aufgenommenen Verständigungsverhandlungen[2] besseren Fortgang nehmen würden. Die Verhandlungen zogen sich bis in das Frühjahr 1911 hin, ohne daß irgendein Ergebnis erzielt worden wäre, als das Eingreifen Englands in die Auseinandersetzung Deutschlands mit Frankreich über Marokko der ganzen Welt vor Augen führte, wie die englische Ententepolitik, wie der englische Anspruch, gestützt auf seine Ententefreunde, der ganzen Welt seinen Willen aufzuzwingen, den Weltfrieden bedrohte. Auch damals war das englische Volk über die Gefahren der Politik seiner Regierung nicht genau orientiert gewesen. Denn als es nach Überwindung der Krisis erkannte, wie haarscharf es an dem Abgrund eines Weltkrieges vorbeigegangen war, machte sich in weiten Kreisen der englischen Nation die Stimmung geltend, ein Verhältnis mit uns herstellen zu wollen, das kriegerische Verwicklungen ausschlösse. Man schien an dem einmaligen Ritt über den Bodensee genug gehabt zu haben!

So entstand die Mission Haldanes im Frühjahr 1912.[3] Lord Haldane versicherte mich des aufrichtigen Verständigungs-

---

[1] Er erfolgte am 6. Mai 1910.

[2] Eine gute Übersicht über die englisch-deutschen Verständigungsverhandlungen seit dem Tode König Eduards gibt H. Oncken in „Deutschland und der Weltkrieg", 2. Aufl., II, 583 ff.

[3] Haldane weilte vom 8. bis 11. Februar 1912 in Berlin. Die Verhandlungen wurden dann bis Ende März in London fortgesetzt.

willens des englischen Kabinetts. (Hört, hört!) Bedrückt war er durch die damals bevorstehende Flottennovelle bei uns. Ich fragte den englischen Minister, ob ihm nicht eine offene Verständigung mit uns, eine Verständigung, die nicht nur einen deutsch-englischen Krieg, sondern überhaupt jeden Weltkrieg ausschließen würde, mehr wert sei als ein paar deutsche Dreadnoughts mehr oder weniger. Lord Haldane schien für seine Person dieser Ansicht zuzuneigen. Er fragte mich aber, ob wir, wenn wir den Rücken gegen England frei hätten, dann nicht sofort über Frankreich herfallen und es vernichten würden. Ich habe ihm erwidert, daß die Friedenspolitik, die Deutschland in einer Zeit von mehr als 40 Jahren geführt hätte, uns eigentlich vor einer solchen Frage sichern sollte. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hätten ja die schönsten Gelegenheiten gehabt (sehr richtig!), im Burenkrieg, im Russisch-Japanischen Krieg unsere etwaige Kriegswut zu zeigen, aber da und in allen Phasen der Marokkopolitik hätten wir das Gegenteil getan, hätten wir unsere Friedensliebe vor aller Welt bekundet. Deutschland, sagte ich ihm, wünsche aufrichtig den Frieden mit Frankreich und werde ebensowenig über Frankreich wie über irgendeine andere Macht herfallen. (Lebhafter Beifall.) Nachdem Lord Haldane von Berlin abgereist war, wurden die Verhandlungen in London fortgesetzt.

Vor einigen Wochen habe ich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die Verständigungsformeln veröffentlichen lassen, die bei diesen Verhandlungen von der einen und der anderen Seite vorgeschlagen sind.[1] Auch diese Veröffentlichung ist der Beachtung unserer Gegner wert. Soviel ich sehe, ist sie aber von der englischen Presse, mit einer einzigen Ausnahme, bisher ignoriert worden. (Hört, hört!) Ich will deshalb hier nochmals auf die Sache kurz eingehen.

Zunächst machten wir, um dauernde Beziehungen mit England zu erreichen, den Vorschlag eines unbedingten gegenseitigen Neutralitätsversprechens. Als dieser Vorschlag als zu weitgehend von England abgelehnt wurde, schlugen wir vor, die Neutrali-

---

[1] S. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 10. Juli 1915. Den Anlaß zu der Veröffentlichung hatte eine Rede Lord Haldanes vom 5. Juli gegeben, in der dieser sich vor dem englischen Publikum wegen seiner nur scheinbar deutschfreundlichen Haltung vor dem Kriege zu rechtfertigen suchte, die ihn nicht gehindert habe, England für den Krieg mit Deutschland unauffällig vorzubereiten. Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 28 ff., 120 ff.

tät auf Kriege zu beschränken, bei denen man nicht sagen könne, daß die Macht, der Neutralität zugesichert war, der Angreifer sei. Auch das schlug England ab.

Inzwischen hatte England seinerseits folgende Formeln vorgeschlagen:

> England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten. Ein Angriff auf Deutschland ist in keinem Vertrage enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, der England zurzeit angehört, und England wird keiner Abmachung beitreten, die einen solchen Angriff bezweckt.

Ich war der Ansicht, meine Herren, daß es unter zivilisierten Staaten nicht üblich sei, unprovozierte Angriffe auf andere Mächte zu machen oder sich Kombinationen anzuschließen, welche solche Überfälle auf die Nachbarn planten, und daß deshalb das Versprechen, sich solcher unprovozierter Überfälle zu enthalten, nicht wohl den Inhalt eines feierlichen Vertrages zwischen zivilisierten Staaten abgeben könne. (Lebhafte Zustimmung.) Das englische Kabinett war ersichtlich anderer Ansicht und glaubte, auf unsere Vorstellung ein übriges zu tun, wenn es seine Bereitwilligkeit erklärte, seiner im übrigen unveränderten Formel folgende Worte voranzuschicken:

> Da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, erklärt England, daß es keinen unprovozierten Angriff usw.

— wie ich es eben vorgelesen habe.

Dieser Zusatz, meine Herren, konnte an dem Urteil über den Inhalt des englischen Angebots nichts ändern (sehr richtig!), und ich meine noch heute, kein Mensch hätte es mir übelnehmen können, wenn ich schon damals die Verhandlungen abgebrochen hätte. (Sehr richtig!) Ich habe das nicht getan. Ich habe, um alles, was in meinen Kräften stand, zu tun, was geeignet wäre, den europäischen und den Weltfrieden zu sichern, mich bereit erklärt, auch diesen englischen Vorschlag zu diskutieren, mit der einen Bedingung, es möge der englische Vorschlag durch folgenden Zusatz ergänzt werden:

> England wird daher selbstverständlich wohlwollende Neutralität bewahren, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden.

Ich bitte Sie, meine Herren, die letzten Worte zu beachten: wir forderten Neutralität in einem Kriege, der uns aufgezwungen werden sollte. Ich habe nachher noch auf diesen Punkt zurückzukommen.

Sir Edward Grey lehnte diesen Zusatz rundweg ab (lebhafte Rufe: Hört, hört!): über seine Formel könne er nicht hinausgehen, und zwar — wie er dem Botschafter Grafen Metternich erklärte — aus der Besorgnis, sonst die bestehende Freundschaft mit anderen Mächten zu gefährden. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! und Aha!)

Das, meine Herren, bildete für uns den Schluß der Verhandlungen. Ein Kommentar dazu ist eigentlich überflüssig. England hielt es für ein Zeichen besonderer, durch feierlichen Vertrag zu besiegelnder Freundschaft, daß es nicht ohne Grund über uns herfallen würde (Heiterkeit), behielt sich aber freie Hand für den Fall vor, daß das seine Freunde täten. (Sehr gut!)

Der Hergang ist meines Wissens bisher in England niemals vollständig mitgeteilt worden[1] — allerdings in Bruchstücken, aber auch da nicht richtig. Der englische Ministerpräsident Mr. Asquith hat am 2. Oktober 1914 in Cardiff über die Sache gesprochen. Ich zitiere nach einer amtlichen, von ihm selbst revidierten Publikation seiner Rede. Mr. Asquith teilt seiner Zuhörerschaft die englische Formel, uns nicht unprovoziert angreifen zu wollen — die Formel, die ich eben verlesen habe — in ihrem vollen Wortlaute mit und fährt dann fort:

---

[1] Erst am 1. September 1915 ist englischerseits in Verfolg der Kanzlerrede vom 19. August ein ausführlicher Bericht über die deutsch-englischen Verhandlungen vom Jahre 1912 nach den Akten des Londoner Auswärtigen Amts veröffentlicht worden. Im wesentlichen kann die englische Veröffentlichung nur die Darstellung des Reichskanzlers bestätigen; vgl. die Darlegungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. September 1915 mit den wichtigen Berichten des deutschen Botschafters in London Graf Metternich, aus dem Februar und März 1912, die namentlich bestätigen, daß die englische Regierung ein direktes Neutralitätsabkommen nicht einmal um den Preis einer Abstandnahme von dem deutschen Flottenprogramm abschließen wollte, um nicht „ihr freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich und Rußland in Frage zu stellen". Als ob nicht sogar Rußland sich im Potsdamer Abkommen vom November 1910 in der von England abgelehnten Weise gegen Deutschland festgelegt hätte. Treffend zog das Fazit die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit den Worten: „Selbst die Aussicht, die die deutsche Regierung England eröffnet hatte, von dem Alpdruck der deutschen Seerüstungen erleichtert zu werden, vermochte nicht, die englische Regierung dazu zu bestimmen, die Hand zu ergreifen, die Deutschland ihr entgegenstreckte." Vgl. dazu auch Oncken a. a. O. S. 595 ff.

„Aber das war den deutschen Staatsmännern nicht genug. Sie wollten, daß wir weitergingen. Sie forderten, wir sollten uns absolut zur Neutralität für den Fall verpflichten, daß Deutschland in einen Krieg verwickelt werden sollte — in the event of Germany being engaged in war."

Diese Behauptung von Mr. Asquith ist eine Entstellung des Sachverhalts. (Zustimmung.) Allerdings hatten wir im Beginn unbedingte Neutralität gefordert — wie ich das eben gesagt habe —, im Verlaufe der Verhandlung aber hatten wir uns auf die Neutralitätsforderung für den Fall beschränkt, daß Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden sollte, — im englischen Wortlaut: if war should be forced upon Germany. Das hat Mr. Asquith seinen Zuhörern vorenthalten[1] (lebhafte Rufe: Hört, hört! und Fälschung!) und ich halte mich für berechtigt, zu sagen, daß er damit die öffentliche Meinung in England in unverantwortlicher Weise irregeführt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Aber freilich: hätte Mr. Asquith eine vollständige Darstellung gegeben, dann hätte er in seiner Rede, die ersichtlich auf die Stimmung seiner Zuhörer stark zugeschnitten war, nicht so fortfahren können, wie er es tatsächlich getan hat. Er sagt — immer in wörtlicher Übersetzung —:

„Und diese Forderung — nämlich der unbedingten Neutralität in jedem Kriege — stellten die deutschen Staatsmänner in dem Augenblick, in dem Deutschland beides, seine aggressiven wie seine defensiven Machtmittel, besonders auf dem Meere, ins Ungeheure vermehrte. Sie verlangten — um es ganz klar zu sagen —, daß wir ihnen, soweit wir in Frage kämen, freie Hand gäben, wenn sie sich eine Gelegenheit aussuchten, Europa zu überwältigen und zu beherrschen." (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Meine Herren, es ist mir unfaßbar — ich will keinen anderen Ausdruck gebrauchen — (sehr gut!), wie ein hoher Staatsmann wie Mr. Asquith einen Vorgang, den er amtlich genau kannte, objektiv so unrichtig darstellen konnte, um daraus Schlüsse zu ziehen, die der Wahrheit ins Gesicht schlagen. (Sehr gut!) Und diese seine

[1] Noch in der englischen Veröffentlichung vom 1. September werden die beiden scharf voneinander zu trennenden Phasen der Verhandlung durcheinander geworfen.

unrichtige Darstellung leitete Mr. Asquith mit den feierlichen Worten an seine Zuhörer ein:

> „Ich möchte nicht nur Ihre Aufmerksamkeit, sondern die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf meine Worte hinlenken, da jetzt so viele falsche Legenden erfunden und verbreitet werden.“ (Große Heiterkeit.)

Ich frage, meine Herren, wer hat Legenden erfunden und verbreitet? (Sehr gut!) Ich bin auf diesen Vorfall näher eingegangen, um vor aller Welt Verwahrung einzulegen gegen die Unwahrhaftigkeit und Verleumdung, mit der unsere Gegner uns bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem wir in voller Kenntnis der deutschfeindlichen Richtung der englischen Politik mit äußerster Geduld bis an die letztmögliche Grenze des Entgegenkommens gegangen waren, nachdem uns statt Brot Steine gereicht worden waren, sollen wir durch eine unerhörte Verschiebung der Tatsachen vor aller Welt an den Pranger gestellt werden. Mag es unseren Feinden gelingen, auch diese Feststellungen in der grenzenlosen Verhetzung der Völker und in dem Waffenlärm untergehen zu lassen: die Zeit wird kommen, wo die Geschichte ihr Urteil fällen wird. (Sehr richtig!) Damals war der Augenblick gekommen, wo durch eine Verständigung zwischen England und Deutschland jeder europäische Krieg, jeder Weltkrieg vermieden werden konnte. (Sehr richtig!) Wir waren bereit, es zu tun. England hat es abgelehnt. Die Schuld wird es in alle Ewigkeit nicht mehr los! (Stürmisches Bravo.)

Meine Herren, so endete die Episode Haldane.

Bald darauf wechselten Sir Edward Grey und der französische Botschafter in London, Herr Cambon, die bekannten Briefe, die auf ein französisch-englisches Defensivbündnis hinausliefen,[1] das indes durch die daneben getroffenen Vereinbarungen der beiderseitigen Generalstäbe und Admiralitäten tatsächlich zu einem Offensivbündnis wurde. Auch diese Tatsache hat die englische Regierung der Öffentlichkeit in ihrem Lande vorenthalten. Erst als es kein Zurück mehr gab, am 3. August vorigen Jahres, hat sie sie davon unterrichtet. Bis dahin hatten die englischen Minister ihrem Parlament immer wieder erklärt, daß England sich für den

[1] S. dieselben im Deutschen Weißbuch S. 50 ff.

Fall eines europäischen Konfliktes vollkommen freie Hand vorbehalten habe. Das war dem Buchstaben nach vielleicht, in Wirklichkeit aber nicht der Fall infolge der Vereinbarungen der beiden Admiralitäten, die die französische Nordküste unter den Schutz Englands gestellt hatten.[1] Und genau dieselbe Taktik hat das englische Kabinett — ich glaube, ich habe hier schon einmal darüber gesprochen —[2] verfolgt, als es im Frühjahr 1914 Verhandlungen mit Rußland über ein Marineabkommen einleitete, ein Abkommen, in dem die russische Admiralität den Wunsch hatte, mit der Zuhilfenahme von englischen Schiffen unsere Provinz Pommern die Wohltaten einer russischen Invasion kennen zu lehren.[3] (Heiterkeit.)

So hatte sich der Ring der Entente mit ausgesprochener antideutscher Tendenz immer fester zusammengeschlossen. Die Saat König Eduards war in die Halme geschossen. Wir waren gezwungen, die Situation mit der großen Wehrvorlage von 1913 zu quittieren.

Sie wissen, meine Herren — aber ich will hier ausdrücklich davon sprechen —, daß wir in voller Klarheit über den Ernst der Weltlage neben den Verhandlungen mit England stets bestrebt gewesen sind, unsere Beziehungen mit Rußland nach Möglichkeit zu pflegen. Ich habe darüber wiederholt hier im Reichstage gesprochen,[4] wie ich denn in unserer gesamten Politik niemals etwas vor der Volksvertretung zu verheimlichen hatte (Bravo!) und es auch niemals verheimlicht habe. (Abgeordneter Dr. Liebknecht: Das belgische Ultimatum! — Rufe: Ruhe! — Andauernde Bewegung.)

Meine Herren, auch Rußland gegenüber, dessen Politik ja für die Entschlüsse Frankreichs von entscheidender Bedeutung war, habe ich stets nach der Überzeugung gehandelt, daß freundliche Beziehungen zu den einzelnen Ententegenossen die allgemeine Spannung mildern könnten, daß jedes gewonnene Friedensjahr wenigstens die Aussicht eröffnete, die allgemeine Explosionsgefahr herabzusetzen. Wir waren dabei in Einzelfragen mit Rußland zu einer

[1] Die Marinekonvention vom September 1912 sah bekanntlich die Zusammenziehung der ganzen französischen Flotte im Mittelmeer vor, wogegen England den Schutz der französischen Nordküsten übernahm. Vgl. H. Oncken a. a. O. S. 604.

[2] Vgl. die Rede vom 2. Dezember 1914, S. 21.

[3] Vgl. Deutsches Weißbuch S. 56.

[4] So schon am 10. Dezember 1910.

guten Verständigung gelangt — ich erinnere an das Potsdamer Abkommen[1] — und die Beziehungen von Regierung zu Regierung waren nicht nur korrekt, sondern von persönlichem Vertrauen getragen. Aber die Gesamtlage wurde dadurch nicht geheilt. Die war bis in die Wurzeln vergiftet, weil die chauvinistischen Revanchegedanken Frankreichs und die kriegerischen, panslawistischen Expansionsbestrebungen in Rußland durch die antideutsche Politik der balance of power des Londoner Kabinetts nicht sowohl beschwichtigt als unausgesetzt aufgestachelt wurden und frische Nahrung erhielten. Die Spannung wurde so groß, daß sie eine ernste Belastungsprobe nicht mehr vertrug. So kam der Sommer 1914. Ich habe die einzelnen Vorgänge am 4. August geschildert. Immer wiederholte unrichtige Darstellungen und Angriffe von seiten unserer Gegner nötigen mich aber, auch hier noch auf einen Punkt zurückzukommen.

In England wird neuerdings immer wieder behauptet, der ganze Krieg hätte vermieden werden können, wenn ich auf den Vorschlag Sir Edward Greys eingegangen wäre, mich an einer Konferenz zur Regelung des russisch-österreichischen Streitfalles zu beteiligen. Die Sache verhielt sich folgendermaßen:[2] der englische Konferenzvorschlag wurde hier am 27. Juli durch den englischen Botschafter überbracht. Wie auch aus dem Englischen Blaubuch hervorgeht,[3] hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amts in der betreffenden Unterredung mit Sir Edward Goschen, in der er den vorgeschlagenen Weg als unzweckmäßig bezeichnete, mitgeteilt, nach seinen Nachrichten aus Petersburg sei Herr Sasonow zu einem direkten Meinungsaustausch mit dem Grafen Berchtold geneigt. Er sei der Ansicht, daß eine direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien zu einem befriedigenden Ergebnis führen könne; es sei daher das beste, zunächst das Ergebnis dieser Aussprache abzuwarten. Sir Edward Goschen meldete dies nach London und

---

[1] Das Potsdamer Abkommen vom November 1910 enthielt neben der Feststellung, daß „sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte", Abmachungen über die persische Frage, die Bagdadbahn usw. Vgl. H. Oncken a. a. O. S. 584 f.

[2] Der Sachverhalt war von dem Kanzler schon einmal in dem Runderlaß an die kaiserlichen Botschafter und Gesandten vom 24. Dezember 1914 (Deutscher Geschichtskalender 1914, II, 505 ff.) klargestellt worden.

[3] Vgl. Englisches Blaubuch Nr. 43.

erhielt von dort eine telegraphische Antwort, in der Sir Edward Grey wörtlich folgendes erklärte:

„Solange Aussicht für einen direkten Meinungsaustausch zwischen Österreich und Rußland vorhanden ist, würde ich auf jede andere Anregung verzichten (hört, hört!), da ich durchaus damit übereinstimme, daß dies das Verfahren ist, das allen anderen bei weitem vorzuziehen ist.“ [1] (Hört, hört!)

Sir Edward Grey schloß sich also damals dem deutschen Standpunkt vollkommen an und stellte seinen Konferenzvorschlag ausdrücklich zurück.

Ich habe es aber nicht, wie Sir Edward Grey, bei dem platonischen Wunsche bewenden lassen, es möge eine Aussprache zwischen Wien und Petersburg erfolgen, sondern ich habe alles getan, was in meinen Kräften stand, um die russische und die österreichisch-ungarische Regierung dem Gedanken zugänglich zu machen, sich in einem Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett auseinander-

[1] Englisches Blaubuch Nr. 67. Bezeichnenderweise ist Sir Ed. Grey in seinem im Verfolg der Kanzlerrede vom 19. August an die englische Presse gerichteten Schreiben vom 26. August mit keinem Worte auf die Zurückstellung der Konferenzvorschläge eingegangen; um so eifriger hielt er an der Behauptung fest, daß die Ablehnung des Konferenzvorschlages „das Todesurteil vieler Hunderttausender unterzeichnet habe“. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkte am 28. August dazu: „Man könnte versucht sein, es Sir Ed. Greys Naivität in militärischen Dingen zugute zu halten, wenn er wirklich angenommen hätte, daß die für die Sicherheit des Reiches verantwortlichen Stellen zusehen konnten, wie in wochenlangen Verhandlungen über die Einzelheiten des serbischen Problems verhandelt wurde, während sich gleichzeitig die Millionenheere Rußlands an der deutschen Ostgrenze sammelten.“ Zu Fürst Lichnowskys Darstellung, der den englischen Konferenzvorschlag auf das dringendste befürwortet haben will, vergleiche die Auslassungen des Staatssekretärs a. D. v. Jagow in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 23. März 1918. Wie Fürst Lichnowsky angesichts der genauen Angaben in der Kanzlerrede vom 19. August behaupten kann, es hätte nur eines Winkes von Berlin bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolg zu begnügen und sich bei der serbischen Antwort zu beruhigen; es sei aber im Gegenteil zum Kriege gedrängt: Graf Berchtold habe auf Berliner Weisungen den starken Mann gespielt, und als er endlich (!) sich zum Einlenken entschlossen habe, habe Deutschland die russische Mobilmachung mit dem Ultimatum beantwortet, ist unbegreiflich. Man hat den Eindruck, daß Fürst Lichnowsky, seit dem Ausbruch des Krieges förmlich blind und taub gegen alle amtlichen deutschen Auslassungen, seine Aufzeichnungen 1916 mit größter Flüchtigkeit aus dem Gedächtnis niedergeschrieben hat, ohne auch nur zu versuchen, seine Erinnerungen mit dem urkundlichen Material in Einklang zu setzen.

zusetzen. Meine Herren, ich habe es an dieser Stelle schon einmal ausgesprochen, daß wir unsere Vermittlungsaktion, speziell auch in Wien, in einer Form betrieben haben, die, wie ich damals sagte, „bis an das Äußerste dessen ging, was mit unserem Bundesverhältnis noch vereinbar war".[1] Da diese meine vermittelnde Tätigkeit im Interesse der Erhaltung des Friedens immer wieder in England in Zweifel gestellt wird, will ich hier an der Hand der Tatsachen zeigen, wie nichtig diese Zweifel sind.

Am 29. Juli abends traf hier folgende Meldung des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg ein:

> „Herr Sasonow, der mich eben zu sich bitten ließ, teilte mir mit, daß das Wiener Kabinett auf den ihm von hier aus geäußerten Wunsch, in direkte Besprechungen einzutreten, mit einer kategorischen Ablehnung geantwortet habe. Es bleibe somit nichts anderes übrig, als auf den Vorschlag Sir Edward Greys einer Konversation zu vieren zurückzukommen."

Da sich die Wiener Regierung inzwischen zu dem direkten Meinungsaustausch mit Petersburg bereit erklärt hatte, war es klar, daß hier ein Mißverständnis vorliegen mußte.[2] Ich telegraphierte entsprechend nach Wien und benutzte gleichzeitig die Gelegenheit, um meiner Auffassung von der Gesamtsituation erneut bestimmtesten Ausdruck zu geben. Meine Instruktion an Herrn v. Tschirschky lautete folgendermaßen:

> „Die Meldung des Grafen Pourtalès steht nicht im Einklang mit der Darstellung, die Eure Exzellenz von der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung gegeben haben. Anscheinend liegt ein Mißverständnis vor, das ich Sie aufzuklären bitte. Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit St. Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen

[1] Vgl. die Rede vom 4. August 1914, S. 6.

[2] Das Mißverständnis erklärt sich daraus, daß Österreich allerdings am 28. Juli abgelehnt hatte, die serbische Antwortnote zum Ausgangspunkt einer Erörterung mit Rußland zu nehmen (Österreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 40), aber schon folgenden Tags sich bereit erklärte, eine viel breitere Basis des Gedankenaustausches anzunehmen. (Das. Nr. 47.)

es aber ablehnen, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. (Große Bewegung und lebhafte Rufe: Hört, hört!) Eure Exzellenz wollen sich gegen Grafen Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst in diesem Sinne aussprechen."

Herr von Tschirschky meldete darauf am 30. Juli:

„Graf Berchtold bemerkte, es liege in der Tat, wie Eure Exzellenz annehmen, ein Mißverständnis, und zwar auf russischer Seite, vor. Nachdem er auch schon durch Graf Szapary — den österreichisch-ungarischen Botschafter in St. Petersburg — von diesem Mißverständnis Meldung erhalten, und gleichzeitig unsere dringende Anregung erfolgt sei, in Konversation mit Rußland einzutreten, habe er Graf Szapary sofort entsprechende Instruktionen erteilt."

Meine Herren, ich habe, als in England kurz vor Ausbruch des Krieges die Erregung sich steigerte und ernste Zweifel an unseren Bemühungen um die Erhaltung des Friedens laut wurden, diesen Vorgang in der englischen Presse bekannt geben lassen.[1] Jetzt, nachträglich tritt dort die Insinuation hervor, der Vorgang habe gar nicht stattgefunden, und die Instruktion an Herrn von Tschirschky sei nur fingiert worden, um die öffentliche Meinung in England irrezuführen. (Lebhafte Zurufe: Pfui!) Sie werden mit mir übereinstimmen, meine Herren, daß diese Verdächtigung keiner Erwiderung bedarf. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will aber gleichzeitig auf das Österreichisch-Ungarische Rotbuch verweisen, das meine Darstellung lediglich bestätigt[2] und erkennen läßt, wie nach Aufklärung des erwähnten Mißverständnisses die Konversation zwischen St. Petersburg und Wien in Fluß kam, bis sie durch die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee einen jähen Abschluß fand.

Meine Herren, ich wiederhole: wir haben die direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg mit dem äußersten Nachdruck und mit Erfolg betrieben. Die Behauptung, daß wir uns durch Ablehnung des englischen Konferenzvorschlages an dem Ausbruch dieses Krieges schuldig gemacht hätten, gehört in die Kategorie der-

[1] „Westminster Gazette" vom 1. August 1914. Vgl. H. Oncken in „Deutschland und der Weltkrieg", II, 645.

[2] Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 44, 47, 49.

jenigen Verleumdungen, hinter denen unsere Gegner ihre eigene Schuld verstecken wollen. (Sehr gut!) Unausweichlich wurde der Krieg lediglich durch die russische Mobilmachung. (Sehr richtig!) Ich will dies hier noch einmal mit aller Bestimmtheit feststellen. (Bravo!)

Meine Herren, ich habe mich auf einzelne diplomatische Vorgänge näher eingelassen, um der Flut von Verdächtigungen entgegenzutreten, mit denen das reine Bewußtsein und reine Gewissen Deutschlands im Auslande zu schwärzen versucht wird. Aber wir werden letzten Endes den Kampf gegen diese Verleumdungen ebenso siegreich bestehen wie den großen Kampf draußen auf den Schlachtfeldern. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, unsere und die österreichisch-ungarischen Truppen haben die Grenzen von Kongreßpolen gegen Osten erreicht, und beiden fällt die Aufgabe zu, das Land zu verwalten.

Geographische und politische Schicksale haben seit langen Jahrhunderten Deutsche und Polen gegeneinander zu kämpfen gezwungen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze mindert nicht die Achtung vor der Leidenschaft, Vaterlandsliebe und Zähigkeit, mit der das polnische Volk seine alte westliche Kultur, seine Freiheitsliebe gegen das Russentum verteidigt und auch durch das Unglück dieses Krieges bewahrt hat. (Bravo!) Die gleißnerischen Versprechungen unserer Feinde ahme ich nicht nach.[1] Aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann. (Bravo!) Das von uns besetzte Land werden wir

[1] Schon am 14. August 1914 hatte der russische Generalissimus Großfürst Nikolai Nikolajewitsch einen Aufruf an die Polen gerichtet, der die Einigung aller polnischen Gebietsteile unter russischem Zepter und, wenig im Einklang damit, Polens Wiedergeburt in seiner Selbständigkeit, seiner Religion und Sprache verhieß. Am 1. August 1915 hatte dann der russische Ministerpräsident Goremykin in der Reichsduma erklärt, Polens künftige Organisation sei endgültig und unwiderruflich durch jenen Aufruf entschieden, und schon jetzt solle der russische Ministerrat Gesetzentwürfe ausarbeiten, die Polen nach dem Krieg das Recht gewährten, frei sein nationales, soziales und wirtschaftliches Leben auf der Grundlage der Autonomie unter dem Zepter des Kaisers von Rußland auszugestalten. Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 356 f.

unter möglichster Heranziehung der eigenen Bevölkerung gerecht verwalten (Bravo!), die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, auszugleichen und die Wunden, die Rußland dem Lande geschlagen hat, zu heilen suchen. — — (Bravo!)

Meine Herren, dieser Krieg wird, je länger er dauert, ein zerrüttetes, ein aus tausend Wunden blutendes Europa zurücklassen. (Sehr richtig!) Die Welt, die dann erstehen wird, soll und wird nicht so aussehen, wie unsere Feinde es sich träumen. Sie streben zurück nach dem alten Europa mit einem ohnmächtigen Deutschland in der Mitte als dem Tummelplatz fremder Ränke und, wenn nötig, als dem Schlachtfeld Europas, einem Deutschland, in dem kraftlose Einzelstaaten auf fremde Winke lauern, ein Land mit zertrümmerter Industrie, nur mit Kleinhandel auf den eigenen Märkten und ohne Flotte, die das Meer von Englands Gnaden befahren könnte. Ein Deutschland als Vasallenstaat des russischen Riesenreiches, das den ganzen Osten und Südosten Europas beherrschen und alle Slawen unter dem Zepter Moskaus vereinen soll. So träumte man im Anfange des Krieges in Paris, in London und Petersburg.

Nein, meine Herren, dieser ungeheure Krieg, der die Fugen der Welt klaffen macht, wird nicht zu alten, vergangenen Zeiten zurückführen. Ein Neues muß erstehen! Soll Europa jemals zur Ruhe kommen, so kann das nur durch eine starke und unantastbare Stellung Deutschlands geschehen. (Bravo!) Die Vorgeschichte dieses Krieges redet eine harte Sprache. Mehr als zehn Jahre lang ist das Sinnen und Trachten der Ententemächte einzig darauf gerichtet gewesen, Deutschland zu isolieren, es auszuschließen von jeder Mitverfügung über die Welt. Die englische Politik der balance of power muß verschwinden; denn sie ist, wie es der englische Dichter Bernhard Shaw neulich genannt hat, ein Brutofen für Kriege. Bezeichnend ist in dieser Beziehung eine Bemerkung, die Sir Edward Grey zu unserem Botschafter, dem Fürsten Lichnowsky, machte, als er sich von diesem am 4. August 1914 verabschiedete. Er sagte nicht ohne Betonung, der zwischen England und Deutschland ausgebrochene Krieg werde es ihm ermöglichen, uns beim Friedensschluß wertvollere Dienste zu leisten, als die Neutralität Englands ihm gestattet hätte.[1] (Große Heiterkeit. — Zuruf: Wer

[1] Sir Edward Grey hat in einem an die englische Presse gerichteten Schreiben vom 26. August behauptet, nie etwas so „Lächerliches und Unrichtiges" gesagt zu haben, wie „daß es im Interesse Deutschlands läge, daß

glaubt das wohl?) Vor dem Auge des englischen Ministers erstand also wohl schon hinter dem geschlagenen Deutschland die Riesengestalt eines siegreichen Rußlands, und dann wäre ein geschwächtes Deutschland wieder gut genug gewesen, Vasall und Helfer für England zu sein. (Sehr richtig!) Meine Herren, Deutschland muß sich seine Stellung so ausbauen, so festigen und stärken, daß den anderen Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben. (Stürmisches Bravo.) Wir müssen zu unserem wie zum Schutz und Heil aller Völker die Freiheit der Weltmeere erringen (Bravo!), nicht, um die Meere, wie es England will, allein zu beherrschen, sondern damit sie allen Völkern in gleicher Weise dienstbar sein können.[1] (Bravo!)

Wir sind es nicht, die die kleinen Staaten bedrohen. Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der großen und der kleinen Nationen.[1] (Bravo!) Ich sage das nicht nur

---

wir uns am Kriege beteiligten, und daß wir es täten, um Rußland zurückzuhalten". Der Reichskanzler antwortete darauf, indem er am 28. August in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" den Bericht des Botschafters Fürst Lichnowsky über die Unterredung mit Sir Ed. Grey veröffentlichen ließ. Danach hätte Sir Ed. Grey u. a. gesagt: „Für den Entschluß zum Kriege wäre die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß der Schaden, den England durch den Krieg erführe, durch die Beteiligung nicht viel größer würde als durch die Passivität, und daß England als beteiligte Macht noch mehr in der Lage sei, sein Wort in die Wagschale zu werfen als durch Neutralität, schon weil es alsdann jederzeit seinen Rückzug aus dem Kampfe androhen könne ... Sollten die Ereignisse aber nicht den Verlauf nehmen, den die deutsche Militärpartei zu erhoffen scheine, oder sollte Deutschland aus anderen Gründen dem für Europa so verhängnisvollen Kampfe ein baldiges Ende zu machen wünschen, so würde er stets bereit sein, falls er sich noch im Amt befinde, die Vermittlung zu übernehmen, und Deutschland behilflich zu sein"! — In seiner Denkschrift bemerkt Fürst Lichnowsky dazu: „Diese vertrauliche Unterredung ist leider veröffentlicht worden. Damit hat Herr von Bethmann Hollweg die letzte Möglichkeit zerstört, über England den Frieden zu erlangen." Als ob diese Möglichkeit vorher auch nur einen Moment bestanden hätte!

[1] Wie wenig Sir Ed. Grey das ihm von dem Fürsten Lichnowsky erteilte Lob der „Einfachheit und Lauterkeit" verdient, ersieht man aus der Art, wie er das „deutsche Programm" des Reichskanzlers in seinem Briefe vom 26. August entstellt. „Das würde einen eisernen Frieden unter preußischem Schild und deutscher Oberherrschaft bedeuten. Deutschland würde allein die Freiheit genießen, die internationalen Verträge zu brechen, und frei sein, sie zu vernichten, wenn es ihm gefällt, und frei, jede Vermittlung auszuschlagen, frei Krieg anzufangen, wenn es ihm paßt, frei, wenn es wieder in den Krieg zieht, alle Regeln zivilisierter Kriegführung und Menschlichkeit zu Lande und zur See zu brechen, und während es so handeln würde,

mit Bezug auf die Völker germanischer Rasse. Welche Mühe gibt sich der Vierverband gegenwärtig, die Balkanvölker davon zu überzeugen, daß der Sieg der Zentralmächte sie in Knechtschaft stürzen, der Triumph des Vierverbandes ihnen aber Freiheit, Unabhängigkeit, Ländergewinn und wirtschaftliches Gedeihen schenken würde!

Wenige Jahre ist es her, wo der Machthunger Rußlands unter dem Schlagwort „der Balkan den Balkanvölkern" den Balkanbund schuf, ihn dann aber unter Begünstigung des serbischen Vertragsbruchs gegen Bulgarien wieder zerfallen ließ. Erst die deutschen und österreichisch-ungarischen Siege in Polen haben die Balkanvölker vom russischen Druck befreit. England war einmal ein Schutz der Balkanstaaten. Als Alliierter Rußlands kann es nur der Bedrücker und Bedränger ihrer Unabhängigkeit sein, wie es sie schon jetzt seine selbstsüchtige, harte Hand fühlen läßt. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, ich fasse zum Schluß alles zusammen. Wohl kein großes Volk hat in den letzten Jahrhunderten solche Leiden zu tragen gehabt wie das deutsche. Und doch können wir das Schicksal lieben, das uns mit solchen Leiden den Ansporn zu unerhörten Leistungen gegeben hat. (Bravo!) Für das endlich geeinte Reich war jedes Friedensjahr ein Gewinn. Ohne Krieg kamen wir am glücklichsten vorwärts. Wir brauchten ihn nicht. Nie hat Deutschland die Herrschaft über Europa angestrebt. Sein Ehrgeiz war es, in dem friedlichen Wettbewerb der Nationen, in den Aufgaben der Wohlfahrt und Gesittung voranzustehen. Dieser Krieg hat es an den Tag gebracht, welcher Größe wir fähig sind, gestützt auf die eigene sittliche Kraft. Und die Macht, die uns unsere innere Stärke

---

würde sein ganzer Seehandel in Kriegszeit frei bleiben, wie es jeder Handel im Frieden ist ... Die Rede des Deutschen Reichskanzlers zeigt, daß Deutschland um die Oberherrschaft kämpft." Ärger konnte der klare Sinn der Kanzlerrede wirklich nicht verdreht werden. Mit Recht bemerkte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 28. August im Sinne des Reichskanzlers: „Nicht auf die Erringung der Vorherrschaft in Europa ist das Streben Deutschlands gerichtet, sondern auf die Befreiung Europas von der brutalen Gewaltherrschaft, die England bisher mit Hilfe seiner übermächtigen Flotte und mit einer Politik ausgeübt hat, die darauf hinauslief, die Mächte des Kontinents in zwei feindliche Lager zu spalten, sie sich zum Vorteil Englands gegenseitig zerfleischen zu lassen, um sein Gewicht in die eine oder die andere Wagschale zu werfen, je nachdem seine egoistischen Bestrebungen dabei am besten ihre Rechnung fanden."

gab, können wir auch nach außen hin nur im Sinne der Freiheit gebrauchen. Die von den fremden Regierungen gegen uns in den Krieg gehetzten Völker hassen wir nicht. Aber wir haben die Sentimentalität verlernt. (Stürmisches wiederholtes Bravo.) Wir halten, meine Herren, den Kampf durch, bis jene Völker von den wahrhaft Schuldigen den Frieden fordern, bis die Bahn frei wird für ein neues, von französischen Ränken, von moskowitischer Eroberungssucht und englischer Vormundschaft befreites Europa. (Stürmisches, langandauerndes Bravo und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Nach der Rede des Reichskanzlers wurden die Nachtragskredite ohne weitere Debatte an die Budgetkommission verwiesen. Die endgültige Abstimmung am 20. August ergab die Annahme mit allen gegen die eine Stimme des Abg. Dr. Liebknecht. Bei der Diskussion des 20. trat auch der tiefe und überzeugende Eindruck der Rede des Reichskanzlers zutage; von allen Seiten wurde seinen Darlegungen über den Ursprung des Kriegs und über die künftigen Friedensziele, wobei nur die Konservativen wegen der polnischen Frage einen Vorbehalt machten, zugestimmt. „Man muß dem Reichskanzler beistimmen. Er hatte recht, eine Verständigung mit England zu suchen" (Abg. Dr. Spahn). „Der Friedensstörer war England, das hat der Reichskanzler gestern bewiesen. Die Friedensliebe der deutschen Politik wird vor allem durch das Verhalten gegen Österreich bewiesen. Wir haben die Bemühungen des Reichskanzlers, den Frieden zu erhalten, durchaus gebilligt" (Abg. Bassermann). „Wir stehen den Ausführungen des Reichskanzlers auch sonst in bezug auf die Führung der Geschäfte in der Zukunft, soweit sie sich auf den Frieden beziehen, mit Vertrauen gegenüber." (Abg. Fischbeck). „Der Reichskanzler hat mit Recht festgestellt, daß die Schuld an diesem Kriege auf England ruht" (Abg. Dr. Oertel).

Nicht anders war der Widerhall der Kanzlerrede in der deutschen Presse. „Eine Leistung allerersten Ranges" nannte sie Georg Bernhard, später einer der heftigsten Gegner des Kanzlers, in der „Vossischen Zeitung" vom 20. Aug. (Nr. 423). Er knüpfte daran folgende Bemerkungen über Herrn von Bethmann: „In einem Punkt steht das Urteil aller Parteien und aller Strömungen in Deutschland über unseren Kanzler fest: Er gilt als ein Mann, dessen Absichten und dessen Handlungen gleichermaßen von höchstem sittlichen Ernst getragen werden. Und es ist vielleicht ein besonderes Glück für Deutschland, daß gerade in diesen schweren Tagen ein Mann für unsere Politik verantwortlich zeichnet, an dessen innerer Wahrhaftigkeit auch das Ausland nicht zu zweifeln wagt. Die öffentliche Meinung Europas wird daher auch den gestrigen Worten des Deutschen Reichskanzlers Glauben schenken. Noch mehr als sonst wird sie diesmal die gleiche Empfindung haben, die jeden beseelte, der gestern als Zuhörer zugegen war: So spricht kein Mann, dessen Gewissen Ballast trägt, so kann nur jemand vor sein Volk und vor die Welt treten, der reines Herzens ist, und dessen Worte nichts anderes sagen sollen als sie klingen. Wer so, auch nur mit leisem Willen zur Objektivität, die Rede des Kanzlers auf sich wirken läßt, für den fließen alle seine Worte zusammen zu einem furchtbaren Beweis der Schuld, die England durch die Anzettelung dieses Krieges

auf sein Haupt geladen hat." Kaum geringer war die Zustimmung zu der Kanzlerrede in der konservativen Presse, die nur zu den Bemerkungen über die Zukunft der Polen Vorbehalte machte. Die „Kreuzzeitung" vom 20. Aug. (Nr. 422) fand die Rede äußerst wirkungsvoll, ihren Inhalt wohl geeignet, die politische Stellung des Reiches zu stärken. Geradezu enthusiastisch äußerte sich die „Deutsche Tageszeitung"; sie nannte die Rede „eine ebenso scharfe und wuchtige wie wirksame und begründete Anklage gegen die Mächte, die das Deutsche Reich in den Krieg hineingezwungen haben". Auch zu dem Kriegsziel des Kanzlers äußerte die „Deutsche Tageszeitung" ihre Zustimmung: „Verfolgt der Reichskanzler, woran wir nicht zweifeln, auch in Zukunft diese Ziele mit unbeugsamer Entschlossenheit, so wird er das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hinter sich haben."

Der starke, weit über Deutschlands Grenzen hinaus reichende Eindruck der Kanzlerrede wird auch dadurch illustriert, daß Sir Edward Grey, der englische Staatssekretär des Auswärtigen, es für nötig hielt, in einem eigenen Brief an die englischen Zeitungen vom 26. August der Rede des Kanzlers entgegenzutreten. Am 28. brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine ausführliche Erwiderung auf das Greysche Schreiben. Siehe beides im Deutschen Geschichtskalender, Jahrg. 31, 1915, 330 ff. Auf die Darstellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 28. August antwortete das englische Auswärtige Amt mit einer Zusammenstellung aus englischen Aktenstücken (1. September), die unter dem 8. September von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" durch den Abdruck entscheidenden Materials (Berichte des deutschen Botschafters in London Grafen Metternich vom 15. Februar, 17. März und 29. März 1912) abgefertigt wurde. S. Deutscher Geschichtskalender a. a. O. S. 449 ff.

Ansprache an die Volksmenge vor dem Reichskanzlerpalais, 20. August 1915

Unter dem starken Eindruck der Rede des Reichskanzlers vom 19. August, der durch die Kunde von den großen Siegen in Rußland — 18. August Eroberung von Kowno, 19. August Eroberung von Nowo-Georgiewsk — noch gesteigert wurde, fand am Abend des 20. August vor dem Kanzlerpalais eine große Kundgebung statt. Die Menge sang „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Ein' feste Burg ist unser Gott“, worauf der Reichskanzler folgende Worte an die Versammelten richtete:

„Was Sie gesungen, ist der brausende Widerhall des Schlachtendonners aus dem Osten, ist der Jubel unseres Volkes über die Heldentaten unserer Heere. Die russischen Festungen sind zerschmissen wie irdene Töpfe! Aus heißem Herzen danken wir Gott, der uns bis hierher geholfen hat. Machtvoll hat der Reichstag den Siegeswillen des deutschen Volkes bekundet. In einer Sitzung hat er heute 10 Milliarden bewilligt. Noch ist der Kampf nicht zu Ende, aber so Gott will, wird der Tag einst kommen, wo es heißt: Was nicht biegen will, muß brechen! Was Sie gesungen, sei bekräftigt mit dem Rufe: Hoch unser Heer und Volk, hoch Kaiser und Reich!“

Ansprache bei der Enthüllung des Eisernen Hindenburg in Berlin, 4. September 1915

Am 4. September 1915 fand in Gegenwart der Kaiserin die Enthüllung des „Eisernen Hindenburg" im Tiergarten zu Berlin statt. An die versammelte ungeheure Menschenmenge hielt Reichskanzler von Bethmann Hollweg eine kurze, den wohltätigen Zweck des Denkmals berührende Ansprache:

Vor unserem alten Siegesmale haben wir ein Bildnis aufgerichtet, bestimmt, die Dankbarkeit des Volkes zu werktätiger Liebe zu sammeln. Die Hilfe der Heimat sei für alle bereit, die in Leid sind um der Heimat willen! Der Krieger im Felde sei gewiß, daß auch am verwaisten Herde der Not gewehrt wird! Dies Werk der Hilfe stellen wir unter das Wahrzeichen Hindenburg. Er, dem die Liebe des Soldaten gehört, steht festgewachsen im Herzen des ganzen Volkes. In ihm verkörpert sich uns das Heldentum unserer Heere, die gewaltige Leistung ihrer Führer. Schwertschlag und Hammerschlag, Verteidiger und Zertrümmerer, das ist uns Hindenburg. Was wir ihm schuldig sind, hat der Kaiser in herrlichen Worten ausgesprochen: nie erlöschenden Dank![1] Die Gnade Seiner Majestät hat uns vergönnt, unser Hilfswerk auf einen Platz zu stellen, auf dem das Auge Bismarcks ruht. Mit der huldvollen Teilnahme, die sich keinem Liebeswerk versagt, begleitet Ihre Majestät die Kaiserin unsere Arbeit. So erhalte auch diese Feier ihre Weihe durch den Ruf: Unser oberster Kriegsherr, den der Herr der Heerscharen von Sieg zu Sieg führen wolle, Seine Majestät der Kaiser, hurra!

---

[1] Diesen hatte der Kaiser dem Generalfeldmarschall von Hindenburg in einem Telegramm zum Jahrestage der Schlacht von Tannenberg (27. Aug.) ausgesprochen. Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 249f.

Ansprache im Münchener Hofbräuhaus, 13. September 1915

Am 12. September hatte sich der Reichskanzler von Bethmann Hollweg zum Besuch des Königs Ludwig von Bayern nach München begeben. Am Vormittag des 13. hatte er mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Graf Hertling eine längere Besprechung; nachmittags wurde er vom König in einer mehr als einstündigen Audienz empfangen. Abends nach einer Festvorstellung in der Oper besuchte der Reichskanzler das Hofbräu und hielt hier, auf das herzlichste durch Lieder und die Ansprache eines alten Stammgastes begrüßt, eine kurze Rede:

In unseren schönen vaterländischen Liedern haben Sie gesungen und ausgesprochen, was uns allen das Herz heiß macht und bewegt, die Liebe zu unserem Vaterlande! Und das bedeutet heutzutage, daß unsere Gedanken zu unseren feldgrauen Kameraden draußen gehen, die für uns auf der Wacht stehen, die dafür gesorgt haben, daß der Feind bis auf kleine, ganz belanglose Teilchen nicht in unser Land gekommen ist. Daß bei uns im Lande Friede herrscht, das haben wir unseren Kameraden draußen zu verdanken. Sie haben es vorhin gesagt, und das hat mich besonders berührt, es war ein alter Stammgast des Hofbräuhauses, „die Münchener sind nicht die schlechtesten Deutschen". Was die Bayern geleistet haben, die draußen in Kurland wie in den Vogesen, am Hartmannsweilerkopf, am Reichsackerkopf, in Galizien und unter dem Kronprinzen von Bayern dort bei Lille und Arras, das ist so fest in das Buch der Weltgeschichte geschrieben, daß es kein Mensch wieder auslöschen kann. Hier in Ihrem schönen Bayern, das beherrscht wird von einem König, der tief mit Ihnen allen fühlt, welchem Stande, welcher Schattierung er auch angehören möge, in Ihrem Bayern schlägt das deutsche Herz. In Gedanken an unsere feldgrauen Kameraden und an Ihr schönes Bayernland will ich rufen: Ihr vielgeliebter König, die bayrische Armee, unsere deutschen Soldaten, sie leben hoch, sie sollen siegen und uns den Frieden bringen, hurra!

Erste Reichstagsrede vom 9. Dezember 1915

Am 9. Dezember trat der Reichstag zu seiner sechsten Kriegstagung zusammen. Reichskanzler von Bethmann Hollweg benutzte die Gelegenheit, um dem Reichstag vor Eintritt in die Tagesordnung einen Überblick über die allgemeine Lage zu geben:

Ich benutze die erste Gelegenheit, um Ihnen, meine Herren, einen kurzen Überblick über die Lage zu geben.

Kurz nachdem der Reichstag im August auseinandergegangen war, hat Bulgarien in den Krieg eingegriffen.[1] Unter immer sich steigernden Anstrengungen hatte die Entente seit dem Ausbruch des Krieges versucht, den König Ferdinand auf ihre Seite zu ziehen. Österreichisch-ungarisches, türkisches, griechisches Gebiet wurde ihm in liberalster Weise versprochen. (Heiterkeit.) Aber nicht nur die Territorien der Feinde und neutraler Staaten wurden vergeben. Selbst das verbündete Serbien, für dessen angeblich bedrohte Integrität Rußland den Krieg entfesselt hatte, selbst das verbündete Serbien, für dessen Befreiung die Entente jetzt zu kämpfen vorgibt, wurde nicht geschont. (Hört, hört!) Damit Bulgarien für die Entente föchte, sollte Serbien ihm Gebietskonzessionen machen von solchem Umfange, daß es sich nicht dazu verstehen konnte.[2] So blieben unsere Gegner unter sich uneinig.

Die berechtigten nationalen Ansprüche Bulgariens in Mazedonien waren, wie bekannt, nach dem letzten Balkankriege zugunsten Serbiens in erheblichem Maße beschränkt worden. Von Rußland im Stich gelassen, mußte Bulgarien, das die Hauptlasten des Krieges getragen hatte, zusehen, wie die Früchte seiner Siege dem serbischen Nachbar zufielen. (Sehr richtig!) Serbien mußte ja allen vorgehen, da es Rußlands Vormacht gegen Österreich-Ungarn war. Jetzt hat König Ferdinand das Wort, das er am Ende des zweiten Balkankrieges seinem Volke gab, in vollem Werte wahr gemacht:

---

[1] Am 21. September war die allgemeine Mobilmachung in Bulgarien erfolgt; am 5. Oktober hatte es das russische Ultimatum vom 3. Oktober abgelehnt; am 6. Oktober folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Vierverband; seit Mitte Oktober griffen die bulgarischen Truppen in den Kampf gegen Serbien ein, was den sofortigen Kriegszustand mit der Entente zur Folge hatte.

[2] Noch am 4. August war Bulgarien seitens des Vierverbandes die Abtretung eines erheblichen Teiles von Mazedonien und von Kawalla zugesichert worden, ohne daß dies Versprechen noch wie früher von zukünftigem serbischem Gebietszuwachs abhängig gemacht wurde.

die bulgarischen Fahnen, die damals nach ruhmvollem Kampfe, aber nach schwerer Enttäuschung zusammengerollt wurden, flattern heute frei über dem damals verlorenen Lande.[1] (Allseitiger lebhafter Beifall. — Abgeordneter Dr. Liebknecht: Das Sie damals im Stich ließen! — Unruhe: Rufe: Raus! — Glocke des Präsidenten.) Serbien, meine Herren, anstatt eine Verständigung zu suchen und dem Lande die Opfer eines neuen Krieges zu ersparen, entschloß sich, nicht nur dem vereinten Angriff der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen die Spitze zu bieten, sondern auch gegen seinen östlichen Nachbar vorzugehen.[2] Serbien vertraute auf die Zusicherung Sir Edward Greys, daß England seinen Freunden auf dem Balkan jede nur denkbare Unterstützung leisten werde.[3] Jetzt ist das serbische Heer zum größten Teil vernichtet. Vergeblich haben die Serben auf die versprochene Hilfe Englands und Frankreichs geharrt. Zum zweiten Male hat sich ein kleines Volk für die Westmächte geopfert. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Truppen haben auch in den serbischen Bergen unter Überwindung aller Strapazen glänzend gekämpft. (Lebhaftes Bravo auf allen Seiten.) Erneut sagen wir ihnen unseren heißen Dank (wiederholtes lebhaftes Bravo), und ebenso danken wir neben unseren alten, treu bewährten österreichisch-ungarischen Waffenbrüdern (lebhaftes Bravo), dem neugewonnenen Freunde, dem bulgarischen Heere (lebhafter Beifall), das mit Ruhm gekämpft hat. (Wiederholter starker Beifall.) Wir sind stolz auf unseren neuen Verbündeten (Bravo!), der sich nun an unserer Seite erneut auf dem Balkan den Platz erkämpft, der ihm gebührt. (Lebhaftes Bravo.)

---

[1] Anspielung auf den Tagesbefehl König Ferdinands vom 11. August 1913, in dem es zum Schlusse hieß: „Erschöpft und ermüdet, aber nicht besiegt, mußten wir unsere glorreichen Fahnen für bessere Tage zusammenfalten."

[2] Am 12. Oktober hatte Serbien die Feindseligkeiten gegen Bulgarien begonnen, indem serbische Truppen die bulgarische Grenze an verschiedenen Punkten überschritten.

[3] Am 28. September hatte Sir Ed. Grey im Unterhause Serbien vor aller Welt „unbeschränkte und unbedingte Hilfe" zugesagt. Aber schon am 10. November, nach dem serbischen Zusammenbruch, sah er sich genötigt, zu erklären: „Meine Worte, daß wir Serbien unbeschränkte und unbedingte Hilfe versprachen, hatten nur politische Bedeutung, nämlich daß die Bulgarien früher gemachten Versprechungen hinfällig wurden. Die Worte hatten keine militärische Bedeutung." Vgl. E. Müller-Meiningen, „Diplomatie und Weltkrieg", II, 851 f.

Meine Herren, durch die serbischen Siege ist die Donau frei geworden, die Verbindung mit der Türkei hergestellt. Ungehindert können wir unserem türkischen Verbündeten die Hand reichen und freuen uns, ihm in dem heißen Kampf, in dem er steht, nachdrücklicher beistehen zu können als bisher. (Lebhafter Beifall.) Mit heldenmütiger Tapferkeit haben die Türken die Wacht an den Dardanellen gehalten (Bravo!), deren unmittelbaren Fall Mister Asquith schon im Sommer prophezeite.[1] (Heiterkeit.) Heute stehen die Dardanellen fester denn je. (Lebhaftes Bravo. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Liebknecht. — Anhaltendes Lachen.)

Im November, meine Herren, wurde England mit Bagdad vertröstet.[2] Aber auch dort haben die Türken ihren alten Kriegsruhm bewiesen und den Engländern eine empfindliche Schlappe beigebracht. (Bravo!)

Meine Herren, der offene Weg nach dem nahen Orient bedeutet einen Markstein in der Geschichte dieses Krieges. (Sehr richtig! und Bravo!) Militärisch ist der direkte Zusammenhang mit der Türkei von unschätzbarem Wert. (Sehr richtig!) Wirtschaftlich ergänzt die Zufuhr aus den Balkanstaaten und der Türkei unsere Vorräte in willkommenster Weise. (Sehr gut!) Darüber hinaus, meine Herren, aber sind vor allem die Aussichten in die Zukunft verheißungsvoll. Dank der weitsichtigen Politik König Ferdinands von Bulgarien ist eine feste Brücke zwischen den unlöslich verbundenen Kaisermächten, dem Balkan und dem nahen Orient geschlagen. (Lebhafter Beifall.) Diese Brücke wird nach erreichtem

---

[1] Bekannter als die mehrfachen zuversichtlichen Äußerungen Asquiths, z. B. in der Unterhausrede vom 28. Juli 1915, ist die kühne Prophezeiung Lord Churchills vom 5. Juni geworden: „Die Armee des Sir Jan Hamilton und die Flotte des Admirals de Robeck sind nur noch wenige Meilen von einem Siege entfernt, wie er in diesem Kriege noch nicht gesehen worden ist.“ Bekanntlich leitete die Entente keine zehn Tage nach der Kanzlerrede vom 9. Dezember die Liquidation des Unternehmens ein, und Asquith blieb bloß der magere Trost: „Der Rückzug wird für immer einen hervorragenden Platz in der englischen Geschichte einnehmen.“

[2] Am 2. November sagte Asquith im Unterhause: „Nach einer Reihe glänzender Land- und Flußkämpfe sind die Türken über den Euphrat und Tigris getrieben worden. Die Truppen des Generals Nixons befinden sich jetzt in mäßiger Entfernung von Bagdad. Ich glaube nicht, daß es im ganzen Kriege eine Reihe von Kämpfen gegeben hat, die sorgfältiger erwogen und glänzender und mit besserer Aussicht auf den schließlichen Erfolg durchgeführt worden sind.“ Kurz darauf setzten die heftigen Rückschläge ein, die am 29. April 1916 zur Kapitulation von Kut-el-Amara führten.

Frieden nicht von dem Schritt marschierender Bataillone widerhallen, sondern wird Werken des Friedens und der Kultur dienen. (Erneuter lebhafter Beifall. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Liebknecht.)

In wechselseitigem Austausch unserer Güter werden wir die durch die Waffenbrüderschaft gefestigten Freundschaften vertiefen, nicht um die Völker gegeneinander auszuspielen, sondern um in friedlichem Verkehr werktätig teilzuhaben an dem Aufstieg nach lebensvoller Entwicklung drängender Länder und Völker. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, was unsere Gegner politisch und militärisch am Balkan eingebüßt haben, suchen sie jetzt durch Akte der Gewaltpolitik gegen neutrale Staaten einzubringen. (Hört, hört!) Freilich bleiben sie damit ihren von Anfang hierin befolgten Prinzipien treu. (Sehr richtig!) Zuerst wurde Serbien, dann Belgien bestimmt, unter keinen Umständen den Weg der Verständigung zu beschreiten, sondern sich dem Kriegswillen der Entente zu fügen und zu opfern. Jetzt soll Griechenland an die Reihe kommen. Anfänglich behaupteten die Ententemächte, sie seien, als sie ihre Truppen in Saloniki landeten,[1] von Griechenland zur Hilfe gerufen worden. Inzwischen ist es Herr Venizelos selbst gewesen, der diese Behauptung widerlegt hat. (Hört, hört!) Herr Venizelos hat in der griechischen Kammer ausdrücklich erklärt, die Truppenlandungen in Saloniki ständen mit seiner früheren Anfrage an die Entente wegen etwaiger Truppensendungen in keinerlei Zusammenhang. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Eigenmächtig begannen England und Frankreich ihre Truppenlandungen in Saloniki und setzten sie trotz energischer Proteste der griechischen Regierung fort. (Hört, hört!) Jetzt spielen sie sich dort ganz als die Herren des Landes auf. Wir wohnen dem interessanten Schauspiel bei, wie die Bekämpfer des sogenannten preußischen Militarismus die beherrschende Macht der englischen

[1] Am 3. Oktober waren die ersten 18 000 Mann englisch-französischer Truppen in Saloniki gelandet. Der Ankündigung der Landung hatte die griechische Regierung am 4. Oktober einen formellen Protest entgegengesetzt, der freilich mit Venizelos' früherer Haltung — er hatte am 21. September selbst eine Anfrage an die Entente wegen einer eventuellen französisch-englischen Expedition gerichtet — nicht recht im Einklang stand. Über Venizelos' Auftreten in der Kammerdebatte vom 5. Oktober, seinen unmittelbar darauf durch das Eingreifen des Königs Konstantin herbeigeführten Rücktritt und die von dem Ministerium Zaimis eingenommene Haltung s. das Nähere in Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 705ff. und E. Müller-Meiningen, „Diplomatie und Weltkrieg" II, 802 ff.

Flotte als brutales Drohmittel benutzen, um die griechische Regierung zur Verletzung der ihr als neutraler Macht obliegenden Pflichten zu zwingen. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Zuerst wurde die Zusage wohlwollender Neutralität erpreßt. Als man das Zugeständnis des Prinzips hatte, ging man an seine Auslegung. Von Griechenland wurde gefordert die Zurückziehung aller griechischen Truppen von Saloniki und Umgebung, freie Verfügung über diese Hafenstadt zur Einrichtung militärischer Verteidigungsmaßnahmen, Überlassung der griechischen Bahnen und Straßen von Saloniki nach der Grenze für Truppentransporte, Freiheit für militärische Maßnahmen aller Art in den griechischen Territorialgewässern. Das, meine Herren, versteht die Entente unter wohlwollender Neutralität.[1] (Heiterkeit und Sehr gut!) Meine Herren, die griechische Regierung ist trotz der schwierigen Lage, in der sie sich befindet, entschlossen, ihre Neutralität auch weiter zu bewahren (Beifall), eine Neutralität, die ihrem ausdrücklich ausgesprochenen Willen entspricht und die der Würde und Unabhängigkeit Griechenlands ebenso wie seinen Interessen Rechnung trägt. (Lebhafter Beifall.)

Abgeschlossen ist die Angelegenheit noch nicht. Ich habe es aber für notwendig gehalten, auf die allerdings ja wohl schon bekannten Vorgänge von dieser Stelle noch einmal ausdrücklich hinzuweisen, um damit den Machenschaften entgegenzutreten, mit denen uns die Entente, vor allen Dingen England, unablässig bekämpft. In unermüdlicher Wiederholung und mit einer raffinierten Regie hat England der Welt die Vorstellung eingehämmert, es habe in edelmütiger Selbstlosigkeit des vergewaltigten Belgiens wegen zu den Waffen gegriffen und es sei berufen, an Deutschland wegen dieser Vergewaltigung ein göttliches Strafgericht zu vollstrecken. (Hört, hört! und Heiterkeit.) England ist es geglückt, damit in der Welt Geschäfte zu machen. Mit der Zeit hat es allerdings Belgien als Kriegsgrund aufgeben müssen. Es wurde zu öffentlich bekannt, daß zuerst die Einkreisungspolitik Englands, dann die ohne Vorwissen des Parlaments erfolgte Übernahme von Verpflichtungen gegenüber dem an Rußland gefesselten Frankreich dem englischen Kabinett

---

[1] Vgl. dazu E. Müller-Meiningen a. a. O. II, 812ff. Eine drastische Bestätigung erhielten die Anklagen des Reichskanzlers gegen die englische Heuchelei durch den Inhalt der Kuriersendung, die ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot am 4. Dezember auf dem griechischen Dampfer „Spetsai" beschlagnahmte. Das. S. 816ff.

so die Hände gebunden hatten, daß Sir Edward Grey den Entschluß nicht fand, Rußland vor dem Krieg zu warnen, und daß er, als die russische Mobilmachung den Krieg entfesselt hatte — ob willig oder widerstrebend, lasse ich dahingestellt —, sich zum Eintritt in den Krieg entschloß, noch bevor Belgiens Neutralität überhaupt in Frage kam. (Sehr richtig!) Zuerst waren es, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, die „Times", welche offen zugaben, daß Belgien nicht der Kriegsgrund für England war.[1] Um so zäher hielt England daran fest, uns der neutralen Welt als die vertragsbrüchige, herrschsüchtige, die Welt unter ihren Militarimus zwingende Nation zu denunzieren, die vernichtet werden müsse.

Jetzt hat England und haben mit ihm seine Alliierten jedes Anrecht darauf verloren, dieses Denunziantentum fortzusetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wer eine Politik der Vergewaltigung treibt, wie es jetzt die Entente gegenüber Griechenland tut, der kann nicht weiter den Scheinheiligen spielen. (Sehr gut!) Das werden wir, meine Herren, genau so oft und so nachdrücklich vor der Welt wiederholen, wie es England versucht hat, hinter Verleumdungen Deutschlands sein wahres Gesicht zu verstecken. (Lebhafter Beifall.)

Übrigens scheint England anzufangen, das selbst einzusehen. (Na, na!) Die „Westminster Gazette", von der man sagt, daß sie der Regierung nahestehe, läßt sich in einem Artikel vom 30. November zu dem offenen Bekenntnis herbei, England habe gegen Deutschland die Waffen ergriffen, weil Deutschland sonst nicht hätte bezwungen werden können. (Hört, hört!) Weshalb hat das die „Westminster Gazette" nicht schon am 4. August 1914 erklärt? (Sehr gut!) Dann hätte doch die Welt von Anfang herein Bescheid gewußt. Jetzt wenigstens weiß die Welt Bescheid, warum auf Geheiß Englands dieser Krieg fortgesetzt wird.

Über die vermutliche Weiterentwicklung der militärischen Operationen auf dem Balkan stelle ich keine Betrachtungen an. Ich versuche nur auszuführen, wie sich mir die gegenwärtige Lage darstellt.

---

[1] Vgl. S. 40, Anm. 1. Auch Bonar Law, der Führer der unionistischen Partei, spätere Kolonialminister, hat in seinem bekannten Brief an Asquith vom 2. August 1915 sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß es sich für England beim Kriegsausbruch um die schleunige Unterstützung Frankreichs und Rußlands, nicht um Belgien handelte.

Im Osten nehmen unsere Truppen zusammen mit den österreichisch-ungarischen eine in das russische Gebiet weit vorgeschobene, gut ausgebaute, feste Verteidigungsstellung ein, immer bereit zu weiterem Vorgehen. (Bravo!)

Im Westen haben die mit größter Todesverachtung unternommenen Angriffe der Franzosen und Engländer zwar unsere Front an einzelnen Stellen eingedrückt, aber der Durchbruch, der unter allen Umständen erzwungen werden sollte, ist wie alle früheren Versuche mißglückt.[1] (Lebhafter Beifall.) Von dem Umfang des gewaltigen Ringens, meine Herren, gewinnt man eine Vorstellung, wenn man bedenkt, daß Frankreich allein in der Champagne nicht sehr viel weniger Truppen eingesetzt hat, als die waren, mit denen Deutschland in den Krieg von 1870 gezogen ist. (Hört, hört!) Es gibt kein Wort, meine Herren, das tief genug empfunden wäre, um die Dankesschuld des Vaterlandes gegen unsere Krieger abzutragen (allseitiger stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen), gegen unsere Krieger, die trotz eines unerhörten feindlichen Trommelfeuers, trotz einer vielfachen zahlenmäßigen Unterlegenheit mit ihren Leibern dem Feinde einen Wall entgegengesetzt haben, den er nicht hat durchbrechen können. (Erneuter lebhafter Beifall.) Unvergängliche Ehre dem Andenken aller, die dort ihr Leben für ihre Freunde gelassen haben! (Bravo!)

Wie an unserer Westfront ist die österreichisch-ungarische Verteidigungsstellung gegen Italien fest und intakt. (Beifall.) In heldenmütiger Abwehr sind die unablässigen, mit ungeheuren Menschenverlusten verbundenen Angriffe der Italiener abgeschlagen worden. Daß es Italien dabei glückt, friedliche Städte, deren Erlösung es sich zur Aufgabe gesetzt hat (Heiterkeit), in Trümmer zu schießen,[2] wird ihm kaum ein Ersatz für seine militärischen Mißerfolge sein. (Heitere Zustimmung.)

So, meine Herren, sieht es an unseren Fronten aus. Lassen Sie mich mit einem kurzen Wort unsere Arbeiten hinter der Front streifen.

---

[1] Der Reichskanzler denkt an die großen Durchbruchsversuche der Engländer und Franzosen im Artois und in der Champagne (September und Oktober 1915), die unter gewaltigen Verlusten ohne nennenswertes Ergebnis scheiterten.

[2] Am 26. November hatten die Italiener die Stadt Görz durch Artilleriefeuer zerstört; auch Riva war im Laufe des November großenteils in Asche gelegt worden.

In Nordfrankreich und Belgien sind ja eine ganze Anzahl von Mitgliedern dieses hohen Hauses tätig. Die Herren werden mir bezeugen, daß wir uns redlich und mit Erfolg bemüht haben, die Kräfte des wirtschaftlichen Lebens wieder wachzurufen. Überall haben die Etappenverwaltungen geackert und geerntet. In Belgien ist es vielfach gelungen, in der Landwirtschaft annähernd normale Wirtschaftsverhältnisse wiederherzustellen. Auch Industrie und Handel sind, wo es irgend ging, neu belebt worden. In das belgische Geld-, Kredit- und Bankwesen ist wieder Ordnung gebracht. Die Verkehrsmittel, Post, Eisenbahn und Schiffahrtswege, sind in Gang gesetzt. Unzählige, von den Feinden gesprengte Brücken sind wiederhergestellt. Im Kohlenbergbau ist fast die normale Zahl der Friedensbelegschaft erreicht (hört, hört!), so daß im letzten Vierteljahr die Kohlenförderung fast $3^1/_2$ Millionen Tonnen betrug. (Erneute Rufe: Hört, hört!) Der Arbeitslosigkeit wird durch kommunale und staatliche Notarbeiten entgegengewirkt. Den Arbeitsmarkt normal zu gestalten, ist freilich ausgeschlossen, weil England dem verbündeten Lande die Einfuhr über See abschneidet und dadurch seine Industrie erdrosselt. (Hört, hört!)

Die allgemeine Schulpflicht wird durchgeführt. (Bravo!) Auch die früher vergeblich angestrebte Anwendung der Vorschriften über die Erteilung des Schulunterrichts in der flämischen Sprache wird durchgesetzt. (Erneuter Beifall.) Ebenso haben wir — was bisher in diesem Lande höchster Industrieentwicklung nicht zu erreichen war[1] — durch strenge Durchführung sozialer Fürsorgevorschriften wenigstens für die Anfänge eines Arbeiterschutzes gesorgt, wie er bei uns seit Jahrzehnten besteht und nach deutscher Auffassung in keinem Kulturlande fehlen darf.[2] (Bravo!)

In Polen, in Litauen, zum Teil auch in Kurland fanden wir infolge der entsetzlichen, von russischer Hand vorgenommenen Zerstörungen[3] einen Zustand beinahe völliger Auflösung vor. Neue Polizei- und Kommunalverwaltungen waren zu schaffen, eine neue Justizorganisation ins Leben zu rufen, das völlig vernachlässigte Sanitätswesen namentlich in den Städten zu regeln.

---

[1] Vgl. G. Herkner, „Was haben Belgien und Frankreich in der Arbeiterfürsorge geleistet?" (Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank H. 10, S. 6 ff.)

[2] Vgl. dazu auch Franz Anholt, „Die deutsche Verwaltung in Belgien," S. 31 ff.

[3] Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 192 ff.

Alles das ist geschehen. Eine neue ordnungsmäßige Forst- und Bergverwaltung ist eingerichtet. Mehr als 4000 Kilometer neuer, befestigter Straßen, eine Anzahl neuer Eisenbahnen ist gebaut worden. (Sehr gut!) Wir haben in Polen, das unter der russischen Herrschaft keinerlei Selbstverwaltung kannte, eine Städteordnung eingeführt, die die Bevölkerung zur Selbstbetätigung im öffentlichen Leben heranzieht. Der Schulunterricht ist überall wieder aufgenommen. In Warschau sind die Universität und die Technische Hochschule als nationalpolnische Bildungsstätten wieder eröffnet.[1] (Bravo!) Die Lehrkräfte konnten zum großen Teil aus einheimischen dortigen wissenschaftlichen Kreisen gewonnen werden. Noch im Februar 1915 war von den russischen Behörden der Antrag, einige Vorlesungen in polnischer Sprache auf der Universität zu gestatten, trotz des Manifestes des Großfürsten Nikolaus abgelehnt worden. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Meine Herren, dies sind einige Proben aus unserer Verwaltungstätigkeit in den besetzten Ländern. Wohl noch nie in der Weltgeschichte ist in einem Kriege, wo Millionen vorn an der Front im Todesringen stehen, hinter der Front so viel Friedensarbeit geleistet worden. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Arbeit sieht weder nach Hunnen noch nach Erschöpfung aus. (Erneute lebhafte Zustimmung. — Abgeordneter Dr. Liebknecht: Keine Friedensarbeit! — Lachen.)

Meine Herren, über unsere wirtschaftlichen Zustände will ich mir heute nur einige kurze Bemerkungen gestatten. Wir haben genug an Lebensmitteln, wenn wir sie richtig verteilen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die grundlegende bestimmende Tatsache. (Sehr richtig!) Daß wir im Krieg uns nicht so billig und nicht so reichlich ernähren können wie im Frieden, ist klar. (Erneute Zustimmung.) Die Not, welche infolge des Krieges in viele schwachbemittelte Familien eingezogen ist, wird von niemand lebhafter beklagt als von mir. Wo der Ernährer seine Gesundheit verloren hat oder gar schon in Feindesland begraben ist, wo ein mühsam aufgebautes Unternehmen, auf das eine Familie ihre Existenz gründete, durch die Einziehung des Leiters zusammengebrochen ist, da können wir mit unserer staatlichen Unterstützung nicht alles gutmachen. Ein so gewaltiges allgemeines Schicksal trifft viele Einzelexistenzen hart.

[1] Es war am 15. November geschehen.

Ich weiß wohl, welche Bürde von Sorgen und Entbehrungen viele deutsche Frauen mit ihren Kindern in dieser Zeit zu tragen haben. Ich habe volle Bewunderung für den Heldenmut, für das stille Heldentum ihres Kampfes, für das auch ihnen der Dank des Vaterlandes gebührt. (Lebhafter Beifall. — Abgeordneter Dr. Liebknecht: Was haben Sie getan? — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Die Maßregeln, welche die Regierung zur Linderung der Not und zur Verteilung der Lebensmittel ergriffen hat, sind vielfach als ungenügend und verspätet kritisiert worden. Ich will darüber heute nicht rechten. Wenn bei dieser Gelegenheit ganze Stände in ihrer Allgemeinheit für die bestehenden Verhältnisse verantwortlich gemacht worden sind, so ist das ungerecht.[1] (Sehr richtig!) Verfehlungen einzelner kommen vor. Wo wir den Wucher fassen können,

[1] Vgl. die vom Reichskanzler am 28. November auf eine Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats erteilte Antwort, worin er zusagte, „allen ungerechten Beschuldigungen entgegenzutreten, die das Verhalten der Landwirtschaft oder anderer Berufsstände gegenüber der Allgemeinheit verdächtigen", gleichzeitig aber auch die zuversichtliche Erwartung aussprach, „daß die berufenen landwirtschaftlichen Vertretungen ihren ganzen Einfluß auf ihre Berufsgenossen dahin einsetzen werden, die rückhaltlose Bereitwilligkeit zur Mithilfe bei der Durchführung aller im Interesse der Volksernährung getroffenen Maßregeln überall durch die Tat zu bekunden." Dies Vorspiel zu dem bekannten späteren Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg vom 27. September 1916 zeigt, daß jedenfalls der Reichskanzler nicht, wie ihm wohl unterstellt ist, es unterlassen hat, auf die „selbstlose Pflichterfüllung der gesamten Landbevölkerung" hinzuwirken. Zu den Bemühungen des Reichskanzlers in der Frage der Volksernährung vgl. noch seine Äußerungen in der Besprechung mit Vertretern aller Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 27. Oktober („Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 28. Oktober) und seine Antwort auf die Eingabe des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei vom 12. November (Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 777), in der es u. a. hieß: „Wie ich persönlich die Sorgen, Entbehrungen und Opfer des uns aufgedrungenen Krieges tief mitempfinde und als Reichskanzler mir der Pflicht bewußt bin, alles zu ihrer Milderung zu tun, so darf ich auch erwarten, daß die Frage, um die allein es sich hier handelt, nämlich wie der Verbrauch der reichlichen Vorräte von Lebensmitteln zu erträglichen Preisen zu sichern sei, dem inneren Parteigetriebe entrückt bleibe ... Sicher ist, daß heftige Gesten und Ausbrüche des Mißmuts den von den feindlichen Regierungen über die wahre Kriegslage getäuschten Völkern als willkommene Zeichen der Erschlaffung der deutschen Widerstandskraft und Siegesgewißheit dargestellt werden würden. Wie jede deutsche Partei scheint mir auch die sozialdemokratische, die mehr als jede andere ihrem Programm nach dem Völkerfrieden zustrebt, verpflichtet zu sein, alles zu vermeiden, was die Hoffnung unserer Feinde stärken und somit zur unnötigen Verlängerung des Krieges beitragen könnte."

legen wir ihm sein unsauberes Handwerk. (Sehr gut!) Unsere Feinde bezahlen höhere Preise für die wichtigsten Lebensmittel, für Getreide und Kartoffeln, als wir (hört, hört!), ziehen es aber vor, um das Dogma von dem Erfolg der Abschließung glaubhaft zu machen, mehr von den Preisen bei uns als von den höheren bei ihnen selbst zu sprechen. (Sehr richtig!) Unsere Feinde können sich beruhigen: wir haben zwar keinen Überfluß, aber wir kommen aus! (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, vielleicht ist es interessant, die gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnisse mit den Vorstellungen zu vergleichen, die man sich vor dem Kriege von seinen wirtschaftlichen Wirkungen gemacht hat. Ihr langjähriger Führer, meine Herren von der Sozialdemokratie, August Bebel hat darüber ausführlich auf dem Jenaer Parteitage von 1911 gesprochen. Bebel hat damals für die Zeit bald nach dem Ausbruch des Krieges den Bankrott von Hunderttausenden kleiner Gewerbetreibenden, den Stillstand aller Fabriken, die nicht für den Kriegsbedarf arbeiten, eine überhaupt nicht zu bewältigende Arbeitslosigkeit, die Unmöglichkeit, die Familien der Arbeitslosen zu unterstützen, den Bankrott der Kassen der Gewerkschaften, der Gemeinden, von Staat und Reich und die tatsächliche allgemeine Hungersnot vorausgesagt.[1] (Lebhafte Rufe: Hört, hört! — Abgeordneter Dr. Liebknecht: Und die Revolution! Große andauernde Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Herren, es ist gewiß nicht Bebel allein gewesen, der so dachte. Viele von uns werden manche seiner Befürchtungen geteilt haben. (Sehr richtig!) Da ist es heute nach 16 Monaten des Krieges doch wohl erlaubt, zu sagen, daß wir selbst unsere eigene Kraft unterschätzt haben (lebhafte Zustimmung), und daß trotz aller Entbehrungen die große Arbeit, Hingabe und Opferwilligkeit, die von allen Seiten, von einzelnen, von Verbänden, von den Gewerkschaften, von Gemeinden, Staat und Reich bewährt worden sind, Leistungen hervorgebracht haben, die wir nicht bloß kritisieren, sondern für die wir auch dankbar sein wollen. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Gegner, meine Herren — ich deutete das vorhin schon an —, ziehen aus unserer militärischen Lage und aus unseren wirtschaftlichen Zuständen den merkwürdigen Schluß, wir stünden un-

[1] Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, S. 346 ff.

mittelbar vor dem Zusammenbruch. Seit Wochen ist die Presse der Entente — und das geht dann zum Teil auch auf die neutralen Länder über — voll von Artikeln mit sensationellen Überschriften wie: Deutschland ist geschlagen! Deutschland am Ende! Deutschland verhungert! Deutschland bettelt um Frieden! — und was dergleichen mehr ist. (Heiterkeit.) Namentlich das Betteln um Frieden spielt eine große Rolle. Keine bekanntere deutsche Persönlichkeit konnte eine Ortsveränderung vornehmen, ohne als Friedensagent der deutschen Regierung hingestellt zu werden. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Bald war es Fürst Bülow in der Schweiz, bald Staatssekretär Dr. Solf im Haag, letzthin wieder Prinz Max von Baden in Stockholm und Kardinal Hartmann in Rom. Ihnen allen wurde der Auftrag angedichtet, den Frieden zu vermitteln. Und überall dieselbe Motivierung: Deutschland ist fertig und muß um Frieden bitten. Dazwischen werden zur Abwechslung auch einmal andere Register gezogen. Nach unseren serbischen Erfolgen hieß es, der Kaiser würde in Konstantinopel einziehen und von dort aus der Welt den Frieden diktieren.[1] (Heiterkeit.) Sollte dort angeblicher deutscher Kleinmut, so sollte hier deutscher Übermut an den Pranger gestellt werden. An allen diesen Legenden ist auch nicht ein wahres Wort. (Lebhafte Zurufe: Hört, hört!) Eingesetzt hat diese Preßkampagne in ihrer besonderen Zuspitzung in dem Augenblick, wo die Ententepolitik auf dem Balkan zusammenzubrechen drohte, wo wir den Weg nach dem Südosten öffneten, wo die blutigen Durchbruchsversuche unserer Feinde an der Westfront scheiterten. Das ist der Schlüssel! Nach so vielen Mißerfolgen war ein Mittel notwendig, um über die eigene schlechte Lage hinwegzutäuschen. (Sehr richtig!) Deshalb wird der bevorstehende Zusammenbruch Deutschlands erfunden und in Umlauf gesetzt. Wohin man blickt, Lüge und Verleumdung. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, ich muß bei dieser Gelegenheit noch einen besonderen Fall hier festnageln. Als auf Geheiß Englands General Botha Südwestafrika angriff, erfand er die Mär von deutschen Angriffs- und Eroberungsabsichten auf die südafrikanische Union, um damit den Überfall auf die deutsche Kolonie in den Augen seiner

[1] Vgl. den Artikel „Französische Beklemmungen in Erwartung des deutschen Kaiserbesuchs in Konstantinopel". „Kölnische Zeitung" vom 19. November 1915 (Nr. 1174).

Volksgenossen zu rechtfertigen.[1] Bruderblut wurde dann vergossen, da es der Burenbevölkerung widerstrebte, an dem Überfall teilzunehmen, und ehemalige Waffenbrüder, die für die Ehre ihres Volksstammes eintraten, wurden in den Kerker geworfen. Jetzt sucht General Botha die burische Bevölkerung sogar zum Eingreifen auf dem europäischen Kriegsschauplatz durch die Behauptung zu bestimmen, daß sich die deutschen Eroberungsgelüste sogar auf das Heimatland der Buren erstreckten. (Lachen.) Ich finde kein Wort, meine Herren, das scharf genug wäre, um gegen diese unwahre und böswillige Behauptung Verwahrung einzulegen.[2] (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich habe versucht, Ihnen die Lage auf den Kriegsschauplätzen draußen und drinnen nüchtern zu schildern, wie sie ist. So sind die Tatsachen. Gegen die Gewalt ihrer Sprache vermögen unsere Feinde nichts. In unserer Rechnung ist kein schwacher Punkt, kein unsicherer Faktor, der unsere felsenfeste Zuversicht erschüttern könnte. (Beifall.) Wenn sich unsere Gegner jetzt den Tatsachen noch nicht beugen wollen, dann werden sie es später müssen. (Lebhafter Beifall.) Das deutsche Volk, unerschütterlich im Vertrauen auf seine Kraft, ist unbesiegbar. (Bravo!) Es heißt uns beleidigen, wenn man glauben machen will, daß wir,

[1] Vgl. die Erklärung, die Staatssekretär Dr. Solf schon am 7. Dezember 1914 gegenüber den Behauptungen, als beabsichtige Deutschland im geheimen, Südafrika in Besitz zu nehmen, abgegeben hatte. Es hieß darin u. a.: „Die deutsche Regierung hat niemals den Wunsch oder die Absicht gehabt, das Territorium der südafrikanischen Union vorübergehend oder dauernd zu besetzen, noch auf irgendeine Art die deutsche Herrschaft über die Union oder über Teile zu erzwingen, weder durch militärischen Einfall von Deutsch-Südwestafrika aus noch in anderer Weise ... Deutschland ist überzeugt davon, daß die Ursachen des Krieges zwischen Deutschland und England Südafrika in keiner Weise berühren. Deutschland wünscht vielmehr die Feindseligkeiten, die ihm durch die Regierung der südafrikanischen Union aufgezwungen sind, einzustellen, vorausgesetzt, daß auch die Regierung der Union von weiterem feindlichem Vorgehen gegen deutsches Territorium Abstand nimmt und die bereits besetzten Gebiete wieder räumt."

[2] Vgl. auch den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 18. August 1915 „Englische Verleumdungstaktik" und die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Solf in der Reichstagssitzung vom 21. Dezember 1915, in der nochmals unterstrichen wurde: „Wie der Herr Reichskanzler mitgeteilt hat, hat Deutschland niemals die Absicht gehabt, Britisch-Afrika anzugreifen. Im Gegenteil, es hat stets die Ansicht vertreten, daß im Interesse des Ansehens der weißen Rasse ein europäischer Krieg niemals auf Afrika übertragen werden dürfe."

die wir von Sieg zu Sieg geschritten sind, weit in Feindesland stehen, unseren Feinden, die noch vom Siege träumen, an Ausdauer, an Zähigkeit, an innerer moralischer Kraft nachstehen sollten. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Nein, meine Herren, wir lassen uns durch Worte nicht beugen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kämpfen den von unseren Feinden gewollten Kampf entschlossen weiter, um zu vollenden, was Deutschlands Zukunft von uns fordert. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen. — Abgeordneter Dr. Liebknecht: Und die deutschen Eroberungspläne?! — Stürmische Heiterkeit.)

Da unmittelbar nach der Rede des Kanzlers der Reichstag in die Tagesordnung eintrat, die infolge der sozialdemokratischen Friedensinterpellation sofort Anlaß zu einer zweiten, mit großer Spannung erwarteten Rede bot, so blieb die erste Rede ohne einen eigentlichen Widerhall im Reichstage. Auch bei der Besprechung in der Presse kam die erste Rede nicht zu ihrem Rechte; immerhin konstatierten gerade auch die Blätter der konservativen Partei, daß der Eindruck der Rede namentlich in ihren Schlußwendungen ein tiefer gewesen sei, während allerdings Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung“ sie nur „völlig nüchtern und unwesentlich“ finden wollte. Im Sinne des Kanzlers bedeutete freilich die Nüchternheit keinen Vorwurf, war es ihm doch nach seinen eigenen Worten darauf angekommen, „die Lage auf den Kriegsschauplätzen draußen und drinnen nüchtern zu schildern, wie sie ist.“

Zweite Reichstagsrede vom 9. Dezember 1915

An die erste Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 9. Dezember 1915 schloß sich alsbald eine zweite, die der Beantwortung der von den Abgeordneten Albrecht und Genossen eingebrachten sozialdemokratischen Interpellation gewidmet war: Unter welchen Bedingungen der Kanzler geneigt sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. In der Begründung der Interpellation verwahrte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann von vornherein dagegen, daß sie als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werde. Er zeigte, daß die Hoffnungen der Feinde auf den wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch Deutschlands unberechtigt und aussichtslos seien, um gerade aus der Tatsache, daß die Gesamtlage zugunsten der Mittelmächte liege, den Schluß zu ziehen, daß Deutschland von Frieden sprechen könne und sprechen müsse. Aus französischen und englischen Äußerungen glaubte der sozialdemokratische Redner schließen zu dürfen, daß doch auch in den feindlichen Ländern trotz des wilden Geheuls der „Kriegswüteriche" die Friedensstimmung um sich greife und die Erkenntnis nicht mehr fern sei, daß eine Fortsetzung des Krieges nur zur eigenen Erschöpfung führen werde. Mit Entschiedenheit wandte sich Scheidemann gegen alle, die aus dem Kriege einen Eroberungskrieg machen wollten. Aber nachdrücklich erklärte er auch: „Ebenso weisen wir alle gegen das Deutsche Reich und seine Sicherheit geschmiedeten Pläne zurück." „Von einer Abtrennung Elsaß-Lothringens wollen wir natürlich nichts wissen." So kam der Redner zu der Forderung: „Wenn der Reichsregierung sich die Möglichkeit bietet, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke die politische Unabhängigkeit, die Unversehrtheit des Reiches und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sichert, dann fordern wir, daß sie Frieden schließt. Wenn sie die Möglichkeit hat, auf Grundlage dieser Bedingungen in Friedensverhandlungen einzutreten, dann muß sie es tun im Interesse der menschlichen Kultur. Wir werden dann zu ihr stehen und unsere ganze Kraft einsetzen, um diejenigen in die Schranken zu weisen, die etwa einen solchen Frieden nicht wollen." Nach dem Abgeordneten Scheidemann erhob sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg zur Beantwortung der Interpellation:

Meine Herren, diese Interpellation hat im feindlichen Auslande beträchtliches Aufsehen erregt, zumeist freudiger Natur. Man will in der Frage nach den *deutschen Friedensbedingungen* ein Zeichen des Nachlassens der deutschen Kraft oder den beginnenden Zerfall der Einmütigkeit des deutschen Volkes erblicken. (Sehr richtig! rechts.) Nun, meine Herren, ich hoffe und ich glaube, daß die soeben gehörte Begründung der Interpellation in der Hauptsache die freudige Erwartung unserer Feinde nicht ermuntern, sondern enttäuschen wird. (Lebhafte Zustimmung links und bei den Sozialdemokraten.)

Gewiß, meine Herren, wünschen die Interpellanten den baldigen Beginn von Friedensverhandlungen. Aus den Ausführungen des Herrn Vorredners schien mir die Besorgnis heraus-

zuklingen, wir könnten der Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens aus dem Wege gehen, vernünftige Friedensangebote, die uns gemacht würden, ablehnen, weil wir alle eroberten Länder behalten oder noch neue dazu erobern wollten. Aber ich muß anerkennen, daß zu seiner Anregung, den Krieg bald zu beenden und öffentlich zu sagen, wie sich die deutsche Regierung den Frieden denkt, die bisherige Geschichte des Krieges ganz natürlich hinleitet. (Abgeordneter Dr. Liebknecht: Hört, hört! — Heiterkeit.)

Wir haben, meine Herren, ungeheure Erfolge erzielt, wir haben unseren Feinden eine Hoffnung nach der anderen genommen. Mit äußerster Zähigkeit haben sie sich, über den Verlust der einen enttäuscht, an die andere geklammert. Solange noch die Hoffnung auf Bulgarien winkte und die Türkei ohne Verbindung mit den beiden Kaisermächten kämpfte, konnten wir nicht erwarten, daß unsere Gegner die Hoffnung aufgäben, die bisherigen gegen sie gefallenen Entscheidungen der Waffen in der einen oder anderen Weise rückgängig zu machen. Jetzt, nach der mit Bulgarien hergestellten Waffengemeinschaft, nach dem großen Siege in Serbien, nach der Öffnung des Weges zu dem türkischen Bundesgenossen und der damit verbundenen Bedrohung der empfindlichsten Stellen des britischen Weltreichs — (hört, hört!) muß da nicht bei unseren Feinden mehr und mehr die Erkenntnis sich befestigen, daß das Spiel für sie verloren ist? (Sehr richtig! rechts.) Und muß da nicht manchem Manne unter uns, der sieht, daß der Krieg nicht auf unsere Kosten ausgehen wird, der Gedanke aufsteigen: warum noch weitere Opfer? Warum bietet die deutsche Regierung keinen Frieden an?

Meine Herren, tatsächlich ist keiner unserer Feinde mit Friedensanregungen an uns herangetreten. Tatsächlich haben unsere Feinde vielmehr es als ihr Interesse angesehen — ich habe das vorhin schon angedeutet —, uns fälschlich Friedensangebote anzudichten. Beides hat denselben Grund: eine Selbsttäuschung sondergleichen, die wir nur noch verschlimmern würden, wenn wir unseren Gegnern mit Friedensangeboten kämen, statt daß sie zu uns kommen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn ich über eigene Friedensbedingungen sprechen soll, muß ich mir erst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. (Sehr gut!) Unsere Feinde haben im ersten Rausch der Hoffnungen, die sie zu Beginn auf diesen leichten Krieg setzen zu können meinten, die ausschweifendsten Kriegsziele aufgestellt, haben die Zertrümme-

rung Deutschlands proklamiert. (Hört, hört!) In England wollte man, wenn nötig, für diesen Zweck 20 Jahre lang kämpfen. Inzwischen ist man dort über eine solche Dauer des Krieges etwas besorgt geworden. (Heiterkeit.) Aber das Endziel ist trotz aller Ereignisse der Zwischenzeit dasselbe geblieben. (Sehr richtig!) Ich verweise auf die kürzlich von der viel gelesenen „National Review" aufgestellten Kriegsziele.[1] Und so geht es mit wenigen Ausnahmen fast durch die ganze englische Presse. Der „Statesman", ein als gemäßigt bekämpftes liberales Blatt, nennt unter den Friedensbedingungen die Zurückgabe Elsaß-Lothringens, die Vernichtung des sogenannten preußischen Militarismus, die Vertreibung der Türken aus Europa, die Herstellung eines Großserbiens mit Bosnien. Der frühere Minister Masterman verlangt die Abtretung der linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes.[2] Und der „Labour Leader" meint, mit diesen Forderungen habe die Regierung einen Fühler ausstrecken wollen. (Heiterkeit.) Es bleibt eben alles beim alten: Deutschland muß vernichtet werden.

Und so klingt es auch aus der französischen Presse heraus. Noch immer wird Elsaß-Lothringen gefordert. Herr Hanotaux[3] hat noch kürzlich im „Figaro" im Gegensatz zu der sonst üblichen Legende von dem überfallenen Frankreich das offene Bekenntnis abgelegt, Frankreich habe den Krieg gemacht, um Elsaß-Lothringen zu erobern. (Hört, hört!)

Mir schien, daß der Abgeordnete Scheidemann andeuten wollte, solche Preßäußerungen gäben die wahre Stimmung des Volkes nicht wieder. Es mag sein, daß bei den Feinden einzelne nachdenkliche Männer, die sich Rechenschaft von der militärischen

[1] Sie sind im einzelnen wiedergegeben in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 1. Dezember 1915 (Nr. 333).

[2] Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 1. Dezember hätte sich Masterman im „Daily Chronicle" über die allein möglichen Friedensbedingungen u. a. dahin ausgelassen: „Die natürliche Grenze, welche einen deutschen Angriff auf Frankreich wie auf Belgien für immer unmöglich machen würde, ist die Rheingrenze. Und es ist angemessen, daß entweder Belgien oder ein neutralisierter, international garantierter Pufferstaat es für die deutschen Horden für immer unmöglich macht, mordend, brennend und ausschweifend, wie sie es vor 15 Monaten taten, nach Westen vorzubrechen. Deutschland mag also hinter dem Rhein bleiben, der seine natürliche westliche Grenze ist."

[3] Gabriel Hanotaux, französischer Minister des Auswärtigen von 1894 bis 1898, Verfasser der „Geschichte des zeitgenössischen Frankreich 1871 bis 1900" und anderer historischer Werke.

Lage geben, im Grunde ihres Herzens wünschen, daß dem entsetzlichen Blutvergießen bald ein Ende gemacht werde. Aber ich sehe nicht, daß diese Männer in den spärlichen Fällen, wo sie zum Worte kommen, auch durchdringen. (Sehr richtig!) Vielleicht gehört ihnen einmal die Zukunft, die Gegenwart sicher nicht. (Erneute Zustimmung.)

Die Reden im englischen Oberhause,[1] auf die der Herr Abgeordnete Scheidemann des näheren eingegangen ist, haben in der englischen Presse, mit sehr wenigen Ausnahmen, keinen Widerhall gefunden (sehr richtig!); aber sie haben die Aufstellung der wilden Kriegsziele herausgefordert, von denen ich vorhin einige angezogen habe. Darüber kann ich nicht hinwegsehen. Vollends entscheidend aber ist die Haltung der feindlichen Regierungen.

Mr. Asquith — auch darauf hat der Herr Vorredner schon hingewiesen — hat in seiner Guildhallrede verkündet, seine Kriegsziele seien noch dieselben wie beim Ausbruch des Krieges: die Freiheit der kleinen Völker, die Wiederherstellung Belgiens, die Vernichtung des preußischen Militarismus.[2] Über die Freiheit der kleinen Völker habe ich vorhin gesprochen. Über ein Jahr lang hat die Welt dieser englischen Philanthropie Glauben geschenkt. Jetzt nach Griechenland wird sie von diesem Glauben kuriert sein, und wahrscheinlich sind es auch die kleinen Völker selbst. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Seitdem England für sie kämpft, geht es den kleinen Staaten schlecht. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Wir Deutschen, meine Herren, haben vom ersten Tage an gewußt, daß hinter diesem Schutz der kleinen Staaten sich die Sucht verbarg, den großen Staat, dessen Aufwachsen England so lange mit Neid und Mißgunst verfolgt hatte, ein für allemal abzutun. Und das nennt man dann Vernichtung des preußischen Militarismus! (Sehr gut! und Heiterkeit.)

---

[1] Es handelte sich um die von Lord Loreburn und von Lord Courtney am 8. November im englischen Oberhause gehaltenen Reden. Vgl. zu ihnen die Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. November 1915.

[2] Asquith sagte in seiner Guildhallrede vom 9. November u. a.: „Ich setzte im vergangenen Jahr (vgl. S. 21, Anm. 2) in diesem selben Saal auseinander, welches die Ziele sind, die erreicht werden müssen, ehe die Alliierten die Waffen niederlegen. Sie sind dieselben geblieben wie damals. Wir glauben, daß wir unserem Ziele ein gutes Ende näher sind. Der Weg mag lang oder kurz sein, wir werden nicht stehenbleiben oder zögern, ehe wir den kleineren Staaten Europas die Unabhängigkeit und Europa selbst und der ganzen Welt die Befreiung von der Gewaltherrschaft gesichert haben.“

Meine Herren, diese englische Parole ist von allen Alliierten übernommen worden. Herr Sasonow[1] und Herr Viviani[2] und jetzt Herr Briand[3] haben übereinstimmend erklärt, sie würden das Schwert nicht in die Scheide stecken, bevor nicht der preußische oder der deutsche Militarismus niedergekämpft sei. Daneben hat jeder Alliierte noch seine besonderen Forderungen. Der englische Kolonialminister[4] will, daß in Durchführung des Nationalitätenprinzips Elsaß an Frankreich fällt, Polen aber der Nationalität zurückerstattet werde, der es zugehört. (Heiterkeit.) Der Herr Minister — das will ich nur nebenbei bemerken — weiß gewiß nicht, daß in den Reichslanden von rund 1 900 000 Einwohnern über 87 Prozent deutscher und noch nicht 11 Prozent französischer Muttersprache sind. (Hört, hört!) Ob nach seiner Ansicht Polen seiner Nationalität nach zu Rußland gehört, ist nicht ganz klar. (Heiterkeit.) Es wird auch ganz interessant sein, von England einmal zu hören, was nach dem Nationalitätenprinzip zum Beispiel aus Indien und Ägypten werden soll. (Sehr gut! — Heiterkeit.) Herr Briand will außer der Wiederherstellung Serbiens und Belgiens unter allen Umständen Elsaß-Lothringen haben;[5] Herr Sasonow hat ziemlich deutlich auf Konstantinopel hingedeutet.[6]

---

[1] Am 1. August hatte der russische Minister des Auswärtigen Sasonow in der Reichsduma erklärt: „Ich kann mit voller Sicherheit erklären, daß die Regierung in engem Verein mit der öffentlichen Meinung nicht daran denken wird, Frieden zu schließen vor der endgültigen Vernichtung des Feindes."

[2] Schon am 22. Dezember 1914 hatte der französische Ministerpräsident Viviani eine Regierungserklärung in der Deputiertenkammer verlesen, in der es heißt: Frankreich werde die Waffen erst niederlegen, wenn es das verletzte Recht gerächt, die gewaltsam geraubten Provinzen für immer an das französische Vaterland geschmiedet, das heldenmütige Belgien in der Gesamtheit seines materiellen Lebens und seiner politischen Unabhängigkeit wiederhergestellt und den preußischen Militarismus zerbrochen haben werde.

[3] Nach einem durch französischen Funkspruch verbreiteten Interview hatte der französische Ministerpräsident Briand, Vivianis Nachfolger, im November 1915 gesagt: „Frankreich werde kämpfen, bis die überschwemmten Gebiete, einschließlich Elsaß-Lothringens, befreit seien und der deutsche Militarismus zerstört sei." Vgl. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 23. November 1915.

[4] Bonar Law.

[5] Vgl. die von Briand am 3. November im französischen Senat verlesene Regierungserklärung, in der es u. a. hieß: „Durch die Einigkeit der Nation werden wir den Krieg zu Ende führen, d. h. zum Siege, der den Feind aus allen besetzten Gebieten vertreiben wird, sowohl aus denjenigen, die seit mehreren Monaten unter dem Einfalle leiden, wie auch aus denjenigen, die sie seit so vielen Jahren ertragen." Deutscher Geschichtskalender 1915, II, S. 821.

[6] Es blieb bekanntlich nicht bloß bei Andeutungen; vielmehr hat Sasonow bereits am 4. März 1915 in einer dem französischen und dem englischen

Der tatsächlichen militärischen Lage sind diese Kriegsziele der gegnerischen Regierungen nicht angepaßt. (Sehr richtig!) Ich würde aber die feindlichen Machthaber verkennen, wenn ich etwa ihre Forderungen als Bluff ansehen und nicht ernst nehmen wollte. Die Lage ist doch durchsichtig.

Unter der Protektion der Regierungen hat man die Völker von Anfang an über die Wirklichkeit getäuscht (sehr richtig!), durch die fabrikmäßige Herstellung und Verbreitung von Lügennachrichten aller Art unauslöschlichen Haß gegen uns gesät. (Sehr richtig!) Nun sieht man, daß mit alledem keine Siege erfochten werden. (Sehr gut!) Man hat reichliche militärische und diplomatische Niederlagen erlitten, Hekatomben geopfert, man kann es nicht mehr verbergen, daß wir weit in Feindesland stehen, im Osten und im Westen, daß wir den Weg nach dem Südosten geöffnet haben, und daß wir sehr wertvolle Faustpfänder in der Hand haben. Aber das ceterum censeo, daß Deutschland zertrümmert werden soll, soll trotzdem nicht aufgegeben werden. Man hat sich so fest darauf verbissen, daß man davon nicht mehr los kann. Und deshalb müssen weitere Hunderttausende auf die Schlachtbank getrieben werden. (Sehr richtig!)

Als neuestes Reizmittel zur Aufstachelung blinder Kriegswut gilt die Hoffnung auf den Erschöpfungskrieg. Daß unsere Lebensmittel reichen, daß es nur darauf ankommt, sie richtig zu verteilen, darüber sind wir alle, auch die Partei des Herrn Vorredners, einig. (Zustimmung.) Ein Gebiet, das von Arras bis Mesopotamien reicht, kann wirtschaftlich nicht erdrückt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn uns der Mangel an Lebensmitteln nicht beugt, dann soll es nach der Ansicht der Feinde der an Rohstoffen tun. Meine Herren, wir sind auf eine lange Kriegsdauer mit allem Nötigen

Botschafter überreichten Denkschrift dargelegt, daß Rußlands Kriegsziel die Einverleibung der Stadt Konstantinopel, der Westküste des Bosporus, des Marmarameeres und der Dardanellen, Südthraziens bis zur Linie Enos Midia usw. in sich schließe. England und Frankreich hatten auch gegen die russischen Wünsche gar nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß nur eine ganze Reihe von Wünschen Englands und Frankreichs sowohl bezüglich des Ottomanischen Reiches als auch an anderen Stellen erfüllt würden. Wohin diese Wünsche gingen, ergibt die spätere, unter den russischen Geheimdokumenten veröffentlichte Note des russischen Ministers des Äußern an den französischen Botschafter in Petersburg vom 14. Februar 1917. Hanson, „Geheimdiplomatie" (Bern 1918), S. 32ff., 37ff.

versehen. (Beifall.) Eine ganze Reihe von Rohstoffen, die wir vor dem Kriege nur aus dem Ausland bezogen, können wir jetzt selbst herstellen. (Bravo!) Die dazu erforderlichen Fabriken sind in Betrieb. (Bravo!) Von Metallen, hat man gemeint, könnte einmal das Kupfer knapp werden. Wenn wir auf das bereits verarbeitete, aber ersetzbare Kupfer zurückgreifen, dann reichen wir für viele Jahre. (Beifall.) Wolle und Baumwolle haben wir in Belgien und Polen in großen Posten gefunden. Baumwolle bekommen wir jetzt auch über die Donau. (Bravo!) Mit dem Gummi halten wir Haus. Wir stellen mit bestem Erfolge künstlichen her, und selbst wenn er einmal knapp werden sollte — glaubt jemand im Ernst, uns wegen Gummimangels besiegen zu können? (Stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren, und nun die Erschöpfung an Menschen! Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat selber sehr zutreffend darauf hingewiesen, wie die Geschichte dieses Krieges gelehrt hat, daß es auf die Zahl allein nicht ankommt.[1] Ganz unerfindlich ist mir, wie Frankreich, dasselbe Frankreich, das jetzt den Jahrgang 1917 einberuft,[2] das den Jahrgang 1916 schon größtenteils eingesetzt hat, wie dieses Frankreich von der Erschöpfung des deutschen Menschenmaterials sprechen kann. Wir sind bei der Heranziehung der Dienstpflichtigen lange nicht so weit gegangen wie Rußland, auch nicht wie Frankreich, das die Wehrpflicht über das 45. Lebensjahr ausgedehnt hat. Bei der uns noch zur Verfügung stehenden Zahl von Wehrpflichtigen denken wir nicht daran, die Grenzen weiter zu stecken. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! Unsere Verluste sind nicht nur relativ, sondern auch absolut geringer als die französischen. (Bravo!) Wir haben 30 Millionen Einwohner mehr als Frankreich. Unsere Verluste, meine Herren, wenngleich geringer als die französischen, sind unendlich schmerzlich. Herr Briand hat der französischen Frauen, ihrer Tränen und ihrer Tapferkeit gedacht. Glaubt jemand, daß die deutschen Frauen nicht ebenso tapfer sind, ihr Vaterland nicht ebenso heiß lieben? Unsere Feinde sollen es versuchen, uns zu vernichten! Wenn wir um Haus und Hof kämpfen, geht uns der Atem nicht aus. (Stürmischer Beifall.)

[1] Scheidemann hatte u. a. gesagt: „Daß es im Kriege heutzutage nicht allein auf die Zahl der Mannschaften ankommt, ist doch wohl klar genug durch Hindenburg an der russischen Dampfwalze demonstriert worden."

[2] Am 30. November war der Beschluß zur Einstellung der Jahresklasse 1917 von der französischen Kammer sanktioniert worden.

Meine Herren, wohin der gegen uns geschürte Haß führt, das sieht man mit Schaudern an dem „Baralong"-Fall (stürmische Zustimmung), jener Schandtat eines unter amerikanischer Flagge fahrenden englischen Kriegsschiffes, dessen Besatzung in scheußlichster Weise die hilflose Mannschaft eines deutschen U-Bootes ermordet hat.[1] (Stürmische Pfui-Rufe auf allen Seiten.) Diese gräßliche Mordtat ist in der englischen Presse vollständig totgeschwiegen worden (lebhafte Rufe: Hört, hört!), ob aus Scham? — wir wissen es nicht. Auf den Geist ihrer Marine sind die Engländer immer stolz gewesen. Wie wollen sie diese gräßliche Mordtat verantworten? Dieser kalte Mord an wehrlosen Gegnern wird für alle Zeiten in der Geschichte der englischen Marine ein unvertilgbarer Schandfleck bleiben. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Ich will diesen Fall nicht verallgemeinern, obwohl in der englischen Presse manche Zeugnisse für die rohe Auffassung des Kriegshandwerks vorliegen. Ich erinnere z. B. an die Berichte des „Daily Chronicle" aus dem englischen Hauptquartier, in denen die Lust der englischen Soldaten an der Hinschlachtung deutscher Soldaten in so scheußlicher Weise dargestellt und verherrlicht wurde, daß ich mich scheue, die dabei gebrauchten Worte auch nur in den Mund zu nehmen.[2] (Hört, hört!)

Bei unseren Truppen ist die Tötung des Gegners nicht Scherz und nicht Sport. Wir verschmähen solche Niedrigkeiten. Unsere Truppen tun ihre Pflicht als ehrliche, anständige Männer und darum erst recht als brave Soldaten und Verteidiger ihres Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Wenn einmal die Geschichte über die Schuld an diesem ungeheuerlichsten aller Kriege und seine Dauer urteilen wird, dann wird sie das entsetzliche Unheil aufdecken, das Haß, Verstellung und Unkenntnis angerichtet haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Machthabern besteht und ihre Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht, wäre jedes Friedensangebot von

---

[1] Das nähere Material über den Baralongfall, insbesondere die Denkschrift der deutschen Regierung vom 28. November, die Antwort des britischen Auswärtigen Amts vom 14. Dezember 1915 und die Erwiderung der deutschen Regierung vom 12. Januar 1916 f. in Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 753ff., 961ff. Vgl. neuestens Tzschirner, „Die Baralongbestialität in ihren Einzelheiten nach den amtlichen Aussagen eines Augenzeugen" (1918).

[2] Vgl. dazu E. Müller-Meiningen, „Der Weltkrieg 1914—1917 und der Zusammenbruch des Völkerrechts" I, 255ff.

unserer Seite eine Torheit (sehr richtig! rechts), die nicht den Krieg verkürzt, sondern verlängert. (Lebhafte Zustimmung.) Erst müssen die Masken fallen. Noch wird der Vernichtungskrieg gegen uns betrieben. Damit müssen wir rechnen. Mit Theorien, mit Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts und nicht zu Ende. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf des Abgeordneten Liebknecht.) Kommen unsere Feinde mit Friedensangeboten, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir allezeit bereit, sie zu diskutieren. (Bravo! rechts.) In dem vollen Bewußtsein der großen, von uns erstrittenen und unerschütterlich dastehenden Waffenerfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Elends ab, das Europa und die Welt erfüllt. (Zuruf des Abgeordneten Liebknecht: Eroberungspläne! — Unruhe. Rufe: Hinaus! — Glocke des Präsidenten.) Es soll nicht heißen, wir wollten den Krieg auch nur um einen Tag unnötig verlängern, weil wir noch dieses oder jenes Faustpfand erobern wollen.

In meinen früheren Reden habe ich das allgemeine Kriegsziel umrissen. Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die Kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordern wird, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien für notwendig erachtet. Aber eines müssen sich unsere Feinde selbst sagen: je länger und je verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Wollen unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufrichten, dann sollen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft danach einrichten. (Lebhaftes Bravo.) Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaute. Und ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet gegen uns betrachten. (Sehr richtig!)

Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und wir müssen auch wirtschaftlich die Möglichkeit unserer Entfaltung sichern.

(Bravo!) Was dazu nötig ist, muß erreicht werden. (Erneutes Bravo.) Ich denke, es gibt im deutschen Vaterlande niemand, der nicht diesem Ziele zustrebte. (Abgeordneter Dr. Liebknecht: Oho!) Welche Mittel zu diesem Zwecke nötig sind, darüber müssen wir uns völlige Freiheit der Entschließung wahren.

Wie ich schon am 19. August d. J. gesagt habe:[1] wir sind es nicht, die die kleinen Völker bedrohen. Nicht um fremde Völker zu unterjochen, führen wir diesen uns aufgezwungenen Kampf, sondern zum Schutze unseres Lebens und unserer Freiheit! (Abgeordneter Dr. Liebknecht: Das ist nicht wahr! — Große Unruhe. — Ordnungsruf des Präsidenten.)

Für die deutsche Regierung ist dieser Kampf geblieben, was er von Anfang an war und was in allen unseren Kundgebungen unverändert festgehalten wurde: der Verteidigungskrieg des deutschen Volkes. Dieser Krieg darf nur mit einem Frieden beendet werden, der nach menschlichem Ermessen uns Sicherheit gegen seine Wiederkehr bietet. Darin sind wir alle einig: das ist unsere Stärke, und das soll sie bleiben! (Stürmisches, langanhaltendes, sich immer wieder erneuerndes Bravo und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Auf Antrag des Abgeordneten Haase sollte eine Besprechung der Interpellation stattfinden. Nachdem indessen der Abgeordnete Dr. Spahn im Namen sämtlicher bürgerlicher Parteien erklärt hatte, daß zwar auch diese die Beendigung des Deutschland aufgezwungenen Krieges wünschten, aber „in voller Einigkeit und mit ruhiger Entschlossenheit" die Stunde abwarten wollten, „die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln, einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen, gewahrt werden müssen", fand bereits ein Schlußantrag Annahme. Nach einer langen und erregten Geschäftsordnungsdebatte wurde schließlich die Besprechung der Interpellation wieder aufgenommen, um dem sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg die Möglichkeit eines Schlußworts zu gewähren. Dieser knüpfte, über die Erklärung der bürgerlichen Parteien leicht hinweggleitend, wieder an die Rede des Reichskanzlers an. Dessen Wort, daß er zurzeit einzelne Friedensbedingungen nicht nennen könne, wollte der sozialdemokratische Redner nicht gelten lassen; im übrigen bemühte er sich aber, die aus der Rede Herrn von Bethmann Hollwegs hervorgehende Bereitschaft zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens im Sinne seiner Partei zu deuten. Daß mit einem solchen ehrenvollen Frieden die Rückgabe Elsaß-Lothringens nicht verträglich sei, betonte, wie vor ihm Scheidemann, so auch Landsberg, der mit den auf allen Seiten beifällig aufgenommenen Worten schloß: „Wir" — die Sozialdemokraten —

[1] Vgl. S. 58 f.

„aber sagen: wer das Messer erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird, mag er ansetzen, wo er will, auf das in der Verteidigung einige deutsche Volk treffen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird."

In der deutschen Presse fand die Beantwortung, die der Reichskanzler der Friedensinterpellation hatte zuteil werden lassen, eine nahezu ungeteilte Zustimmung. Der „Vorwärts" freilich wurde durch die Zensur gehindert, einen Artikel zu bringen, der die Verhandlungen vom sozialdemokratischen Standpunkt aus beleuchtete. Kritische Töne schlug auch Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung" an. Er gestand zwar zu, daß die Rede des Kanzlers „wenigstens einzelne Stellen von praktischer Bedeutung und geschickter Wirksamkeit" enthalten habe, vermißte aber in ihr die „großen Ausblicke und Gesichtspunkte", die der Kanzler schon so lange dem deutschen Volke schuldig geblieben sei. Die „Deutsche Tageszeitung" hatte nur einzuwenden, daß der Kanzler die Bedenklichkeit der Rede Scheidemanns, von der sie eine schädliche Wirkung im Auslande befürchtete, unterschätzt habe. „In der Hauptsache können wir aber dieser Antwort des Kanzlers nur mit voller Genugtuung beistimmen ... Es waren treffende und vortreffliche Worte, die der Reichskanzler namentlich am Schlusse seiner zweiten Rede sprach, sie lösten eine Kundgebung so elementarer Zustimmung im Hause wie auf den Tribünen aus, wie sie der Deutsche Reichstag kaum je erlebt haben dürfte." Ähnlich die „Kreuzzeitung": „Auch diese Rede, die die von allen guten Deutschen gewünschte kräftige Antwort auf vorzeitiges Friedensgerede darstellt, fand in Haus und Tribünen stürmischen Beifall."

Ganz anders war naturgemäß die Aufnahme der Kanzlerrede vom 9. Dezember in der feindlichen Presse. Mit Gewalt suchte ein Teil der englischen und französischen Blätter die von dem Kanzler ausgesprochene Bereitschaft, über etwaige feindliche Friedensangebote in Verhandlungen einzutreten, als einen Beweis der deutschen Kriegsmüdigkeit auszulegen; andere Blätter wollten umgekehrt aus seinen Worten das unter dem Vorwande, Deutschland für die Zukunft die Ruhe zu sichern, nur mühsam verschleierte Streben der Alldeutschen nach Gebietserwerbungen herauslesen. Mit leidenschaftlicher Heftigkeit wurde allgemein die Forderung Herrn von Bethmann Hollwegs abgelehnt, daß die Entente mit Friedensvorschlägen kommen müsse. Den Anklagen des Kanzlers aber über die schnöde Behandlung, die England den kleinen Staaten im schneidendsten Widerspruch zu den Redensarten von der Freiheit und Selbständigkeit der kleinen Nationen angedeihen ließ, wußten die Blätter der Entente bezeichnenderweise kaum etwas entgegenzusetzen; ja in der französischen Presse wurden die Ausführungen der Kanzlerrede nur ganz verstümmelt wiedergegeben. Vgl. die Übersicht in „Deutscher Geschichtskalender" 1915, II, 1001 ff.

Reichstagsrede vom 5. April 1916

Die Antwort des Reichskanzlers auf die sozialdemokratische Friedensinterpellation vom 9. Dezember 1915 führte am 23. Februar 1916 auch im englischen Unterhause eine ausgedehnte Friedensdebatte herbei. In ihr äußerte sich auch Premierminister Asquith unter heftigen persönlichen Ausfällen ausführlich zu den Auslassungen des Kanzlers. Er wollte nur ein scheinbares Entgegenkommen Herrn von Bethmann Hollwegs darin finden, daß dieser sich bereit erklärt hatte, Annäherungen von anderer Seite willkommen zu heißen; in Wahrheit habe der Kanzler doch nur imaginäre Friedensbestrebungen geheuchelt, da er nicht einmal angedeutet habe, daß er willens sei, die Initiative zu ergreifen. Asquith ging dann dazu über, seinerseits die englischen Friedensbedingungen noch einmal „in klaren, direkten, verständlichen und gewichtigen Worten" kundzugeben: „Was ich am 9. November 1914 gesagt habe, wiederhole ich jetzt: Wir werden niemals das Schwert, das wir nicht leicht gezogen haben, wieder in die Scheide stecken, bis Belgien — und ich will hinzufügen, in vollem Maße — alles und mehr als alles, was es geopfert, wiedererlangt, bis Frankreich ausreichend gegen einen Angriff gesichert ist, bis die Rechte der kleinen Nationen Europas auf eine unangreifbare Grundlage gestellt sind, und bis die Militärherrschaft Preußens gänzlich und endgültig vernichtet ist. Was fehlt hierbei noch an Klarheit und Deutlichkeit? Ich frage ... den deutschen Kanzler, wie ich es noch verständlicher machen soll und was ich noch mehr tun soll, um ihn und alle unsere Feinde zu überzeugen, daß erst, wenn ein Friede auf dieser Grundlage in Sicht und zu erreichen ist, und nicht eher, wir oder einer unserer tapferen Alliierten auch nur ein Jota davon ablassen wird, diesen Krieg weiterzuführen."

Die Mitte März beginnende siebente Kriegstagung des Deutschen Reichstags gab dem Reichskanzler am 5. April die erwünschte Gelegenheit, auf die Rede des englischen Ministerpräsidenten zurückzugreifen, um seinerseits nun mit weit größerer Ausführlichkeit und Bestimmtheit als bisher, namentlich in den Ostfragen, die deutschen Kriegsziele klarzulegen. Zur Debatte stand am 5. April die Beratung des Spezialetats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei in Verbindung mit dem Etat für das Auswärtige Amt. Außerdem lag ein Antrag des Haushaltsausschusses vor, wonach dem Reichskanzler folgende Erklärung in Sachen des U-Bootkriegs übermittelt werden sollte:

> „Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Überzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei den Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren."

Eine daneben von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beantragte Resolution wandte sich scharf gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg und forderte, daß der Reichskanzler schleunigst durch die Einleitung von Friedensverhandlungen eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen suche.

Mit Absicht ging der Reichskanzler, der sofort bei Beginn der Sitzung das Wort ergriff, auf die Resolutionen über den U-Bootkrieg nicht ein. Denn über die Frage des U-Bootkrieges war im Zusammenhang mit der Frage des Verhältnisses zu Amerika eine tiefgehende Spaltung in der öffentlichen Meinung Deutschlands eingetreten, die zu erregten Debatten erst in der verstärkten Kommission des Abgeordnetenhauses (9. Februar) und dann im Haushaltsausschuß des Reichstags geführt hatten. Unter diesen Umständen hielt der Reichskanzler es nicht für angemessen, die Gegensätze, die durch den Antrag des Haushaltsausschusses überbrückt schienen, durch ein näheres Eingehen auf den Streitgegenstand aufzurühren; vielmehr begnügte er sich damit, einige Worte an die Adresse der Neutralen zu richten, wonach Deutschland sich die Mittel der Abwehr gegen den völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg, d. h. die U-Bootwaffe, nicht aus der Hand winden können lasse und werde, sondern sie bei aller Anerkennung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten anwenden werde. In der Hauptsache galt die Rede des Kanzlers der von der Volksstimmung längst mit Ungeduld erwarteten Darlegung der deutschen Kriegsziele, die in wirkungsvollen Gegensatz zu denen der Entente gestellt wurden:

Meine Herren, als ich vor einem Vierteljahr vor Ihnen sprach, habe ich mich bestrebt, Ihnen auf Grund nüchterner Tatsachen ein Bild der militärischen Lage zu geben.[1] Die Ereignisse haben die Zuversicht, mit der ich damals sprechen konnte, gerechtfertigt. Das Dardanellenunternehmen der Feinde hat mit einem Fiasko geendet. Nach dem siegreichen serbischen Feldzug, in dem an unserer und österreichisch-ungarischer Seite das bulgarische Heer unvergeßlichen Ruhm geerntet hat, sind Montenegro und Nordalbanien in den Händen unserer Bundesgenossen. (Lebhaftes Bravo.) Die Engländer bemühen sich nach wie vor um die Befreiung ihrer in Kut-el-Amara eingeschlossenen Armee. Den Russen ist es zwar gelungen, sich mit ihrer vielfachen Übermacht Erzerums zu bemächtigen,[2] aber starke türkische Kräfte verbieten ihnen ein weiteres Vordringen. (Bravo!) Ebenso wie der russische Ansturm in Ostgalizien[3] sind die immer erneuten Angriffe der Italiener auf die Isonzolinie[4] an der zähen Tapferkeit der österreichisch-ungarischen Truppen abgeprallt. (Bravo!) Mit unerhörter Anstrengung haben die Russen auf langer Front ihre Sturmkolonnen auch gegen unsere

[1] Gemeint ist die Reichstagsrede vom 9. Dezember 1915. S.S. 77 f.

[2] Die Räumung Erzerums durch die Türken war am 16. Februar 1916 erfolgt.

[3] Der Reichskanzler denkt an die vom 24. Dezember 1915 bis 15. Januar 1916 dauernde „Neujahrsschlacht" in Ostgalizien.

[4] Im März 1916 hatte auch die fünfte „Isonzoschlacht" mit der Niederlage der Italiener geendet.

Linien vorgetrieben. Vor Hindenburg und seinen Tapferen sind sie unter ungeheuren Verlusten zusammengebrochen.[1] (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, von ihren Regierungen ist den feindlichen Völkern eingeredet worden, wir gingen mit unseren militärischen Kräften dem Ende entgegen. Wir hätten keine Mannschaften mehr, die Moral unserer Truppen fange an, sich zu zermürben. Nun, meine Herren, ich denke, die Schlacht vor Verdun belehrt sie eines Besseren. (Bravo!) Die mit genialer Umsicht vorbereiteten Operationen werden von unseren heldenmütigen Truppen durchgeführt, die gegen einen mit aufopfernder Tapferkeit kämpfenden Feind Vorteil um Vorteil erringen.[2] (Lebhaftes Bravo.) So, meine Herren, ist die militärische Lage auf allen Fronten sehr gut und durchaus den Erwartungen entsprechend.

Meine Herren, wenn wir das hier zu Hause aussprechen können, welchen Dank, welchen heißen Dank müssen wir unseren Kriegern und ihren Führern draußen hinaussenden, die nun schon im zwanzigsten Kriegsmonat, draufgängerisch und todesmutig wie am ersten Tage, die Heimat mit Leib und Leben schirmen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, unsere Feinde glauben, das, was sie nicht mit den Waffen verwirklichen können, durch unsere Absperrung und Aushungerung zu erreichen. Ich habe es verstanden, daß unsere Gegner im Jahre 1915 von dieser Hoffnung nicht lassen wollten. Aber ich verstehe es nicht, wie kühle Köpfe nach den Erfahrungen des Jahres 1915 an dieser Hoffnung noch festhalten können. (Sehr richtig!) Unsere Gegner vergessen, daß unser Staatswesen dank der organisatorischen Kraft der ganzen Bevölkerung den schweren Fragen der Verteilung der Lebensmittel gewachsen ist, sie vergessen, daß das deutsche Volk über eine gewaltige moralische Reserve verfügt, die es befähigt, die in den letzten Jahren stark gestiegene Lebenshaltung einzuschränken. (Sehr richtig!) Meine Herren,

[1] In der zweiten Hälfte März war der große russische Entlastungsstoß, der, durch die mißliche Lage der Franzosen vor Verdun entfesselt, zu schweren Kämpfen namentlich am Narocz- und Wisznìewsee führte, vollkommen gescheitert.

[2] Am 21. Februar hatte der groß angelegte deutsche Angriff auf die Festung Verdun begonnen, der, wenn er auch nicht zur Einnahme der Festung führte, doch auf lange Zeit hinaus die feindliche Gesamtmacht gefesselt und den Franzosen außerordentlich hohe Verluste zugefügt hat.

es ist doch erträglich, wenn wir z. B. in der Frage des Fleischgenusses, aber auch in anderen Lebensbedingungen vorübergehend auf den Zustand der siebziger Jahre zurückkehren. Und ich sollte meinen, unsere Feinde werden sich daran erinnern, daß das damalige Geschlecht doch kräftig genug war, um starke Schläge auszuteilen. (Bravo! und Sehr richtig!)

Die Monate, die wir jetzt durchleben — ich spreche das offen aus —, sind schwierig. Sie bringen Beschränkungen in manchen Haushalt, Sorge in manche Familie. Aber um so voller und dankbarer ist unsere Bewunderung für den Opfermut, für die Hingabe an das Vaterland, womit die arme und minder bemittelte Bevölkerung sich in die schwere Zeit schickt und bereit ist, in diesem Kampf um unser Dasein auch Schweres auf sich zu nehmen. (Lebhaftes Bravo.) So, meine Herren, lauten die Berichte aus dem ganzen Lande. Aber sie besagen zugleich, daß die Arbeit der Daheimgebliebenen ihre Frucht bringen wird, wenn der Himmel unseren Feldern seinen Segen schenkt. Einstimmig wird bekundet, daß die Wintersaaten gut stehen (sehr richtig!), und es ist viele Jahre her, daß die Saatenstandsberichte zu dieser Zeit ein so hoffnungsfreudiges Bild geben konnten, wie es jetzt der Fall ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Getreideernte von 1915 war eine der schlechtesten seit vielen Jahrzehnten (sehr richtig!), und doch reichen wir nicht nur mit unserem Brotgetreide, sondern werden mit einer stattlichen Reserve in das neue Erntejahr hinübergehen. (Bravo!) Die landwirtschaftliche Kraft Deutschlands bewährt sich aufs neue. Wie wir bisher ausgekommen sind, so werden wir auch weiter auskommen.

In dem Bestreben, uns auszuhungern und abzusperren, den Krieg auf das ganze deutsche Volk, auf unsere Frauen und unsere Kinder auszudehnen, sind England und seine Verbündeten über alle neutralen Rechte auf Handel und Verkehr mit den mitteleuropäischen Staaten zur Tagesordnung übergegangen. (Sehr richtig!) Die amerikanische Note vom 5. November 1915, die eine zutreffende Darstellung der englischen Völkerrechtsverletzungen enthält,[1] ist, soviel bekannt, bis zum heutigen Tage von der englischen Regierung nicht beantwortet worden. (Hört, hört!) Wie diese, so hatten auch die übrigen Proteste der Neutralen bei unseren Feinden keinen anderen Erfolg als den weiterer Neutralitätsverletzungen.

[1] S. dieselbe u. a. in Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 907 ff. Vgl. „Englands Kriegführung gegen die Neutralen“ (Zürich 1917).

Ist doch England so weit gegangen, daß es selbst menschenfreundliche Betätigungen amerikanischer Philanthropen, wie die Zuführung von Milch an die deutschen Kinder, einfach verboten hat! Die letzte Order in council[1] bedroht den Handel nach den neutralen Häfen mit neuen, dem Völkerrecht widersprechenden Verschärfungen der Blockaderegeln, gegen deren Verletzung die amerikanische Regierung bereits früher Einspruch erhoben hat. Meine Herren, kein ruhiger Neutraler, mag er uns wohlgesinnt sein oder nicht, kann uns das Recht bestreiten, daß wir uns gegen diesen völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg unsererseits zur Wehr setzen. (Sehr richtig!) Keiner kann erwarten, daß wir die Mittel der Abwehr, über die wir verfügen, uns entwinden lassen. Wir wenden diese Mittel an und müssen sie anwenden. (Sehr richtig!) Meine Herren, wir erkennen diese berechtigten Interessen der Neutralen am Weltverkehr an. Aber wir erwarten, daß die Rücksicht, die wir nehmen, verstanden und unser Recht, ja unsere Pflicht anerkannt wird, gegen diese nicht nur dem Völkerrechte, nein, der einfachsten Menschlichkeit hohnsprechende Aushungerungspolitik unserer Feinde mit allen Mitteln Vergeltung zu üben. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Meine Herren, seit ich zuletzt hier sprach, sind wir genötigt gewesen, Portugal den Krieg zu erklären. Sie haben gehört, welche große Reihe von Neutralitätsverletzungen Portugal sich hat zuschulden kommen lassen.[2] Der unter Salutschüssen höhnend bewerkstelligte Raub unserer Schiffe hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Portugal hat unter der Einwirkung Englands gehandelt.[3] England hat aufs neue seine liebevolle Protektion der kleineren Staaten betätigt. (Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, als ich am 9. Dezember hier unsere Bereitwilligkeit erklärte, über Frieden zu sprechen, sagte ich, daß ich eine gleiche Bereitwilligkeit bei den Regierungen der feindlichen

---

[1] Gemeint ist die Order in council vom 30. März 1916, gedruckt in „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft, zusammengestellt im Reichsamt des Innern" vom 26. April 1916. Vgl. auch Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 811f.

[2] Vgl. die Note, mit der der deutsche Gesandte in Lissabon am 9. März die Kriegserklärung überreicht hatte. Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 466f.

[3] Sir Edward Grey hat es am 14. März im englischen Unterhause selbst bestätigt, daß England der portugiesischen Regierung die Beschlagnahme der deutschen Schiffe dringend nahegelegt habe.

Länder nirgends erkennen könne. Daß ich recht hatte, hat alles gezeigt, was inzwischen geschehen ist, und was wir aus dem Munde der feindlichen Staatslenker vernommen haben. Die Reden, die in London, Paris, Petersburg und Rom[1] gehalten worden sind, sind so eindeutig, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Nur ein Wort an die Adresse des englischen Ministerpräsidenten Herrn Asquith! Auf seine persönlichen Invektiven antworte ich nicht[2] (bravo!), weil ich persönliche Verunglimpfungen des Gegners auch im Kriege nicht für würdig halte. (Sehr gut!) Aber sachlich will ich kurz antworten. Für Herrn Asquith ist die vollständige und endgültige Zerstörung der militärischen Macht Preußens die Vorbedingung aller Friedensverhandlungen. Gleichzeitig vermißt Herr Asquith in meiner Rede deutsche Friedensangebote. (Heiterkeit.) Über Friedensangebote zu verhandeln, die von der anderen Seite gemacht würden, dazu sei jede Partei bereit. Ja, meine Herren, gesetzt nun einmal, ich schlüge Herrn Asquith vor, sich mit mir an einen Tisch zu setzen und die Möglichkeiten des Friedens zu prüfen, und Herr Asquith begönne mit der endgültigen und vollständigen Zerstörung der Macht Preußens — das Gespräch wäre zu Ende, ehe es noch begonnen hätte. (Sehr richtig!) Auf solche Friedensbedingungen bleibt uns doch nur eine Antwort, und diese Antwort erteilt unser Schwert. (Lebhaftes Bravo.) Wenn unsere Feinde das Blutvergießen, das Menschenmorden, die Verwüstung Europas weiter fortsetzen wollen — ihrer ist die Schuld. Wir stehen unseren Mann, und unser Arm wird zu immer stärkeren Schlägen ausholen. (Erneutes lebhaftes Bravo.) Beim Ausbruch des Krieges habe ich an das Wort Moltkes erinnert, daß wir noch einmal im blutigen Kampfe würden verteidigen müssen, was wir 1870 errungen hatten.[3] Für die Wahrung der Einheit und Freiheit Deutschlands sind wir, die ganze Nation, geschlossen wie ein Mann in den Kampf gezogen.

---

[1] Vgl. die Reden Asquiths vom 23. Februar (Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 348 ff.); Briands vom 26. März (das. S. 557), Sasonows vom 31. Januar und 22. Februar („Dieses Preußen muß ein für allemal zur Machtlosigkeit verurteilt werden" das. S. 175 ff., 363 ff.), Salandras vom 19. März (das. S. 591 f.).

[2] Asquith hatte am 23. Februar u. a. gesagt: „Ich würde den imaginären Friedensbestrebungen des Kanzlers mehr Gewicht beilegen, wenn ihre Sprache auf Gründen beruhte, die nicht von so durchsichtiger Heuchelei und Nutzlosigkeit wären", hatte weiterhin von der „gewaltigen, schamlosen Kühnheit" der Erklärungen des Kanzlers usw. gesprochen.

[3] Vgl. S. 11, Anm. 1.

Und dieses einige und freie Deutschland ist es, das unsere Feinde vernichten wollen! Ohnmächtig soll Deutschland wieder werden, wie in vergangenen Jahrhunderten, den Machtgelüsten der Nachbarn ausgesetzt, der Prügeljunge Europas, auch noch nach dem Kriege in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten auf ewig in Fesseln geschlagen! Das verstehen unsere Feinde unter der Vernichtung der militärischen Macht Preußens! Sie werden sich die Köpfe einrennen! (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, was wollen wir dagegen? Sinn und Ziel dieses Krieges ist uns ein Deutschland, so fest gefügt, so stark beschirmt, daß niemand wieder in die Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, daß jedermann in der weiten Welt unser Recht auf Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennen muß. (Bravo!) Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Nationen, ist das, was wir erreichen wollen. Und es ist das zugleich die Rettung des in seinen Grundfesten erschütterten europäischen Kontinents. (Sehr richtig!)

Meine Herren, was kann die feindliche Koalition Europa bieten? Rußland: das Schicksal Polens und Finnlands. Frankreich: die Prätention jener Hegemonie, die unser Elend war. England: die Zersplitterung, den Zustand dauernder Reizbarkeit, den es das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent zu nennen beliebt, und der die letzte und innerste Ursache für all das Unheil gewesen ist, das in diesem Kriege über Europa und über die Welt gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten sich die drei Mächte nicht gegen uns zusammengeschlossen, nicht versucht, das Rad der Geschichte in ewig verflossene Zeiten zurückzudrehen, dann hätte sich der europäische Friede durch die Kräfte stiller Entwicklung allmählich gefestigt. Das zu erreichen, war das Ziel der deutschen Politik vor dem Kriege. Wir konnten, was wir haben wollten, durch friedliche Arbeit haben. (Sehr richtig!) Die Feinde haben den Krieg gewählt! (Abgeordneter Dr. Liebknecht: Sie haben den Krieg gewählt! — Glocke des Präsidenten. — Große Unruhe. — Pfui-Rufe.) Nun muß der Friede Europas aus einer Flut von Blut und Tränen, aus den Gräbern von Millionen erstehen.

Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen. Aber das, was war, ist nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärts gegangen; es gibt kein Zurück. Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die polnische Frage auf-

zurollen;[1] das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. (Bravo!) Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Das Belgien nach dem Kriege wird nicht mehr das alte vor dem Kriege sein. Das Polen, das der russische Tschinownik, noch hastig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst die Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher, ein Pole ehrlich für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können.

Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut, und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein? (Bravo!) Nein, meine Herren, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen (stürmischer Beifall), nicht noch einmal mit französischem Gelde das Weichselland als Einfalltor in das ungeschützte Deutschland einrichten. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Und ebenso, meine Herren, wird jemand glauben, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut des Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherung für unsere Zukunft preisgeben werden? Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. (Lebhafte Zustimmung.) Auch hier gibt es keinen status quo ante. (Bravo!) Auch hier macht das Schicksal keinen Schritt zurück. Auch hier kann Deutschland den lange niedergehaltenen flämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben (lebhafter Beifall — mehrfache Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Liebknecht — Glocke des Präsidenten), sondern wird

[1] Vgl. S. 56.

ihm eine gesunde, seinen reichen Anlagen entsprechende Entwicklung auf der Grundlage seiner niederländischen Sprache und Eigenheit sichern. (Erneuter lebhafter Beifall.) Meine Herren, wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdrosseln, wir wollen Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammen arbeiten zu unserem gegenseitigen Nutzen. (Stürmischer Beifall. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Liebknecht: Die Sie dann überfallen! — Große Erregung. — Glocke des Präsidenten.) Sind wir denn vor dem Kriege der Feind Belgiens gewesen? (Sehr richtig!) Hat nicht friedliche deutsche Arbeit, hat nicht friedlicher deutscher Fleiß in Antwerpen weithin sichtbar mitgearbeitet an der Wohlfahrt des Landes? (Zustimmung.) Sind wir nicht auch jetzt während des Krieges bestrebt, das Leben des Landes wieder aufzurichten, soweit die Verhältnisse es zulassen? (Erneute Zustimmung.) Die Erinnerung an diesen Krieg wird in dem schwer heimgesuchten Lande lange nachzittern. Aber wir können nicht zulassen, im beiderseitigen Interesse nicht, daß daraus wieder neue Kriege hervorwachsen können. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich möchte hierbei noch eine andere Frage berühren. Die russische Regierung ist seit Beginn des Krieges mit allen Kräften bestrebt, die Deutschen russischer und deutscher Staatsangehörigkeit zu berauben und zu verjagen.[1] Es ist unser Recht und unsere Pflicht, von der russischen Regierung zu verlangen, daß sie das gegen alles Menschenrecht begangene Unrecht wieder gutmacht (lebhafte Zustimmung) und unseren verjagten und gepeinigten Landsleuten die Tür aus der russischen Knechtschaft öffnet. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Das Europa, das aus dieser ungeheuersten aller Krisen erstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen. Das vergossene Blut kommt nie, das vertane Gut nur langsam zurück. Aber wie es auch sein wird — es muß für alle Völker, die es bewohnen, ein Europa der friedlichen Arbeit werden. (Bravo!) Der Friedensschluß, der diesen Krieg beendet, muß ein dauernder sein, er darf nicht den Keim zu neuen Kriegen, sondern einer neuen, endgültigen

[1] Vgl. E. Müller-Meiningen, „Der Weltkrieg 1914—1917 und der Zusammenbruch des Völkerrechts" II, 55 ff.; Klibanski, „Rußlands Kriegsgesetze gegen die feindlichen Ausländer." Zeitschrift für Völkerrecht X (1917), S. 62 ff., 329 ff., und neuestens „Der Wirtschaftskrieg, Abt. 2: Rußland". Bearbeitet von A. v. Vogel (1918).

friedlichen Ordnung der europäischen Dinge in sich tragen. (Beifall. — Abgeordneter Dr. Liebknecht: Machen Sie das deutsche Volk erst frei! Neuorientierung! — Glocke des Präsidenten.) In der langen Kampfgemeinschaft sind wir mit unseren Bundesgenossen immer fester verwachsen. (Bravo!) Der treuen Kriegskameradschaft muß und wird eine Arbeitsgemeinschaft des Friedens folgen im Dienste der wirtschaftlichen und kulturellen Wohlfahrt der immer enger verbündeten Reiche. (Lebhafter Beifall.) Wir gehen auch auf diesem Gebiete einen anderen Weg als unsere Gegner. Ich streifte das schon vorhin. England will auch nach dem Friedensschluß den Krieg nicht aufhören lassen, sondern dann den Handelskrieg gegen uns mit doppelter Schärfe führen.[1] Erst sollen wir militärisch, dann wirtschaftlich vernichtet werden. Überall brutale Zerstörungs- und Vernichtungswut und der vermessene Wille, ein Volk von 70 Millionen zum Krüppel zu schlagen. Auch diese Drohung wird zerschellen. Aber die Staatsmänner, die solche Worte brauchen, mögen dessen eingedenk sein: je heftiger ihre Worte, desto stärker unsere Schläge! (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, und wenn wir über Europa hinaussehen! Von jeder Verbindung mit der Heimat abgeschnitten, haben unsere Schutztruppen und Landsleute unsere Kolonien zäh verteidigt, machen sie noch jetzt in Ostafrika heldenmütig dem Feinde jeden Fußbreit Bodens streitig. (Beifall.) Aber das endgültige Schicksal der Kolonien wird nicht dort, sondern, wie Bismarck sagte,[2] hier auf dem Kontinent entschieden (sehr richtig!), und unsere Siege auf dem Kontinent werden uns wieder einen Kolonialbesitz sichern und

---

[1] Schon seit dem Winter 1915/16 war in England eine Propaganda im Gange, um den deutschen Handel nach dem Kriege zu boykottieren. Staatsmänner wie der australische Premierminister Hughes und der britische Staatssekretär des Innern Samuel eigneten sich diese Forderung an, vgl. deren Äußerungen auf dem Essen der Reichshandelskammer in London (15. März), Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 574. Vom 26. bis 28. März fand in Paris unter Teilnahme der sämtlichen Ententestaaten die erste Wirtschaftskonferenz mit dem ausgesprochenen Zweck statt, die militärische Einheitsfront gegen die Mittelmächte zu einer wirtschaftlichen zu erweitern. Vgl. Kahl, „Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916 und die ihr voraufgegangenen gemeinsamen Beratungen der Ententestaaten über den Wirtschaftskrieg", S. 13 ff.

[2] Am 14. März 1885 sagte Bismarck im Reichstage: „Ich habe schon früher gesagt, daß dergleichen Konflikte sich eben nicht in den Kolonien ausfechten, sondern in Europa diplomatisch oder auf einem anderen Wege." Reden Bismarcks, herausgegeben von H. Kohl XI, 102.

der unverwüstlichen deutschen Unternehmungslust eine neue, fruchtbringende Tätigkeit eröffnen. (Stürmischer Beifall.)

So gehen wir frei und offen und mit wachsender Zuversicht der Zukunft entgegen. Nicht in Überhebung und Selbsttäuschung, aber voller Dank gegen unsere Krieger und in dem heiligen Glauben an uns und unsere Zukunft.

Groß und breit wie Berge liegen bei unseren Feinden Selbsttäuschung, ingrimmiger Haß und Volksbetrug auf den Geistern. Die feindlichen Staatsmänner setzen sich zusammen und erfinden immer neue Formeln zu den alten, damit nur dieser Bann nicht gebrochen werde. Wir haben keine Zeit zu Rhetorik. (Heiterkeit.) Stärker sind die Tatsachen, die wir für uns reden lassen, und zu diesen Tatsachen gehört eben auch die, die unsere Kriegsziele von denen unserer Gegner scheidet. Von allen kriegführenden Mächten ist Deutschland die einzige, der von seinen Feinden aus dem Munde ihrer Staatsmänner die Vernichtung, die Zerstückelung des Reichs, die Zerstörung seiner militärischen und wirtschaftlichen Macht angedroht wird. Die treibenden Kräfte, die vor dem Kriege die Koalition gegen uns zusammengeführt haben, Eroberungssucht, Revanchelust, Eifersucht gegen den Konkurrenten auf dem Weltmarkt, sind auch während des Krieges trotz aller Niederlagen bei den Regierungen mächtig geblieben. In diesem allgemeinen Kriegsziel sind sich London, Paris und Petersburg einig. Dieser Tatsache stellen wir die andere gegenüber, daß, als die Katastrophe über Europa hereinbrach, wir anders als 1870, wo Reichslande und Kaisertum jedem Deutschen als selbstverständlicher Siegespreis vorschwebten, nur das eine Ziel hatten, uns zu wehren, uns selbst zu behaupten, den Feind von der Heimat fernzuhalten und ihn dort, wo er seine Zerstörungswut so ungeheuerlich erprobt hat, so schnell wie möglich zu vertreiben. Wir hatten den Krieg nicht gewollt, wir hatten keine Veränderung unserer Grenzen notwendig, als er gegen unseren Willen begann. Wir sind es nicht gewesen, die einer anderen Nation Vernichtung ihrer Existenz, Zerstörung ihres nationalen Wesens angedroht haben.

Und woher nehmen wir die Kraft, um daheim alle mit der Absperrung unseres Überseeverkehrs verbundenen Schwierigkeiten, draußen die Überzahl unserer Feinde zu überdauern, weiter zu schlagen und zu siegen? Will jemand ernsthaft glauben, daß es Ländergier sei, die unsere Sturmkolonnen vor Verdun beseelt und

sie immer neue Heldentaten vollbringen läßt? Oder soll ein Volk, das der Welt so viel geistiges Gut geschenkt hat, das 44 Jahre lang die friedliebendste aller Nationen gewesen ist (lebhafte Zustimmung), sich über Nacht in Barbaren und Hunnen verwandelt haben? Nein, meine Herren, das sind Erfindungen des schlechten Gewissens der am Kriege Schuldigen und um ihre Macht im eigenen Lande Besorgten. (Lebhafte Zustimmung. — Zurufe des Abgeordneten Dr. Liebknecht. — Andauerndes Läuten der Glocke. — Zuruf rechts.)

Meine Herren, die neueste Ausgeburt dieser Sucht, uns zu verhetzen, ist die Behauptung, daß wir uns nach siegreich beendetem Kriege auf den amerikanischen Kontinent stürzen (große Heiterkeit), als erste Provinz drüben Kanada zu erobern trachten würden. (Erneute Heiterkeit.) Das ist dieselbe Phantasterei wie die Behauptung, daß wir brasilianisches oder sonstiges südamerikanisches Gebiet anstrebten. Kaltblütig legen wir diese törichten, übelwollenden Andichtungen zu dem übrigen. (Bravo!) Um unser Dasein und um unsere Zukunft geht dieser Kampf, und weil das ein jeder von uns weiß, darum sind unsere Herzen und Nerven stark. Für Deutschland, nicht für ein fremdes Stück Land bluten und sterben Deutschlands Söhne (Abgeordneter Dr. Liebknecht: Das ist nicht wahr! — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) Meine Herren, lassen Sie mich mit einer persönlichen Erinnerung schließen. Als ich das letztemal im Hauptquartier war, stand ich mit dem Kaiser auf einer Stelle, auf die ich Seine Majestät gerade vor einem Jahre begleitet hatte. Der Kaiser erinnerte sich des Umstandes und sprach in tiefbewegten Worten über den großen Wandel, den wir in diesem Jahre erlebt haben. Damals standen die Russen noch bis zum Karpathenkamm. Der Durchbruch bei Gorlice[1] und die große Hindenburgoffensive[2] waren noch nicht im Gange. Heute stehen wir tief in Rußland. Damals berannten die Engländer und Franzosen Gallipoli, und hofften, den Balkan gegen uns in Brand zu setzen. Heute steht Bulgarien fest an unserer Seite. (Lebhaftes Bravo.) Damals schlugen wir die schwere Abwehrschlacht in der Champagne. Heute klang bei den Worten des Kaisers der Kanonendonner von Verdun herüber. Tiefer Dank gegen Gott, gegen Heer und Volk erfüllte des Kaisers Herz, und ich darf wohl

---

[1] Er erfolgte bekanntlich im Mai 1915.

[2] Sie setzte um Mitte Juli 1915 ein und führte zu der Einnahme von Warschau und vieler anderer westrussischer Festungen.

sagen, daß mir in dieser Stunde das Ungeheure, was Heer und Flotte für uns in diesem Jahre vollbracht haben, stärkender und ergreifender vor die Seele getreten ist als jemals. (Bewegung.)

Meine Herren, in ernster Stunde ist Ihre und unsere gemeinsame Arbeit doppelt verantwortungsvoll. Kein anderer Gedanke kann uns beseelen als der: wie helfen und wie stützen wir am besten unsere Krieger, welche draußen für die Heimat ihr Leben in die Schanze schlagen? Ein Geist, ein Wille führt sie. Dieser uns alle einigende Geist leite auch uns! Er ist es, der über den Kampf der Väter hinweg unsere Kinder und Enkel in eine starke und freie Zukunft führen wird. (Stürmisches, andauerndes Bravo und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

In der nach der Rede des Reichskanzlers einsetzenden Debatte sprach der Abgeordnete Dr. Spahn Herrn von Bethmann Hollweg zunächst den Dank des ganzen Reichstags für seine Ausführungen, namentlich auch über die Friedensziele aus. Für sich betonte der Redner, daß Friedensziele Machtziele sein müßten; der Krieg müsse mit einem greifbaren Ergebnis enden. „Nach dem Osten hin hat uns der Herr Reichskanzler das greifbare Ergebnis gezeigt. Nach dem Westen hin hat er sich vorsichtiger ausgedrückt. Belgien, ein avulsum imperii, dürfe kein Bollwerk Englands bleiben; das hat zur notwendigen Folge, daß es politisch, militärisch, wirtschaftlich in unsere Hand zu liegen kommen wird." Gegen diese Ausführungen des Abgeordneten Spahn erhob der sozialdemokratische Abgeordnete Ebert scharfen Protest: Allen Vergewaltigungsbestrebungen werde seine Partei, die ihren Friedenswillen wieder ganz offen, ohne Scheu vor Mißdeutungen ausspreche, entschlossen entgegentreten. Im übrigen aber betonte auch Ebert: „Solange die feindlichen Mächte bei ihren Zerschmetterungsplänen beharren, solange die feindlichen Mächte keinerlei Friedensneigungen zeigen, solange werden wir mit unserem Volke zur Verteidigung unseres Landes stehen."

In der Fortsetzung der Debatte am 6. April sprach sich der Abgeordnete von Payer von der Fortschrittlichen Volkspartei ganz im Sinne des Reichskanzlers aus. Der nationalliberale Dr. Stresemann, der nur in einem starken, unangreifbaren Deutschland, einer Sicherung nach Ost und West die Gewährleistung eines dauernden Friedens sehen wollte, unterstrich noch die Forderung Spahns, daß in Belgien die militärische, politische und wirtschaftliche Obergeltung des Deutschen Reiches sichergestellt werden müsse; nicht anders der konservative Abgeordnete Graf Westarp, der auch durchblicken ließ, daß seine Partei mit der Zustimmung zu der U-Bootresolution, auf die übrigens in allen Reden nur wenig eingegangen wurde, ihre weitergehenden Ansichten über die rücksichtslose Anwendung des U-Bootkrieges nicht aufgegeben habe. Umgekehrt forderte der Abgeordnete Haase von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Belgien die volle staatliche Selbständigkeit, und in der U-Bootfrage die peinliche Wahrung der völkerrechtlichen Grundsätze, nicht zuletzt auch die sofortige Anbahnung von Friedensverhandlungen. Gegen den Reichskanzler erhob Haase den Vorwurf, daß seine Rede uns nicht dem Frieden nähergebracht, sondern uns weiter davon entfernt habe. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann bemängelte, daß der

Reichskanzler sich nicht überall unmißverständlich ausgedrückt habe. Aber im großen und ganzen glaubte er den Ausführungen des Kanzlers doch zustimmen zu können. „Wenn es gelingt, die vom Zarismus geknechteten Polen freizumachen, die ganze Kulturmenschheit wird sich darüber freuen. Wenn es gelingt, den Flamen im Friedensvertrage auf der Grundlage ihrer Sprache die Möglichkeit zu sichern, ihre eigene Kultur zu pflegen, so frage ich: ist dies Vergewaltigung?" Und zu dem Ausspruch des Kanzlers von dem status quo ante bemerkte Scheidemann: „Man muß ein politischer Kindskopf sein, wenn man sich sagt, daß nach dieser ungeheuerlichen Erschütterung und Vernichtung von Kulturgütern alles beim alten bleiben muß, wenn man sich einbilden kann, daß die Erneuerung vor sich geht, ohne daß dabei ein einziger Grenzstein verrückt wird." Durchaus stimmte der sozialdemokratische Redner der Resolution zum U-Bootkriege zu. „Wir bedienen uns des U-Bootes, damit unsere Frauen und Kinder nicht dem Hungertode verfallen. Es kann doch auch niemand etwas dagegen haben, daß es uns den Frieden schaffen soll. Wir hätten der Resolution nicht zugestimmt, wenn darin nicht zum Ausdruck gebracht worden wäre, daß im Gebrauch dieser Waffe die berechtigten Interessen der Neutralen gewahrt werden müssen. Das war für uns das Entscheidende."

Die immerhin ein wenig zwiespältige Aufnahme, die die Kanzlerrede vom 5. April im Reichstage fand, griff auch auf die Presse über. Viele Blätter erklärten sich, schon im Hinblick auf die Zensur, die die Erörterung über die Kriegsziele noch nicht freigegeben hatte — es geschah erst am 27. November 1916 — nur mit Zurückhaltung äußern zu können, so die „Deutsche Tageszeitung" und die „Vossische Zeitung", die wieder an der Kanzlerrede auszusetzen hatte, daß sie nicht die letzte Klarheit über die Wege bringe, auf denen Deutschlands zukünftige auswärtige Politik weitergeführt werden solle: als ob die Kriegslage und die weltpolitische Lage eine solche vorzeitige öffentliche Festlegung schon gestattet hätten! Die „Kreuzzeitung" und der „Vorwärts" faßten mit merkwürdiger Übereinstimmung den Gesamteindruck der Kanzlerrede dahin zusammen, sie sei ein Bekenntnis zu einem entschiedenen Annexionsprogramm im Sinne etwa der bekannten Forderungen der sechs großen Wirtschaftsverbände (vom 10. März 1915): eine Deutung, der indessen später Scheidemann in seiner Breslauer Rede vom 20. Juni 1916 unter Berufung auf Äußerungen des Reichskanzlers nachdrücklich widersprochen hat. Alles in allem fand doch die Rede des Reichskanzlers vom 5. April in der deutschen Presse, gerade weil sie sich von allen Extremen fernhielt und den „uns alle einigenden Geist" zur höchsten Richtschnur erkor, weitgehende Zustimmung. So urteilte die „Tägliche Rundschau": Das deutsche Volk könne sich einheitlich zu den Kriegszielen des Kanzlers stellen, die dem Wirrnis der öffentlichen Meinung ein Ende zu machen geeignet seien. Mit großer Freude begrüßte die „Germania" die „ausgesprochene Mäßigung" in den Kriegszielen des Kanzlers. „In doppelter Richtung ist uns diese Mäßigung des Kanzlers heute willkommen. Sie ermöglicht einmal, die Einigkeit des ganzen Volkes auch angesichts der schwierigen Kriegszielfrage weiterhin voll zu wahren bis in die Reihen aller hinein, die überhaupt auf den einmütigen Zusammenhalt noch Wert legen, auch der Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Zum anderen sehen wir in des Kanzlers Art, die Grundlinien unserer Kriegsziele, wie sie im Laufe des harten Ringens für uns entstehen mußten, zu zeigen, aber auch einen erfreulichen und sicherlich vorteilhaften Gegensatz zur Kriegszielpolitik unserer Feinde. Alles in allem: wir sind auch in der Kriegspolitik auf dem sichersten, auf dem richtigen Wege."

Die Ententepresse freilich war weit entfernt, in den Kriegszielen des Kanzlers eine Mäßigung zu erkennen. Die „Morningpost“ fand in den Worten des Herrn von Bethmann Hollweg „Je heftiger die Worte der feindlichen Staatsmänner, je stärker unsere Schläge,“ eine Herausforderung, die beantwortet werden müsse, nicht mit geschwollenen Worten, sondern mit einem deutlichen Begreifen der Lage und durch Taten. „Von den zwei Gegnern muß einer vernichtet werden.“ Das französische „Le Journal“ meinte, daß der Kanzler, wenn er Deutschland als den Kämpfer für Recht und Freiheit hinstelle, als Antwort nur ein allgemeines Lachen der Verachtung empfange. Sehr besorgt zeigte sich die Ententepresse wegen der Wirkung der Kanzlerrede auf die Neutralen. Und in der Tat hat kaum eine Rede Bethmann Hollwegs auf die Neutralen einen so starken Eindruck hinterlassen wie die vom 5. April 1916. Selbst ein so ententefreundliches Blatt wie das „Journal de Genève“ nannte die Kanzlerrede ein geschicktes Plädoyer mit Schwung und nicht ohne Kraft und billigte Herrn von Bethmann Hollweg den guten Glauben für seine Behauptung zu, daß Deutschland der Krieg aufgezwungen sei, indem es an die Worte eines deutsch-feindlichen Politikers bei Kriegsausbruch erinnerte, daß alle deutschen Staatsmänner sagten, sie wollten den Krieg nicht, aber nur einer sei aufrichtig, der Kanzler. Besonders bemerkenswert ist das Urteil des früheren holländischen Ministerpräsidenten Dr. Kuyper über die Kanzlerrede vom 5. April im „Standaard“: „Diese Rede war offenbar keine Improvisation, es war ein oratorisches Stück, das gehörig vorbereitet war und, sowohl was Inhalt wie Stil angeht, ein Meisterwerk genannt werden darf. Nun geben wir ganz gern zu, daß das Bild von der Lage der Dinge, wie es in dieser Rede enthalten ist, bei Sonnenlicht gezeichnet wurde, aber man muß doch zugestehen, daß bei dieser Rede von Großtuerei nichts zu bemerken war und daß sie sich auf Tatsachen gründete, welche keinen Widerspruch dulden. Die Lage, in der Deutschland sich augenblicklich befindet, ist nun einmal einzig in der Geschichte. Fast alles ging ihm nach Wunsch, und nichts schlug fehl. Selbst die Aushungerungstheorie stellt sich als mißlungen heraus. Daher denn auch die selbstbewußte Kraft, die aus dieser Rede des Reichskanzlers spricht ... Von Eroberungssucht war nichts zu bemerken. Es war nun einmal unmöglich, daß der status quo ante unangetastet bleiben kann, das konnte, sollte und durfte nicht geschehen. Es mußte auf einen besseren Zustand hingesteuert werden. Was man an dieser Rede auch aussetzen mag, sie strotzte von einer beispiellosen Kraft.“

Auch die englischen und französischen Minister wurden durch den sichtlichen Eindruck, den die Kanzlerrede vom 5. April in den neutralen und selbst in den Ententestaaten hinterließ, auf den Plan gerufen. Als erster äußerte sich der englische Ministerpräsident Asquith am 10. April bei einem Essen zu Ehren einer Abordnung französischer Parlamentarier. Er beschuldigte den Kanzler, die Bedeutung des von ihm wiederholt aufgestellten englischen Kriegsziels: endgültige Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens, fälschlich dahin verzerrt zu haben, als wollten England und Frankreich Deutschland erdrosseln und sein nationales Leben zerstören und verstümmeln. Aber Asquith entstellte die Friedensbereitschaft des Reichskanzlers erst recht, wenn er sie dahin auslegte: „Man will von uns, daß wir die Haltung des Besiegten gegenüber dem siegreichen Gegner einnehmen.“ Nicht anders verfuhr Sir Edward Grey in einem dem Vertreter eines amerikanischen Blattes gewährten Unterredung vom 10. Mai. Es hieß doch den Sinn der Kanzlerrede vom 5. April auf den Kopf stellen, wenn er sagte: „Was Preußen beabsichtigt, ist die preußische

Oberherrschaft. Es beabsichtigt ein von Preußen geformtes und beherrschtes Europa. Es will die Freiheiten seiner Nachbarn und von uns allen beseitigen. Wir erklären, daß ein Leben unter diesen Bedingungen unerträglich ist, und das erklären auch Frankreich, Italien und Rußland." Das Wort des Kanzlers, daß Belgien nicht militärisch und politisch als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut werden dürfe, legte Grey dahin aus, Deutschland wünsche nur ein erstürmtes und zerstörtes Bollwerk. Und ebenso das Kanzlerwort von der Unmöglichkeit der Rückkehr zu dem status quo ante: „Mit anderen Worten, Belgiens Unabhängigkeit wäre dahin, wie die Serbiens und Montenegros dahin wäre, wenn ihnen die Verbündeten nicht wieder aufhelfen könnten." Auch die von Herrn von Bethmann Hollweg schon am 9. Dezember 1915 und wieder am 5. April 1916 betonte deutsche Friedensbereitschaft stellte Grey in ein falsches Licht: „Die preußischen Machthaber haben augenscheinlich nur eine Vorstellung vom Frieden: die eines eisernen Friedens, der den anderen Nationen durch die deutsche Überlegenheit auferlegt wird." Allerdings verwahrte sich Grey gegen den Verdacht, als ob es England darauf abgesehen habe, das geeinigte und freie Deutschland zu zerstören, aber er verlangte doch — ein würdiger Vorläufer Wilsons — als Voraussetzung eines Friedens mit Deutschland eine Veränderung in Deutschlands politischer Struktur. „Wir glauben, wenn einmal der Traum von Weltherrschaft, den der Pangermanismus großgezogen hat, zunichte gemacht ist, so wird das deutsche Volk darauf bestehen, seine Regierung zu beaufsichtigen. Darin liegt die Hoffnung, die Freiheit und die nationale Unabhängigkeit Europas zu schaffen."

Schroffer noch als Grey wies der französische Präsident Poincaré in einer Ansprache, die er am 14. Mai in Nancy an die lothringischen Flüchtlinge hielt, die deutsche Friedensbereitschaft zurück: „Dies ist eine arge Heuchelei, die niemand täuscht. Weder mittelbar noch unmittelbar haben unsere Feinde den Frieden angeboten. Aber wir wollen gar nicht, daß sie ihn uns anbieten, wir wollen, daß sie ihn von uns erbitten. Wir wollen uns nicht ihren Bedingungen unterwerfen, wir wollen ihnen die unsrigen auferlegen."

Angesichts einer solchen systematischen Verzerrung seiner Ausführungen durch die Staatsmänner der Entente drängte sich dem Deutschen Reichskanzler die Überzeugung auf, daß mit einer öffentlichen Auseinandersetzung in der Friedensfrage kaum weiterzukommen sei. Um den 25. Mai äußerte er sich zu dem amerikanischen Journalisten K. von Wiegand dahin, durch allgemeine Presseaussprachen und öffentliche Reden werde der Haß unter den Völkern nur immer mehr geschürt. Lediglich mit Rücksicht auf das amerikanische Volk ließ sich der Reichskanzler noch einmal herbei, die Greyschen Beschuldigungen wegen der Nichtannahme des englischen Konferenzvorschlages im Juli 1914, wegen Belgiens, wegen des preußischen Militarismus zu widerlegen. Seine Friedensbereitschaft von neuem betonend, fügte der Kanzler hinzu: „Ich fürchte, daß wir dem Frieden nicht näherkommen würden, solange verantwortliche Staatsmänner der Entente sich in Bemerkungen über preußische Tyrannei, preußischen Militarismus und in pathetischen Deklamationen über ihre eigene Überlegenheit und Vollkommenheit ergehen, oder gar, wie es jetzt Sir Edward Grey tat, Deutschland mit einer Veränderung seiner politischen Zustände beglücken wollen." Die Vorbedingung, um zum Frieden zu kommen, sei vielmehr, daß man sich auf den realen Boden der Tatsachen stelle. „Nur wenn sich die Staatsmänner der kriegführenden Länder auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen, wenn sie die Kriegslage so

nehmen, wie sie jede Kriegskarte zeigt, wenn sie mit dem ehrlichen Willen, das entsetzliche Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensfragen praktisch zu erörtern, nur dann werden wir uns dem Frieden nähern. Wer dazu nicht bereit ist, der trägt die Schuld, wenn sich Europa noch fernerhin zerfleischt und verblutet. Ich weise diese Schuld weit von mir."

Diese Auslassungen des Reichskanzlers gaben wieder Sir Edward Grey Anlaß, am 24. Mai im Unterhause gegen den Reichskanzler zu polemisieren. Er wies es weit von sich, die Kriegskarte zur Grundlage der Friedensverhandlungen zu nehmen. „Das sind Bedingungen eines siegreichen Deutschlands, die die deutschen Interessen beschützen, auf die Interessen der anderen Völker keine Rücksicht nehmen und die, wenn sie angenommen würden, die anderen europäischen Staaten Deutschland auf Gnade und Ungnade auslieferten, wenn es seine Angriffspolitik gegen sie wieder aufnehmen sollte." Im übrigen wiederholte Grey trotz der Mahnung des Abgeordneten Ponsonby, daß er und der Deutsche Reichskanzler sich nicht in Beschuldigungen über die Ursachen des Krieges ergehen möchten, sein altes Sprüchlein: „Ich scheue mich nicht, immer wieder zu sagen, dieser Krieg hätte vermieden werden können durch die Annahme der Konferenz, die vorgeschlagen wurde. Warum wurde die Konferenz nicht angenommen? Weil kein guter Wille vorhanden war." Mit besonderer Leidenschaft wandte sich Grey noch gegen eine Bemerkung des Reichskanzlers im Gespräch mit K. von Wiegand, wonach er, der englische Staatsmann, bei der bosnischen Krise im Jahre 1909 gesagt haben sollte: er glaube, die englische öffentliche Meinung würde, falls es zum Kriege gekommen wäre, die Beteiligung Englands an Rußlands Seite gebilligt haben. „Das ist neu, und es ist eine Lüge erster Klasse."

Zur Antwort veröffentlichte das deutsche Auswärtige Amt, ohne Sir Greys Auslassungen sonst noch eines Wortes zu würdigen, zwei Berichte des deutschen Botschafters in Petersburg aus dem Jahre 1909, die die Angaben des Deutschen Reichskanzlers verbotenus bestätigten.

Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 928 ff., 990 f., 1022 ff., 1026 ff.

Ansprache beim Empfang der bulgarischen Abgeordneten im Reichskanzlerpalais, 8. Mai 1916

Am 7. Mai trafen in der Reichshauptstadt eine Anzahl von Mitgliedern der bulgarischen Sobranje ein, die auf einer Rundreise durch Deutschland begriffen waren. An der Spitze der Abordnung stand der erste Vizepräsident der Sobranje, Dr. Momtschiloff; unter den übrigen Mitgliedern ragten besonders der frühere Vizepräsident der Kammer Kosnitschki, General Popoff, der während des Balkankrieges eine Division befehligte, der ehemalige Justizminister Panajodoff, der Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Radoslawoff Dr. Georgieff u. a. m. hervor. Zu ihren Ehren fanden eine Reihe von Festlichkeiten, darunter auch ein Empfang beim Reichskanzler, statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kanzler eine Ansprache an seine Gäste, in der er daran erinnerte, daß in dem Reichskanzlerpalais 1878 der Berliner Kongreß getagt hatte, dessen erster Artikel: „Bulgarien wird als autonomes und tributäres Fürstentum errichtet unter der Oberlehnsherrschaft Sr. Majestät des Sultans“ die staatliche Existenz Bulgariens begründete:

Meine Herren! Das Deutsche Reich heißt Sie herzlich willkommen! Ich begrüße Sie als liebe Gäste hier auf einem Boden, der auch für Bulgarien historisch ist. Denn in diesem Hause wurde vor 38 Jahren[1] der Friede geschlossen, durch den Bulgarien als Staat wiedererstand. Welchen Weg zur Höhe hat Ihr Vaterland seit jenen Tagen genommen! Das größere Bulgarien, damals noch ein unerfüllter Wunsch, eine Zukunftshoffnung aller bulgarischen Patrioten, heute ist es Wirklichkeit und Gegenwart. Und nicht als ein Geschenk fiel es Ihnen in den Schoß, sondern es wurde zu ewigem Besitz durch den Lebenswillen Ihres tapferen Volkes, durch die Heldentaten Ihres herrlichen Heeres erworben. Wenn Sie dieser mächtigen historischen Entwicklung hier an der Stelle des Berliner Kongresses gedenken, wenn Sie erwägen, was Bulgarien damals war, was Bulgarien heute ist, dann dürfen wahrlich Ihre Herzen höher schlagen vor Freude und vaterländischem Stolz.

Meine Herren! Auf dem Wege, der Sie durch Deutschland hierher geführt hat, werden Sie es empfunden haben, daß ein Gleichklang der Gefühle durch unsere beiden Völker geht. Wie könnte es anders sein nach den gemeinsamen Erlebnissen dieses ruhmreichen Jahres! Aber es klingt bei uns noch mehr in diesen Gefühlen. Wir gedenken unserer eigenen Vergangenheit. Wir wissen, was es heißt, wenn Übermacht ein aufstrebendes Volk zu erdrücken droht, und wenn es dann in einmütigem Aufschwung sich erhebt und be-

[1] Berliner Friedensvertrag vom 13. Juli 1878.

freien kann. Auch wir sind stets von Feinden umringt gewesen und mußten stets die Hand am Schwerte halten. Auch wir mußten uns aus Kleinem emporarbeiten durch den Fleiß unserer Hände, in entbehrungsreicher Arbeit. In allem dem ist eine merkwürdige Gleichheit der Geschicke unserer Völker. So finden Sie auch bei uns das tiefste Verständnis für das, was Sie geleistet haben mit Schwert und Pflug. In den nächsten Wochen wollen Sie nun deutsches Land und deutsche Arbeit kennen lernen. Sie werden, wie bei Ihnen in der Heimat, ein fleißiges, ernstes und entschlossenes Volk finden. Eines freundlichen und herzlichen Empfanges werden Sie überall sicher sein. Ich wünsche Ihnen, daß Ihnen Ihr Aufenthalt bei uns tiefe Einblicke in unser heimisches Leben gestatten möge. Was Sie bei uns sehen und hören werden, wird Ihnen die Gewähr dafür bieten, daß unserer glorreichen Waffenbrüderschaft eine zukunftsreiche Gemeinsamkeit kultureller und wirtschaftlicher Interessen entspricht.

Die Beziehungen, die Deutschland und Bulgarien verknüpfen, und, wie ich denke, für immer verknüpfen werden, reichen weit in die Geschichte zurück. Im Jahre 864 schloß Ihr großer Herrscher, der Zar Boris, mit König Ludwig dem Deutschen zu Tulln an der Donau einen Bündnisvertrag. So erneuert sich im tausendjährigen Wechsel die Geschichte, denn ein Jahrtausend später trafen sich in Nisch der Kaiser des Deutschen Reiches mit dem Zaren des zu neuer Größe wiedererstandenen Königreichs Bulgarien zu feierlicher Bekräftigung des wiedergeschlossenen Bundes.[1] In Erinnerung an diese historische Begegnung Seiner Majestät des Kaisers mit dem erhabenen Herrscher Ihres Landes gedenken wir mit Gefühlen der Dankbarkeit und Bewunderung der aufopfernden und hingebenden Arbeit an dem Wohle Bulgariens, der glänzenden staatsmännischen Eigenschaften, der weitblickenden genialen Persönlichkeit König Ferdinands, und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Majestät, der Zar der Bulgaren: Er lebe hoch, hoch, hoch!

Die Ansprache des Kanzlers fand bei den Mitgliedern der Sobranje und bei der übrigen Korona lebhaften Anklang. Zumal als Herr von Bethmann Hollweg mit erhobener Hand nach den Fenstern des Berliner Kongreßsaales wies, wo im Jahre 1878 das neue Bulgarien geboren wurde, zeigten

---

[1] Am 18. Januar 1916 war Kaiser Wilhelm in Nisch mit dem König Ferdinand von Bulgarien zusammengetroffen. Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 47f.

sich die Zuhörer stark ergriffen. Auf die Ansprache erwiderte der Vizepräsident der bulgarischen Sobranje Dr. Momtschiloff in warm empfundenen Worten, die in ein Hoch auf den Deutschen Kaiser ausklangen.

Die bulgarischen Abgeordneten blieben, auch im Reichstage, im Rathause usw. aufs herzlichste empfangen und gefeiert, bis zum Abend des 10. Mai in Berlin, um dann ihre Rundreise über Kiel, Hamburg, Oberhausen, Köln, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M. und München fortzusetzen.

Am 25. Juni trafen eine Anzahl deutscher Reichstagsabgeordneter zur Erwiderung des Besuchs der bulgarischen Sobranjemitglieder in Sofia ein. Vgl. darüber Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 1272 ff.

Ansprache beim Empfang der türkischen Abgeordneten im Reichskanzlerpalais, 24. Mai 1916

Am 23. Mai trafen sieben Mitglieder des türkischen Abgeordnetenhauses auf Einladung des Deutschen Reichstags zu einem Erwiderungsbesuch in Berlin ein, unter ihnen der Vizepräsident der türkischen Kammer, Hussein Djahid-Bei. Zu ihren Ehren fand neben Festlichkeiten in der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft, im Rathause, im Reichstage usw. auch ein Empfang beim Reichskanzler statt, auf dem dieser im Garten, unter den Fenstern des geschichtlichen Berliner Kongreßsaales stehend, folgende Ansprache hielt:

Meine Herren! Als unsere Kreuzer im Mittelmeer[1] beim Ausbruch des Krieges nach erfolgreichem Vorstoß gegen französische Häfen sich ihren Weg mitten durch die Feinde bahnen mußten, bangte bei uns manches Herz um ihr Schicksal. Wir wußten, daß englische Übermacht auf sie lauerte, wie auf sichere Beute. Ein Jubel ging durch unser Volk, als die Botschaft kam, daß unsere Schiffe nach gelungenem Durchbruch in den Gewässern von Konstantinopel bei Freunden geborgen waren.

Monate harten Kampfes folgten, wo Deutschland und Österreich-Ungarn, nur auf sich selbst gestellt, dem Ansturm der Feinde trotzten. Da trat der Freund als Bundesgenosse an unsere Seite, der erste, der in uns den Sieger erkannte und entschlossen seine Sache mit der unseren verband. Und abermals ging eine Woge der Freude durch Deutschlands Gaue.

Den Freund, den Bundesgenossen, das türkische Volk begrüße ich in Ihnen, meine Herren. Seien Sie herzlich willkommen auf deutschem Boden, willkommen im Hause des Reichskanzlers. Wieder flattern im deutschen Winde türkische Fahnen wie an jenen Tagen, da an osmanischer Tapferkeit das Dogma britischer Unbesiegbarkeit zerschellte. Der Ruhm von Gallipoli, der Ruhm von Kut-el-Amara begleitet Sie!

Aber, meine Herren, die Bedeutung unseres Bundes erschöpft sich nicht in glorreichen Taten des Schwertes. Herzenssache ist es dem deutschen Volke, nach vollendeter Waffenarbeit auch in Werken des Friedens treu mit den türkischen Verbündeten zusammenzustehen. Deutschland und die Türkei haben einander viel zu bieten. Auf der gesunden Grundlage des Gebens und Nehmens, in wechselseitiger Ergänzung, in achtungsvoller Gleichberechtigung

---

[1] „Goeben" und „Breslau".

sind unsere Völker berufen, auf den Gebieten von Wirtschaft, Kultur und Recht neue Werte zu schaffen. Damit dies Ziel erreicht wird, müssen wir uns immer besser kennen und verstehen lernen. Darum war es ein glücklicher Gedanke, daß schon jetzt im Kriege Mitglieder der deutschen Volksvertretung nach Konstantinopel[1] und Sie, meine Herren, nach Deutschland kamen. Ich hoffe, Ihr Besuch wird Ihnen Gelegenheit geben, sich gründlich in Deutschland umzusehen und Ihre Kenntnis von deutschem Wesen und Leben nach allen Richtungen zu bereichern.

Meine Herren, mit klarem Blick hat Seine Majestät der Sultan, von den treuesten Patrioten des Landes klug beraten, in geschichtlicher Stunde erkannt, wo der Platz des türkischen Reiches in diesem Völkerringen war. Mögen Ihrem erlauchten Herrscher zum Segen des Osmanischen Reichs noch lange Jahre ruhmreicher Regierung beschieden sein!

Seine Majestät der Sultan, hoch!

Auf die Ansprache des Reichskanzlers erwiderte der Vizepräsident der türkischen Kammer, Hussein Djahid-Bei mit beredten Worten, die das deutsch-türkische Bündnis feierten und in einem Hoch auf Deutschland und den Deutschen Kaiser gipfelten.

Am 25. Mai wurden die türkischen Abgeordneten auch von dem Kaiser, der am 21. in Berlin eingetroffen war, empfangen. Am 27. verließen sie Berlin, um gleich ihren bulgarischen Vorgängern eine Rundreise durch Deutschland anzutreten, die sie über München nach Essen, Bremen, Hamburg und Dresden führte.

---

[1] Der voraufgehende Besuch der deutschen Abgeordneten in Konstantinopel hatte vom 25. bis 29. April stattgefunden.

Reichstagsreden vom 5. und 6. Juni 1916

Durch die Auslassungen des Reichskanzlers über die Kriegsziele in der Rede vom 5. April, die aus guten Gründen so wichtige Fragen wie das Verhältnis zu Amerika und den U-Bootkrieg nur eben gestreift hatten, war das in weiten Kreisen des Volkes vorhandene Bedürfnis nach öffentlicher Klarstellung nicht gestillt worden. Dieses Bedürfnis mußte sich in dem Maße steigern, wie die Spannung zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung über die Frage des U-Bootkrieges zunahm. Als nun in Verfolg der amerikanischen Note vom 20. April 1916 die deutsche Regierung von dem in der Denkschrift vom 8. Februar eingenommenen Standpunkt, nach dem die deutschen Seestreitkräfte bewaffnete feindliche Kauffahrteischiffe als Kriegführende behandeln sollten, in der Note vom 5. Mai zur Vermeidung des von Amerika angedrohten Bruches zurückwich, und der Reichskanzler diesen Standpunkt in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags vom gleichen Tage begründete, ohne daß über die Verhandlungen des Ausschusses mehr als eine magere Notiz ausgegeben wurde, ging eine lebhafte Beunruhigung durch das Volk. Diese Beunruhigung fand Nahrung in dem Verhalten der Zensur, über das seit langem von allen Parteien Klage geführt wurde. Am 24. Mai kam es im Reichstag zu einer dreitägigen leidenschaftlichen Zensurdebatte, in deren Verlauf der konservative Abgeordnete von Graefe und der Nationalliberale Dr. Hirsch heftige Angriffe gegen die Politik des Kanzlers wegen ihrer angeblichen Schwäche und Nachgiebigkeit erhoben. In der Verurteilung der Handhabung der Zensur, in der Forderung der Freigabe der Kriegsziele waren alle Redner einig. Auch die Regierung, für die Staatssekretär Dr. Helfferich an Stelle des Kanzlers das Wort in der Zensurdebatte ergriff, verkannte die Unzuträglichkeiten der Zensur keineswegs. Unter einem Übelstand der Zensur hatte niemand mehr zu leiden als der Reichskanzler selbst: er bestand in dem Aufkommen einer ausgedehnten Geheimliteratur, die sich in ihrer großen Mehrzahl gegen ihn persönlich wandte. Gerade im Frühjahr 1916 schossen die vertraulichen Denkschriften, Broschüren und Pamphlete, die von Hand zu Hand wanderten und nicht zuletzt an der Front verbreitet wurden, wie Pilze aus der Erde. Bald konnte der Kanzler sich dem Eindruck nicht mehr entziehen, daß durch diese „Vertraulichkeitsliteratur" die Einigkeit des Volkes, die von Anfang an sein höchstes Augenmerk gewesen war, gefährdet und untergraben werde. So benutzte er, da ohnehin die schroffe Ablehnung der am 5. April ausgesprochenen Friedensbereitschaft durch die Führer der Ententestaaten eine neue Stellungnahme im Reichstage nahelegte, am 5. Juni die dritte Lesung der neuen Kreditvorlage zu einer „Flucht in die Öffentlichkeit"[1], indem er aus der Flut der gegen ihn gerichteten Pamphlete die Schriften von Junius Alter und Generallandschaftsdirektor Kapp herausgriff:

Meine Herren, der Reichstag hat soeben mit großer Mehrheit die Steuern bewilligt, deren das Reich bedarf, um auch im Kriege eine geordnete Finanzwirtschaft fortzuführen. Der Reichstag hat sich damit den Dank der ganzen Nation verdient und unseren

[1] Nach einem Ausdrucke des Abgeordneten Spahn.

Feinden gezeigt, daß wir auf allen Gebieten bereit und willens sind, auszuhalten. Ich habe die Ehre, namens der verbündeten Regierungen diesem Danke hier öffentlich Ausdruck zu geben.

Meine Herren, ich will an diese Worte des Dankes einige allgemeine Bemerkungen anknüpfen. Vor einem halben Jahr, am 9. Dezember, habe ich hier zum ersten Male auf Grund unserer militärischen Lage von unserer Friedensbereitschaft gesprochen. Ich konnte das tun in der Zuversicht, daß sich die Kriegslage noch weiter verbessern würde. Die Entwicklung hat diese Zuversicht bestätigt. Weitere Fortschritte sind gemacht, auf allen Fronten sind wir noch stärker als zuvor. (Bravo!) Wenn ich mit dieser Entwicklung vor Augen erklärt habe, daß wir bereit zum Frieden wären, so habe ich das nicht zu bedauern, auch wenn unser Angebot bei den Feinden keinen Erfolg gehabt hat.

In der kritischen Zeit des Juli 1914 war es die Aufgabe jedes, vor Gott, vor dem Lande und vor seinem Gewissen verantwortlichen Staatsmannes, nichts unversucht zu lassen, was in Ehren den Frieden bewahren konnte. Ebenso wollten wir nach erfolgreicher Abwehr unserer Feinde nichts versäumen, was geeignet wäre, die furchtbaren Leiden der Völker mitten in einem solchen Brande abzukürzen.

Später habe ich einem amerikanischen Journalisten gesagt, daß Friedensverhandlungen nur dann ihr Ziel erreichen könnten, wenn sie von den Staatsmännern der kriegführenden Länder geführt würden auf Grund der wirklichen Kriegslage, wie sie jede Kriegskarte zeigt.[1] Von der anderen Seite ist das zurückgewiesen worden. Man will die Kriegskarte nicht anerkennen. Man hofft sie zu verbessern. Ja, inzwischen hat sich die Kriegskarte weiter verändert, zu unseren Gunsten. (Lebhaftes Bravo.) Wir haben in sie eingetragen die Übergabe der englischen Armee von Kut-el-Amara,[2] die Niederlagen und gewaltigen Verluste der Franzosen vor Verdun, das Scheitern der russischen Märzoffensive, den machtvollen Vorbruch der österreichisch-ungarischen Truppen gegen Italien (stürmischer Beifall), die Festigung der Linie vor Saloniki, und in diesen letzten Tagen haben wir mit jubelndem und dankbarem Herzen die Seeschlacht vom Skagerrak[3] erlebt. (Erneuter stürmischer Beifall.)

[1] Vgl. S. 105.
[2] Vom 29. April.
[3] 31. Mai bis 1. Juni.

So sieht die Kriegskarte schon wieder anders aus. Unsere Feinde wollen davor noch die Augen verschließen. Dann müssen, dann werden und dann wollen wir weiterkämpfen bis zum endgültigen Sieg. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Wir haben das Unsrige getan, um den Frieden anzubahnen. Die Feinde haben uns mit Spott und Hohn zurückgewiesen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Damit wird jedes Friedensgespräch, wenn es von uns begonnen wird, zurzeit nichtig und vom Übel. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, von verschiedenen Staatsmännern in England und auch anderswo sind Versuche unternommen worden, unserem Volk den Puls zu fühlen und durch partikularistische oder innerpolitische Gegensätze unsere Schlagkraft zu lähmen.[1] Diese Herren leben in merkwürdigen Vorstellungen. Wenn sie sich nicht selbst täuschen wollen, dann müssen sie dabei gemerkt haben, wie fest der Herzschlag des deutschen Volkes ist. (Lebhafter Beifall.) Es gibt keine Einwirkung von außen her, die unsere Einigkeit auch nur im geringsten erschüttern könnte. (Zustimmung.) Gewiß, meine Herren, auch wir haben unsere Meinungsverschiedenheiten. Aber diese Meinungsverschiedenheiten werden sachlich ausgekämpft. Wir haben sehr eingehende Auseinandersetzungen in der Kommission gehabt, wir haben starke Differenzen namentlich in der U-Bootfrage und über unsere Beziehungen zu Amerika gehabt. Die Ansichten sind schroff aufeinandergestoßen. Aber ich kann und will hier feststellen, daß bei diesen Verhandlungen von allen Seiten die gegenseitige Überzeugung und Ansicht geachtet worden ist. Die Verhandlungen sind immer auf dem sachlichen Boden geblieben.

Meine Herren, unsere vertraulichen Aussprachen in der Verschwiegenheit der Kommissionszimmer haben das Bedürfnis nach öffentlicher Aussprache nicht befriedigen können. Weshalb wir der Öffentlichkeit ersehnte Aufklärungen vorenthalten müssen, das wissen Sie. Ich glaube, wir waren in der Kommission einig darüber, daß eine Erörterung dieser Fragen vor der breiten Öffentlichkeit, wenn sie den Gegenstand erschöpfen sollte, das Land schädigen würde. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Davon kann auch ich nicht abweichen. Allerdings, meine Herren, wünsche

[1] Der Reichskanzler denkt vor allem an den Versuch Sir Edward Greys vom 10. Mai, die deutsche Demokratie gegen den preußischen Militarismus auszuspielen. Vgl. S. 105.

auch ich die Zeit herbei, wo die *Zensur* mit allen ihren Beschränkungen und Belästigungen, die nun einmal untrennbar mit ihr verbunden sind, ihr Ende erreichen kann. Meine Herren, ich will die Zensurdebatte von neulich nicht wieder neu beleben. Ich glaube nicht, daß man den vorigen Mittwoch im Lande als einen besonders erhebenden Tag empfunden hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Nur einige Worte will ich sagen. Jede politische Maßnahme in diesem Kriege — jede ohne irgendeine Ausnahme — hat allein zum Ziel: wie bringen wir den Krieg zu einem siegreichen Ende? Nur unter diesem Gesichtspunkte soll auch die Zensur geübt werden, mögen Sie sie nun militärische oder politische Zensur nennen. Ich werde dahin wirken, daß in solchen politischen Angelegenheiten, die nur lose mit der Kriegführung zusammenhängen, der Zensurstift so wenig wie irgend möglich angewendet wird. (Bravo!) Die Presse, die trotz aller Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten in dieser ernsten Zeit ihre hohe Aufgabe mit Pflichtgefühl auffaßt und erfüllt, soll in gerechter und unparteiischer Würdigung ihrer Ziele nach meinem Willen so wenig Fesseln empfinden wie möglich. (Erneutes Bravo.)

Meine Herren, das Bestehen der Pressezensur hat einen sehr bedauerlichen Mißstand aufkommen lassen, über den ich einige Worte sprechen muß. Ich meine die Treiberei mit *offenen und geheimen Denkschriften*, die teils anonym, teils mit Namen in Umlauf gebracht worden sind. (Stürmische Zustimmung links.) Meine Herren, wenn das Vertrauen unseres Volkes zu erschüttern wäre — einige dieser Schriften haben sich alle Mühe gegeben, es zu tun. (Erneute lebhafte Zustimmung.) In Tausenden von Exemplaren, wie es scheint, ist dieser Tage *ein anonymes Heft* verbreitet worden, das in der *Pamphletliteratur*, wenigstens soweit sie mir bekannt ist, an der Spitze marschiert.[1] (Bewegung.) In diesem Heft trägt der Verfasser mit der Miene des besorgten Patrioten Dinge aus der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges vor, die eine fortlaufende Kette von Unwahrheiten und Verdrehungen des wahren Sachverhalts sind. Lassen Sie mich ein paar Beispiele anführen.

---

[1] Gemeint ist die Schrift „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. Eine Studie Bethmannscher Politik in Skizzen und Umrissen von Junius Alter. Streng vertraulich! Als Handschrift gedruckt.“

Dieser Mann wagt es, zu schreiben, daß der Deutsche Reichskanzler geradezu zusammengebrochen sei, als ihm der englische Botschafter den Abbruch der Beziehungen mitgeteilt habe.[1] Natürlich braucht der Schreiber dieses Heftes das historische Faktum nicht zu wissen, daß der Abbruch der Beziehungen bereits einige Stunden vorher erfolgt war in einer Unterredung, die der englische Botschafter mit Herrn von Jagow hatte, der in meinem Auftrage sprach. Der Schreiber braucht auch nicht zu wissen, daß meine Unterredung mit Sir Edward Goschen, die er im Auge hat, der persönliche Abschiedsbesuch war, den mir der britische Botschafter machte. Und er braucht auch nicht zu wissen — denn die englische Quelle, die ihm gut genug ist, um den Deutschen Reichskanzler zu verleumden (lebhafte Rufe: Hört, hört!), teilt es nicht mit —, er braucht es nicht zu wissen, daß es Sir Edward Goschen war, der bei dieser Unterredung so tief erschüttert war, daß ich, weil es sich um einen persönlichen und menschlichen Vorgang handelte, aus natürlichem Anstandsgefühl es stets unterlassen habe, öffentlich darüber zu sprechen. (Sehr gut!) Aber, meine Herren, der „zusammengebrochene Reichskanzler" — das ist so etwas, was in das Bild paßt, das man von dem „schwächlichen Reichskanzler" ver-

[1] Die betreffende Stelle bei Junius Alter lautet (S. 21): „Wir wissen, daß Herr von Bethmann Hollweg geradezu zusammengebrochen ist, als ihm Sir Edward Goschen namens der englischen Regierung ... den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bekannt gab, und wir wissen, wie er in höchster Erregung, die sogar die Anwesenheit des zum Feinde gewordenen Gastes vergaß, den Schritt der englischen Regierung als den „Zusammenbruch seines Lebenswerkes" bezeichnet hat. Der Auftritt ist geschichtlich und unbestreitbar, denn er ist — ohne Widerspruch des Kanzlers — von Sir Edward Goschen selbst berichtet worden." Vergleicht man mit dieser Darstellung den Bericht Goschens vom 8. August 1914 (Englisches Blaubuch Nr. 160), so wird man sofort gewahr, wie tendenziös Junius Alter die Angaben Goschens für seine Zwecke zurechtgestutzt, man darf sagen gefälscht hat. Es ist unwahr, daß der Reichskanzler den Schritt der englischen Regierung als den „Zusammenbruch seines Lebenswerkes" bezeichnet habe, vielmehr hat er lediglich gesagt, daß die Politik der Verständigung mit England, der er sich seit seinem Amtsantritt gewidmet habe, gleich einem Kartenhaus zusammengestürzt sei. Man kann überhaupt, auch nach dem sicherlich einseitigen und übelwollenden Bericht Goschens, nicht sagen, daß der Kanzler in der Unterredung mit diesem „geradezu zusammengebrochen sei"; hat er doch die Kraft gehabt, das Verhalten Englands mit schneidenden Worten zu kennzeichnen — „es komme einem Angriff von hinten gleich auf einen Mann, der gegen zwei Angreifer um sein Leben kämpfe" —, und England die Schuld für alle entsetzlichen Ereignisse zuzuschieben, die eintreten könnten. Ist das die Sprache eines zusammengebrochenen Mannes?

breiten möchte. (Hört, hört!) Aber, meine Herren, erstunken und erlogen ist es! (Stürmischer Beifall.)

Meine Herren, etwas anderes! Eine Geheimgeschichte der letzten Wehrvorlage: ich als der Mann, der sich mit Händen und Füßen gegen die Wehrvorlage gesträubt hätte![1] Ich rate dem Schreiber dieser Schrift, sich bei dem damaligen Kriegsminister General von Heeringen zu erkundigen. Ich weiß es zwar nicht, ob es dem General von Heeringen, den wohl dieses ganze Haus als einen geraden und aufrechten Mann und Soldaten kennt (sehr richtig!), erwünscht ist, sich mit einem Verleumder einzulassen. Aber ich rate, er soll sich an den General von Heeringen wenden und ihn fragen, wie ich gearbeitet habe, für die Stärkung der Armee und wie ich bei der großen Wehrvorlage für jede Vermehrung der Armee eingetreten bin, daß ich es war, der jede Anforderung des Kriegsministers bis auf den letzten Mann vertreten hat. (Hört, hört!)

Dann, meine Herren, die längst widerlegte Geschichte, daß wir Japan vor dem Kriegsausbruch durch eine große Anleihe auf unsere Seite hätten ziehen können. Nichts als Phantasiegebilde![2]

So geht es weiter durch das ganze Heft. Lassen Sie mich noch eine der widerwärtigsten Behauptungen etwas niedriger hängen!

Ich werde beschuldigt, ich hätte entgegen dem militärischen Votum den Mobilmachungsbefehl um drei kostbare Tage, die uns nicht bloß einen Teil des Elsaß, sondern Ströme von Blut gekostet hätten, verzögert und das rechtzeitige Losschlagen in der Hoffnung auf meine alte Verständigungsidee mit England vereitelt.[3] Ja, meine Herren, diese Versuche, mich mit England zu

---

[1] Junius Alter S. 16: „Wahr ist, daß der Kanzler nicht nur nicht der Vater dieser Wehrvorlage ist, die uns im Weltkrieg vor dem Abgrund gerettet hat, sondern daß sie sogar gegen seinen erbitterten Widerstand erkämpft werden mußte.“ Genau das Gegenteil ist Wahrheit. Die Wehrvorlage hat von vornherein alles und jedes in sich aufgenommen, was das Kriegsministerium im Hinblick auf die vorhandene Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren für technisch möglich hielt. Für alles solchergestalt von dem Kriegsminister Geforderte ist Herr von Bethmann Hollweg rückhaltlos vom ersten bis zum letzten eingetreten, und die unverkürzte Annahme im Reichstage ist ganz wesentlich ihm zu verdanken. Genau ebenso verhielt es sich bei der Quinquennalsvorlage von 1911: auch damals ist Herr von Bethmann Hollweg restlos für die Forderungen des Kriegsministers eingetreten. Vgl. den Aufsatz des Herausgebers „Herr von Bethmann Hollweg als militärischer Kanzler“, „Berliner Tageblatt“ vom 15. September 1917 (Nr. 471).

[2] Junius Alter S. 27.

[3] Das. S. 19f.

verständigen — ich weiß, sie sollen mein Kapitalverbrechen sein. Ich habe schon einmal darüber ausführlich hier im Reichstag gesprochen. Aber weil diese giftigen und falschen Anschuldigungen immer wieder in das Volk getragen werden, halte ich mich für verpflichtet, es noch einmal zu tun.

Wie war denn Deutschlands Lage? Frankreich und Rußland durch eine nicht zu sprengende Allianz eng miteinander verbunden; in Frankreich eine starke Revanchepartei, in Rußland einflußreiche, expansive, zum Kriege treibende Kreise. Frankreich und Rußland konnten nur in Schach gehalten werden, wenn es gelang, ihnen die Hoffnung auf England zu nehmen; dann hätten sie niemals den Krieg gewagt. (Sehr wahr!) Wollte ich gegen den Krieg arbeiten — und das habe ich allerdings getan — (lebhafter Beifall), meine Herren, dann mußte ich versuchen, mit England in ein Verhältnis zu kommen, das die Kriegsparteien in Frankreich und in Rußland niederhielt. (Bravo! links.) Ich mußte das auch tun gegenüber den mir so gut wie irgendeinem anderen bekannten deutschfeindlichen Tendenzen der englischen Einkreisungspolitik. Ich habe den Versuch gemacht. Ich schäme mich seiner nicht, auch wenn er nicht geglückt ist. Wer als Zeuge dieser bald zweijährigen Weltkatastrophe mit ihren Hekatomben von Menschenopfern mir daraus ein Verbrechen macht, der mag seine Anklagen vor Gott vertreten (sehr wahr! links); ich sehe meinem Urteil mit Ruhe entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, diese Verständigungsversuche — was haben denn die mit unserer Mobilmachung zu tun gehabt? Nichts! Gar nichts! Ich soll die Mobilmachung um drei Tage verzögert haben. Weiß denn der Mann, der die Anklage gegen mich schleudert, ich sei wegen Verzögerung der Mobilmachung schuld an Strömen des Blutes unseres Volkes, — weiß denn dieser Mann nicht, daß wir während dieser drei Tage fieberhaft gearbeitet haben an einer Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (lebhafte Bewegung), daß insonderheit der Kaiser, dem nichts mehr am Herzen lag, als seinem Volk den Frieden zu erhalten, darüber in diesen Tagen in unausgesetztem Depeschenverkehr mit dem Zaren stand? Und sieht der Mann nicht, was doch vor aller Augen liegt, daß, wenn wir diese drei Tage früher die Mobilmachung erklärt hätten, wir die Blutschuld auf uns geladen hätten, die Rußland auf sich nahm (sehr gut! links), indem es während der schwebenden Verhandlungen,

die einen guten Erfolg versprachen, entgegen den heiligen, uns gegebenen Versprechungen seinerseits mobilisierte? (Sehr richtig!) Und der Mann, der so die Geschichte fälscht, nimmt sich heraus, über mich zu Gericht zu sitzen, und er tut das in dem Namen einer niederdeutschen Bismarckrunde! Herunter mit der Maske! (Stürmischer Beifall.) Damit man sieht, wer es wagt, den Namen Bismarcks in dieser schwersten Zeit des deutschen Volkes bei der niederträchtigsten Verhetzung zu mißbrauchen![1] (Lebhafter Beifall links.)

Meine Herren, ein anderes Heft! Der Verfasser nennt sich und trägt einen Namen von gutem Klang. (Zuruf: Nennen Sie ihn doch!) — Es ist der Generallandschaftsdirektor Kapp.[2] — Ich sage: der Mann bringt es über sich, zu behaupten, die von mir ausgegebene Parole „Einigkeit" fange an, bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen, wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht."[3] Wo ist heute das Jena? Hat der Herr denn gar kein Gefühl dafür, daß er unsere große Zeit herunterzieht, wenn er warnend an Jena erinnert? Und hat er die Stirne, es als staatsverräterisch zu be-

[1] Der Verfasser hat seine Anonymität bis heute nicht gelüftet.

[2] Die vom 20. Mai 1916 datierte Denkschrift trägt den Titel „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler". Sie ist erst als Kopie, dann durch den Druck verbreitet worden.

[3] Der Wortlaut der betreffenden Stelle ist: „Der Reichskanzler beruft sich demgegenüber — d. h. gegenüber dem Gefühl, daß die politische Leitung wie schon vor dem Kriege und beim Kriegsausbruch, so auch im Kriege ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei — auf die unbedingt notwendige Einigkeit des Volkes, das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihm stehen müsse. Die Parole „Einigkeit" fängt an, bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", das in der preußischen Geschichte eine unrühmliche Erinnerung ist. Die vom Reichskanzler geforderte „Einigkeit" bedeutet: Schweigt, haltet Ruhe, glaubt und hoffet alles, aber verschließt eure Sorgen in dieser größten, schönsten und schwersten Stunde deutscher Geschichte in eurer Brust. Wartet geduldig ab, was herauskommt. Stört die Kreise der Regierung nicht. Ihre, nicht eure Sache ist es, die Geschicke des Vaterlandes zu bestimmen" usw. — Zum erstenmal wurde das Wort „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" bekanntlich von dem Minister Graf von der Schulenburg-Kehnert in einem drei Tage nach der Schlacht von Jena an die Straßenecken Berlins angeschlagenen Aufruf gebraucht, in dem es hieß: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben." Von „Einigkeit" ist in dem Schulenburgschen Aufrufe mit keinem Worte die Rede, der Vergleich zwischen 1806 und 1914/16 ist also nicht bloß von vollendeter Geschmacklosigkeit, sondern er läuft allerdings auf eine Verfälschung des Tatbestandes hinaus.

zeichnen, wenn ich in diesem Kampfe um alles nur ein einiges Deutschland sehen kann? (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Meine Herren, es ist bitter, sich gegen die Lügen des feindlichen Auslandes wehren zu müssen. Widerlich sind Schmähungen und Verleumdungen in der Heimat. (Lebhafte Zustimmung.) Ich nehme den Kampf dagegen auf (wiederholtes stürmisches Bravo) und werde ihn durchfechten. Meine Herren, nicht meine Person ist in Frage. Was gilt heute der einzelne, wo draußen die ganze waffenfähige Mannschaft Deutschlands tagtäglich dem Tod ins Auge sieht? Nein, meine Herren, nicht die Person ist es, sondern die Sache des Vaterlandes leidet Schaden, wenn in systematischer Weise unter großem Aufwand von Kosten und geduldiger Druckerschwärze Mißtrauen und Irrtum durch das Volk getragen werden.

Es mag auffallend sein, daß ich heute Ihre Zeit in Anspruch nehme mit einer Besprechung von geheimen Schriften und Broschüren. Aber, meine Herren, meine Pflicht ist es, dagegen aufzutreten, daß das Volk vergiftet wird.

Meine Herren, ich weiß, keine Partei in diesem Hause billigt Hetzereien, die mit Unwahrheiten oder mit Schmähungen arbeiten. Aber die Piraten der öffentlichen Meinung treiben leider häufig Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Parteien. (Sehr gut!) Mich will man unter dieser Flagge angreifen als einen Verächter der großen und starken nationalen Traditionen, auf die die alten Parteien dieses Hauses mit Recht stolz sind. Und zum Beweis wird angeführt, daß ich mit den Sozialdemokraten liebäugle und die Flaumacher begünstige. Immer wieder heißt es: dieser Reichskanzler stützt sich auf niemand mehr als auf die Sozialdemokraten und auf versöhnungslustige Pazifisten.[1]

Meine Herren, soll ich in diesem Kriege, in dem es nur Deutsche gibt, mich an Parteien halten? (Sehr gut!) Ich weiß sehr wohl: die Unterscheidung zwischen nationalen und anderen Parteien hat in der Politik vor dem Kriege eine bedeutende Rolle gespielt. Aber, meine Herren, die schönste Frucht, die dieser Krieg uns im Innern bringen kann, wird doch die sein, daß wir diese Unterscheidung ein für allemal zum alten Eisen legen können (Bravo!), weil sie keine Berechtigung mehr hat, weil das Nationale sich eben von selbst versteht. (Lebhafter Beifall links.) Meine Hoffnung darauf ist

[1] Vgl. Junius Alter S. 38f.

unerschütterlich, trotz der Herren um Herrn Liebknecht. Mit denen wird das Volk nach dem Kriege abrechnen.

Wir werden Parteikämpfe auch nach dem Kriege bekommen, so schwer, vielleicht schwerer als früher. Das wird eine neue, das wird eine andere Zeit sein mit neuen geistigen Bewegungen, mit neuen sozialen Ansprüchen (sehr richtig!), mit neuen Forderungen. Die Zeit wird kommen. Wir werden auch diese Kämpfe führen. Aber, meine Herren, sollen wir sie von vornherein vergiften, indem wir immer wieder mit dem alten Schema von nationalen und antinationalen Parteien operieren? (Lebhafte Rufe links: Sehr gut!)

Ich sehe die ganze Nation in Heldengröße kämpfen um ihre Zukunft. Unsere Brüder, unsere Söhne, in treuer Kameradschaft kämpfen und sterben sie miteinander. Da ist bei allen die gleiche Liebe zur Heimat, ob nun die Heimat für sie Besitz und Reichtum einschließt oder ob sie nur die Stätte war, da ihnen die Stärke ihres Armes das Leben fristete. Und diese heilige Flamme der Heimatliebe ist es, die ihnen das Herz stählt, daß sie tagtäglich in tausendfältigen Gefahren dem Tode trotzen und den Tod erleiden.

Nur ein vollkommen vertrocknetes Herz kann sich dem erschütternden Eindruck von der Größe und von der Urkraft dieses Volkes entziehen, kann sich der heißesten Liebe zu diesem Volke entschlagen. (Lebhafter Beifall.) Und, meine Herren, da soll ich trennen? Da soll ich nicht einigen? Da soll Sorge und Angst um die Kämpfe der Zukunft die Kraft lähmen, die wir brauchen für den Kampf der Gegenwart! (Starker Beifall.) Nein, meine Herren, der Glaube an mein Volk und die Liebe zu meinem Volke geben mir die felsenfeste Zuversicht, daß wir kämpfen und siegen werden, wie wir bisher gekämpft und gesiegt haben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Meine Herren, ich will schließen. Unsere Feinde wollen es zum äußersten treiben. Wir fürchten nicht Tod und Teufel. Auch nicht den Hungerteufel, den sie uns ins Land schicken wollen. Die Männer, die um Verdun kämpfen, die Männer, die unter Hindenburg fechten, und unsere stolzen Blaujacken, die Albion gezeigt haben, wie Ratten[1]

---

[1] Anspielung auf Lord Churchills bekanntes Wort vom 21. September 1914: „Unsere Leute, die unermüdlich Wache halten, hoffen, daß sie Gelegenheit haben werden, den Streit mit der deutschen Flotte auszufechten, und wenn sie — die deutschen Schiffe — nicht herauskommen und kämpfen, so werden sie ausgegraben werden wie die Ratten aus dem Loch."

beißen (lebhafter Beifall), sind von einem Geschlecht gezeugt, das auch Entbehrungen zu tragen weiß. (Bravo!)

Meine Herren, diese Entbehrungen — ich sage das frei und offen auch dem Ausland gegenüber — sind da. Aber wir tragen sie, und auch in diesem Kampfe geht es vorwärts. Ein gnädiger Himmel läßt eine gute Ernte heranreifen. Es wird nicht schlechter, sondern besser werden als im vorigen schweren Jahre und besser, als es jetzt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rechnung der Feinde auf unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird trügen. Ein anderes Exempel mit großen Zahlen hat unsere junge Marine am 1. Juni scharf korrigiert. Auch dieser Sieg wird uns nicht ruhmredig machen. Wir wissen, England ist damit noch nicht geschlagen. Aber dieser Sieg ist ein Wahrzeichen unserer Zukunft, in der Deutschland auch auf den Meeren für sich volle Gleichberechtigung (lebhaftes Bravo) und damit auch den kleineren Völkern die dauernde Freiheit der jetzt durch die englische Alleinherrschaft verschlossenen Seewege erkämpfen wird. (Bravo!) Das, meine Herren, ist das helle und das verheißungsvolle Licht, das der 1. Juni in die Zukunft wirft. (Brausender, nicht endenwollender, sich immer wiederholender Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Fraktion, dem Zentrum, den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten und auf den Tribünen. — Der Kanzler verneigt sich dankend vor dem Hause. — Wiederholter stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die tiefe Erregung, die die Rede des Reichskanzlers im Reichstage auslöste, konnte sich, da unmittelbar nach ihr die Sitzung vertagt wurde, erst in der Debatte des folgenden Tages Luft machen. Es kennzeichnet den starken Eindruck der Flucht des Reichskanzlers in die Öffentlichkeit, daß kaum einer der Redner die „Vertraulichkeitsliteratur", die gleich der Abgeordnete Spahn als erster der Redner in Bausch und Bogen als eines rechtlichen Mannes unwürdig erklärte, einzutreten wagte. Allerdings klang in den Reden des Nationalliberalen Bassermann und des Konservativen Graf Westarp ein Zweifel an, ob der Kanzler nicht der obskuren Schrift von Junius Alter durch die ausführliche Beschäftigung mit ihr ein unverdientes Relief verliehen habe. Graf Westarp suchte auch seinen Parteigenossen Kapp wenigstens von dem Vorwurf reinzuwaschen, als ob er den Kanzler staatsverräterischer Handlungen oder staatsverräterischer Gesinnung geziehen habe. Ja, er mutete dem Kanzler zu, er möge doch in den scharfen, nach Form und Inhalt über das Ziel hinausschießenden Kritiken den berechtigten Kern zu erkennen und diesen für die nationalen Interessen dienstbar zu machen suchen. Darin lag doch mehr oder weniger eine Absage an die gesamte Politik des Kanzlers. In der Tat wollte Graf Westarp in den Verzicht des Kanzlers auf die Unterscheidung zwischen nationalen und antinationalen Parteien nicht einstimmen; viel-

mehr betonte er mit Schärfe den tiefen und unüberbrückbaren Gegensatz, der zwischen der konservativen und der sozialdemokratischen Partei wegen des Festhaltens der letzteren an dem Programm des Klassenkampfes und am republikanischen Ideal, sowie wegen der Ablehnung jedes Annexionsgedankens nach wie vor bestehe. Auch ließ der konservative Redner deutlich durchblicken, daß das Verhalten der Regierung in der Frage des U-Bootkrieges und des Verhältnisses zu Amerika den Erwartungen und Wünschen seiner Partei keineswegs entsprochen habe. In prononzierten Worten gab er im Namen seiner Partei der Entrüstung über die Note Wilsons vom 20. April Ausdruck, und weit wies er den mehrfach lautgewordenen Gedanken, daß der amerikanische Präsident zum Friedensvermittler berufen sein könne, als unerträglich von sich.

Bedeutete die Rede Graf Westarps im Grunde doch ein Pronunziamento der konservativen Partei gegen die Politik des Kanzlers, so brachte es auch der Führer der Nationalliberalen, Abgeordneter Bassermann, beiläufig zum Ausdruck, daß seine Partei in der Frage des U-Bootkrieges, überhaupt in den Kriegszielfragen, einen Standpunkt eingenommen hätte, der sich vielfach mit dem Standpunkt des Kanzlers nicht decke. Aber im Gegensatz zu dem konservativen Parteiführer hieß Bassermann die kanzlerische Politik des Vertrauens im Innern gut. Er unterstrich noch die schönen Worte des Glaubens an unser Volk und der Liebe zu unserem Volk, in die die Rede des Kanzlers ausgeklungen war, und er prägte selbst den Satz: „Dieser Krieg wird gewonnen durch unser tüchtiges, opferwilliges Volk draußen und drinnen. Deshalb soll auch das Vertrauen in unser Volk der Leitstern der künftigen deutschen Politik sein." Ganz auf die Seite des Kanzlers traten die Redner des Zentrums, der Freisinnigen Volkspartei, der Sozialdemokratie und der Deutschen Fraktion. Der Abgeordnete Spahn billigte es nicht nur vollkommen, daß der Reichskanzler sich über U-Bootkrieg und Amerika nur vertraulich in der Kommission geäußert habe, erklärte vielmehr ausdrücklich, durch diese Darlegungen beruhigt zu sein. Der Sozialdemokrat Dr. Gradnauer wollte den Kanzler wegen der Angriffe aus dem nationalistischen Lager geradezu beglückwünschen; bedeutungsvoll war es, daß er von neuem die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei zu den Kriegskrediten ankündigen und so die nationale Haltung der Sozialdemokratie abermals festlegen konnte. Der Abgeordnete von Payer konstatierte: „Der Herr Reichskanzler verfügt über das unbegrenzte Vertrauen der Bundesstaaten und Bundesfürsten. Er verfügt über das Vertrauen unserer Verbündeten und ihrer Staatsmänner, und er verfügt in täglich vollerem Maße auch über das Vertrauen der deutschen Bevölkerung mit einigen wenigen Ausnahmen in Nord und Süd."

Durch den Gang der Debatte und speziell durch die Ausführungen Graf Westarps sah sich der Reichskanzler selbst veranlaßt, noch einmal am 6. das Wort zu ergreifen:

Meine Herren, ich will nur einige wenige Ausführungen machen. Es ist von dem Herrn Vorredner[1] und, wenn ich nicht irre, auch von dem Herrn Abgeordneten Bassermann bemängelt worden, daß ich der anonymen Schrift — „Junius Alter", glaube ich,

---

[1] Graf Westarp.

heißt sie — durch meine gestrige Besprechung eine Publizität verschafft habe, die sie sonst nicht gehabt und niemals erworben hätte. Ich habe diese eine Schrift herausgegriffen aus einem Bündel gleichartiger Schriften (sehr richtig! links), die, wie wohl dem ganzen Hause bekannt ist, seit Monaten in Deutschland im Inland, auch in den Schützengräben in Umlauf gesetzt worden sind. (Hört, hört! links.) Und nur weil ich erkannt habe, daß durch diese Treibereien nicht nur die Stimmung im Innern verwirrt wird, sondern daß dadurch schließlich auch eine Rückwirkung auf den Geist draußen möglich ist, darum habe ich mich für verpflichtet gehalten, nicht mich in die Öffentlichkeit zu flüchten, sondern diese Machenschaften an die Öffentlichkeit zu ziehen. (Sehr gut! links.)

Der Herr Vorredner hat gegen meine Ausführungen Widerspruch erhoben, die ich über die Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Kapp gemacht habe. Der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat die maßgebende Stelle, die auch ich gestern verlesen habe, wiederholt und hat gemeint, der Vorwurf staatsverräterischer Handlungen, den ich aus der Kappschen Schrift herausgelesen habe — und auch heute noch herauslesen muß, meine Herren —, habe nicht darin gestanden. Ich möchte das hohe Haus darauf aufmerksam machen, ohne den Passus, der ja soeben verlesen worden ist, zu wiederholen,[1] daß die Einleitung zu diesem Passus lautet:

> „Der Reichskanzler beruft sich demgegenüber auf die unbedingt notwendige Einigkeit des Volkes, das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihm stehen müsse",

und dann kommt der Satz, in dem die Parole „Einigkeit", die also von mir ausgegeben wird, in Parallele gestellt wird mit dem als staatsverräterisch gebrandmarkten Wort aus dem Jahre 1806. Meine Herren, ich habe nicht gewußt, welche andere Folgerung ich daraus hätte ziehen sollen (sehr richtig! links), und wenn es nicht die Absicht des Herrn Generallandschaftsdirektors Kapp gewesen ist, so würde er das ja wohl leicht klarstellen können.

Im übrigen habe ich mich darauf beschränkt, nur diese eine Stelle aus der Kappschen Schrift zu zitieren. (Sehr wahr! links.) Meine Herren, sie wimmelt im übrigen von den allerschärfsten Angriffen gegen mich. Es wird mir unausgesetzt in dieser Schrift

[1] S. oben S. 119, Anm. 3.

zum Vorwurf gemacht, daß ich die Ehre des Landes preisgegeben hätte.[1] (Hört, hört! links.) Dies wiederholt sich an unzähligen Stellen. Ich glaube, niemand kann es mir übelnehmen, wenn ich gegen derartige Angriffe Verwahrung einlege, und scharfe Verwahrung einlege. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat in der Erklärung seiner politischen Freunde, die er zuletzt verlesen hat, Bezug genommen auf eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson. Ich kann darauf nur erklären: ich habe zwar in der Zeitung gelesen, daß der Präsident Wilson den Frieden zu vermitteln beabsichtige, ich habe auch heute noch in der Zeitung gelesen, daß die englische Presse sich mit großer Entschiedenheit gegen eine etwaige Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson erklärt. Offiziell ist an mich auch nicht ein Wort herangetreten, daß der Präsident Wilson den Frieden vermitteln wolle. Insofern ist diese ganze Frage nicht aktuell.

Meine Herren, daß wir bei einer Friedensvermittlung nicht einen Druck auf uns ausüben lassen werden, der uns um die Früchte unserer Siege bringen wird — ich glaube, Sie verlangen wohl von

[1] Es mag ausdrücklich festgestellt sein, daß diese Äußerungen des Reichskanzlers nicht etwa auf Übertreibung beruhen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat angesichts der Versuche des Generallandschaftsdirektors Kapp, sich als den Beleidigten hinzustellen, am 22. Juni 1916 eine Blütenlese aus der Kappschen Denkschrift gebracht, die sich noch vervielfältigen ließe, und die die Schärfe der Verwahrung von seiten des Kanzlers vollauf begreiflich erscheinen läßt. Ob der Kanzler, wie der „Lokalanzeiger" zur Rede vom 5. Juni schrieb, nur darum so scharf gegen die „Piraten der öffentlichen Meinung" zu Felde zog, weil er der Überzeugung sein mußte, „daß hinter der Maske, die er herabreißen will, Einflüsse stecken, die so mächtig sind, daß sie ernstlichen Schaden anrichten können," entzieht sich der Kenntnis. Die mehrfach ausgesprochene Vermutung, daß die eigentlichen Hintermänner der scharfen Angriffe auf Herrn von Bethmann in bestimmten, einst maßgebenden Marinekreisen zu suchen seien, eine Vermutung, die angesichts der genauen Details der Kappschen Denkschrift über die Stellungnahme dieser Kreise zur Frage des U-Bootkrieges begreiflich erscheint — auch Junius Alter gibt sich hier unterrichtet —, ist doch wohl abzulehnen, denn mindestens die Behauptung Kapps, „der Admiralstab, die andere verantwortliche und zuständige Stelle der Marine, hat — das steht ebenso fest — gleichfalls der bestimmten Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch den U-Bootkrieg in längstens sechs Monaten ein entscheidender Erfolg gegen England erzielt werden kann", spricht dagegen. Man weiß, mit welcher Energie jene maßgebenden und verantwortlichen Marinekreise seither bestritten haben, sich je in solchem Sinne geäußert zu haben; die törichte Prophezeiung, die so viel dazu beigetragen hat, im Sommer 1917 jene „flaumacherische" und nervöse Stimmung zu erzeugen, bleibt also auf dem Generallandschaftsdirektor Kapp hängen.

mir nicht, daß ich Ihnen noch die ausdrückliche Erklärung abgebe, daß ich zu einer solchen Politik nicht zu haben wäre. (Lebhaftes Bravo! rechts und links.)

Meine Herren, dann noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Grafen von Westarp zu meinen gestrigen Bemerkungen über innere Politik, über die Stellung zur Sozialdemokratie. Meine Herren, ich habe gesagt, und ich wiederhole das: Zeihen Sie mich eines Optimismus, ich kann in diesem großen Kriege ohne Optimismus nicht leben. (Sehr gut!) Zeihen Sie mich eines Optimismus; ich habe die Hoffnung, daß wir nach dem Kriege in einen Zustand kommen werden, wo der Gegensatz, der doch niemand unter uns Freude machen kann, der Gegensatz: „nationale und antinationale Parteien“ verschwunden sein wird. Dieser Hoffnung lebe ich, und diese Hoffnung gibt mir einen großen Teil der Kraft, die ich in diesem Kriege entwickeln muß. (Bravo!)

Der Herr Abgeordnete Graf von Westarp hat dann von den Unterschieden gesprochen, die auch nach dem Kriege seine Freunde und andere Parteien von den Sozialdemokraten trennen würden. Meine Herren, gewiß, diese Unterschiede werden bestehen. Die Herren von rechts werden niemals mit denen von links Arm in Arm gehen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sehr oft!) Das ist sehr wohl möglich. Ich habe dies auch nicht behauptet. Es werden aber in dem gegenwärtigen Moment meiner Ansicht nach die Unterschiede, die sich aus den Parteiprogrammen, aus den Parteidoktrinen ergeben, nicht an die Spitze gestellt werden dürfen. (Sehr gut!)

Der Herr Abgeordnete Graf von Westarp hat gesagt, die Sozialdemokraten hätten nichts von ihrem Dogma aufgegeben. Leider. Ich bedaure das, und ich habe den Eindruck, daß auch Ihre Absicht (zu den Sozialdemokraten), gegen den Etat zu stimmen, die Reminiszenz eines alten Dogmas ist, das Sie auch zum alten Eisen werfen sollten. (Heiterkeit.) Aber wenn alle diese Dogmen bestehen, auch das republikanische — werfen Sie das doch auch zum Plunder (Heiterkeit), es nutzt ja nichts! Seien Sie dankbar, daß wir eine Monarchie haben (sehr richtig! rechts), eine Monarchie, wie wir sie haben, seien Sie dankbar dafür! Sehnen Sie sich doch nicht nach den Zuständen — na, ich will einmal sagen: im republikanischen Frankreich! (Sehr gut!) Aber ich gebe mich, wie gesagt, in dem gegenwärtigen Augenblick des Krieges nicht mit diesen Doktrinen und Dogmen ab. Schließlich sehe ich gegenwärtig mit

geringen und verschwindenden Ausnahmen das ganze Volk einig in dem Willen, über seine Feinde Herr zu werden (sehr richtig!), und daran lasse ich mir genügen, und diese Einigkeit will ich nicht stören, indem ich auf Parteiprogramme, auf Parteidoktrinen zurückgreife. (Sehr richtig!)

Aber, meine Herren Sozialdemokraten, stören auch Sie nicht diese Einigkeit, bringen Sie nicht Worte, wie wir sie heute wieder gehört haben, es sei die Schwerindustrie, die den Krieg weiter fortsetze, weil sie Geld daraus ziehen wolle![1] Bringen Sie nicht solche Beschuldigungen, die das Verletzendste sind für andere Leute, was es geben kann! (Sehr richtig! rechts.) Erkennen Sie doch selber an, was wir unserer Industrie schuldig sind, wie sie sich angepaßt hat in allen ihren Zweigen den Bedürfnissen des Krieges, wie sie da etwas Ungeheures geleistet hat (sehr richtig! rechts), wie wir ohne die Leistungen der Industrie diesen Krieg längst verloren hätten! (Sehr richtig!) Da ist es ein in keiner Weise zu entschuldigendes Unrecht, wenn Sie hier von der Tribüne herab einem Zweige unserer Schaffenskraft im Inland den Vorwurf ins Gesicht schleudern, aus Geldgier verlängere er den Krieg, der uns Tausende unserer besten und tapfersten Söhne kostet. Lassen Sie das, meine Herren, wenn auch Sie wünschen, daß die Gegensätze, die unser Leben früher vergiftet haben, verschwinden! Daran müssen Sie selber mitarbeiten, Sie dürfen nicht alles von den anderen verlangen. (Bravo! rechts.)

Meine Herren, ich möchte auf die Einzelheiten, die sowohl vom Herrn Abgeordneten Bassermann wie auch in gewisser Weise von dem Herrn Abgeordneten Grafen von Westarp in der U-Bootfrage wieder vorgebracht sind, nicht eingehen. Ich kann nur wiederholen, was ich gestern sagte: wollte ich ausführlich darüber sprechen, so müßte ich mich in Ausführungen verlieren, deren Schädlichkeit für das Land wir alle anerkannt haben. Ich habe niemals der Ansicht Ausdruck gegeben, als ob die Herren von der konservativen Partei durch unsere Verhandlungen in der Kommission von ihrem Standpunkt irgendwie sich hätten abbringen lassen. Ich habe gestern ausdrücklich anerkannt und festgestellt, daß unsere Äußerungen getragen sind nur von dem Gefühl sachlicher Überzeugung, und ich denke: lassen wir es dabei bewenden! Und wenn die Differenzen, die

[1] In diesem Sinne hatte sich der Abgeordnete Dr. Gradnauer geäußert.

in dieser Beziehung geblieben sind, auch im Innern des Volkes nicht benutzt werden dafür, daß die eine Seite die andere Seite verdächtigt, so wird das Vaterland Nutzen davon haben. (Sehr gut! links.)

Meine Herren, lassen Sie mich schließen, indem ich noch auf folgendes eingehe, was der Herr Abgeordnete Graf Westarp sagte. Er machte es mir zum Vorwurf, ich verstände es nicht, die große nationale Kraft, welche in den Parteien, die gegen mich ankämpfen — wir können uns ja darüber offen aussprechen —, vorhanden ist, mir dienstbar zu machen. Gewiß, ich mag Fehler begangen haben — das will ich offen sagen —, aber leicht machen es mir die Herren wirklich nicht. Wenn Sie die Schrift des Herrn Kapp gelesen haben im Gegensatz zu der Schrift von Junius Alter, die, wie Sie sagen, unbekannt geblieben ist, wenn man in solcher Weise angegriffen wird — man ist doch schließlich auch ein Mensch, meine Herren —, dann ist es sehr schwer, denjenigen Kontakt zu haben und zu finden, den ich suche und den ich im Interesse des Vaterlandes für notwendig halte. Wo gibt es für mich jetzt einen Gegensatz zwischen Kreisen, welche doch im Grunde ihres Herzens nichts anderes wollen, als daß wir siegreich aus diesem Kampfe hervorgehen? Und wenn wir in diesem einen Punkte in diesem hohen Hause alle einig sind — und das haben doch, glaube ich, auch unsere heutigen Verhandlungen ergeben —, dann sollten wir uns Mühe geben, die Differenzen, die zwischen uns bestehen, nicht aufzutürmen und nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sollten betonen, was uns einigt, und das ist der Wille, daß unser Vaterland siegreich und groß aus diesem Kriege hervorgehen möge. (Lebhaftes Bravo.)

Nach dem Reichskanzler sprachen noch die Abgeordneten von Gamp-Massaunen von der Deutschen Fraktion, der alle Verleumdungen des Kanzlers auf das schärfste verurteilte und an seiner Rede besonders begrüßte, daß er die Flaumacher von seinen Rockschößen abschüttle, und der Abgeordnete Ledebour von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, auf den freilich die Mahnungen des Reichskanzlers an die Adresse der Sozialdemokratie ohne allen Eindruck geblieben waren. Dann wurde die Debatte geschlossen. Um so länger wirkten die Vorgänge vom 5. und 6. Juni in der Presse nach; sie wurden, endlich zur Ruhe gekommen, noch einmal durch ein Rundschreiben des Generallandschaftsdirektors Kapp vom 14. Juni (vgl. Deutscher Geschichtskalender 1916, I, 1186f.) von neuem aufgerührt. Im allgemeinen fand die „Heimlichkeitsliteratur" in der ganzen Presse keinen Rückhalt, nur daß freilich die konservativen Blätter die Meinung des Grafen Westarp noch unterstrichen, daß „der erste Beamte des Reichs diesen Dingen eine anscheinend doch sehr übertriebene Bedeutung beigelegt hat, und daß in diesen Schriften, deren Erscheinen ja hauptsächlich durch die Zensurverhältnisse

erklärlich ist, viel zu sehr die Kritik empfunden und der berechtigte Kern vaterländischen Empfindens übersehen wird" („Kreuzzeitung" vom 7. Juni). Aber selbst die „Deutsche Tageszeitung" hielt es doch für nötig, zu erklären: „Wir mißbilligen jede Unsachlichkeit und vollends jede anonyme Schmähung gegen den ersten Reichsbeamten so unbedingt, wie nur irgendein anderer." Freilich verfiel die „Deutsche Tageszeitung" sofort selbst in solche Unsachlichkeit, wenn sie schon in der gleichen Nummer dem Kanzler schuld gab, innerpolitisch dem Drängen der Sozialdemokratie Schritt um Schritt nachgegeben und schließlich einer gebieterischen Geste des Abgeordneten Scheidemann mit einer Beflissenheit Folge geleistet zu haben, die für eine starke monarchische Regierung ein wenig ungewöhnlich sei; und ebenso die „Kreuzzeitung", wenn sie anläßlich der Bemerkungen des Kanzlers über den Fortfall der Unterscheidung zwischen nationalen und antinationalen Parteien ihm vorwarf, er gebe die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung preis. Eben damals konstatierte in der „Vossischen Zeitung" (7. Juni) Georg Bernhard, der außenpolitisch sich immer mehr zu einem Gegner des Kanzlers entwickelte: „Es ist zweifellos, daß eine große Zahl der Angriffe, die die angebliche Haltung des Kanzlers zur Friedensfrage erfährt, aus innerpolitischen Motiven erfolgt ... Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diejenigen, die einer Änderung der bestehenden Kräfte in der inneren Politik mit Besorgnis entgegensehen, vielfach die äußere Politik zum Vorwand nehmen, um ihr Mütchen an ihm zu kühlen." Im übrigen faßte Bernhard den allgemeinen Eindruck der beiden Kanzlerreden vom 5. und 6. Juni dahin zusammen: man könne sich der Überzeugung nicht verschließen, daß ein Mann, vom besten Willen beseelt und von heißer Liebe zu seinem Vaterland durchdrungen, alle seine Kräfte dafür einsetzt, die Geschlossenheit des Volkes nach innen und außen in den Vordergrund zu rücken und seine Sache auf den festen Grund der großen Parteien zu stellen, die ungeachtet aller Gegensätze im einzelnen dasselbe Ziel verfolgen wie der Kanzler. Ähnlich die dem Kanzler ebenfalls mit starken Vorbehalten gegenüberstehende „Tägliche Rundschau": „Ein „vertrocknetes Herz" müßte haben, wer auch bei vielfacher Ablehnung in den Worten des Kanzlers nicht ein leidenschaftliches Hinstreben zum Herzen seines Volkes fiebern fühlte; aber auch die deutschen Herzen, zu denen er in dieser Rede kein „Sesam, öffne dich!" gefunden hat, werden des Kanzlers Bekenntnis zum Kampf bis zum endgültigen Sieg festhalten." Auch die „Kölnische Volkszeitung" konstatierte: „Es war schwer, sich dem Einfluß der Persönlichkeit und der aus zitterndem Herzen kommenden Worte des Kanzlers zu entziehen." Von den Blättern der Linken, die freilich nicht durchweg der Versuchung entgingen, die Vorgänge vom 5. und 6. ganz allgemein gegen die auf dem Boden eines starken Friedens stehenden Parteien auszumünzen, wurde die Rede des Reichskanzlers vom 5. Juni vielfach an die Spitze aller seiner Kriegsreden gestellt. So bemerkte die „Frankfurter Zeitung": „Neben der Sitzung vom 4. August 1914, in der die Vertreter des deutschen Volkes in stolzer Geschlossenheit den Kampf zum Schutze des Vaterlandes aufnahmen, wird die Geschichte die heutige Sitzung nennen, in der, weit über seine früheren persönlichen Wirkungen als Redner hinausgewachsen, voll gerechten Zornes und mit unerschütterlichem Idealismus Herr von Bethmann Hollweg zur Volksvertretung und über sie hinaus zum ganzen Volke als dem letzten Richter gesprochen hat." Auch der „Vorwärts" meinte, im Reichstage habe man die Rede vom 5. Juni ziemlich allgemein für die bedeutsamste der bisherigen Kanzlerreden gehalten.

Reichstagsrede vom 28. September 1916

Als am 28. September der Reichstag zu seiner achten Kriegstagung zusammentrat, hatte sich wieder viel Stoff zu einer neuen Kanzlerrede angesammelt. Die Kriegserklärung Italiens an Deutschland (28. August), der gleichzeitige Eintritt Rumäniens in den Krieg, die Rückwirkung dieser Ereignisse auf den Krieg, die Kampflage in Ost und West, der Stand der Friedensbereitschaft hüben und drüben: das alles drängte nach einer öffentlichen Darlegung durch den höchsten Beamten des Reichs. Auch die Führung des U-Bootkrieges beschäftigte noch immer die öffentliche Meinung in hohem Maße; freilich galt hier nach wie vor das Bedenken des Reichskanzlers, daß eine eingehende Behandlung der Frage in ihren marinetechnischen, wirtschaftlichen und politischen Einzelheiten ohne Schädigung der vaterländischen Interessen nicht möglich sei. Dagegen legten es die Treibereien gewisser Kreise, die geflissentlich die Auffassung im Volke zu verbreiten strebten, als ob der Kanzler aus Schonung für England oder in dem Wunsche, eine Verständigung mit diesem offenzuhalten, nicht jedes Kampfmittel gegen den erbittertsten Feind Deutschlands, seien es die Zeppeline, seien es U-Boote, nach der vollen Gebrauchsmöglichkeit anzuwenden wage, nahe, sich über diesen Punkt mit scharfer und klarer Bestimmtheit auszulassen, und gegenüber den Versuchen, das Vertrauen zur Regierung zu untergraben, von neuem an die Einheit und Geschlossenheit des ganzen Volkes zu appellieren.

Der Reichskanzler ergriff sofort nach der Eröffnungsansprache des Präsidenten das Wort zu längeren Darlegungen.

Meine Herren, als nach der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn unser Botschafter Rom verließ, haben wir der italienischen Regierung mitgeteilt, die italienische Armee werde im Kampf mit den österreichisch-ungarischen Truppen auch auf deutsche Truppen stoßen. Deutsche Soldaten haben dann mit ihren österreichisch-ungarischen Kameraden vereint an der italienischen Front gefochten. So war de facto der Kriegszustand hergestellt. Eine förmliche Kriegserklärung aber folgte nicht. Offenbar scheute Italien vor den verhängnisvollen Folgen zurück, die seine wirtschaftlichen Beziehungen zu uns nach dem Kriege erleiden mußten. Auch hätte man in Rom die Initiative gern uns zugeschoben. Wir aber hatten keinen Anlaß, das Spiel Italiens zu spielen. Daß unsere Taktik richtig war, zeigten die ununterbrochenen Anstrengungen der Ententemächte, Italien zur Kriegserklärung zu bewegen. Über ein Jahr lang hielt die italienische Regierung stand. Am Ende haben die Daumschrauben, die England mit der gleichen Rücksichtslosigkeit wie bei den Neutralen, so bei seinen Verbündeten ansetzt, zu stark gepreßt.[1] Italien ist in seiner Kriegführung von englischer

[1] Das ist von italienischen Blättern unumwunden zugegeben. So stellte der sozialistische „Avanti“ in einem Kommentar zur Kriegserklärung

Kohle und englischem Gelde abhängig. So hat es sich schließlich gefügt.

Englischer Zwang sicherlich war es, der den Ausschlag gegeben hat, wenn auch die italienischen Balkanaspirationen mitgewirkt haben mögen. Bekanntlich wünscht sich Italien auf dem Balkan auch auf Gebietsteile auszudehnen, welche zur natürlichen Interessensphäre Griechenlands gehören.[1] Um nicht ganz ausgeschaltet zu werden, erschien Italien die Teilnahme an der Sarrailschen Expedition erwünscht, und die wiederum mußte zu erneuten Zusammenstößen italienischer und deutscher Truppen in Mazedonien führen.[2] So entstand die Kriegserklärung an uns.

Gleichzeitig hat sich **Rumänien** unseren Gegnern angeschlossen. Unsere Beziehungen zu Rumänien vor dem Kriege beruhten auf einem Bündnisvertrage, der, zunächst nur zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien abgeschlossen, durch den Zutritt Deutschlands und Italiens erweitert worden war.[3] In dem Vertrage hatten sich die Vertragschließenden zu gegenseitiger Waffenhilfe im Falle eines unprovozierten Angriffs von dritter Seite verpflichtet.

---

fest, daß diese die Folge des auf den Londoner und Pariser Konferenzen, sowie zuletzt bei dem Besuch des englischen Handelsministers Runciman in Italien (Mitte August, vgl. die näheren Angaben in Deutscher Geschichtskalender 1916, II, 317 f.) auf Italien ausgeübten Drucks sei.

[1] Das wird dokumentarisch bestätigt durch den Vertrag der Entente mit Italien vom 26. April 1915, durch den nicht nur Valona, die Insel Saseno und ein Gebiet, das hinreichend groß sei, um diese Besitzung in militärischer Hinsicht zu sichern, Italien mit vollem Besitzrecht zugesichert, sondern ihm auch das Recht zugesprochen wurde, die auswärtigen Angelegenheiten eines etwa zu bildenden kleinen neutralen Staates in Albanien zu leiten. Vgl. Hanson, „Geheimdiplomatie“, S. 44 ff.

[2] Am 21. August waren über 20 000 Mann italienischer Truppen in Saloniki gelandet, um die unter dem Oberbefehl des Generals Sarrail stehende Ententeexpedition zu verstärken. Die italienische „Tribuna“ schrieb damals: „Wenn wir auf dem Wege von Saloniki deutsche Soldaten finden und eine Kriegserklärung seitens Deutschlands erfolgt, so ist das seine Sache.“

[3] Der Bündnisvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien, der sich an das deutsch-österreichische Bündnis vom Jahre 1879 anlehnte, und in den dann auch Deutschland als Teilnehmer eintrat, ist abgeschlossen im Jahre 1883, und zwar noch vor dem im gleichen Jahre abgeschlossenen Dreibundvertrag, dessen Kündigung im Jahre 1916 also Rumänien nicht den mindesten Vorwand bieten konnte, um das eigene Bündnis über den Haufen zu werfen. Nähere Angaben über das Bündnis von 1883, dessen Wortlaut bis auf den heutigen Tag nicht bekanntgeworden ist, bei Otto Freiherr von Dungern, „Rumäniens Abfall“. Deutsche Rundschau, Oktober 1916, S. 26 ff.

Als der Krieg ausbrach, vertrat König Carol mit Energie die Überzeugung, daß Rumänien, das den Zentralmächten 30 Jahre einer gesicherten politischen Existenz und eines ungeheuren Aufschwungs verdankte, nicht nur nach dem Wortlaute des Vertrages, sondern auch um der Ehre des Landes willen sich den Zentralmächten anschließen müsse. Als eine Verleugnung des Bündnisvertrages erschien dem verstorbenen König der Einwand, daß Rumänien von der österreichisch-ungarischen Demarche in Serbien nicht benachrichtigt und über sie nicht befragt worden sei. Aber in dem entscheidenden Kronrat drang der bejahrte König mit seiner Meinung gegen eine Regierung nicht durch, deren Ministerpräsident von Anfang an über alle bestehenden Verträge hinweg mit der Entente sympathisierte. Kurze Zeit darauf starb der König an den Folgen der seelischen Erregungen, die ihm das Bewußtsein bereitet hatte, daß Rumänien seine Bundesgenossen verraten habe.[1] (Hört, hört!) Die rumänische Politik unter der Leitung des Herrn Bratianu ging nunmehr darauf aus, sich auf Kosten der in dem Völkerkriege unterliegenden Partei zu bereichern, ohne große eigene Opfer bringen zu müssen. Es hieß nur, rechtzeitig zu erkennen, auf welche Seite sich die Wagschale des Sieges endgültig neigen werde, und dann den günstigen Augenblick zum Anschluß nicht zu verpassen.[2]

Noch im ersten Kriegsjahre, vermutlich nach dem Falle von Lemberg,[3] schloß Bratianu hinter dem Rücken seines Souveräns einen Neutralitätsvertrag mit Rußland. Nach dem Falle von Przemysl[4] aber schien ihm die Zeit gekommen, um sich mit unseren Gegnern über den Judaslohn zu verständigen. Die Verhandlungen schlugen indessen fehl. Rußland wünschte seinen eigenen ungeheuren Länderbesitz durch die Bukowina zu vergrößern, und auf das Banat hatte Serbien seine Augen geworfen, während

[1] König Carol gestorben 10. Oktober 1914.

[2] Näheres über diese Vorgänge s. in dem Österreichisch-Ungarischen Rotbuch „Diplomatische Aktenstücke, betr. die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rumänien in der Zeit vom 22. Juli 1914 bis 27. August 1916". Vgl. daneben die interessante Schilderung Otto Freiherr von Dungerns „Aus den letzten Tagen des Königs Carol von Rumänien", Deutsche Rundschau, April 1917.

[3] Lemberg wurde am 3. September 1914 von den Österreichern geräumt.

[4] Die Festung Przemysl kapitulierte am 22. März 1915.

Rumänien nicht nur die Bukowina, sondern das ganze ungarische Gebiet bis zur Theiß für sich haben wollte. So kam es nicht zum Abschluß. Aber die rumänische Neutralität nahm immer mehr die Form einer einseitigen Begünstigung der Ententemächte an. Um die Hungerpolitik Englands zu unterstützen, suchte man das von uns aufgekaufte Getreide zurückzuhalten, und es bedurfte unseres sehr energischen Druckes, um seine Freigabe zu erzwingen.

Nach dem Durchbruch von Gorlice wurde Herr Bratianu zweifelhaft, ob er auch auf das richtige Pferd setze. (Heiterkeit.) Die in der Schwebe erhaltenen Verhandlungen mit der Entente gerieten ins Stocken. Immer war es ja die militärische Sachlage, die die rumänische Politik bestimmte. Als dann aber die große russische Offensive dieses Frühjahr kam, und die Angriffe an der Somme einsetzten, da glaubte Herr Bratianu, den Zusammenbruch der Zentralmächte vor sich zu sehen. Jetzt war er entschlossen, sich an dem vermeintlichen Leichenraub zu beteiligen. Die Ententemächte ihrerseits hatten zu ihren Verhandlungen mit Herrn Bratianu jetzt freiere Hand als vorher. Serbien war besiegt. Die Beschützer der kleinen und schwachen Staaten brauchten also auf die früheren Annexionswünsche dieses Landes keine Rücksicht mehr zu nehmen; sie konnten sich freigebiger Rumänien gegenüber erzeigen. Um die Mitte August wurde Herr Bratianu mit unseren Gegnern im Prinzip handelseinig.[1] Den Zeitpunkt des Losschlagens behielt er sich vor und machte ihn von gewissen Voraussetzungen militärischer Art abhängig. Der König hatte uns bis dahin aufs bündigste versichert, daß er unter allen Umständen neutral bleiben werde. Am 5. Februar dieses Jahres hatte mir der hiesige rumänische Gesandte auf Befehl seines Königs die formelle Erklärung abgegeben, daß der König entschlossen sei, die Neutralität Rumäniens aufrecht zu erhalten (hört, hört!), und daß seine Regierung in der Lage sei, diese auch durchzuführen. (Erneute Rufe: Hört, hört!) Gleichzeitig erklärte Herr Bratianu dem Baron

[1] Eine klassische Bestätigung hat diese Darstellung Bethmann Hollwegs seither durch den mit den russischen Geheimdokumenten abgedruckten Geheimbericht Poliwanows vom 20. November 1917 gefunden, der zugleich zeigt, wie bald der russischen Regierung angesichts des kläglichen Mißerfolgs der rumänischen Offensive die Versprechungen des Vertrags vom August 1916, nach denen die Bukowina, das Banat und Siebenbürgen an Rumänien fallen sollten, gereut waren. Hanson, „Geheimdiplomatie“, S. 48 ff.

Bussche,[1] daß er sich dieser Erklärung seines Königs vollkommen anschließe. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Wir haben uns dadurch nicht täuschen lassen. Über die Verhandlungen Bratianus im August dieses Jahres waren wir fortlaufend unterrichtet. Anhaltend haben wir den König unter Erinnerung an sein Neutralitätsversprechen auf die geheimen Machenschaften seines Ministers hingewiesen. Das gleiche haben wir bei den zahlreichen politischen Faktoren Rumäniens getan, welche entschlossen gegen den Krieg wirkten. Der König erklärte wiederholt, er glaube nicht, daß sich sein Minister an die Entente gebunden habe oder binde. Noch drei Tage vor der Kriegserklärung erklärte der König unserem Gesandten, er wisse, daß die große Majorität Rumäniens den Krieg nicht wolle.[2] (Hört, hört!) Und an demselben Tage versicherte der König einem persönlichen Vertrauten, daß er die Mobilmachungsorder nicht unterschreiben werde. (Bewegung.) Am 26. August — also am Tage vor der Kriegserklärung! — sagte der König dem österreichisch-ungarischen Vertreter, daß er den Krieg nicht wolle. (Hört, hört!) Nur als ein Kuriosum erwähne ich, daß Herr Bratianu an demselben 26. August dem Grafen Czernin versichert hat, er sei entschlossen, die Neutralität Rumäniens aufrecht zu erhalten; der Kronrat, der für den nächsten Tag angesetzt war, werde die Wahrheit seiner Worte erweisen.[3] (Lebhafte Rufe: Hört, hört! — Bewegung.)

Übrigens, meine Herren, noch am 23. August waren sich die Ententemächte selbst nicht darüber im klaren, wann Rumänien den Krieg erklären solle. Wir wußten das aus zuverlässiger Quelle. Dann haben sich die Ereignisse überstürzt. Nach Nachrichten, die ich für zuverlässig halten möchte, stellte Rußland plötzlich das Ultimatum, es werde über die ungeschützte rumänische Grenze einrücken, falls Rumänien nicht bis zum 28. August den Krieg erkläre. Ob dieses Ultimatum ein mit Herrn Bratianu abgekartetes Spiel war, um den schwankenden König mit fortzureißen, lasse ich dahingestellt. Aber die Würfel fielen.

Meine Herren, Herr Briand hat in einer seiner jüngsten Reden rühmend die Schönheit und Hoheit des Vorgehens Ru-

[1] Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, der damalige deutsche Gesandte in Bukarest, heute Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

[2] Zu dem österreichischen Gesandten Graf Czernin sagte der rumänische König noch am 26. August: 90 Prozent der Bevölkerung wollten den Krieg nicht! Österreichisch-Ungarisches Rotbuch (IV) Nr. 108.

[3] Das. Nr. 109.

mäniens gepriesen.[1] (Lachen.) Politische Zustände, unter denen Minister- und Königsworte nichts mehr gelten, lassen die Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und Zivilisation, für die die Entente kämpfen will, in fragwürdigem Lichte erscheinen. (Lebhafte Zustimmung.) Rumänien hat, wie ich schon vorhin sagte, seine Raubpolitik vom ersten Tage an von der Einschätzung der allgemeinen Kriegslage abhängig gemacht. Rumänien wird sich ebenso militärisch verrechnen, wie es sich in Gemeinschaft mit seinen Ententefreunden politisch bereits verrechnet hat.[2] (Bravo!) Man hoffte ja zuversichtlich, die Kriegserklärung Rumäniens werde den Abfall der Türkei und Bulgariens von uns nach sich ziehen. Aber, meine Herren, die Türkei und Bulgarien sind nicht Rumänien und Italien. (Lebhaftes Bravo und Sehr gut!) Fest und unverbrüchlich steht ihre Bundestreue. (Bravo!) Sie hat auf den Schlachtfeldern der Dobrudscha[3] glänzende Siege gefeiert. (Lebhafter Beifall.)

Soviel, meine Herren, über die politischen Ereignisse!

Auf den Schlachtfeldern tobt harter Kampf in Ost, West und Süd. Seit Anfang Juli dauern an der Somme fast ohne jede Unterbrechung die erbitterten Angriffe der Engländer und Franzosen an. Die große gemeinsame Offensive der Ententeheere, lange vorher angekündigt, hat eingesetzt. Jetzt sollte es glücken: jetzt sollte die Front der verhaßten Deutschen durchbrochen, Frankreich und Belgien befreit und der Krieg über den Rhein weg nach Deutschland hineingetragen werden. Und was ist geschehen? Wohl haben Franzosen und Engländer Vorteile erstritten, wohl sind unsere ersten Linien um einige Kilometer zurückgedrückt. Auch schwere Verluste

---

[1] Am 14. September hatte der französische Ministerpräsident in der Deputiertenkammer eine Übersicht über die auswärtige Lage gegeben, in der es u. a. hieß: „Zwei Kriegserklärungen folgten sich mit einem Zwischenraum von vier Stunden, diejenige Italiens an Deutschland und diejenige Rumäniens an Österreich-Ungarn. Diese beiden Entscheidungen hat Frankreich mit einer von Jubel durchdrungenen Bewegung aufgenommen. Es hat ihre ganze Bedeutung begriffen und gleichzeitig ihren Edelmut und ihre Schönheit empfunden." Deutscher Geschichtskalender 1916, II, 467.

[2] Den Schlußstein unter diese Prophezeiung des Reichskanzlers hat inzwischen der Frieden von Bukarest vom Mai 1918 gesetzt.

[3] Kaum zehn Tage nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg entwickelte sich mit überraschender Schnelligkeit von Süden her der Angriff deutsch-bulgarisch-türkischer Truppen gegen die Dobrudscha; am 6. September fiel der stark befestigte Brückenkopf Tutrakan; bis Ende September war schon ein großer Teil der nördlichen Dobrudscha in den Händen der Verbündeten.

an Menschen und Material haben wir zu beklagen. Bei einer in so großem, gewaltigem Maßstabe angelegten Offensive ist das unvermeidlich. Aber das, was unsere Gegner erhofften und erstrebten, der Durchbruch im großen Stile, die Aufrollung unserer Stellung im Westen, sie ist ihnen nicht geglückt. (Bravo!) Fest und ungebrochen steht unsere Front da. Schwer und hart sind die Kämpfe an der Somme da draußen, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Sie werden noch manche Opfer kosten. Noch ein und der andere Graben, noch ein und das andere Dorf mögen verloren gehen — aber durch kommen sie nicht![1] (Lebhafte Zustimmung.) Dafür bürgt uns unsere Führung, dafür bürgt uns die unvergleichliche, beispiellose Tapferkeit der Truppen aller deutschen Stämme. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Auch im Osten tobt der Kampf weiter. Nachdem die große Offensive des Generals Brussilow von den Truppen des Erzherzogs Karl und des Generals von Linsingen zum Stehen gebracht war, haben im Zusammenhang mit der Offensive im Westen schwere russische Angriffe westlich von Luck, an der Najarowka und in den Karpathen erneut eingesetzt. Unter blutigen Verlusten der Russen sind sie zusammengebrochen.[2] Auch hier werden die Kämpfe fortgehen, aber ebenso sicher wird auch hier gehalten werden, dank dem unvergleichlichen Heldenmut unserer Heere. (Beifall.)

In den letzten Monaten ist der neue große Balkanplan der Entente gereift, bestimmt, den Vierbund zu sprengen, unsere Verbindung mit dem Orient zu zerreißen, die Türkei, Bulgarien und Österreich-Ungarn, eins nach dem anderen, niederzuzwingen, um dann die vereinte Kraft allein gegen Deutschland richten zu können. Seit fast einem Jahre wird als Vorbereitung dazu ein großes Heer

---

[1] Gerade in den Tagen vor dem 28. September hatte die dritte große Angriffswelle der englisch-französischen Sommeoffensive eingesetzt, unter deren Druck Combles und Thiepval aufgegeben werden mußten; aber schon im Oktober und November flaute die Offensive langsam ohne wesentliche Erfolge wieder ab. Des Kanzlers Voraussage: Durch kommen sie nicht! hat sich glänzend erfüllt.

[2] Die Brussilowsche Offensive, die Anfang Juni eingesetzt hatte, war nach anfänglichen Anfangserfolgen, bis Ende Juli zum Stehen gekommen; seit Ende August flammte im Zusammenhang mit dem Eintreten Rumäniens in den Krieg der russische Angriff von neuem auf, um aber wieder schon in den Anfängen stecken zu bleiben.

in Saloniki unterhalten. Immer neue Divisionen traten hinzu. Englisches und französisches Völkergemisch aus der ganzen Welt wurde mit Russen, Serben, Italienern und schließlich Portugiesen zusammen gedrillt. Der Verrat Rumäniens schloß die Kette.

Und wieder frage ich: was ist erreicht? Die Lage unserer treuen und tapferen Verbündeten ist unerschüttert. Österreich-Ungarn steht an der Ostfront zusammen mit uns vom Naroczsee bis nach Siebenbürgen hinein. Türken kämpfen in Galizien.[1] Bulgarische, deutsche und türkische Truppen haben die Rumänen in der Dobrudscha geschlagen. Treu vereint kämpfen sie in Mazedonien. Der Plan der Entente, in der Dobrudscha und in Mazedonien einen entscheidenden Schlag zu führen, ist im Entstehen getroffen. Die Salonikiarmee ist über schwächliche Vorstöße nicht hinausgekommen, und in der Dobrudscha sind bulgarische, deutsche und türkische Truppen gegen Norden gezogen, anstatt, wie die Feinde es sich dachten, Russen und Rumänen nach Süden.

Im ganzen also, meine Herren: an der Sommefront einzelne Erfolge der Gegner, die aber an der Gesamtlage nichts ändern. Im übrigen erfolgreiche Abwehr aller feindlichen Angriffe und damit Durchkreuzung der feindlichen Absichten. Auf dem Balkan Scheitern der feindlichen Pläne!

Meine Herren, so geht der ungeheure Krieg weiter. Immer neue Völker stürzen sich in das Blutbad. Zu welchem Ende? Die **Kriegsziele**, die **unsere Gegner** immer unverhüllter verkünden, dulden keine Mißdeutung. Ländergier und Vernichtungswille! Ich habe hier wiederholt darüber gesprochen. Konstantinopel den Russen, Elsaß-Lothringen den Franzosen, das Trentino und Triest den Italienern, und jetzt Siebenbürgen den Rumänen. Für uns war seit seinem ersten Tage der Krieg nichts anderes als die Verteidigung unseres Rechts auf Leben, Freiheit und Entwicklung. (Bravo!) Darum konnten wir als die ersten und einzigen **unsere Bereitschaft zu Friedensverhandlungen** erklären. Ich habe darüber am 9. Dezember vorigen Jahres und später wiederholt deutlich genug gesprochen.[2] Die Herren Asquith[3] und Lord Robert

---

[1] Sie haben namentlich an der Narajowka mit viel Ruhm gekämpft.
[2] Vgl. S. 87 f., 94, 113.
[3] Bezüglich Asquiths vgl. S. 95, 104.

Cecil[1] schaffen meine Worte nicht mit der Behauptung aus der Welt, wir hätten gar keine oder nur unerträgliche und erniedrigende Friedensbedingungen kundgegeben. Wir haben das Unsrige getan. Oder wagt jemand zu verlangen, daß wir heute Angebote machen, wenn unsere Gegner, wie es ganz kürzlich der französische Ministerpräsident getan hat, einen heute zu schließenden Frieden als eine Erniedrigung, jeden Gedanken an Frieden als eine Herausforderung, als eine Schmach für das Gedächtnis an die Toten bezeichnen?[2] Sie setzen den Krieg fort, weil sie ihre utopischen Kriegsziele erreichen zu können hoffen. Ihre Eroberungslust ist es, die die Schuld trägt, daß die Berge der Toten sich täglich höher türmen.

Herr Briand äußerte in einer seiner jüngsten Reden, Frankreich kämpfe nur für einen festen und dauerhaften Frieden, in dem internationale Abmachungen die Freiheit der Nationen gegen jeden Angriff schützen. Das wollen auch wir! Wir wollen Deutschland für alle Zeit gegen jeden Angriff schützen! (Lebhafter Beifall.) Aber, meine Herren, glaubt Herr Briand, daß die Ideen, die unsere Gegner vor dem Kriege zusammenführten, französische Revanchepolitik, russische Eroberungslust, englischer Einkreisungs- und Weltbeherrschungsdrang, daß der Haßgedanke und der Vernichtungswille, die Boykottierungstendenzen, die ihre Politik nicht nur jetzt im Kriege, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege bestimmen,[3] — glaubt Herr Briand, daß so der Boden für internationale Abmachungen bereitet wird, die die Freiheit, die Ehre und Würde der

---

[1] Lord Cecil hatte am 22. August im Unterhaus erklärt: „Ich kann unbedingt feststellen, daß Eröffnungen über den Frieden der englischen Regierung nicht gemacht worden sind. Es gibt nur einen einzigen Weg, auf dem Friedenseröffnungen gemacht werden können. Dies ist durch eine Mitteilung seitens einer feindlichen Regierung an unsere Regierung. Es hat keine solche Eröffnung in irgendeiner Form stattgefunden."

[2] Am 19. September hatte Briand auf eine friedensfreundliche Rede des sozialistischen Abgeordneten Brizon in der Deputiertenkammer erwidert: „Seit zwei Jahren erträgt Frankreich den Eindringling, es drängt ihn Fuß um Fuß zurück, und Sie sprechen in diesem Augenblick von Frieden! Welche Herausforderung, welche Schmach für das Gedächtnis all unserer Toten!"

[3] Nach der vorbereitenden diplomatischen Konferenz in Paris vom 27. bis 29. März und der interparlamentarischen Wirtschaftskonferenz vom 27. bis 29. April hatte in den Tagen vom 14. bis 17. Juni die erste förmliche Wirtschaftskonferenz in Paris stattgefunden, deren Beschlüsse in der Tat auf eine wirtschaftliche Boykottierung der Mittelmächte nach dem Kriege hinausliefen. Vgl. Fr. Kahl, „Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916 (1917)"; Willi Prion, „Die Pariser Wirtschaftskonferenz".

Nationen, die ihr Zusammenarbeiten im Dienste der Menschlichkeit und Gesittung verbürgen? Oder meint Herr Briand im Ernst, dieses hohe und ideale Ziel durch einen Vernichtungskrieg erreichen zu können, in dem die letzte Jugend Frankreichs auf den verwüsteten Schlachtfeldern vor Verdun und an der Somme dahinstirbt?

Meine Herren, um uns als ganz rückständige Menschen zu stempeln, die im Interesse der Freiheit bekämpft werden mußten, ist letzthin wieder die Mär aufgewärmt worden, es habe Seine Majestät der Kaiser seinerzeit durch seinen Einfluß beim Zaren die Entwicklung Rußlands im freiheitlichen Sinne gehindert. Diese Behauptung — ich will das hier öffentlich feststellen — ist unwahr, sie ist das strikte Gegenteil der Wahrheit.[1] (Hört, hört! links.) Im übrigen, meine Herren, in die inneren Zustände der anderen Länder mischen wir uns nicht ein. Wie Rußland seine inneren Verhältnisse regeln will, ob autokratisch oder konstitutionell, das ist Rußlands Sache. Ich verliere kein Wort darüber. Ich vertrete nur deutsche Interessen. Nur die Achtung vor deutschem Recht und deutschen Interessen ist, was wir im Frieden von den anderen Mächten verlangen, sie mögen unter diesem oder unter jenem Regime leben.

Und England? Was sich England von der erhofften Beute in Kleinasien, was es sich an Kolonien zueignen will, hat es bisher nicht gesagt. Aber es will mehr als das. Was die Briten aus Deutschland machen wollen, darüber lassen sie keinen Zweifel: unser Leben als Nation soll zerstört werden. Militärisch wehrlos, wirtschaftlich zerschmettert und boykottiert von aller Welt, verurteilt zu dauerndem Siechtum, so sieht das Deutschland aus, das

[1] Diese Feststellung des Kanzlers hat inzwischen in dem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" seit dem 9. September 1917 zum Abdruck gebrachten „Depeschenwechsel zwischen dem Deutschen Kaiser und dem ehemaligen Zaren von Rußland" eine dokumentarische Bestätigung erhalten. Vgl. namentlich das Telegramm des Kaisers vom 20. August 1905, in dem er den Zaren aufs wärmste zur Einberufung der Duma beglückwünscht und ihm sogar rät, dieser die Frage nach Fortführung des Krieges mit Japan oder Friedensschluß vorzulegen. Es ist bezeichnend, daß die russischen Machthaber bei der Veröffentlichung der sog. Geheimdokumente gerade diese Depesche, statt sie im vollen Wortlaut wiederzugeben, nur nebenbei erwähnten. Ganz richtig bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 14. September: „Ihr Inhalt ist ihnen anscheinend unbequem, weil er so ganz und gar nicht mit der Behauptung in Einklang gebracht werden kann, daß die deutsche Monarchie der Hort einer freiheitsfeindlichen, die natürlichen Rechte des Volkes mißachtenden Willkürherrschaft sei."

England sich zu Füßen legen will. Wenn dann keine deutsche Konkurrenz mehr zu fürchten ist, wenn sich Frankreich verblutet hat, wenn die eigenen Kriegsverbündeten wirtschaftlich und finanziell England Frondienste leisten, wenn die europäischen Neutralen jedem englischen Geheiß, jeder englischen schwarzen Liste parieren müssen, dann soll auf dem ohnmächtigen Deutschland der Traum englischer Weltherrschaft Wirklichkeit werden. Für dieses Ziel kämpft England mit einem in seiner Geschichte unerhörten Kräfteeinsatz, mit Mitteln, die einen Bruch des Völkerrechts an den anderen reihen. Darum ist England unter allen der selbstsüchtigste, der hartnäckigste und erbittertste Feind. Ein deutscher Staatsmann, meine Herren, der sich scheute, gegen diesen Feind jedes taugliche, den Krieg wirklich abkürzende Kampfmittel zu gebrauchen, ein solcher Staatsmann verdiente gehängt zu werden. (Lebhafte Bravorufe und andauerndes Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Meine Herren, ich möchte, daß Sie aus diesen meinen Worten den Grad von Widerwillen und von Verachtung erkennen mögen, den mir die immer wieder verbreitete Behauptung erweckt, als ob aus unbegreiflicher Schonung, aus veralteter Verständigungsneigung oder gar aus dunklen Zusammenhängen, die das Licht des Tages scheuen (sehr wahr! links), gegen diesen Feind nicht jedes Kampfmittel nach seiner vollen Gebrauchsmöglichkeit angewendet würde. (Beifall.) Aus Rücksicht auf das feindliche, auf jeden Bruch unserer inneren Geschlossenheit lauernde Ausland gehe ich hier nicht näher auf diese Ihnen bekannten Treibereien ein.[1] (Bravo!) Die Zeit ist zu ernst dazu. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und links.)

---

[1] Vgl. den Artikel „Infame Treibereien“ in Nr. 228 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. August, der mit scharfen Worten die Behauptung dementiert, als ob eine für schonende Kriegführung gegen England eintretende anonyme Denkschrift auf den Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, zurückgehe. Vielleicht denkt der Kanzler auch an die beiden von der alldeutschen Fronde geflissentlich unter der Hand verbreiteten beiden Briefe des Grafen Zeppelin vom 2. April und 6. Juli 1916, in denen angeblich der Verdacht ausgesprochen war, daß aus Schonung für England oder aus dem Wunsche, eine Verständigung mit England nicht zu erschweren, von den Zeppelinen nicht der möglichst wirksame und rücksichtslose Gebrauch gemacht werde. Bekanntlich hat Graf Zeppelin diesen Mißbrauch seines Namens in einem späteren Schreiben an den Reichskanzler vom 5. September, das in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. September veröffentlicht worden ist, gerügt. Es

Meine Herren, als wir im August 1914 gezwungen wurden, das Schwert zu ziehen, da wußten wir alle, daß wir gegen eine mächtige, eine beinahe übermächtige Koalition Haus und Hof zu verteidigen hatten. Eine brennende, bisher ungekannte, oft verschwiegene Liebe zum Vaterlande loderte in allen Herzen auf, todesmutig und siegesgewiß. Heute, nach zwei Jahren des Kämpfens und Ringens, des Duldens und Sterbens, wissen wir es genauer als je zuvor, daß es für uns nur eine Parole gibt: Ausharren und Siegen! Und wir werden siegen! (Lebhafter Beifall. — Händeklatschen.)

Wenn sich im vorigen Winter die kleinmütige Sorge zu regen begann, ob auch unsere Lebensmittel reichen würden — sie haben gereicht! Heute stellt uns die gute Ernte viel sicherer hin als das vorige Mißjahr. Ich weiß, reichlich ist es nicht. Ich kenne die lebhaften Beschwerden über Mängel der Organisation — ich hoffe, in der Ausschußberatung werden uns die Herren mit praktischen Besserungsvorschlägen helfen können. Ich fühle die Sorgen, unter denen zahlreiche Existenzen für ihren Lebensunterhalt kämpfen müssen. Ich teile die tiefe Trauer um die Gefallenen und die Verstümmelten. Ich neige mich vor allem Heldensinn, mit dem die Opfer getragen werden von Frauen wie Männern ohne Unterschied von Rang und Klasse, einig in der heiligen Liebe zu dem Lande, das all ihr Glück und Leid umschließt, in Arbeit und Kampf hinausgewachsen weit über das Maß gewohnter Menschenleistung. (Beifall.)

Hoch und groß ist das. Aber höher und größer noch ist der Todesmut unserer Söhne und Brüder draußen, mit dem sie den wütenden Anstürmen der an Zahl und Geschossen überlegenen, mit äußerster Tapferkeit kämpfenden Feinde trotzen. (Lebhafter Beifall.) Nie hat die Welt- und Menschengeschichte Ähnliches gesehen. (Erneuter Beifall.) Vor ihren Heldentaten muß unser Leid

---

heißt in dem Schreiben ausdrücklich: „Ich habe mich überzeugt, daß die Verwendung der Zeppeline durch irgendwelche politische oder andere Rücksichten in keiner Weise behindert wird.“ Angesichts der alldeutschen Treibereien, die diese loyale Erklärung des Grafen Zeppelin als eine abgenötigte zu diskreditieren suchten (vgl. Alldeutsche Blätter Nr. 39 vom 23. September 1916), sah sich auch Graf Westarp in der Reichstagssitzung vom 11. Oktober veranlaßt, namens der konservativen Partei zu betonen: „Ich will hier gar keinen Zweifel lassen, daß wir durchaus der Auffassung sind, daß die Angriffe unserer Zeppelinluftschiffe von keinerlei politischer Einwirkung oder Hemmung behindert werden.“

verstummen. Kein Wort der Klage darf an ihr Ohr draußen klingen, nur Dank, heißer Dank aus der Heimat, für die sie bluten, soll ihr Gefährte sein, wenn höllisches Trommelfeuer sie umdröhnt. (Bravo!) Blieben wir denn ihrer würdig, wenn wir nicht alles entschlossen darangäben, um ihnen hilfreich zu sein?

In diesen Tagen hat das deutsche Volk wiederum Gelegenheit, bei unserer Kriegsanleihe[1] zu beweisen, daß es zu allen Opfern fähig ist, daß es fest an unseren Sieg glaubt. Ich weiß, daß wir uns auch in dieser Sache auf die Kämpfer hinter der Front verlassen können, daß jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, es als seine Ehrenpflicht ansieht, durch die Hergabe aller verfügbaren Mittel die Riesenarbeit unserer Streitmacht zu unterstützen und damit das Kommen des Sieges zu beschleunigen. Die Zähne aufeinander gebissen, aber Hände und Herzen weit auf — so wollen wir hinter unseren Feldgrauen stehen, ein Mann und ein Volk! (Stürmischer Beifall.)

Ich komme zum Schluß. Krieg steht vor uns, an die Werke des Friedens zu denken, ist uns noch nicht vergönnt. Ich las neulich das Wort: Das Haus brennt, zu löschen gilt es; wie wir das Haus nachher ausstatten, sei spätere Sorge. Das mag sein. Und doch: dieser Kriegsbrand hat — beglückt und erschüttert erleben wir es täglich aufs neue — er hat uns gezeigt, auf wie gewaltigem und unzerstörbarem Fundamente unser Haus aufgebaut ist. Was anders befähigt uns denn, diesen Kampf gegen fast die ganze Welt siegreich zu bestehen, als die Liebe zu dem Lande der Väter, die alle seine Söhne mit unzerreißbarem Bande umschlingt, was anders als die unverdorbene Kraft der Arme und der Herzen, die in dem Urgrund des Volkes lebt, aus dem in ewiger Erneuerung die Geschlechter heraufsteigen? Nichts von dem, was uns diese Feuerprobe bestehen läßt, können wir im Frieden missen. Was sich im Kriege so wunderbar bewährt, muß auch im Frieden leben und wirken. (Bravo!)

Unermeßliche Arbeit erwartet mich, so schrieb Friedrich der Große, als der Siebenjährige Krieg zu Ende ging.[2] Unermeßliche Arbeit, das war für uns die Wirkung aller der großen Kämpfe,

[1] Die am 5. Oktober geschlossene Zeichnung auf die 5. Kriegsanleihe ergab die Summe von 10,65 Milliarden.

[2] Der Reichskanzler hat wohl den Brief Friedrichs des Großen an die Herzogin Luise Dorothea von Gotha vom 19. Februar 1767 im Auge, in dem es heißt: „Cette paix entraîne un prodigieux ouvrage, et j'en aurai encore pour longtemps. Œuvres de Frédéric le Grand T. XVII (Berlin 1861), S. 219."

in denen wir seit 150 Jahren um unsere Existenz gerungen haben. Unermeßliche Arbeit war unser Glück und wird es wieder sein. Die gewaltigen Aufgaben, die auf allen Gebieten des staatlichen und sozialen, des wirtschaftlichen und politischen Lebens unser harren, bedürfen zu ihrer Lösung aller Kräfte, die in unserem Volke leben. (Sehr richtig! links.) Eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Hemmungen durchsetzen wird, ist es, diese Kräfte, die da sind, im Feuer geglüht, die nach Schaffen und Wirken rufen und verlangen, für das Ganze zu nutzen. (Bravo! links.) Freie Bahn für alle Tüchtigen, das sei unsere Losung. (Erneutes Bravo.) Wenn wir diese Losung vorurteilsfrei durchführen, dann wird unser Reich, festgefügt, weil jeder Stein und jeder Balken mitträgt und mitstützt, einer gesunden Zukunft entgegengehen; dann werden die Starken aus allen Ständen gern und freudig teilnehmen an den Werken des Friedens wie jetzt am blutigen Kampfe. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen auf den Tribünen und im Hause.)

Die Rede des Reichskanzlers fand nicht sofort ein Echo im Reichstage, da im Ältestenausschuß die Ansicht überwog, daß eine ganze Anzahl von Fragen der auswärtigen Politik zunächst einer eingehenden Besprechung im Ausschuß bedürften. So blieb es der Presse vorbehalten, den Reigen der Erörterungen über die Kanzlerrede zu eröffnen. Es zeigte sich, daß die Gegnerschaft gegen den Reichskanzler in demjenigen Teil der Presse, dem die Kriegsziele nicht weit und hoch genug gesteckt werden konnten, bereits zu tief gewurzelt war, als daß sie selbst die entschiedensten Erklärungen noch ohne Mißtrauen aufzunehmen fähig war. Die „Kreuzzeitung" z. B. wollte aus der Bemerkung des Kanzlers, daß der Staatsmann gehängt zu werden verdiene, der sich scheue, gegen England wirksam vorzugehen, eine Art von Einschränkung (!) herausdestillieren, die den dringenden Wunsch erwecke, im Ausschuß so deutlich wie möglich zu vernehmen, welche Bedenken gegen die Gebrauchstüchtigkeit einzelner solcher Mittel bestanden hätten oder beständen, und aus welchen Gründen von dem Mittel des uneingeschränkten U-Bootkriegs gegenüber England bisher nicht Gebrauch gemacht worden sei. Ebenso fand die „Deutsche Tageszeitung" die Worte über den Krieg gegen England immer noch auslegungsfähig, derart, daß sie einstweilen nicht wisse, welche Hoffnungen daran geknüpft werden könnten. Ähnliche Zweifel äußerten die „Vossische Zeitung", die „Tägliche Rundschau" u. a. Blätter, ganz zu geschweigen von den gehässigen Angriffen der „Deutschen Zeitung". Dagegen fand die „Kölnische Zeitung", daß die Worte des Kanzlers die Überzeugung aller Unvoreingenommenen neu bekräftigt hätten, und die „Germania" sprach dem Reichskanzler gerade im Hinblick auf seine Bemerkungen über den Krieg gegen England ihr volles Vertrauen mit den Worten aus: „Herr von Bethmann hat heute feierlich festgestellt, daß keinerlei politische Schwäche und falsche Rücksichtnahme unsern Arm gegen England lähmt und lähmen wird, und wir möchten meinen, jeder von uns ist um so mehr verpflichtet, diesem Wort zu vertrauen, auch gegen vermeintliches Besserunterrichtetsein, als diese Versicherung in derselben

Rede abgegeben wurde, in der der Kanzler die alte deutsche Auffassung von dem Wert, der Ministerworten innewohnen muß, im Gegensatz zu den Gebräuchen unserer Feinde so trefflich festgestellt hat. Dem heutigen Kanzlerwort muß ein jeder vertrauen, der nicht die Frivolität begehen will, Herrn von Bethmann Hollweg mit den wortbrüchigen Staatsmännern in Rom und Bukarest auf eine Stufe zu erniedrigen."

Nicht minder umstritten wie die gegen England gerichteten Worte des Kanzlers wurde in der Presse der Ausspruch, daß in der inneren Politik freie Bahn für alle Tüchtigen nach dem Kriege die Losung sein müsse. Während die Blätter der Rechten, wie „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung" fanden, daß diese Losung schon immer in Preußen und Deutschland gang und gäbe gewesen und in einem monarchischen Staatswesen selbstverständlich sei, bemängelten die Blätter der Linken, daß ein solches Programm doch recht vag und unbestimmt sei. Das „Berliner Tageblatt" suchte den Kanzler vorwärts zu treiben, indem es meinte, mit Kleinigkeiten sei es nicht mehr getan; Herr von Bethmann Hollweg hätte durch ein klares und kraftvolles Bekenntnis zu großen Zielen die weit überwiegende Mehrheit der Hörer im Saale fortreißen und draußen das Volk sich in Begeisterung verbinden können. Ganz unzufrieden gab sich der „Vorwärts": Die Harrenden und Hoffenden hätten wieder einmal eine Enttäuschung erlebt. Sie hätten keine neue Botschaft vernommen, kein befreiendes Wort, sondern nur die bekannten Wendungen. Das beherrschende Gefühl nach der Rede sei das der Unbefriedigung und der Enttäuschung auf allen Seiten gewesen. Die Gesamtstimmung sei eine höchst mäßige gewesen, ebenso der Beifall. Erst die kommende Reichstagsdebatte werde vielleicht größere Klarheit schaffen; jedenfalls sei es Pflicht der Sozialdemokratie, einmal gründlich die ganze internationale Situation zu durchleuchten, und an Stelle des unerträglichen Halbdunkels volle Klarheit zu schaffen.

Zu der Reichstagsdebatte über die Kanzlerrede vom 28. September kam es erst am 11. Oktober; dafür war sie um so ausgiebiger. Allseitige Billigung fand es, daß der Reichskanzler in seiner Rede die U-Bootfrage nicht näher berührt hatte; namens des Haushaltsausschusses empfahl der Berichterstatter Bassermann dem Reichstag, sich die gleiche Beschränkung aufzuerlegen. Das hinderte freilich den konservativen Redner Graf Westarp nicht, für seine Partei der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Einsetzung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges unbedingt geboten sei, um einen baldigen, siegreichen Frieden gegen England zu erringen. Umgekehrt erklärte der Sozialdemokrat Dr. David namens seiner Partei, sie sei durch die eingehenden Verhandlungen in der Kommission in der Überzeugung bestärkt, daß durch die uneingeschränkte Anwendung des U-Bootmittels nur der Krieg verlängert und die Erringung eines baldigen Friedens erschwert werden würde. Ebenso scharf platzten die Gegensätze in der Frage der Annexionen, überhaupt der Kriegsziele, aufeinander. Scheidemann betonte: „Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, soll belgisch bleiben, und was deutsch ist, soll deutsch bleiben:" ein Grundsatz, dem die Abgeordneten Bassermann und Graf Westarp heftig widersprachen. Auch auf die Stellungnahme des Reichskanzlers zu den Kriegszielfragen wurde vielfach zurückgegriffen: während Bassermann feststellte, daß die von gewisser Seite beliebte Methode, den Reichskanzler dem Volke so darzustellen, als wenn er im Bann der Pazifisten, der Nichtannexionisten, stände, sich auf keine Weise

mit seinen Reden im Reichstage vertrage, wurde von sozialdemokratischer Seite um so stärker die mehrfach vom Kanzler ausgesprochene Friedensbereitschaft unterstrichen. Überhaupt traten in der Debatte die Persönlichkeit des Kanzlers, die „Vertrauensfrage“, die „Kanzlerfronde“ stark in den Vordergrund. Von den „Treibereien“ gegen Herrn von Bethmann Hollweg rückten die Wortführer aller Parteien mehr oder minder ab; ihre Verderblichkeit gab auch der Abgeordnete Bassermann, ein persönlicher Gegner des Kanzlers, zu, indem er sagte, niemand werde leugnen, daß die Angriffe auf ihn im Auslande zum Teil den Eindruck erweckt hätten, als ob es mit der Einigkeit, mit dem Burgfrieden in Deutschland zu Ende gehe. Man habe im Auslande weitgehende Hoffnungen darauf gebaut. Freilich völlig preisgeben wollten weder Bassermann noch Graf Westarp die Kanzlerfronde, für die der nationalliberale Führer geltend machte, daß zu ihr „wertvollste Teile unseres Volkes“ gehörten, die nur aus rein vaterländischen Gründen zu ihrem Vorgehen getrieben seien. Ausdrücklich aber erklärte Bassermann, daß, soweit nationalliberale Kreise in Opposition gegen den Kanzler ständen, Gründe der inneren Politik und Gründe der Neuorientierung vollständig ausschieden. Für die von dem Kanzler proklamierte Politik der Neuorientierung setzte sich Bassermann ganz entschieden ein, und offenbar war er auch der Überzeugung, daß mit der Durchführung der Losung: Freie Bahn für alle Tüchtigen, nicht bloß ganzer Ernst, sondern auch sofort, noch während des Krieges, Ernst gemacht werden müsse. Ja, er sprach die Hoffnung aus, daß es der Regierung nicht an der erforderlichen Kraft fehlen möge, um die notwendigen inneren Reformen, zu denen er auch eine vorurteilslose und gerechte Beurteilung der Arbeiter einschließlich der Sozialdemokratie rechnete, gegen die zu erwartenden Widerstände durchzusetzen. Wo diese Widerstände zu erwarten waren, das zeigte sich sehr deutlich in der Rede des Grafen Westarp, der sich nicht nur mit dem größten Nachdruck gegen das von dem Abgeordneten Scheidemann entrollte Programm eines demokratisch regierten und organisierten Staates aussprach, sondern auch dringend warnte, an diese Fragen während des Krieges heranzugehen, da dadurch die innere Einigkeit nur aufs schwerste gefährdet werden könne und müsse. Im Effekt, d. h. im mangelnden Vertrauen zu dem Reichskanzler berührte er sich innig mit dem Abgeordneten Haase von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, den weder die Friedensbereitschaft des Kanzlers noch die verheißene Neuorientierung irgend zu befriedigen vermochte. Eine warme Vertrauenskundgebung kam dagegen aus dem Munde des Abgeordneten D. Naumann: „Die Geschichte der vergangenen zwei Jahre durch übermächtige Angriffe hindurch in einer Verteidigung, die heute noch aushalten kann auf der ganzen Linie, ist im Grunde ein Beweis, daß wir unser Vertrauen in dieser harten Zeit nicht vergeblich geschenkt haben. Das bedeutet nicht, daß jede einzelne Handlung der Regierenden durchaus den Beifall dieser Gruppe oder jener Gruppe zu haben braucht, das bedeutet nicht die Zustimmung zur Auswahl jeder einzelnen Person in staatlichen Ämtern, das bedeutet keineswegs eine unbesehene Billigung des für uns zum guten Teil unübersichtlichen Tagewerks der Politik. Das Volk im ganzen sucht, ob es eine ehrliche, sachliche und tapfere Leitung findet, und wenn es den Eindruck hat, daß diese vorhanden ist, dann kennen die Leute ihre Pflicht und tun sie. Man soll sie aber nicht irremachen in diesem Vertrauen, weil dieses Vertrauen absolut notwendig ist für das gemeinsame Gehen in die Schwierigkeiten hinein.“

Im ganzen durfte der Kanzler mit dem Resultat der Debatte vom 11. Oktober wohl zufrieden sein. Es ging dahin, daß nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke sich in der Frontstellung gegen seine Politik, die äußere wie die innere, befestigten, während die nationalliberale Partei, die freilich in der äußeren Politik mehr und mehr von ihm abrückte, wenigstens in der inneren entschieden zu ihm stand. Im Gros des Reichstags war noch durchaus Neigung vorhanden, auf die Mahnungen des Kanzlers zu nationaler Einigkeit zu hören und nach Möglichkeit geschlossen hinter die Regierung zu treten.

Ansprache an die Polenabordnung vom 28. Oktober 1916

Seit im Sommer 1915 die deutschen und die österreichischen Truppen die Grenzen Kongreßpolens im Osten erreicht hatten, drängte die polnische Frage auf eine wenigstens vorläufige Lösung. Wollten die beiden Okkupationsmächte es bis zum Kriegsende verschieben, einer Lösung näherzutreten, so mußten sie damit rechnen, daß die Polen ihre Hoffnungen von ihnen ab und wieder zu den Russen wandten; nicht umsonst hatte der russische Ministerpräsident Goremykin am 1. August 1915 in der Duma die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen angekündigt, die Polen nach dem Kriege das Recht gewähren sollten, frei sein nationales, soziales und wirtschaftliches Leben auf der Grundlage der Autonomie unter dem Zepter des russischen Kaisers auszugestalten. Damals war ja die Erinnerung der Polen an die russische Knechtschaft noch zu frisch, ihre Bereitwilligkeit, sich an die Befreier anzuschließen, naheliegend. Am 8. August erschien ein Manifest des obersten polnischen Nationalrats, das schon die austropolnische Lösung, die Vereinigung des ungeteilten Königreichs Polen mit dem ungeteilten Galizien, forderte. War es für die Mittelmächte unter solchen Umständen nicht geboten, das Eisen, solange es warm war, zu schmieden? Am 19. August 1915 sagte der Reichskanzler im Reichstage: „Ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joche befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann.“ Kurz darauf wurde für das ganze, unter deutscher Verwaltung stehende Gebiet General von Beseler zum Generalgouverneur ernannt. Wie viel unter dessen Leitung für die Ordnung der Dinge in Polen geschehen ist, hat der Reichskanzler in seiner Rede vom 9. Dezember 1915 ausführlich dargelegt. Das allmähliche Fortschreiten der Pläne für die staatliche Neuordnung Polens läßt sich aus der Rede des Kanzlers vom 5. April 1916 abnehmen: „Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die polnische Frage aufzurollen; das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht ... Das Polen, das der russische Tschinownik, noch heftig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher, ein Pole ehrlich für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können.“ Die mehrfachen Zusammenkünfte des Reichskanzlers mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Baron von Burian, im Laufe des Jahres 1916 haben unzweifelhaft vor allem der polnischen Frage gegolten. Die volle Einigung zwischen beiden Staatsmännern im Sinne der Proklamation vom 5. November 1916 ist bei dem Besuche des Reichskanzlers in Wien vom 10. bis 13. August erfolgt. Schon damals bestand die Absicht, mit der Proklamation über die Errichtung des Königreichs vorzuschreiten; sie wurde aber bis zu dem Augenblick hinausgeschoben, wo die militärisch maßgebenden Instanzen die Überzeugung gewonnen haben würden, daß nach dem Erlaß des Manifestes schnell ein großes national-

polnisches Heer zur Unterstützung der Mittelmächte aufzustellen sei. Im Oktober haben diese maßgebenden Stellen den Zeitpunkt für gekommen erachtet und dementsprechend ausdrücklich und energisch den Wunsch ausgesprochen, daß mit der Veröffentlichung nicht weiter gezögert werden möge. Nachdem so alles in die Wege geleitet war, empfing der Reichskanzler am 28. Oktober in Berlin eine polnische Abordnung, unter ihnen den Stadtverordnetenvorsteher und Rektor der Universität Warschau, Dr. von Brudzinski, den ehemaligen Dumaabgeordneten Lempicki, den Vorstand des Hauptkilfsausschusses Grafen Ronikier, den Milizvorsteher Prinzen Radziwill usw. Auf Aufforderung des Reichskanzlers legte der Führer der Abordnung Dr. von Brudzinski, die Wünsche der Polen dar. Sie liefen hinaus u. a. auf die Ernennung eines Regenten zur Ausübung der vollen Regierungsgewalt, auf die Bildung eines provisorischen Staatsrats aus einheimischen polnischen Elementen zwecks Ausarbeitung einer Verfassung und Organisierung der polnischen Staatsverwaltung, und auf die Bildung eines Militärdepartements beim Staatsrate zur Organisierung des künftigen polnischen Heeres. Der Reichskanzler erwiderte darauf:

Meine Herren! Ich habe den Ausdruck Ihrer Wünsche vernommen. Sie begegnen sich in ihrem Endziele mit den Absichten der beiden großen Zentralmächte.

Die beiden verbündeten Kaiserreiche, in deren Hand das Schicksal dieses ungeheuren Krieges in weitem Umfange den Besitz polnischen Landes gelegt hat, sind gewillt, einen polnischen Staat unter einem König mit einer polnischen Armee im festen Anschluß an die Kaisermächte — namentlich auch in militärischer Hinsicht — erstehen zu lassen, einen Staat, innerhalb dessen Grenzen den polnischen Wünschen auf nationales und kulturelles selbständiges Leben der Weg gebahnt werden soll. Solange der Kampf tobt, der alle Lebensverhältnisse erfaßt, wenige Meilen hinter der kämpfenden Front, können die Grenzen dieses Staates nicht festgesetzt und damit auch der Staat selbst nicht fertig konstruiert werden. Erst im Frieden kann das Werk geschaffen und vollendet werden. Darum ist es mir heute nicht möglich, auf die detaillierten Wünsche, die Sie soeben vorgetragen haben, im einzelnen einzugehen. Aber eins werden Sie während der über ein Jahr langen Zeit, in der wir die Verwaltung des Landes führen, erkannt haben: Wir sind bemüht, nicht nur das gesamte Leben des Volkes wiederaufzubauen, soweit das unter den harten Anforderungen, die der Krieg stellt, möglich ist; wir sind auch bestrebt, durch die allmähliche Heranbildung einer polnischen Selbstverwaltung Einrichtungen zu schaffen und fortschreitend immer weiter auszubauen, die die Grundlage und das feste Gefüge für den Augenblick vorbereiten sollen, wo die Bildung des Staates

einmal wird abgeschlossen werden können. Die Vorarbeit, die hier schon jetzt zu leisten ist, muß auf gemeinsamer Tätigkeit im gegenseitigen Verständnis aufgebaut werden. Ebenso wie unser zukünftiges freundnachbarliches Verhältnis in der Gemeinsamkeit der großen Ziele des staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens seine Bestimmung finden wird. Voller Vertrauen darauf haben die verbündeten Kaiserreiche ihren Entschluß gefaßt. Sie geben sich der Gewißheit hin, daß dies Vertrauen auch von polnischer Seite mit Vertrauen erwidert werden wird. Wir hegen dabei die feste Zuversicht, daß die Polen vertrauensvoll ihr Geschick aus den Händen der beiden Kaiserreiche erwarten und selbst Seite an Seite mit uns an der Sicherung des Errungenen und der endgültigen Erreichung des großen Ziels mitwirken werden.

Gott wolle unser Werk zu einem guten Ende führen.

Am 1. November wiederholte der Reichskanzler die der ersten Deputation gemachten Eröffnungen einer Abordnung des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens, bestehend aus dem Rechtsanwalt Makowiecki, dem Schriftsteller Studnicki und dem Professor Humnicki aus Warschau. Zwei Tage darauf wurden die von dem Reichskanzler angekündigten Wahlordnungen für die Städte und Kreisversammlungen des Generalgouvernements Warschau erlassen. Am 5. November folgte das Manifest bezüglich der Errichtung des Königreichs Polen. Näheres darüber in Deutscher Geschichtskalender 1916, II, S. 937 ff.

Über das polnische Manifest kam es im Hauptausschuß des Reichstags am 9. November zu einer eingehenden Debatte. Nach den Ausführungen der Parteiführer zu schließen (vgl. Deutscher Geschichtskalender 1916, II, S. 837 ff.) muß auch der Kanzler in seiner großen Rede vom 9. November die polnische Frage eingehend erörtert haben; vgl. S. 165, 167.

Rede im Hauptausschuß des Reichstags vom 9. November 1916

Die Äußerungen des Reichskanzlers vom 28. September über Deutschlands Friedensziel, die sich so scharf gegen „den Traum englischer Weltherrschaft" als das eigentliche englische Kriegsziel gerichtet hatten (vgl. S. 140), hatten den englischen Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Eduard Grey, von neuem auf den Plan gerufen. Am 23. Oktober hielt er auf einem Essen der Vertreter der ausländischen Presse zu London eine Rede, in der er sich sehr ausführlich über die Vorgeschichte des Krieges verbreitete. U. a. führte er aus: „Deutschland spricht von Frieden, und seine Staatsmänner sprechen heute von Frieden. Welcher Art ist dieser Friede, von dem sie reden? Sie sagen: „Deutschland muß die Gewähr haben, daß es nicht wieder angegriffen wird." Das würde eine logische Äußerung sein, wenn der Krieg über Deutschland heraufbeschworen worden wäre. Aber gerade weil er nicht über Deutschland, sondern von Deutschland über Europa heraufbeschworen wurde, sind es die Verbündeten, die für den künftigen Frieden Bürgschaften erhalten müssen. Im Juli 1914 dachte kein Mensch daran, Deutschland anzugreifen. Es wird gesagt, Rußland habe zuerst mobilisiert. Das ist das, was in Deutschland als Rechtfertigung für die Ansicht ausgeführt wird, daß dieser Krieg von Deutschland aus nicht als Angriffskrieg geführt werde, sondern ihm aufgezwungen worden sei. Rußland aber hat die Mobilisierung, über die sich Deutschland beklagt, erst dann angeordnet, als Deutschland die Konferenz abgelehnt hatte, und auch dann erst, als in Deutschland die Nachricht veröffentlicht worden war, daß Deutschland die Mobilisierung angeordnet habe, und als diese Nachricht nach Petersburg telegraphiert worden war ... Es war die Geschichte von 1870 in neuer Auflage. Die Kriegsvorbereitungen ... sind in Berlin weiter vorgeschritten gewesen als in irgendeinem anderen Lande. Dann, als der gewählte Augenblick eintrat, wurde ein Manöver gemacht, um eines der anderen Länder dazu zu bringen, Schritte zur Verteidigung zu tun, und als dann diese Verteidigungsmaßregeln ergriffen worden war, wurde sie mit einem Ultimatum beantwortet, das den Krieg unvermeidlich machte. Ich hätte nichts lieber, als daß diese Behauptung, daß die russische Mobilisierung zum Angriff und nicht zur Verteidigung bestimmt gewesen sei, und daß andere Mächte oder irgendeine andere Macht als Deutschland mit der Neutralität Belgiens Handel getrieben oder den Plan gefaßt haben, durch Belgien anzugreifen, vor einem unabhängigen und unparteiischen Gerichtshof geprüft würde. — Wenn vier Mächte eine Konferenz anbieten und eine Macht sie zurückweist, sind es dann die Mächte, die die Konferenz anbieten, oder ist es die eine Macht, die sie verweigert, die den Krieg erzwingt? Der Kaiser von Rußland schlug das Haager Schiedsgericht vor. Wenn ein Herrscher das Haager Schiedsgericht vorschlägt und ein anderer das nicht beachtet, ist es dann der Herrscher, der die Verweisung nach dem Haag vorschlägt, der den Krieg erzwingt? Unmittelbar am Vorabend des Krieges gab Frankreich das Versprechen ab, die belgische Neutralität zu achten, wenn Deutschland sie nicht verletzen würde, und wir verlangten ein ebensolches Versprechen. War es die Macht, die dies Versprechen verlangte, und die Macht, die es gab, die für die Verletzung der Neutralität Belgiens verantwortlich ist, oder war es die Macht, die sich weigerte, eine Garantie zu geben? ...

Deutschlands Plan war, Frankreich und Rußland zu schlagen und England zu isolieren und ins Unglück zu stürzen. Wir dürfen niemals vergessen, daß uns angeboten wurde, dem Kriege fernzubleiben. Uns wurde durch den deutschen Geschäftsträger angeboten, unter bestimmten Bedingungen neutral zu bleiben. Man verlangte, wir möchten von der belgischen Neutralität absehen und Deutschland freie Hand lassen, sich von den französischen Kolonien zu nehmen, was es wolle. Das war ein Plan, uns nicht nur zu isolieren, sondern in Verruf zu bringen. Ich frage irgendeinen Neutralen, was die Zukunft unseres Landes gewesen sein würde, wenn die britische Regierung solch Anerbieten angenommen hätte. Wir würden uns die Verachtung der ganzen Welt zugezogen haben. Glücklicherweise war diese grobe Taktik nicht erfolgreich."

Im weiteren Verlauf seiner Rede hatte sich Grey dann der Frage nach der in Zukunft zu befolgenden Politik zugewandt. Als die deutsche Auffassung stellte er unter Berufung auf ein Wort Professor Ostwalds hin, daß Deutschland dem übrigen Europa den Frieden diktieren müsse und daß das Prinzip der absoluten Selbständigkeit der einzelnen Nationen aufgegeben werden müsse. Als englische Auffassung stellte er ein Wort des englischen Premierministers gegenüber: „Wir werden fechten, bis wir die Vorherrschaft und das Recht auf freie Entwicklung unter gleichen Bedingungen erreicht haben, bei dem alle Staaten, große sowohl wie kleine, sich in Übereinstimmung mit ihrer Veranlagung als eine Familie der zivilisierten Menschheit aufbauen können." Nachdem er dann noch für einen Bund der Neutralen zur Verhütung eines neuen künftigen Krieges plädiert hatte, hatte er mit den Worten geschlossen: „Jahrelang vor dem Kriege lebten wir unter dem tiefen Schatten des preußischen Militarismus. Es darf keinen Frieden geben, mit Ausnahme eines Friedens, der darauf abzielt, sicherzustellen, daß die Nationen Europas frei von diesem Schatten leben. Sie wollen leben in freier Luft und in dem Lichte der Freiheit. Dafür kämpfen wir!"

Bei der starken Beachtung, die Greys Rede vom 23. Oktober namentlich auch in der amerikanischen Presse fand, hielt Reichskanzler von Bethmann Hollweg, obwohl er sich von der Fortsetzung der ministeriellen „Friedensgespräche" nicht viel versprechen mochte, es doch für angebracht, der Rede Greys eine große und fulminante Abfertigung zu widmen. Zur Rednertribüne wählte er, da der Reichstag sich am 4. November vertagt hatte, den Hauptausschuß des Reichstags, der zu diesem Zweck auf den 9. November zusammenberufen wurde.

Meine Herren! Der Gang der Reichstagsverhandlungen hat es mir nicht ermöglicht, noch im Plenum das Wort zu Ausführungen allgemeiner politischer Art zu ergreifen. Ich glaube aber, der Bedeutung, welche ich auf diese Ausführungen lege, vollkommen gerecht zu werden, wenn ich sie vor dem Forum des Hauptausschusses mache, und habe deshalb Ihren Herrn Vorsitzenden um die Anberaumung der heutigen Sitzung gebeten.

Meine Herren! Der Kern der eingehenden Besprechungen, welche hier im Hauptausschuß in allen vergangenen Wochen ge-

führt worden sind, ist schließlich immer die Frage nach dem Fortgang und der Beendigung des Krieges gewesen. Bei unseren Feinden ist in der Regel nur von der Fortsetzung des Krieges die Rede. Auch Lord Grey hat davon in seiner Tischrede vor dem Auslandspresseverein gesprochen. Der englische Minister hat dabei ein Wort ausgesprochen, das festgehalten zu werden verdient. Er sagte, man könne nicht oft genug auf den Ursprung des Krieges zurückkommen, denn dieser Ursprung sei von Einfluß auf die Friedensbedingungen. Wenn es wahr wäre, daß der Krieg Deutschland aufgezwungen worden sei, dann sei es nur logisch, wenn Deutschland Sicherheiten gegen einen künftigen Angriff verlange. Das ist ein immerhin bemerkenswertes Eingeständnis. Natürlich folgt alsbald die Behauptung, das Gegenteil der deutschen Darstellung von den Ursachen des Krieges sei richtig, nicht Deutschland sei der Krieg aufgezwungen worden, sondern Deutschland habe Europa den Krieg aufgenötigt.

Bei der grundlegenden Wichtigkeit, die Lord Grey neuerdings dieser Frage auch für die Friedensbedingungen wieder beimißt und die wir ihr immer beigemessen haben, bin ich genötigt, den Tatbestand wieder einmal festzustellen und die Nebel zu zerstreuen, mit denen unsere Gegner den Sachverhalt zu verschleiern suchen. Ihnen gegenüber, meine Herren, kann ich dabei allerdings nur Bekanntes wiederholen.

Der Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war die russische Generalmobilmachung, die in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 angeordnet wurde. Rußland, England, Frankreich — die ganze Welt wußte, daß dieser Schritt uns ein längeres Zuwarten unmöglich machen mußte, daß dieser Schritt gleichbedeutend mit der Kriegserklärung war. In der ganzen Welt, auch in England, beginnt man sich über die verhängnisvolle Bedeutung der russischen Mobilmachung klar zu werden. Die Wahrheit bricht sich Bahn. Ein englischer Gelehrter von Weltruf hat vor einiger Zeit geschrieben: „Viele Leute würden anders über das Kriegsende denken, wenn sie über den Kriegsanfang besser Bescheid wüßten, besonders über den Tatbestand der russischen Mobilmachung."

Kein Wunder, wenn Lord Grey bei seiner neuen Rede an der russischen Mobilmachung nicht vorbeigehen konnte. Er sah sich gezwungen, von der russischen Mobilmachung zu sprechen. Er konnte

nicht mehr bestreiten, daß die russische Mobilmachung der deutschen und der österreichischen Mobilmachung vorausging. Aber da er die Schuld am Kriege von der Entente abwälzen will, macht er den gewagten Versuch, durch eine ganz neue Lesart die russische Mobilmachung als — das Werk Deutschlands hinzustellen. Lord Grey hat ausgeführt: Rußland hat erst mobil gemacht, nachdem in Deutschland ein Bericht erschienen war, daß Deutschland die Mobilmachung befohlen habe, und nachdem dieser Bericht nach Petersburg telegraphiert worden war. Unter Hinweis auf die angebliche Fälschung der Emser Depesche von 1870 fügte er hinzu, daß in dem von uns gewählten Augenblick ein Manöver gemacht worden sei, um ein anderes Land zu einer Verteidigungsmaßnahme zu provozieren, und daß dann diese Verteidigungsmaßnahme von uns mit einem Ultimatum beantwortet worden sei, das den Krieg unvermeidlich gemacht habe.

Es hat 2¹/₄ Jahre gedauert, bis Lord Grey auf diese ebenso neue wie objektiv falsche Lesart der Kriegsursache gekommen ist. Der Vorgang, auf den er anspielt, ist bekannt. Das Dokument, das seiner Beweisführung zugrunde liegt, ist ein Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers".

Die Herren erinnern sich vielleicht, daß am Donnerstag, den 30. Juli 1914, in den frühen Nachmittagsstunden der „Lokalanzeiger" in Form eines Extrablattes die Falschmeldung ausgab, daß Seine Majestät der Kaiser die Mobilmachung befohlen habe. Die Herren wissen auch, daß auf der Stelle der Verkauf dieses Extrablattes polizeilich verhindert und die vorhandenen Exemplare beschlagnahmt worden sind. Ich kann außerdem feststellen, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amts alsbald den russischen Botschafter und gleichzeitig auch alle übrigen Botschafter telephonisch davon unterrichtete, daß die vom „Lokalanzeiger" ausgegebene Nachricht falsch sei. Ebenso wurde die Botschaft alsbald von der Redaktion des „Lokalanzeigers" unterrichtet, daß ein Versehen vorlag.

Ich kann weiter feststellen, daß der russische Botschafter zwar sofort nach Ausgabe des Extrablattes eine chiffrierte Meldung nach Petersburg telegraphiert hatte, die nach dem russischen Orangebuch lautete: „Ich erfahre, daß die Mobilmachungsorder für das deutsche Landheer und die deutsche Flotte soeben verkündet worden

ist;"[1] daß aber diesem Telegramm nach der telephonischen Aufklärung durch den Staatssekretär von Jagow ein zweites in offener Sprache folgte, das lautete: „Ich bitte, mein letztes Telegramm als nichtig zu betrachten. Aufklärung folgt." Wenige Minuten darauf sandte der russische Botschafter in chiffrierter Sprache ein drittes Telegramm, das nach dem russischen Orangebuch besagte, der Minister des Auswärtigen habe ihm soeben in diesem Augenblick telephoniert, daß die Nachricht von der Mobilmachung des Heeres und der Flotte falsch ist, und daß die betreffenden Extrablätter beschlagnahmt worden seien.[2]

Das sofortige Eingreifen des Staatssekretärs von Jagow zur Richtigstellung der falschen Meldung — ein Eingreifen, das in dem offiziellen russischen Orangebuch in dem Telegramm des Botschafters Swerbejew bestätigt wird, widerlegt allein schon die Behauptung Lord Greys, daß wir Rußland absichtlich hätten täuschen wollen, um es zur Mobilmachung zu veranlassen. Ich kann aber auch feststellen, daß nach den Erhebungen der Kaiserlichen Postverwaltung über die Abgangszeiten der drei Telegramme des russischen Botschafters diese nahezu gleichzeitig in Petersburg angekommen sein müssen. Die russische Regierung kann sich also nur einen kurzen Augenblick in dem irrigen Glauben befunden haben, daß in Deutschland die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden sei. Jedenfalls war die Richtigstellung der Falschmeldung bereits erfolgt, ehe die russische Regierung ihrerseits die allgemeine Mobilmachung anordnete. Meine Herren, wir haben kein Tribunal zu scheuen.

Ich kann weiter feststellen, daß die neue Lesart ausschließlich von Lord Grey aufgebracht wird. Die russische Regierung selbst, die doch am besten über die Gründe ihrer Mobilmachung unterrichtet sein mußte, ist niemals auf den Gedanken gekommen, sich für ihren verhängnisvollen Schritt auf das Extrablatt des „Lokalanzeigers" zu berufen.[3] Lord Grey wird, wie ich annehme, den Zaren als

[1] Russisches Orangebuch Nr. 61.
[2] Das. Nr. 62.
[3] Im Suchomlinowprozeß ist allerdings ein Tagebuch des russischen Kriegsministers zur Verlesung gelangt, in dem es unter dem 30. Juli heißt: „Der Befehl des Zaren (zur Anhaltung der russischen Teilmobilisation)

Zeugen nicht ablehnen wollen. Der Zar hat noch am Freitag, dem 31. Juli, zwei Uhr nachmittags, als die Mobilmachungsorder an die sämtlichen russischen Streitkräfte bereits ergangen war, an Seine Majestät den Kaiser auf dessen letzten Friedensappell telegraphiert:

„Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreich-Ungarns Mobilisierung notwendig geworden sind."[1] — Kein Wort vom „Lokalanzeiger", kein Wort von einer deutschen Mobilmachung!

Nur beiläufig erinnere ich daran, daß auch der Hinweis des Zaren auf die angebliche Mobilisierung Österreich-Ungarns keinen Grund für die russische allgemeine Mobilmachung abgeben konnte. Österreich-Ungarn hatte zu der Stunde, als die allgemeine Mobilmachung in Rußland angeordnet wurde, lediglich acht Armeekorps angesichts des Konflikts mit Serbien auf Kriegsfuß gesetzt, und Rußland hatte diese Maßnahme bereits am 29. Juli mit der Mobilmachung von dreizehn Armeekorps beantwortet. Seit dem 29. Juli waren von österreichisch-ungarischer Seite keine weiteren militärischen Maßnahmen ergriffen worden, die Rußland irgendeine Veranlassung zu der der Kriegserklärung gleichkommenden allgemeinen Mobilmachung hätten geben können. Erst nachdem die allgemeine Mobilmachung in Rußland erfolgt war, ist Österreich-Ungarn — am Vormittag des 31. Juli — auch seinerseits zur allgemeinen Mobilmachung übergegangen.

Wir unsererseits haben selbst dann noch Langmut und Geduld geübt bis zur äußersten Grenze der Rücksicht auf unsere eigene Existenz und der Verpflichtung

---

bleibt wirkungslos. — Ein Uhr mittags. Eintreffen einer Depesche des russischen Botschafters über deutsche Mobilisation. Russische Gesamtmobilmachung erklärt." Hiernach gewinnt es volle Wahrscheinlichkeit, daß die Einwilligung des Zaren zur Gesamtmobilmachung von seinen Ratgebern in der Weise erschlichen wurde, daß ihm nur das erste Telegramm des Botschafters Swerbejew mit der falschen Nachricht der deutschen Mobilmachung, nicht aber das zweite Telegramm mit dem Widerruf der Meldung unterbreitet wurde. Nur bei dieser Annahme, die ja den sich der Hintergehung des Zaren geradezu rühmenden militärischen Ratgebern des Zaren in keiner Weise zu nahe tritt, wird der plötzliche Umschwung in der Haltung des Zaren, der bisher dunkel geblieben ist (vgl. R. Hoeniger, „Untersuchungen zum Suchomlinowprozeß", Deutsche Rundschau, April 1918, S. 38 f., 72), sofort und vollkommen begreiflich.

[1] Deutsches Weißbuch (1915) S. 8.

gegenüber unserem Bundesgenossen. Wir hätten ja schon am 29. Juli, als Rußland gegen Österreich mobilisierte, auch unsererseits mobilisieren können. Der Wortlaut unseres Bündnisses mit Österreich-Ungarn war bekannt.[1] Niemand hätte unsere Mobilisation als eine aggressive bezeichnen können. Wir haben es nicht getan. Aber auch auf die Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilmachung haben wir zunächst nur mit der Verkündigung des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr geantwortet, die noch nicht Mobilmachung bedeutet. Wir haben das der russischen Regierung mitgeteilt und hinzugefügt, daß die Mobilmachung folgen müsse, falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstelle und uns hierüber bestimmte Erklärung abgebe.[2] Wir haben damit Rußland, selbst als das Schicksal des Krieges durch seine Schuld bereits unabwendbar schien, noch einmal eine Frist gegeben, sich zu besinnen und im letzten Augenblick den Weltfrieden noch zu retten. Wir haben auch Rußlands Verbündeten und Freunden durch diesen Aufschub im letzten Augenblick noch einmal die weltgeschichtliche Möglichkeit gegeben, auf Rußland zugunsten des Friedens einzuwirken. Es war umsonst. Rußland ließ uns ohne Antwort. England verharrte gegenüber Rußland in Schweigen. Frankreich leugnete durch den Mund seines Ministerpräsidenten gegenüber unserem Botschafter noch am Abend des 31. Juli die Tatsache der russischen Mobilmachung einfach ab[3] und verfügte seine Mobilmachung einige Stunden früher, als wir unsererseits zur Mobilmachung schritten.[4]

Was übrigens den angeblich defensiven Charakter der russischen Gesamtmobilmachung betrifft, so will ich hier ausdrücklich feststellen, daß bei Ausbruch des Krieges 1914 noch eine im Jahre 1912 erlassene allgemeine Anweisung der

---

[1] Er ist bekanntlich am 3. Februar 1888 im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Art. 1 lautete: „Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.“

[2] Deutsches Weißbuch Nr. 43.

[3] Französisches Gelbbuch Nr. 117.

[4] Der Befehl für die allgemeine Mobilmachung erging in Frankreich am Nachmittag des 1. August um 3,40 Uhr, in Deutschland kurz nach 5 Uhr.

russischen Regierung für den Mobilmachungsfall in Kraft war, die wörtlich folgende Stelle enthält:

„Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist."[1]

Gegen Deutschland, meine Herren! 1912 gegen Deutschland!

Es ist unerfindlich, wie angesichts dieses aktenmäßigen Tatbestandes Lord Grey der Welt und seinem eigenen Lande mit der Geschichte von dem Manöver kommen kann, mit dem wir dem friedfertigen Russen die Mobilmachung gegen seinen Willen durch plumpe Täuschung über unsere eigenen Maßnahmen entlockt hätten!

Nein, meine Herren, die Wahrheit ist: Nie und nimmer hätte Rußland den Entschluß zu dem verhängnisvollen Schritt gefaßt, wenn es nicht von der Themse her durch Handlungen und Unterlassungen zu diesem Schritt ermutigt worden wäre.

Ich erinnere an die Sachlage zu der Stunde, als Rußland den Befehl der allgemeinen Mobilmachung erließ.

Bekannt ist die Instruktion, die ich am 30. Juli an unseren Botschafter nach Wien gegeben habe.[2] In dieser Instruktion habe ich der österreichisch-ungarischen Regierung eine unmittelbare Verständigung mit Rußland dringend nahegelegt und ausdrücklich ausgesprochen, daß Deutschland nicht wünsche, durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineingezogen zu werden. Lord Grey weiß auch genau, daß ich einen von ihm unserem Botschafter am 29. Juli gemachten Vermittlungsvorschlag, der mir als eine geeignete Grundlage für die Erhaltung des Friedens schien, mit der entschiedensten Befürwortung nach Wien weitergegeben habe.[3]

Ich habe damals nach Wien telegraphiert:

„Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, stehen wir vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen An-

[1] Der Wortlaut des ganzen Aktenstücks s. Deutscher Geschichtskalender 1916, II, S. 836 f.

[2] Der Reichskanzler hatte sie in der Reichstagsrede vom 19. August 1915 bekanntgegeben. Vgl. S. 54.

[3] Das ergibt schon das Österreichisch-Ungarische Rotbuch Nr. 51.

zeichen nach nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Österreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberständen. Deutschland würde infolge der Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zufallen. Das politische Prestige Österreich-Ungarns, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere."

Die österreichisch-ungarische Regierung entsprach unseren eindringlichen Vorstellungen, indem sie ihrem Botschafter in Berlin folgende Weisung gab:

„Ich ersuche Eure Exzellenz, dem Staatssekretär von Jagow für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, gern bereit seien, dem Vorschlag Sir Edward Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten. Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nehme, und daß das englische Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns gerichtete russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselbe aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßregeln in Galizien sofort wieder rückgängig machen würden."[1]

Dem stelle ich folgende Schritte Lord Greys gegenüber: Am 27. Juli 1914 gab er auf die Bemerkung des russischen Botschafters in London, in deutschen und österreichisch-ungarischen Kreisen bestehe der Eindruck, daß England ruhig bleiben werde, die Antwort:

---

[1] Im Österreichisch-Ungarischen Rotbuch nicht enthalten, seinem genauen Inhalt nach aber schon aus Nr. 51 ersichtlich.

„Dieser Eindruck wird durch die Befehle beseitigt, die wir der ersten Flotte gegeben haben."[1]

Am 27. Juli gab Grey von seiner vertraulichen Warnung an unseren Botschafter in London, daß Deutschland auf rasche Entschlüsse Englands, d. h. seine Teilnahme am Kriege gegen uns, gefaßt sein müsse, sofort dem französischen Botschafter Kenntnis.[2]

Konnte Lord Grey annehmen, daß eine solche Eröffnung an den französischen Botschafter dem Frieden dienen würde? Mußte der Franzose diese Eröffnung nicht als Zusage der Waffenhilfe für den Kriegsfall ansehen? Mußte Frankreich dadurch nicht ermutigt werden, Rußland die seit Tagen dringend verlangte Zusage der unbedingten Kriegsgefolgschaft zu geben? Und mußte Rußland nicht durch die Sicherheit der englischen und französischen Bundesgenossenschaft in seiner Kriegsabsicht aufs äußerste bestärkt werden?

Die russische Antwort auf das Morgengespräch des Lord Grey ließ in der Tat nicht auf sich warten. Am Abend desselben Tages, des 29. Juli, beauftragte Herr Sasonow den russischen Botschafter in Paris, der französischen Regierung die aufrichtige Dankbarkeit für die ihm von dem französischen Botschafter gemachte Erklärung auszusprechen, daß Rußland voll und ganz auf die Unterstützung des verbündeten Frankreich rechnen könne.[3]

Also Rußland stand in der Nacht vom 30. zum 31. Juli vor der Tatsache der durch unsere Einwirkung herbeigeführten Nachgiebigkeit Österreich-Ungarns, die den Weg zur Erhaltung des Friedens freimachte; es stand gleichzeitig vor der durch die Eröffnung Lord Greys an Herrn Paul Cambon gewährleisteten Sicherheit der englischen und französischen Waffenhilfe, eine Sicherheit, die ihm überhaupt erst die Möglichkeit des Krieges gab. Es wählte die Mobilmachung und damit den Krieg.

Wer ist nun schuld an dieser schicksalschweren Entscheidung? Wir, die wir dem Wiener Kabinett mit Nachdruck die äußerste Nachgiebigkeit und die Annahme eines englischen Vermittlungsvorschlags empfahlen? Oder das britische Kabinett, das Frankreich und Ruß-

[1] Englisches Blaubuch Nr. 47.

[2] Bestätigt durch das Französische Gelbbuch Nr. 63 und 66 und das Englische Blaubuch Nr. 46 und 58. Vgl. H. Oncken in „Deutschland und der Weltkrieg". 2. Aufl., II, S. 640 f.

[3] Russisches Orangebuch Nr. 58.

land in der kritischen Stunde seine Waffenhilfe in Aussicht stellte?

Lord Grey hat von diesen entscheidenden Dingen nicht gesprochen, dafür aber die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer auf Nebensachen abgelenkt. Das Haager Schiedsgericht, das der Zar anbot,[1] klingt ja äußerlich sehr bedeutungsvoll. Aber es wurde angeboten, als bereits die russischen Truppen gegen uns in Bewegung gesetzt waren. Seinen eigenen Konferenzvorschlag — ich habe das wiederholt im Reichstag ausgeführt[2] — hatte Lord Grey selbst zugunsten unserer Vermittlung zurückgestellt. Und Belgien? Ehe auch nur ein einziger deutscher Soldat seinen Fuß auf belgischen Boden gesetzt hatte, hat Lord Grey dem französischen Botschafter nach dessen Bericht an seine Regierung wörtlich erklärt:

> „Falls die deutsche Flotte in den Kanal einfahren oder die Nordsee passieren sollte, in der Absicht, die französische Küste oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen — zu beunruhigen, meine Herren! — würde die britische Flotte eingreifen, um der französischen Marine ihren Schutz zu gewähren, in der Art, daß von diesem Augenblick an England und Deutschland sich im Kriegszustand befinden würden."[3]

Kann derjenige, der das Auslaufen unserer Flotte als Casus belli erklärte, wirklich noch im Ernst behaupten, einzig und allein die Verletzung der belgischen Neutralität habe England gegen seinen Willen in den Krieg getrieben?

Und schließlich die Behauptung, wir hätten, um England vom Kriege fernzuhalten, der britischen Regierung das unwürdige Angebot gemacht, sie möge zur Verletzung der belgischen Neutralität die Augen zudrücken und uns freie Hand lassen, die französischen Kolonien wegzunehmen! Ich fordere Lord Grey auf, in seinem Blaubuch und in seinen Akten den Sachverhalt nachzuprüfen. Ich habe in dem ernsten Bestreben, den Krieg zu lokalisieren, dem britischen Botschafter in Berlin schon am 29. Juli zugesichert, daß wir unter Vor-

[1] Deutsches Weißbuch Nr. 4.
[2] Vgl. S. 53, 105.
[3] Französisches Gelbbuch Nr. 143; Englisches Blaubuch Nr. 148.

aussetzung der Neutralität Englands die territoriale Integrität Frankreichs gewährleisteten.[1] Am 1. August hat der Fürst Lichnowsky dann Lord Grey gefragt, ob im Falle einer Verpflichtung Deutschlands, die Neutralität Belgiens zu achten, England sich seinerseits zur Neutralität verpflichten könne; er stellte ferner in Aussicht, daß im Falle der englischen Neutralität die Integrität nicht nur des französischen Mutterlandes, sondern auch der französischen Kolonien garantiert werden könne.[2] Er gab in meinem Auftrag die Zusicherung, daß wir bereit seien, auf einen Angriff auf Frankreich zu verzichten, falls England die Neutralität Frankreichs verbürgen wolle.[3] In letzter Stunde noch machte ich die Zusage, daß, solange England sich neutral verhalte, unsere Flotte die französische Nordküste nicht angreifen und — unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit — keine feindlichen Operationen gegen die französischen Handelsschiffe vornehmen werde.

Lord Grey hatte auf all dies nur die Antwort: er müsse endgültig jedes Neutralitätsversprechen ablehnen, und er könne nur sagen, daß England sich die Hände freizuhalten wünsche.[4] Hätte England diese Neutralitätserklärung abgegeben, so wäre es nicht, wie Lord Grey meint, der Verachtung der ganzen Welt preisgegeben worden, sondern es hätte sich damit das Verdienst erworben, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Auch hier frage ich: Wer hat den Krieg gewollt? Wir, die wir England jede erdenkliche Sicherheit nicht nur für unmittelbare englische Interessen, sondern auch für Frankreich und Belgien zu geben bereit waren, oder England, das jeden unserer Vorschläge ablehnte und sich weigerte, seinerseits irgendeinen Weg zur Erhaltung des Friedens zwischen unseren beiden Ländern auch nur anzudeuten?

Meine Herren, ich wiederhole: Alle diese Dinge sind von der deutschen Regierung teils in meinen Reden, teils in amtlichen Publikationen so oft dargestellt worden, daß es mir, nachdem der Krieg nun über zwei Jahre wütet, im Grunde widerstrebt, diese retrospektiven Betrachtungen zu erneuern. Aber es handelt sich nicht um Polemik. Wir alle haben das größte Interesse daran, den immer

---

[1] Englisches Blaubuch Nr. 85.

[2] Englisches Blaubuch Nr. 123.

[3] S. das Telegramm des Reichskanzlers an Fürst Lichnowsky vom 1. August. Deutsches Weißbuch S. 46.

[4] Englisches Blaubuch Nr. 123.

wieder künstlich genährten Glauben, als sei Deutschland der Angreifer gewesen, so gründlich als möglich zu zerstören. Und trifft vollends Lord Greys Ansicht zu, daß die Erkenntnis über die wahren Ursachen des Krieges für seine Beendigung und für die Friedensbedingungen von großer Bedeutung ist, so weisen meine Worte doch auch auf die Zukunft hin.

Lord Grey hat sich endlich ausführlich mit der Zeit nach dem Frieden, mit der Gründung eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens beschäftigt. Auch dazu will ich einige Worte sagen. Wir haben niemals ein Hehl aus unseren Zweifeln gemacht, ob der Frieden durch internationale Organisationen wie Schiedsgerichte dauerhaft gesichert werden könne. Die theoretischen Seiten des Problems will ich hier nicht erörtern. Aber praktisch werden wir jetzt und im Frieden zu der Frage Stellung nehmen müssen. Wenn bei und nach der Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß. Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen und an seiner möglichen Verwirklichung mitarbeiten. Das um so mehr, wenn der Krieg, wie wir zuversichtlich erwarten, politische Zustände hervorbringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, kleiner wie großer, gerecht werden. Dabei wird das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung nicht bloß auf dem Festland, sondern auch auf dem Meere zur Geltung zu bringen sein. Davon hat Lord Grey allerdings nicht gesprochen. Die internationale Friedensbürgschaft, die ihm vorschwebt, scheint mir überhaupt einen eigenartigen, auf die speziellen englischen Wünsche zugeschnittenen Charakter zu haben. Während des Krieges haben nach seinem Willen die Neutralen zu schweigen und jeden Zwang der englischen Weltherrschaft auf dem Meere geduldig hinzunehmen.

Nach dem Kriege, wenn England, wie es meint, uns aufs Haupt geschlagen und über die Welt nach seinem Willen neu disponiert haben wird, dann sollen sich die Neutralen zu Garanten der neuen

englischen Weltordnung zusammenschließen. Zu dieser Weltordnung wird auch folgendes gehören. Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, daß England und Frankreich bereits im Jahre 1915 Rußland die territoriale Herrschaft über Konstantinopel, den Bosporus und das Westufer der Dardanellen mit Hinterland zugesichert und Kleinasien unter den Ententemächten aufgeteilt haben.[1] Die englische Regierung ist Anfragen, die ihr hierüber im Parlament gestellt worden sind, ausgewichen. Aber diese Pläne der Entente sind doch wahrscheinlich auch für den Völkerfriedensbund, der sie später garantieren soll, von Interesse.

So sehen die Annexionsabsichten unserer Gegner aus, wozu auch noch Elsaß-Lothringen kommt, während ich bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet habe.[2]

Eine solche Gewaltpolitik kann nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbunde abgeben. Eine solche Gewaltpolitik steht in krassem Widerspruch mit dem von Lord Grey und Herrn Asquith angestrebten Idealzustande, in dem das Recht über die Macht herrscht, und alle Staaten, die die Familie der zivilisierten Menschheit bilden, ob groß oder klein, sich unter gleichen Bedingungen und in Übereinstimmung mit ihren natürlichen Anlagen frei entwickeln können.

Will sich die Entente ernstlich auf diesen Boden stellen, dann sollte sie auch konsequent danach handeln. Tut sie das nicht, dann bleiben auch die erhabensten Worte über Friedensbund und einträchtiges Zusammenleben der Völkerfamilie Schall und Rauch.

Die erste Vorbedingung für eine Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichts und des friedlichen Ausgleichs entgegenstehender Gegensätze wäre, daß sich keine aggressiven Koalitionen mehr bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbund beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält. Die Geschichte der internationalen Beziehungen vor dem Kriege liegt klar vor den Augen

[1] Vollinhaltlich bestätigt durch die russischen Geheimdokumente, insbesondere durch das Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen vom Sommer 1915. Hanson, „Geheimdiplomatie“, S. 32 ff.

[2] Vgl. S. 87, 97.

aller Welt. Was führte Frankreich an Rußlands Seite? Elsaß-Lothringen. Was wollte Rußland? Konstantinopel. Warum schloß sich England ihnen an? Weil ihm Deutschland in friedlicher Arbeit zu groß geworden war. Und was wollten wir? Grey sagt, Deutschland habe mit seinem ersten Angebot der Integrität Belgiens und Frankreichs die Erlaubnis Englands erkaufen wollen, von den französischen Kolonien zu nehmen, was ihm beliebte.[1] Selbst dem hirnverbranntesten Deutschen ist nicht der Gedanke gekommen, über Frankreich herzufallen, um ihm seine Kolonien zu nehmen. Nicht das war das Verhängnis Europas, sondern daß die englische Regierung französische und russische Eroberungsziele begünstigte, die ohne einen europäischen Krieg nicht zu erreichen waren. Diesem aggressiven Charakter der Entente gegenüber hat sich der Dreibund stets in Defensivstellung befunden. Kein ehrlicher Beurteiler kann das leugnen. Nicht im Schatten des preußischen Militarismus hat die Welt vor dem Kriege gelebt, sondern im Schatten der Einkreisungspolitik, die Deutschland niederhalten sollte.

Gegen diese Politik, mag sie diplomatisch als Einkreisung, militärisch als Vernichtungskrieg, wirtschaftlich als Weltboykott in die Erscheinung treten, haben wir von Anfang an in der Verteidigung gestanden. Das deutsche Volk führt diesen Krieg als Verteidigungskrieg, zur Sicherung seines nationalen Daseins und seiner freien Fortentwicklung. Niemals ist etwas anderes von uns behauptet, etwas anderes gewollt worden. Wie ließe sich auch sonst diese Entfaltung von Riesenkräften, dieser unerschöpfliche, zum letzten entschlossene Opfermut erklären, der unerhört in aller Menschengeschichte ist? An der Hartnäckigkeit des feindlichen Kriegswillens, dem das Aufgebot militärischer und materieller Hilfskräfte aus aller Welt dienstbar gemacht wird, hat sich unsere Widerstandskraft

---

[1] Nach dem Bericht Sir E. Goschens vom 29. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 85) hätte der Kanzler, der bereit war, im Fall der britischen Neutralität die Integrität des französischen Gebiets zu garantieren, diese Erklärung nicht auf die französischen Kolonien ausdehnen wollen. Am 1. August stellte aber Fürst Lichnowsky Sir Edward Grey in Aussicht, daß nicht bloß die Integrität Frankreichs, sondern auch die seiner Kolonien garantiert werden könne. (Englisches Blaubuch 123.) Es ist bezeichnend, daß Sir E. Grey, der das erste Angebot des deutschen Kanzlers so schroff abgelehnt hat (Blaubuch 101), auch das erweiterte Angebot einer Garantie des gesamten französischen Besitzstandes von sich wies.

zu immer härterer Entschlossenheit gestählt. Was England noch an Kräften einsetzen mag — auch Englands Machtgebot hat seine Grenzen — es ist bestimmt, an unserem Lebenswillen zu scheitern. Dieser Wille ist unbezwingbar und unverwüstlich. Wann unseren Feinden die Erkenntnis kommen wird, das warten wir in der Zuversicht ab, daß sie kommen muß.

Es scheint, daß die Rede des Reichskanzlers vom 9. November — so muß man wenigstens aus der ihr folgenden Debatte schließen —, sich auch über das Manifest zur Polenfrage vom 5. November ausgelassen hat, doch ist dieser Teil der Kanzlerrede nicht zur Veröffentlichung gelangt. Nachträglich ist durch die „Deutsche Warschauer Zeitung" vom 24. November, die sich gegenüber dem durch ein Flugblatt verbreiteten apokryphen Wortlaut der Kanzlerrede auf einen „vorliegenden Text" berufen kann, ein Passus aus ihr bekanntgegeben worden. Er lautet danach:

„Wir sind vor die Lage gestellt, ob wir den Versuch wagen wollen, Polen in den Kreis der Zentralmächte des Westens hinüberzuziehen, oder ob wir den Versuch scheuen. Wagen wir ihn nicht, dann ist meiner Überzeugung nach das Schicksal Polens, von Rußland aufgesaugt zu werden, absolut besiegelt. Werden hingegen die Polen dem Westen zurückgegeben und an den Platz gestellt, auf den sie nach ihrer ganzen geschichtlichen, nach ihrer kulturellen Entwicklung und, was ich speziell hervorheben möchte, auch nach ihrem religiösen Bekenntnis gehören, dann wird für uns eine Verteidigungslinie gegen den Osten geschaffen, deren Vorzüge militärisch, politisch und wirtschaftlich gegenüber dem alten Zustand unschätzbar sind."

Von den Ausführungen des Reichskanzlers in der Rede vom 9. November fanden diejenigen über die Kriegsursachen in der nachfolgenden Debatte bei allen Parteien volle Zustimmung. Der Vertreter der Konservativen erklärte, was der Kanzler über die Kriegsursachen gesagt habe, sei überzeugend und wert, im Inlande und Auslande verbreitet zu werden; freilich würden unsere Feinde, die sich auch durch unwiderlegliche Tatsachen nicht überzeugen lassen wollten, es auch nach diesen Ausführungen nicht tun. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion urteilte, die Diskussion der Schuldfrage falle um so günstiger aus, je gründlicher man sich in sie vertiefe. Ein anderer Sozialdemokrat meinte, es wäre besser gewesen, wenn manches, was über die Schuldfrage erklärt worden sei, schon eher bekanntgegeben worden wäre, wie die zweite Instruktion nach Wien. Der russische Befehl von 1912 müsse endgültig das Märchen zerstören, daß Rußland der angegriffene Teil gewesen sei. Und selbst der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärte den russischen Mobilisationsbefehl von 1912 für ein wichtiges Dokument zur Schuldfrage; zur vollen Klärung wünschte er freilich auch die gesamten Verhandlungen zwischen Deutschland

und Österreich veröffentlicht zu sehen. Der Sprecher der nationalliberalen Fraktion fand, die Darlegungen des Kanzlers hätten dankenswerte Klarheit über die letzten Vorgänge vor dem Kriege gebracht, und es sei zu wünschen, daß sie weite Verbreitung im Auslande fänden. Ebenso der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei: Die historischen Vorgänge seien in der Rede des Kanzlers außerordentlich glücklich und wirkungsvoll zusammengestellt. Das Gedächtnis auch mancher Staatsmänner für die tatsächlichen Vorgänge sei außerordentlich schwach.

Auch in bezug auf das, was der Reichskanzler über die Gründung eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens gesagt hatte, gingen die Erklärungen der Parteiführer nicht wesentlich auseinander. Im Prinzip wurde der Schiedsgerichtsidee von allen Seiten zugestimmt. Der Redner der sozialdemokratischen Partei nannte es ein gutes Programm, daß wir uns an die Spitze einer Koalition stellen wollten, die den Krieg verhindern solle. Wärmer äußerte sich noch der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei: Seine Freunde seien damit einverstanden, daß internationale Friedensbindungen stattfänden. Er sei froh, daß der Reichskanzler so deutlich ernste Mitarbeit versprochen habe. Vielleicht sei das von größerer Bedeutung, als man sich im Augenblick vorstelle. Es sei gut, daß unsere Friedensliebe so klar und unzweideutig festgestellt sei. Erst müßten natürlich die Konsequenzen aus dem gezogen werden, was uns angetan sei. Eine Weltordnung im englischen Sinne und nach englischen Wünschen dürfe es nicht geben. Auch der nationalliberale Redner erklärte das Einverständnis seiner Freunde damit, daß die deutsche Politik jeden Versuch zur Schaffung eines internationalen Friedensbundes prüfe und eifrig daran mitarbeite; doch betonte er, Lebensinteressen könnten, wie ja auch die bekannte Ehrenklausel besage, nicht der internationalen Entscheidung unterworfen werden. Natürlich dürfe nicht alles auf die englischen Interessen zugeschnitten werden, auf die englische Herrschaft über die Neutralen und über das Meer. Die deutschen Interessen dürften keinesfalls durch die englische Übermacht geschädigt werden; für unser Vorgehen müßten immer die deutschen Interessen ausschlaggebend sein. Ähnlich verband der Zentrumsredner mit der prinzipiellen Zustimmung zu jedem ehrlichen Versuch, den Frieden in Zukunft zu sichern, das Verlangen nach einem besseren Schutz unserer Grenzen. Der Vertreter der konservativen Partei endlich erklärte: Wie die Dinge heute liegen, könne auch er dem Gedanken beipflichten, daß wir ehrlich versuchen müßten, an internationalen Friedensabmachungen mitzuwirken. Der Vorschlag allerdings, den Grey in dieser Beziehung mache, sei nicht annehmbar, denn Grey wolle doch nur einen Bund schaffen, der Deutschland politisch isolieren, militärisch vernichten und wirtschaftlich boykottieren solle. Ein Bund mit dem Ziele, Friedensstörer im Zaume zu halten, sei erstrebenswert. Entscheidend für die Erreichung dieses Zieles werde letzten Endes die Machtstellung sein, die wir in dem uns aufgezwungenen Verteidigungskriege erkämpfen.

Stark auseinander klafften auch diesmal wieder die Ansichten der verschiedenen Parteien über die von dem Kanzler berührte belgische und polnische Frage. Während die sozialdemokratischen Redner jede Annexion verwarfen und sich mit Entschiedenheit dagegen wandten, daß Belgien unehrenhafte Bedingungen auferlegt würden, die nur eine Verständigung hindern könnten, betonte doch schon der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei: Wenn auch seine Freunde eine Annexion Belgiens nicht wünschten,

so dürfe es doch nicht der Tummelplatz englischer Machtbestrebungen auf dem Kontinent werden. Der englische Einfluß müsse zugunsten des deutschen zurückgeschnitten werden. Zwischen diesen beiden Gesichtspunkten gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, über die eine Auseinandersetzung erfolgen werde. Der nationalliberale Redner erinnerte gegenüber der Äußerung des Reichskanzlers, daß er niemals von einer Annexion Belgiens gesprochen habe, an dessen früheren Ausspruch, daß der status quo ante nicht wiederkehren könne, und daß wir reale Garantien haben müßten, daß Belgien nicht der Brückenkopf für englische Machtpläne auf dem Kontinent sein dürfe. Ebenso bezog sich der Zentrumsredner auf die frühere Erklärung Dr. Spahns, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse. Auch der konservative Vertreter unterstrich, daß wir sorgen müßten, Belgien nicht wieder als ein Einfallstor benutzen zu lassen; er sei aber auch dafür, das Land als eine Stärkung unserer Machtstellung zur See nutzbar zu machen. Hinsichtlich des polnischen Problems äußerte der konservative Redner Zweifel, ob das Ziel, den Anschluß Polens an die Zentralmächte zu sichern, erreicht werden würde, und ob der jetzige Augenblick der richtige gewesen sei, um diesen Teil der Friedensverhandlungen vorwegzunehmen. Im Gegensatz dazu begrüßte der Zentrumsredner die Proklamation vom 9. November als einen hochherzigen Entschluß; doch betonte er, selbstverständlich sei sie in erster Linie bestimmt, unseren Interessen zu dienen; es sei sogar Pflicht eines leitenden Staatsmannes, diesen Gesichtspunkt in klarer, kalter Erwägung in den Vordergrund treten zu lassen. Im übrigen dürften die Auslassungen der Redner zur polnischen Frage in dem Bericht über die Ausschußsitzung nur sehr verkürzt wiedergegeben sein.

Die Stellungnahme der deutschen Presse zu der Kanzlerrede vom 9. November entsprach in allem wesentlichen der der Wortführer der Parteien im Hauptausschuß. Die Ausführungen Herrn von Bethmann Hollwegs über die Vorgeschichte des Krieges und die Schuldfrage wurden in ihrer durchschlagenden Wirkung überall gewürdigt, nur die „Deutsche Tageszeitung" wollte sie überflüssig finden. Auch die Äußerungen des Kanzlers zur Frage der Friedenssicherungen nach dem Kriege fanden durchweg auch in konservativen Blättern, wieder nur mit Ausnahme der „Deutschen Tageszeitung", sympathische, freilich nicht vorbehaltlose Aufnahme. Umstritten wurden im wesentlichen nur die Worte über Belgien, die in der „Kreuzzeitung" und dem „Vorwärts" übereinstimmend als ein endgültiger Verzicht auf Belgien gedeutet, von anderen Blättern aber energisch gegen eine solche Auslegung in Schutz genommen wurden. Die Mehrheit der Blätter fand jedenfalls trotz der Unbestimmtheit der Wendungen über Belgien das deutsche Friedensprogramm klar und fest umrissen. Die „Kölnische Zeitung" kennzeichnete es mit folgenden Worten: „Das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung nicht bloß auf dem Festland, sondern auch auf dem Meer soll zur Geltung gebracht, es sollen Zustände geschaffen werden, die der freien Entwicklung aller Nationen, kleiner wie großer, gerecht werden. Und so fügte der Kanzler für alle, die Ohren haben, zu hören, hinzu, die Annexion Belgiens habe er niemals als Deutschlands Absicht bezeichnet. Das sind wenige Sätze, aber sie sind inhaltschwer und deutlich, denn sie geben für jeden, der den Frieden ehrlich will, eine sichere und zielbewußte Grundlage für Verhandlungen. Die freie Entwicklung aller, Großer und Kleiner, zu Wasser und zu Land, das ist Deutschlands Friedensziel ... Nun, wo das Wort gesprochen, warten wir den Widerhall ab, warten wir ab, ob die anderen die Plattform

für den Frieden, die der Kanzler des Deutschen Reichs ihnen unterbreitet, betreten oder ob sie es auch jetzt noch vor ihren Völkern und der Geschichte verantworten wollen, das Blutvergießen fortzusetzen."

Um es kurz zu sagen, der Widerhall, den die Kanzlerrede vom 9. November in der Ententepresse fand, war ein mißtönender. „Daily Chronicle" schrieb: „Die Zeit ist vorüber, in der Deutschland sich an die Spitze des Beratungstisches der Welt setzen konnte. Soll die vorgeschlagene Liga überhaupt irgendeinen Zweck haben, so muß sie aus Nationen bestehen, die Verträge ehren und einander trauen können. Für Deutschland kann kein Raum in einer solchen Liga sein." „Daily News" erklärten, es sei schon etwas gewonnen, wenn Deutschland, sei es auch nur auf dem Papier, sich bereit zeige, mit anderen Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuarbeiten. „Es ist aber ein wenig zu spät dafür, und es wird jedenfalls einige Zeit dauern, bevor die Welt bereit sein wird, die Nation, welche in Belgien einbrach, als Wahrer des Friedens zu begrüßen, das kann aber niemals der Fall sein, solange es sich durch das Mißtrauen und den Argwohn, welche die Rede des Reichskanzlers erfüllen, beherrschen läßt." „Daily Telegraph" sprach es aus, die Verbündeten lehnten es ab, Friedensbedingungen zu erörtern, solange der Sieg noch nicht errungen sei. „Sobald die Deutschen die Friedensbedingungen berühren, begegnen wir immer wieder der falschen Auffassung, daß Deutschland eine vorherrschende Stellung in Europa und der Welt einnehmen müsse." Ebenso höhnte die „Westminster Gazette": „Deutschland will sogar seine Zustimmung zu einem Friedensbund erklären, aber man muß wohl verstehen, daß es sich selbst an dessen Spitze zu setzen wünscht. „Deutschland über alles". Als einziges englisches Organ hob die Londoner Wochenschrift „Nation" hervor, „die starke Versicherung des Kanzlers, daß er wirklich am 30. Juli die berühmte Depesche nach Wien gesandt hat, und die nun der Öffentlichkeit übergebene zweite Depesche mit der starken Empfehlung der Greyschen Vermittlungsformel ist folgenschwer. Wir können sie nur als höchst gewichtig betrachten."

Suchte sich die ganze Ententepresse nach dem Vorbild der englischen auf alle Weise dem starken Eindruck der Kanzlerrede zu entziehen, so gab sich die neutrale Presse ihm um so williger hin. Offen erkannte die dänische Zeitung „Politiken" an: „Von allen Reden, die während des Krieges von leitenden Staatsmännern gehalten worden sind, ist Bethmann Hollwegs letzte Rede die bemerkenswerteste, gerade weil sie von deutscher Seite kommt, und sie ist diejenige, die am weitesten in die Zukunft hineinzeigt, indem sie Hoffnungen auf eine neue Ordnung der Gesellschaft erweckt, wo die Grundsätze des Friedens triumphieren." Die schwedische Zeitung „Stockholms Dagblatt", die auch die Enthüllungen des Kanzlers zur Vorgeschichte des Krieges durchschlagend fand, stellte einen Vergleich zwischen den Schlußworten Bethmann Hollwegs und denen einer von Asquith an demselben 9. November gehaltenen Guildhallrede („Der Friede wird ein solcher sein müssen, der aufgebaut ist auf einer sicheren und festen Grundlage und Bürgschaft für die Schwachen, für die Freiheit Europas und für die zukünftige Freiheit der Welt") an und meinte, Asquiths Äußerungen über die freie Zukunft der ganzen Welt seien vielleicht schöner, aber sie hätten unverkennbar einen utopischen Klang, der von der trockenen Versicherung des Reichskanzlers, daß Deutschland auszuhalten gedenke, entschieden absteche. Die norwegische Zeitung „Verdensgang" erklärte, ebenso wie man das Deutschland von 1914 gefürchtet hätte, werde man ein Deutschland willkommen

heißen, das entsprechend den Verheißungen von 1916 mit den anderen Mächten zusammenarbeiten wolle. Auch in den schweizer und in den holländischen Blättern wurden die Bethmannschen Äußerungen über die Bürgschaften für einen kommenden Frieden usw. mit großer Genugtuung als eine Hoffnung und ein Mittel, dem Frieden näher zu kommen, begrüßt; in Amerika, das sich gerade in den Wirren der Präsidentenwahl befand, wurden sie nicht nach Gebühr beachtet. Vgl. die Äußerungen des Kanzlers zu dem Vertreter des „New York American", Dr. W. Hale, vom 28. November über die Aufnahme der Rede vom 9. im Auslande, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 2. Dezember. Der Kanzler betonte vor allem, gegenüber der Tendenz der englischen Presse, hinter seinen Worten über die Bereitwilligkeit Deutschlands, sich an die Spitze eines internationalen Völkerbundes zu setzen, versteckte und verwerfliche Tendenzen zu suchen, daß diese seine Worte „nichts anderes bedeuten als eine aufrichtige und lebhafte Erklärung Deutschlands, an der Sicherung des Weltfriedens mitzuarbeiten".

Ansprache an die zum sechzigsten Geburtstage des Reichskanzlers gratulierende Volksmenge, 28. November 1916

Am 29. November vollendete der Reichskanzler sein sechzigstes Lebensjahr. Am Abend des 28. versammelte sich vor dem Reichskanzlerpalais eine größere Menschenmenge, um den Kanzler zu beglückwünschen. Als das Lied „Ein feste Burg ist unser Gott" angestimmt wurde, erschien der Reichskanzler am Fenster. Ein Herr — es war der Universitätsprofessor Geh. Justizrat Kahl — trat aus der Menschenmenge hervor, begrüßte den Reichskanzler in warmen patriotischen Worten, an die Nacht des 1. August erinnernd und die Einigkeit und den Siegeswillen des deutschen Volkes betonend, und brachte zum Schluß ein Hoch auf den Reichskanzler aus.

Der Reichskanzler erwiderte etwa folgendes:

Ich danke Ihnen tiefbewegten Herzens für die schönen Lieder und Ihre herzlichen Worte, für die freundliche Gesinnung, die Sie hierher geführt hat. Diese Gesinnung ist doch nur ein Ausdruck der grenzenlosen Hingabe und Liebe für unser Volk, die uns alle eint und uns mit Gottes Hilfe gegen Tod und Teufel schützt. Sie haben den ernsten Ruf gehört, der in diesen Tagen an unser Volk ergeht, den Ruf zur Arbeit,[1] damit es unseren Kämpfern nicht an Waffen fehle, dem Volk daheim nicht am Notwendigen. Kriegsdienst, Hilfsdienst am Vaterland sei heute unser aller Schaffen! Wie es in Geibels Liede heißt, in dem Liede von den drei Riesen am Schmiedefeuer: „Zur rechten Stunde sei das Werk getan, das Schwert des Siegs hat Eile." Alle müssen, alle werden dem Rufe folgen. Der Geist jener heißen Augustnacht, der Sie soeben gedachten, er lebt noch heute auch im trüben November. Dann werden wir die schwere Zeit, die auf Land und Volk lastet, in dem Gedanken an unsere Söhne und Brüder, die draußen fechten und bluten, sterben und siegen, siegreich bestehen, heiligen Zorn im Herzen und das Vaterland, das niemand zertrümmern kann, solange ein Deutscher lebt. „Das Reich muß uns doch bleiben!" In solcher Stunde drücken wir unsere Gefühle am besten in dem Rufe aus: Seine Majestät der Kaiser, um den wir uns alle scharen, der an der Spitze unserer Kämpfer draußen das deutsche Volk siegreich durch diesen Sturm führt, er lebe hoch!

---

[1] Anspielung auf den vom Bundesrat am 21. November angenommenen und dann im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf über den vaterländischen Hilfsdienst.

Begeistert fiel die Menge ein und stimmte das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an.

Auch im Reichstage, an dem gerade am 29. November die erste Beratung des Hilfsdienstgesetzes auf der Tagesordnung stand, wurde des sechzigsten Geburtstags des Reichskanzlers gedacht. Der Reichskanzler fand auf seinem Platze einen Blumenstrauß, auf den der Präsident des Reichstags mit einigen beglückwünschenden Worten hinwies. Darauf erwiderte Herr von Bethmann Hollweg:

„Ich danke dem Herrn Präsidenten und dem ganzen Reichstag für die freundlichen Worte, die ich soeben gehört habe. Ich nehme diese Blumen an als ein glückverheißendes Symbol für das deutsche Volk (lebhaftes Bravo), für das allein mein Herz schlägt.“ (Erneutes lebhaftes Bravo.)

Reichstagsrede vom 29. November 1916

Die Zusammenarbeit des Heeres an der Front und der Heimat, die der Reichskanzler in seinen Reden so oft gepriesen hatte, verlangte nach einem gesetzgeberischen Ausdruck. Die Grundlage dazu wurde Anfang November 1916 durch die Schaffung des Kriegsamts im preußischen Kriegsministerium gelegt, an dessen Spitze der württembergische Generalmajor Gröner gestellt wurde. Dieser nahm sofort die Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern über die Gestaltung der „Hilfsdienstpflicht" auf.[1] Am 14. November konnte der Gesetzentwurf nebst den Richtlinien für die Ausführungsbestimmungen dem Bundesrate vorgelegt werden; am 21. November erhielten beide die Zustimmung des Bundesrats. In den Beratungen des Hauptausschusses, die am 23. November begannen, fand indessen der Gedanke der Regierung, das Gesetz in der Form eines weiten, zugleich aber sehr kurzen Mantels von vier Paragraphen zu fassen und alles andere den Richtlinien und den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zu überlassen, nicht die Billigung der Volksvertreter; vielmehr drängte man fast allseitig darauf, daß der Umfang der Sicherheiten, die gegen Übergriffe und Willkürlichkeiten bei der Durchführung des Gesetzes ins Auge gefaßt waren, in dem Gesetz selbst ausgedrückt werde. Die Regierung gab den Wünschen der Volksvertretung nach; schon am 27. November lag dem Hauptausschuß ein neuer Gesetzentwurf von achtzehn Paragraphen vor, der im Reichsamt des Innern auf Grund der Ausschuß- und Fraktionsberatungen ausgearbeitet war. Der neue Entwurf, der den wesentlichsten Teil der Richtlinien dem Gesetz einfügte und außerdem neue Bestimmungen über Arbeiterausschüsse und Schiedsstellen vorsah, wurde am 27. und 28. November vom Ausschuß beraten. Am 29. November fand die erste Beratung im Plenum statt. Der Reichskanzler leitete sie mit einigen Worten der Einführung ein:

Meine Herren, das Gesetz, das Ihnen vorliegt, werden meine Nachbarn, der Herr Staatssekretär des Innern und der Herr Kriegsminister, näher begründen. Mir gestatten Sie nur einige wenige Worte der Einführung.

Der unersättliche Krieg rast weiter. Unsere Feinde wollen es so. Sie feiern diesen Sommer als einen für sie siegreichen. Haben sie etwa ihren Willen durchgesetzt? Unsere Linien sind ungebrochen, und Rumänien, das den großen Umschwung bringen sollte, zahlt seine Buße. (Bravo!) Gott hat bis hierher geholfen, er wird weiter helfen. (Erneutes Bravo.) Die fast übermenschlichen Taten unserer Truppen, an die kein Wort des Dankes heranreicht (lebhafte Zu-

[1] Näheres darüber in „Der vaterländische Hilfsdienst. Erläuterungen und Materialien zum Gesetze über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916. Auf Veranlassung des Kriegsamts herausgegeben von Eugen Schiffer und Joh. Junck (1917)"; „Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916" (Guttentagsche Sammlung deutscher Reichsgesetze Nr. 125), 1917.

stimmung und Beifall), und das gute Gewissen, daß wir als die ersten und die einzigen bereit waren und bereit sind, den Krieg durch einen unser Dasein und unsere Zukunft sichernden Frieden zu beenden, gibt uns das Recht zu dieser Zuversicht.

Aber, meine Herren, wir wollen über diesem Recht unsere Pflicht nicht vergessen. Unsere Feinde wollen den Frieden noch nicht. An Menschenzahl sind sie uns weit überlegen, und fast die ganze Welt liefert ihnen Kriegsmaterial. Was das heißt, das zeigen die Kämpfe an der Somme. Industrie und Organisation werden mit jedem Tage, den der Krieg länger dauert, immer entscheidender für das Ende. (Sehr richtig!) Jede Hand, die daheim Geschütze und Geschosse schafft, ersetzt einen Mann, schützt ein junges Leben im Schützengraben. Jede Hand, die daheim feiert, hilft dem Feind. Das ist die Mahnung, die uns jeder Heeresbericht zuruft, die uns in Herz und Gewissen dringt. Die Motive dieses Gesetzes sind nicht am grünen Tische erdacht, sie sind draußen im Trommelfeuer der Fronten geboren.

Meine Herren, wir haben den Grundgedanken des Gesetzes und die Organisation, zu der das Gesetz führt, mit Vertretern der beteiligten Berufskreise, dann mit dem Hauptausschuß dieses hohen Hauses durchgesprochen und beraten. Der hingebenden und gründlichen Tätigkeit des Hauptausschusses verdanken wir die wertvollste Vorarbeit, die uns zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluß führen möge. Je tiefer die Arbeit in den Gegenstand eindrang, um so klarer trat die Größe der Aufgabe hervor, die gesamte Volkskraft für die Kriegswirtschaft zu organisieren. Gewaltig sind die Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Aber sind sie nicht gering gegen die Gewaltsamkeit dieses Krieges? (Sehr richtig!) Die Möglichkeit des Zwanges mußte vorgesehen werden. Eherne Notwendigkeit verlangt eisernen Willen. Die Möglichkeit des Zwanges soll den festen Boden geben, auf dem wir stehen müssen, um hinter den kämpfenden Armeen organisch eine Armee der Arbeit aufzubauen. Gelingen aber kann das Werk nur, wenn es sich darstellt als das Ergebnis nicht des Zwanges, sondern der freien Überzeugung des ganzen Volks (sehr richtig! rechts, im Zentrum und links), wenn Industrie und Landwirtschaft, wenn Arbeiter und Unternehmer und vor allem ihre bewährten Organisationen (Bravo! links) sich ihm freiwillig hingeben und widmen. (Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und links.)

Daß dies eintreten wird, meine Herren, auch das dürfen wir mit Zuversicht erwarten, dafür bürgt uns der Sinn, mit dem sich das ganze Volk seit dem ersten Tag auf den Krieg eingestellt hat, dafür bürgen uns die großen Leistungen, die dieser Sinn doch schon bisher hervorgebracht hat. Der Geist, der alle im Lande zu Beginn des Kriegs beflügelte, mitzuwirken und mitzuhelfen, wo es auch sei —, dieser Geist wird aufs neue aufgerufen, und, meine Herren, jeder unter uns weiß, daß er sich dem Rufe nicht versagen wird. Wenn draußen Hunderttausende in der Verteidigung des Vaterlandes verbluten, dann wird der Mann daheim nicht das letzte Opfer gebracht zu haben meinen, wenn er tatenlos die Mühen erträgt, die der Kriegszustand mit sich bringt. Dann wird er es als seine Pflicht vor dem Vaterlande, vor den Kämpfern, vor den gefallenen Helden betrachten, seine Kraft an dem Platze einzusetzen, wo sie für den Kriegszweck am nützlichsten wirkt.

Meine Herren, über die Einzelheiten des Gesetzes mögen die Meinungen auseinandergehen, mag der eine dieses verurteilen, der andere jenes vermissen. Aber dieses Gesetz, für die Kriegszeit geschaffen, soll doch ein Zeugnis dafür sein, daß wir für alle Zeit festhalten wollen den Geist gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Hilfsbereitschaft, der uns in der schwersten Not unseres Volkes zusammengeführt hat, und auf dem allein sich eine Zukunft aufbauen kann, stark nach außen und frei nach innen. (Bravo! rechts und links.)

Im Namen der verbündeten Regierungen bitte ich Sie, meine Herren: helfen Sie an dem Werk, das uns neue Kraft bringen und uns damit dem Sieg und dem Frieden zuführen soll. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Nach dem Reichskanzler ergriffen zunächst der Kriegsminister und der Staatssekretär Dr. Helfferich, im weiteren Verlauf der Debatte neben den Vertretern der Parteien in besonders wirkungsvoller Weise auch der Generalleutnant Gröner das Wort. Schon am 30. November fand — in zwölfstündiger Sitzung — die zweite, am 2. Dezember die dritte Lesung des Gesetzes statt. Der Grundgedanke des Gesetzes fand bei allen Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft volle Zustimmung; doch wurde um manche Einzelbestimmungen lange und erbittert gerungen. Namentlich fanden die Paragraphen über die Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen, weiter die Bestimmung, daß allgemeine Verordnungen zu dem Gesetz nicht dem Bundesrat allein überlassen sein sollen, sondern an die Zustimmung eines vom Reichstag aus seiner Mitte gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern gebunden seien, auf der Rechten lebhaften Widerspruch. Schließlich stimmten auch die Konservativen, die die Rede des Kanzlers mit kühlem Schweigen aufgenommen hatten, dem Gesetz

zu, das mit 235 gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen wurde. Die „Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes" war, wie der Generalleutnant Gröner in seinem Schlußwort aussprach, mit diesem Gesetz proklamiert.

Daß die Erörterungen in der Presse sich weniger den kurzen Einleitungsworten des Reichskanzlers als dem Inhalt und der Bedeutung der Vorlage selbst zuwandten, begreift sich. Konservative Blätter, wie die „Kreuzzeitung", verloren kein Wort über die Rede. Dafür trug sie dem Kanzler ein warmes Glückwunschtelegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ein: mit „tiefer Bewegung und großer Genugtuung" habe er sie gelesen. Auch im Auslande fand die Rede des Kanzlers volle Beachtung; freilich war die Ententepresse gleich bei der Hand, in ihr einen Widerspruch zu den früheren Äußerungen des Kanzlers über die Friedensbereitschaft Deutschlands zu suchen. Dies voraussehend, hatte der Kanzler schon in seiner Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten W. Hale (vgl. S. 169) betont, das Hilfsdienstgesetz bedeute in keiner Weise eine Zurücknahme seiner Worte vom 9. November oder eine Verleugnung der Anschauung, die er seit über einem Jahr im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes ausgesprochen habe.

Reichstagsrede vom 12. Dezember 1916

In seiner Antwort auf die sozialdemokratische Friedensinterpellation vom 9. Dezember 1915 hatte der Reichskanzler noch jedes Friedensangebot weit von sich gewiesen. „Solange die Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Machthabern besteht und ihre Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die den Krieg nicht abkürzt, sondern verlängert. Erst müssen die Masken fallen.“ Im Laufe des Jahres 1916 hatte sich aber die Lage stark gewandelt. Um die Jahreswende waren die Hoffnungen der Entente noch auf eine Änderung der Kriegskarte gerichtet gewesen. Seither war eine Hoffnung nach der anderen, auf die große russische, auf die westliche Offensive, auf Rumäniens Eintritt in den Krieg, auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Mittelmächte zuschanden geworden; seit dem Herbst 1916 standen die Mittelmächte vielmehr in einer Position da, die ihnen volle und größere Sicherheit als je zuvor bot. Unter diesen Umständen durften sie hoffen, daß ein Friedensangebot ihnen nicht mit Erfolg als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könne. Die Anregung zu einem solchen ist, wie der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza im ungarischen Reichstage am 12. Dezember erklärt hat, von der österreichisch-ungarischen Regierung ausgegangen, und zwar schon im Oktober 1916: „Unser Minister des Äußeren hat sich deswegen mit den Bundesgenossen in Verbindung gesetzt, und diese Anregung ist sympathisch aufgenommen worden. Im vollsten Einvernehmen und nach reiflicher Überlegung haben sich sämtliche Mächte des Vierbundes entschlossen, das Friedensangebot zu stellen.“ Man wird annehmen dürfen, daß die Zusammenkunft des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußeren, Baron v. Burian, mit dem Reichskanzler im deutschen Hauptquartier am 18. Oktober diesem Zwecke gegolten hat. Der Deutsche Kaiser hat, wie aus seinem Schreiben an den Reichskanzler vom 31. Oktober hervorgeht, den Vorschlag reiflich überlegt. Den Ausschlag gab bei ihm die Stärke seines sittlichen Gefühls. „Den Vorschlag zum Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutralen — von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen. Legen Sie mir bald die Noten vor und machen Sie alles bereit.“ In der zweiten Dezemberwoche war alles bereit. Als am 9. Dezember der Reichstagspräsident ganz unerwartet den Reichstag zu einer Sitzung zusammenberief, ging die Ahnung bedeutungsvollsten Geschehens durch das Volk. Selten ist einer Rede des Reichskanzlers mit solcher Spannung entgegengesehen worden als der, zu der zu Anfang der Sitzung vom 12. Dezember das Wort ergriff.

Meine Herren, in der Hoffnung auf baldige, neue, günstige Ereignisse im Felde lag der Grund, warum der Reichstag nicht auf längere Zeit vertagt, sondern Ihrem Herrn Präsidenten anheimgegeben wurde, den Tag der nächsten Vollsitzung zu bestimmen. Diese Hoffnung hat sich fast über Erwarten schnell erfüllt.

Ich will kurz sein. Die Taten sprechen. Rumäniens Eintritt in den Krieg sollte unsere und unserer Verbündeten Stellung im Osten aufrollen. Gleichzeitig sollte die große Offensive an der Somme unsere Westfront durchbrechen, sollten erneute italienische Anstürme Österreich-Ungarn lahmlegen. Die Lage war ernst. Mit Gottes Hilfe haben unsere herrlichen Truppen einen Zustand geschaffen, der uns volle und größere Sicherheit bietet als je zuvor. (Lebhafter Beifall.) Die Westfront steht. Sie steht nicht nur, sie ist trotz des rumänischen Feldzuges mit größeren Reserven an Menschen und Material ausgestattet, als sie es früher war. (Erneuter lebhafter Beifall.) Gegen alle italienischen Diversionen ist sehr nachdrücklich vorgesorgt. Und während an der Somme und auf dem Karst Trommelfeuer erdröhnte, während die Russen gegen die Ostgrenze Siebenbürgens anstürmten, hat Feldmarschall Hindenburg in genialer Führung ohnegleichen und mit Truppen, die im Wetteifer aller Verbündeten in Kampf und Marschleistung das Unmögliche möglich gemacht haben (starker Beifall), die ganze Westwallachei und die feindliche Hauptstadt genommen.[1] (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Und Hindenburg rastet nicht! Die militärischen Operationen gehen weiter! (Bravo!) Zugleich ist mit den Schlägen des Schwertes unsere wirtschaftliche Versorgung fester fundiert worden. (Beifall.) Große Vorräte an Lebensmitteln, an Getreide, Öl und sonstigen Gütern sind in Rumänien in unsere Hand gefallen. (Bravo!) Ihre Abführung ist im Gange. Trotz aller Knappheit wären wir auch mit dem Eigenen ausgekommen. Jetzt steht auch unsere wirtschaftliche Sicherheit außer aller Frage. (Lebhafter Beifall.) Den großen Geschehnissen auf dem Lande reihen sich vollwürdig die Heldentaten unserer Unterseeboote an. (Erneuter stürmischer Beifall.) Das Hungergespenst, das unsere Feinde gegen uns aufrufen wollten, das werden sie nun selbst nicht wieder los. (Bravo!)

Meine Herren, als nach Verlauf des ersten Kriegsjahres Seine Majestät der Kaiser sich in öffentlicher Kundgebung an das deutsche Volk wandte, sprach er das Wort: „Großes Erleben macht ehrfürchtig und im Herzen fest.“[2] Niemals ist unser Kaiser, ist unser Volk anderen Sinnes gewesen. Auch jetzt nicht. Geniale

---

[1] Bukarest fiel bekanntlich am 6. Dezember.

[2] Kundgebung des Kaisers an das deutsche Volk vom 31. Juli 1915. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, 75 f.

Führung und unerhört heldenhafte Leistungen haben eherne Tatsachen geschaffen. Auch die innere Ermüdung, mit der unsere Feinde rechneten, war ein Trugschluß. Mitten im Drange des Kampfes draußen hat der Reichstag in dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst eine neue Schutz- und Trutzwehr schaffen helfen. Hinter dem kämpfenden Heer steht das arbeitende Volk. (Bravo!) Die Riesenkraft der ganzen Nation ist wirksam für das eine gemeinsame Ziel. Nicht eine belagerte Festung, wie unsere Feinde es sich dachten, aber ein einziges gewaltiges, festgeordnetes Heerlager mit unerschöpften Hilfsmitteln, das ist das Deutsche Reich (Bravo! rechts), treu und fest im Bunde mit den kampferprobten Waffenbrüdern unter den österreichisch-ungarischen, den türkischen und den bulgarischen Fahnen. (Erneutes Bravo rechts.)

Unbeirrt durch die Reden unserer Feinde, die uns bald Welteroberungspläne, bald verzweifelte Angstrufe nach Frieden andichteten, sind wir entschlossen dahingeschritten. Und schreiten so weiter. Immer bereit, uns zu wehren und zu schlagen für das Dasein unseres Volkes, für seine freie und gesicherte Zukunft, immer bereit, um diesen Preis die Hand zum Frieden zu bieten. (Bravo! links.) Denn unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volk, vor der Menschheit. (Erneute Zustimmung links.)

Unseren bisherigen Erklärungen der Friedensbereitschaft sind die Gegner ausgewichen. Jetzt sind wir einen Schritt weitergegangen.

Nach der Verfassung lag am 1. August 1914 auf Seiner Majestät dem Kaiser persönlich der schwerste Entschluß, den je ein Deutscher zu fassen gehabt hat, der Befehl der Mobilmachung, der ihm durch die russische Mobilmachung abgerungen wurde. Während dieser langen und schweren Kriegsjahre bewegte den Kaiser der einzige Gedanke, wie einem festgesicherten Deutschland nach siegreich gefochtenem Kampf wieder der Friede bereitet werde. Niemand kann das besser bezeugen als ich, der ich die Verantwortung für alle Regierungshandlungen trage. In tiefstem sittlichen und religiösen Pflichtgefühl gegen sein Volk und darüber hinaus gegen die Menschheit hält der Kaiser jetzt den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen. Seine Majestät hat deshalb in vollem Einvernehmen und in Gemeinschaft mit seinen hohen Verbündeten den Entschluß gefaßt, den feindlichen

Mächten den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen. (Lebhafter, wiederholter Beifall links und in der Mitte.)

Meine Herren, ich habe heute morgen den Vertretern derjenigen Mächte, die unsere Rechte in den feindlichen Staaten wahrnehmen, also den Vertretern von Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz, eine entsprechende, an alle feindlichen Mächte gerichtete Note mit der Bitte um Übermittlung übergeben. Das gleiche geschieht heute in Wien, in Konstantinopel und in Sofia. Auch die übrigen neutralen Staaten und Seine Heiligkeit der Papst werden von unserem Schritt benachrichtigt.[1]

Die Note hat folgenden Wortlaut:

> Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zwei und einem halben Jahr in einem großen Teil der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihren wertvollsten Errungenschaften. Sie droht den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen.
>
> Deutschland und seine Verbündeten, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampf ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zu der Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.
>
> Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte

---

[1] S. die betreffenden Schriftstücke, ebenso die Antworten der Neutralen wie der Entente bei R. Piloty, „Das Friedensangebot der Mittelmächte" (1917). S. 2 ff.

und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen (Bravo! rechts), zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten (Bravo! links) und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. (Erneutes Bravo.) Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden, und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab. (Wiederholter stürmischer Beifall. Händeklatschen auf den Tribünen. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Herren, im August 1914 rollten unsere Gegner die Machtfrage des Weltkrieges auf. Heute stellen wir die Menschheitsfrage des Friedens. (Bravo! links und in der Mitte.) Wie die Antwort unserer Feinde lauten wird, warten wir mit der Ruhe ab, die uns unsere innere und äußere Kraft und unser reines Gewissen verleiht. (Bravo!) Lehnen die Feinde ab, wollen sie die Weltenlast von allem Schrecklichen, was danach noch folgen wird, auf sich nehmen, dann wird bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz aufs neue in heiligem Zorn aufflammen gegen Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden keinen Einhalt tun wollen. (Bravo! links und in der Mitte.)

In schicksalsschwerer Stunde haben wir einen schicksalsschweren Entschluß gefaßt. Er ist durchtränkt von dem Blute von Hunderttausenden unserer Söhne und Brüder, die ihr Leben gelassen haben für der Heimat Sicherheit. Menschenwitz und Menschenhand können

in diesem Völkerringen, das alle Schrecknisse irdischen Lebens, aber auch alle Größe menschlichen Mutes und menschlichen Willens in nie gesehener Weise enthüllt hat, nicht bis an das letzte heranreichen. Gott wird richten. Wir wollen furchtlos und aufrecht unsere Straße ziehen, zum Kampf entschlossen, zum Frieden bereit. (Wiederholtes Bravo links und in der Mitte. — Händeklatschen auf den Tribünen und im Hause. — Glocke des Präsidenten.)

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Spahn, dem allerdings die Abgeordneten Bassermann, Graf Westarp und — Ledebour widersprachen, wurde mit großer Majorität die Vertagung des Reichstags unmittelbar nach der Rede des Kanzlers beschlossen, so daß es zu einer Erörterung derselben nicht kam.

Zu der Aufnahme der Kanzlerrede im Reichstag und zur Vertagung bemerkte das „Berliner Tageblatt": „Der Eindruck der Kanzlerrede war im Reichstage selbst ungewöhnlich stark. Selbst auf die Kreise, die über den Inhalt der Rede, wenigstens in ihren Grundzügen, schon vorher unterrichtet waren, übte sie eine tiefe Wirkung aus. Die Abstimmung über den Vertagungsantrag wurde vielfach für ein Vertrauensvotum für den Kanzler und die Reichsregierung aufgefaßt. Für die Vertagung, also für den Verzicht auf jede Erörterung über die Mitteilungen des Kanzlers stimmten das Zentrum, die Fortschrittspartei und die Polen geschlossen und die Sozialdemokraten in ihrer großen Mehrheit. Für den nationalliberal-konservativen Antrag (Bassermann-Westarp) auf Eröffnung einer Diskussion stimmten, durch Sitzenbleiben, die ganze Rechte, die Nationalliberalen, eine kleine Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Die Gründe für die Haltung der Minderheit sind, wie wir erfahren, keineswegs einheitlich. Man wird z. B. die Motive der Rechten und der Nationalliberalen einigermaßen richtig einschätzen, wenn man annimmt, daß auch diese Parteien nicht gegen eine Friedensaktion, auch nicht gegen eine Aktion in diesem Augenblicke sind, daß sie aber gleichzeitig mit dem Friedensvorschlag auch etwas von den Friedensbedingungen hören wollten und darum eine Aussprache verlangten ... Auch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft will dem Kanzler und der Regierung nicht in den Arm fallen, aber sie will auch bei dieser Gelegenheit noch einmal ihren, wenn man so sagen darf, „Zimmerwalder Standpunkt" vertreten, der sich gegen jede Gebietserweiterung, wie immer sie auch beschaffen sein mag, wendet und sich für einen Frieden auf der Grundlage des völligen status quo ante ausspricht." Nach dem „Vorwärts" wäre der Kanzlerrede stürmischer, demonstrativer Beifall gefolgt, „aber dem scharfen Beobachter bleibt es nicht verborgen, daß ein Teil des Hauses, namentlich die Rechte, nicht daran teilnimmt." Demgegenüber betonte die „Kölnische Zeitung", die den Eindruck der Kanzlerrede ausführlich schildert: „Es wird nicht angehen, heute mechanisch zu bewerten, ob Beifall oder Widerspruch da oder dort schwächer oder stärker eingesetzt hat ... Aus der Verzeichnung teilweisen Beifalls könnte die Folgerung naheliegen, daß gewissen Ausführungen von einzelnen Parteien widersprochen werde. Dem ist nicht so. Man wird sagen können, daß die mit historischer Sorgfalt, mit hinreißender Kraft neben nüchterner Überlegung, durchweg aber in gleichmäßig edler Formenschönheit geführte Sprache des Kanzlers jedem Hörer aus der Seele gegriffen

war, daß es keinen Parteigänger gibt, der nicht Zug um Zug den Aufbau der Rede mit seiner Zustimmung begleitet. Die Meinungen gehen lediglich darüber auseinander, ob diese Rede, ob diese Friedensaktion der verbündeten Mächte jetzt schon Ereignis hätte werden sollen oder erst im weiteren Fortgang der Entwicklung."

Eine Nachprüfung der deutschen Zeitungsstimmen zur Kanzlerrede vom 12. Dezember ergibt, daß ihre Aufnahme doch eine geteilte war. Den „Alldeutschen Blättern", die die Begründung des Friedensangebots „geradezu durchtränkt von der angeblich verlernten ‚Sentimentalität', von Mystizismus und der Berufung auf Menschheits- und Kulturinteressen — Dingen, die mit den harten Notwendigkeiten praktischer Politik nun und nimmer in Einklang zu bringen sind", fanden, und den „Berliner Neuesten Nachrichten" gab die Rede Veranlassung zu scharfen Angriffen auf den Kanzler. Erhebliche Bedenken knüpfte auch die „Deutsche Tageszeitung" an die Rede. „Wir hätten in ihr schon eine deutlichere Betonung der Tatsache gewünscht, daß wir unser Friedensangebot als Sieger machen; das Wort siegreich kommt in ihr erst bei dem Ausblick für den Fall, daß unsere Feinde das Angebot ablehnen. Ebenso hätten wir es für wünschenswert, ja notwendig gehalten, zu betonen, daß der Friede uns für die gewaltigen Opfer des Krieges entschädigen muß, und daß unsere Ansprüche mit jedem Tage wachsen müssen und wachsen werden, um den der Wille unserer Feinde den Krieg verlängert. Man hätte ferner wohl von vornherein erwarten können, daß die Regierung einen derartigen Schritt benutzen werde, um ... wenigstens einem Kreise von Vertrauensmännern des deutschen Volkes ihre Kriegsziele endlich in festeren Umrissen als bisher zu zeigen ... Auf jeden Fall aber hätte die Regierung dem Reichstage jetzt Gelegenheit geben müssen, die Wünsche des deutschen Volkes für unsere Friedensforderungen zum Ausdruck zu bringen. Die Rede des Reichskanzlers gibt für unser Kriegsziel nur eine abstrakte Formel, indem sie eine „feste und gesicherte Zukunft" für unser Volk verlangt ...; um so mehr wäre es schon angebracht gewesen, daß wenigstens den Vertretern der Reichstagsparteien Gelegenheit gegeben wurde, diese allgemeinen Formeln mit konkretem Inhalt zu füllen." Auch die „Kreuzzeitung" vermißte eine Klarstellung der deutschen Friedensbedingungen als Korrelat zum Friedensangebot: „Wir nehmen an, daß unsere Regierung sich ein klares Bild darüber gemacht hat, wie der Frieden aussehen muß, und sich über ihn mit unseren Bundesgenossen verständigt hat. Wir geben gern zu, daß sie im jetzigen Augenblick dieses Friedensprogramm nicht öffentlich entwickeln kann. Eine andere Frage aber ist es, ob sie nicht in der Lage gewesen wäre, unter der Hand Vertreter der öffentlichen Meinung, vor allem des Parlaments, von ihren Plänen und Entschlüssen in Kenntnis zu setzen." In dieselbe Kerbe hieb eine offizielle Erklärung der konservativen Fraktion des Reichstags vom 13. Dezember. Als einziges konservatives Blatt begrüßte der „Reichsbote" das Friedensangebot, von dem er eine große psychologische Wirkung, zwar nicht auf die Regierungen der Ententeländer, wohl aber auf die Völker, die feindlichen wie die neutralen, erwartete. Ebenso maß Georg Bernhard, der doch längst nicht mehr zu den Anhängern des Reichskanzlers zählte, in der „Vossischen Zeitung" dem Friedensangebot, das er die Tat eines ganz Starken nannte, eine große psychologische Bedeutung unabhängig von dem praktischen Erfolge bei: „Die Völker der Feinde, aber ebenso die Neutralen ringsum in der Welt hören, daß Deutschland bereit ist, dem Morden ein Ende zu machen. Die

Neutralen erfahren, daß es nicht an uns liegt, wenn sie noch weiter die ungeheuren Lasten der Mobilisierung zu tragen haben ... Sie erfahren, daß nicht wir es sind, auf die sie die Verantwortung für die empfindliche Einengung abwälzen können, unter der ihr Handel und ihre Schiffahrt leiden. Sie mögen sich nunmehr an die wenden, die den Krieg gewollt haben, wenn sie jetzt nun auch seine Fortsetzung wollen."

Der moralische Erfolg des Friedensangebots war in der Tat in der gesamten neutralen Welt ein großer. Die „Züricher Zeitung" schrieb: „Wie viel an Dank und Zuneigung kann sich der Staat, der zum erstenmal ernsthafte Schritte zur Erreichung dieses Ziels — des Friedens — unternimmt, erwerben. Gerade Deutschland, das in der ganzen Welt als der Vertreter der militärischen, den Krieg verherrlichenden Gesinnung galt, wird bei den Neutralen zweifellos einen Stein im Brett erhalten, wenn es nun zuerst zum Frieden die Hand bietet ... Die Entente wird schon dadurch allein in eine schwierige Situation kommen. Auf ihr wird nun nach dem Urteil vieler die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges lasten." — Von den dänischen Blättern bemerkte „Kjoebenhavn": werde das Friedensangebot abgelehnt, so werde Deutschland mit einem gewissen Reservefonds von Sympathien rechnen können, wenn es, was unzweifelhaft seine Absicht sei, den Krieg, besonders den unterseeischen, mit äußerster Rücksichtslosigkeit fortsetze. Ebenso „Berlinske Tidende": „Sollte der Versuch fehlschlagen, dann hat Deutschland jedenfalls „un beau geste" gemacht, der vielleicht bei neutralen Völkern nicht ganz wirkungslos sein wird." In Schweden bezeichneten sogar die verbandsfreundlichen Blätter den deutschen Vorschlag als aufrichtig gemeint und als das Gegenteil des Eingeständnisses der Schwäche. Nicht anders die holländischen Blätter, die durchweg betonten, daß militärische und wirtschaftliche Schwäche nicht als Motiv für den Schritt der Mittelmächte angesehen werden könne, und die die Verantwortung für das Scheitern des Angebots auf die Entente schoben. „Nieuws van den Tag" schrieb z. B.: „Wenn die Regierungen der Alliierten keine Form finden, um wenigstens Unterhandlungen zu versuchen, dann ruht die Verantwortung für die neuen Menschenopfer und das neue unübersehbare Elend in der Tat auf ihnen. Dieselbe Zeitung gebrauchte, als die englische und französische Presse das Friedensangebot mit verschwindenden Ausnahmen schroff als unaufrichtig ablehnte, den drastischen Ausdruck: das sei die Sprache von Besessenen. Die Helden der Feder begingen jeden Tag, den ihnen Gott schenkte, ein Verbrechen an der Menschheit.

Wenn in der neutralen Welt der Glaube an die Aufrichtigkeit des deutschen Friedensangebots ein so weit verbreiteter, um nicht zu sagen allgemeiner war, so war es vor allem doch dem Eindruck, der von der Rede und der Persönlichkeit des Reichskanzlers ausging, zu danken. Es traf nicht zuletzt für das neutrale Ausland zu, was der Abgeordnete Conrad Haußmann am 14. Dezember im „Berliner Tageblatt" ausführte: „Jetzt kommt auf einmal zinstragend das Kapital in die Erscheinung, das in dem Glauben an die Ehrlichkeit dieses Kanzlers sich still angehäuft hat. Man traut ihm in dieser großen Sache keine Hintergedanken zu, man findet die Richtlinie seines eigenen politischen Handelns in diesem geraden Zug."

Für die Aufnahme, die die Rede des Reichskanzlers vom 12. Dezember im Ententelager fand, sind die Reden charakteristisch, die die französischen und englischen Premierminister am 13. und 19. Dezember hielten. Briand hatte es höchst eilig, schon am Tage nach dem Friedensangebot die Parole

auszugeben: „Eine plumpe Falle, ein Manöver!“ Lloyd George aber sagte: „Der wahre Inhalt und der Stil der Rede bilden die Ablehnung eines Friedens auf Grund der einzigen Bedingungen, auf welchen der Friede möglich ist.“ Deutscher Geschichtskalender 1916, II, S. 1189 f., 1195, 1247. Daselbst S. 1115 ff. ausführliche Mitteilungen aus der Presse der Ententestaaten über das Friedensangebot. Die Noten und Kundgebungen der Kriegführenden und Neutralen über das Friedensangebot sind zusammengestellt in einem besonderen Deutschen Weißbuch „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917“, seither großenteils wiederholt a. a. O., z. B. in „Der Krieg 1914/17“. Herausgegeben von Dietrich Schäfer, II (1917), S. 164 ff., und in R. Piloty, „Das Friedensangebot der Mittelmächte“ (1917).

Rede im Hauptausschuß des Reichstags vom 31. Januar 1917

Das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten vom 12. Dezember 1916 hatte von seiten der Entente die denkbar schnödeste Abweisung gefunden. In der von dem französischen Ministerpräsidenten Briand dem amerikanischen Botschafter in Paris am 30. Dezember übergebenen Antwortnote hieß es: „In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeiten der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen . . . ab, sich mit einem Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen. Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange nicht Gewähr besteht für die Wiederherstellung (réparation) der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten, solange nicht eine Regelung sicher ist, die geeignet ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die so lange die Völker bedroht haben, und die einzig wirksamen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben." Wie das gemeint war, ergibt klipp und klar die Antwort, die die Ententestaaten am 12. Januar auf die Note Wilsons vom 21. Dezember 1916 erteilten, durch welche die Kriegführenden um Mitteilung ihrer Friedensbedingungen ersucht waren. Nicht mehr und nicht weniger forderte diese Note, als die „Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Verbündeten durch Gewalt, ohne den Willen ihrer Bevölkerung entrissen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist". Merkwürdigerweise gab sich Wilson den Anschein, als ob die Antwort der Entente die Brücke zu einer Verständigung noch nicht abgebrochen habe. In seiner bekannten Botschaft an den amerikanischen Senat vom 22. Januar zog er aus den erhaltenen Antworten den kühnen Schluß, daß man der endgültigen Erörterung des Friedens um vieles näher gekommen sei, da die Endziele der kriegführenden Nationen schließlich doch auf dasselbe hinausliefen. Was der amerikanische Präsident in der Botschaft als seine eigene Friedensplattform hinstellte, war in Wahrheit auf keine Weise mit den Kriegszielen der Entente in Einklang zu setzen: „Ich schlage vor: mögen sich die Völker einmütig die Lehre des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen, daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgendein anderes Volk zu erstrecken, und daß es vielmehr jedem Volke, — dem kleinsten sowohl wie dem großen und mächtigen — freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen. Ich schlage vor, es mögen in Zukunft alle Völker es unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln, die sie in einen Wettbewerb um die Macht hineintreiben und in ein Netz von Intrigen eigennütziger Nebenbuhlerschaft verstricken und ihre eigenen Angelegenheiten durch Einflüsse verwirren, die von außen hineingetragen werden. In dem Konzert der Mächte gibt es keine verwickelten Allianzen . . . Ich schlage den Regierungen unter Zustimmung der Regierten jene Freiheit der Meere vor, die in den internationalen Konferenzen auch andere Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten mit Beredsamkeit als überzeugte Anhänger der Freiheit verfochten haben, und eine

Beschränkung der Rüstungen, die aus den Heeren und Flotten lediglich Werkzeuge der Ordnung, nicht aber Werkzeuge für den Angriff oder eigensüchtige Greueltätigkeit macht."

Die deutsche Regierung war natürlich nicht mehr in der Lage, abzuwarten, ob Wilson auch nur den ernstlichen Willen zeigen werde, seine „amerikanischen Richtlinien" durchzusetzen. Schon am 5. Januar zog ein kaiserlicher Aufruf an Heer und Marine die Konsequenz aus der Zurückweisung des Friedensangebots mit den Worten: „Vor Gott und der Menschheit fällt den feindlichen Regierungen allein die schwere Verantwortung für alle weiteren furchtbaren Opfer zu, die mein Wille euch hat ersparen wollen." Es blieb der deutschen Regierung nichts anderes mehr übrig, als den ihr von neuem aufgezwungenen Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen, einschließlich des verschärften Unterseebootkriegs fortzuführen, auf die Gefahr hin, daß auch Amerika sich den Feinden zugesellen werde.

Lange genug — ganze zwei Jahre hindurch — hatte die deutsche Regierung einzig aus Rücksicht auf Amerika mit der vollen Durchführung des Unterseebootkrieges zurückgehalten. Zwar waren am 14. Februar 1915 durch Bekanntmachung des Chefs des Admiralstabs der Marine die Gewässer rings um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet erklärt worden, innerhalb dessen jedes feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden sollte, und es war zugleich bekanntgegeben worden, daß auch neutrale Schiffe im Kriegsgebiet Gefahr laufen würden, da angesichts des von England angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen feindliche und neutrale Schiffe nicht immer auseinandergehalten werden könnten. Aber infolge des amerikanischen Einspruchs, der sich nach der Torpedierung der „Lusitania" (7. Mai 1915), der „Arabic" usw. immer mehr verschärfte, wurde die praktische Verwendung der U-Bootwaffe insoweit eingeschränkt, daß „die Rechte der Neutralen auf legalen Handel tatsächlich deutscherseits überall unbeschränkt waren." Von neuem fiel Amerika der deutschen Regierung in den Arm, als diese angesichts der Tatsache, daß England nahezu sämtliche Handelsschiffe bewaffnete und angriffsweisen Gebrauch der Geschütze anordnete, die feindlichen bewaffneten Kauffahrteischiffe am 8. Februar 1916 für vogelfrei erklärte. Zwischenfälle wie die Torpedierung der „Sussex" (24. März 1916), bei der amerikanische Bürger zum Opfer fielen, führten eine scharfe Spannung zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung herbei, bis erstere am 20. April geradezu drohte, die diplomatischen Beziehungen ganz lösen zu müssen, wenn die deutsche Regierung fortfahre, unterschiedslos weiter gegen Handelsschiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen. Um den Bruch mit Amerika zu vermeiden, erklärte sich die deutsche Regierung am 4. Mai bereit, die deutschen Seestreitkräfte anzuweisen, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen, auch innerhalb des Seekriegsgebiets Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie flöhen oder Widerstand leisteten. Ausdrücklich aber behielt sich die deutsche Regierung die volle Freiheit der Entschließungen für den Fall vor, daß es der amerikanischen Regierung nicht gelingen sollte, England von der völkerrechtswidrigen Ausübung des Hungerkrieges abzubringen: ein Vorbehalt, den freilich Amerika nicht gelten lassen wollte.

Die militärisch-politischen Gründe, aus denen die deutsche Regierung wiederholt vor den Forderungen Amerikas zurückwich, liegen klar auf der Hand: man wollte es nicht zur Unzeit zu einem Kriege mit Amerika kommen

lassen. Allerdings herrschte innerhalb der deutschen Regierung keine volle Einheitlichkeit der Auffassung. Mitte März 1916 erbat und erhielt der Staatssekretär des Reichsmarineamts Großadmiral von Tirpitz, weil er seine auf die Beschleunigung des unbeschränkten U-Bootkriegs gerichteten Wünsche nicht durchsetzen konnte, den Abschied. Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Entlassung steigerten sich auch in der öffentlichen Meinung die Kämpfe um die U-Bootfrage. Auch in den Parlamenten wurde lebhaft das Für und Wider umstritten; freilich spielte sich der Kampf durchweg in den Kommissionen ab, da wenigstens in dem Einen alle Parteien mit der Regierung einig waren, daß eine öffentliche Erörterung die Interessen des Vaterlands schädigen müsse. Nur einmal wurde dieser Grundsatz durchbrochen, als am 5. April 1916 zwei Resolutionen über die U-Bootfrage zur Erörterung standen; aber auch da übten die Parteien weitgehende Zurückhaltung. Im September und Oktober 1916 konnte nicht einmal im Ausschuß eine Einigung erzielt werden, so daß er auf eine Beschlußfassung ganz verzichtete und auch für die Verhandlungen im Plenum von einer Besprechung des U-Bootkrieges abzusehen empfahl, da „eine eingehende Behandlung der marinetechnischen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte im einzelnen ohne Schädigung der vaterländischen Interessen nicht möglich sei, andererseits aber ohne eine erschöpfende Verhandlung der Sache eine volle Aufklärung nicht erzielt werden könne." In den Verhandlungen des Haushaltsausschusses über den U-Bootkrieg, die im März, Mai und September 1916 stattfanden, hat auch der Reichskanzler wiederholt das Wort ergriffen. Von Anfang an hat er keinen Zweifel daran gelassen, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg eintreten würde, sobald er in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zu der Überzeugung komme, daß derselbe uns dem Frieden, und zwar dem siegreichen Frieden näher führe. Dieser Zeitpunkt trat Ende Januar 1917 ein. Auf die Entschließung blieb die Abweisung des Friedensangebots durch die Ententemächte nicht ohne Einwirkung; zeigte sie doch klar, daß nur mit dem äußersten Einsatz aller Kräfte, nicht auf dem Wege irgendwelcher Verhandlungen oder Vermittlungen der Friede erlangt werden könne. Eine Note Deutschlands an die amerikanische Regierung vom 31. Januar gab den Entschluß kund, vom 1. Februar ab innerhalb ausgedehnter Sperrgebiete um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegenzutreten. In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags vom 31. Januar brachte der Reichskanzler diese Note zur Kenntnis der Volksvertretung. — Er begleitete die Verlesung mit Darlegungen, die vor allem verständlich machen wollten, warum erst jetzt zu dem Mittel des verschärften U-Bootkrieges gegriffen wurde:[1]

Am 12. Dezember habe ich im Reichstage die Erwägungen dargelegt, die zu unserem Friedensangebot geführt hatten. Die Ant-

[1] Vgl. den vom Auswärtigen Amt herausgegebenen „Schriftwechsel mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend den Unterseehandelskrieg", der allerdings nur bis zur amerikanischen Note vom 4. Mai 1916 reicht. Den späteren Schriftwechsel s. in Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 69 ff.; Fleischmann, „Der verschärfte Unterseebootkrieg", Zeitschrift für Völkerrecht, Bd. X, S. 3; Piloty, „Das Friedensangebot der Mittelmächte" und an vielen anderen Orten.

wort unserer Gegner hat klipp und klar dahin gelautet, daß sie Verhandlungen mit uns über den Frieden ablehnen, daß sie nur von einem Frieden etwas wissen wollen, den sie diktieren. Damit ist vor aller Welt die Schuldfrage wegen der Fortsetzung des Krieges entschieden. Die Schuld lastet allein auf unseren Gegnern. Ebenso fest steht unsere Aufgabe. Über die Bedingungen des Feindes können wir nicht diskutieren. Nur von einem aufs Haupt geschlagenen Volke könnten sie angenommen werden. Kämpfen also heißt es.

Die Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß[1] zeigt seinen ernsten Wunsch, den Weltfrieden wieder herbeizuführen. Viele der von ihm aufgestellten Maximen begegnen sich mit unseren Zielen. Freiheit der Meere, Beseitigung des Systems der balance of power, das immer zu neuen Verwicklungen führen muß, Gleichberechtigung der Nationen, offene Tür. Was aber sind die Friedensbedingungen der Entente? Deutschlands Wehrkraft soll vernichtet werden, Elsaß-Lothringen und unsere Ostmarken sollen wir verlieren, die Donaumonarchie soll aufgelöst, Bulgarien abermals um seine nationale Einheit betrogen, die Türkei aus Europa verdrängt und in Asien zerschlagen werden. Die Vernichtungsabsichten unserer Gegner können nicht stärker ausgedrückt werden.

Zum Kampfe aufs letzte sind wir herausgefordert. Wir nehmen die Herausforderung an. Wir setzen alles ein und wir werden siegen.

Durch diese Entwicklung der Dinge ist die Entscheidung über die Führung des U-Bootkrieges in ihr letztes und akutes Stadium gedrängt worden.

Die Frage des U-Bootkrieges hat uns, wie die Herren sich erinnern werden, gemeinsam in diesem Ausschuß dreimal beschäftigt, im März, im Mai und im September vorigen Jahres. Ich habe jedesmal den Herren in eingehenden Darlegungen das Für und Wider der Frage vorgetragen.[2] Ich habe mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ich jedesmal pro tempore sprach, nicht als grund-

---

[1] Abgedruckt „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917", S. 38 ff.; Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 210 ff.; D. Schäfer, „Der Krieg 1914/19", II, 172 ff.; Fleischmann, „Der verschärfte U-Bootkrieg", Zeitschrift für Völkerrecht, X, und a. a. Orten.

[2] Über diese Reden des Reichskanzlers ist bisher nichts an die Öffentlichkeit gedrungen.

sätzlicher Anhänger oder grundsätzlicher Gegner der uneingeschränkten Anwendung der U-Boote, sondern in Erwägung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation, immer von der Prüfung der Frage ausgehend: Bringt uns der uneingeschränkte U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden näher oder nicht? „Jedes Mittel — sagte ich im März —, das den Krieg abzukürzen geeignet ist, ist das allerhumanste." „Auch das rücksichtsloseste Mittel, das uns zum Siege und zum schnellen Siege führt — sagte ich damals — muß angewandt werden."

Der Reichskanzler führte dann weiter aus, weshalb er im März und im Mai des vergangenen Jahres gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg gewesen sei und weshalb die Frage auch im September nach dem übereinstimmenden Urteil der politischen und der militärischen Leitung nicht spruchreif war.

Er kam in diesem Zusammenhang auf seine frühere Äußerung zurück:

„Sobald ich in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zu der Überzeugung komme, daß uns der rücksichtslose U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden nähert, dann wird der U-Bootkrieg gemacht werden."

„Dieser Zeitpunkt," fuhr er fort, „ist jetzt gekommen. Im vorigen Herbst war die Zeit noch nicht reif, aber heute ist der Augenblick gekommen, wo wir mit der größten Aussicht auf Erfolg das Unternehmen wagen können. Einen späteren Zeitpunkt dürfen wir aber auch nicht abwarten.

Was hat sich geändert? Zunächst das Wichtigste.

Die Zahl unserer U-Boote hat sich gegen das vorige Frühjahr sehr wesentlich erhöht. Damit ist eine feste Grundlage für den Erfolg geschaffen.

Dann der zweite mitausschlaggebende Punkt.

Die schlechte Weltgetreideernte. Sie stellt schon jetzt England, Frankreich und Italien vor ernste Schwierigkeiten. Wir haben die feste Hoffnung, diese Schwierigkeiten durch den unbeschränkten U-Bootkrieg zur Unerträglichkeit zu steigern. Auch die Kohlenfrage ist im Kriege eine Lebensfrage. Sie ist schon jetzt, wie Sie wissen, in Frankreich und Italien kritisch. Unsere U-Boote werden sie noch kritischer machen.

Hinzu kommt namentlich für England die Zufuhr von Erzen für die Munitionsfabriken im weitesten Sinne und von Holz für den Kohlenbergbau.

Noch gesteigert werden die Schwierigkeiten unserer Feinde auf diesen Gebieten durch die *Zunahme der feindlichen Frachtraumnot*. Hier hat die Zeit und hat der Kreuzerkrieg der U-Boote dem entscheidenden Schlag vorgearbeitet.[1] Unter der Frachtraumnot leidet die Entente in allen ihren Gliedern. Sie macht sich für Italien und Frankreich nicht weniger als für England geltend.

Dürfen wir so jetzt die positiven Vorteile des uneingeschränkten U-Bootkrieges sehr viel höher einschätzen als im vorigen Frühjahr, so sind gleichzeitig die Gefahren, die uns aus dem U-Bootkrieg erwachsen, seit jener Zeit gesunken."

Der Reichskanzler erörterte darauf eingehend die *allgemeine politische Lage*.

Er fuhr dann fort: „Der Feldmarschall *Hindenburg* hat mir vor wenigen Tagen die Lage wie folgt bezeichnet:

Unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die nötigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte. Und weil dieser U-Bootkrieg unter allen Umständen ein Mittel ist, um unsere Feinde auf das schwerste zu schädigen, muß er begonnen werden.

Admiralstab und Hochseeflotte sind der festen Überzeugung, einer Überzeugung, die in den Erfahrungen des U-Bootkreuzerkrieges ihre praktische Stütze findet, daß *England durch die Waffe zum Frieden gebracht werden wird*.

Unsere Verbündeten stimmen unseren Ansichten zu. Österreich-Ungarn schließt sich unserem Vorgehen auch praktisch an. Ebenso wie wir um *England* und die Westküste von *Frankreich* ein *Sperrgebiet* legen, in dem wir jede Schiffahrt nach den feindlichen Ländern zu verhindern trachten werden, ebenso erklärt *Österreich-Ungarn ein Sperrgebiet um Italien*. Allen neutralen Ländern ist für den Verkehr untereinander außerhalb des Sperrgebietes freie Bahn gelassen. Amerika bieten wir ebenso, wie wir es schon 1915 getan haben, unter bestimmten Modalitäten gesicherten Personenverkehr auch mit den bestimmten englischen Häfen an."

---

[1] Näheres darüber in den im Deutschen Geschichtskalender (vgl. z. B. 1916, II, 584 ff., 800 ff., 1072 ff., 1917, I, S. 38 ff.) und a. a. O. gegebenen fortlaufenden Übersichten über die Wirkung des U-Bootkrieges.

Darauf verlas der Reichskanzler die Note an die Regierung der Vereinigten Staaten[1] und teilte mit, daß entsprechende Noten an die übrigen Neutralen gerichtet worden sind.

Der Reichskanzler schloß mit folgenden Worten:

„Niemand unter uns wird vor dem Ernst des Schrittes, den wir tun, die Augen verschließen. Daß es um unser Leben geht, weiß seit dem 4. August 1914 jeder. Und durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes ist dies Wissen blutig unterstrichen.

Als wir 1914 gegenüber der russischen Generalmobilmachung zum Schwerte greifen mußten, da taten wir es in dem Gefühle tiefster Verantwortung gegen unser Volk und in dem Bewußtsein entschlossener Kraft, die da spricht: Wir müssen, darum können wir auch. Unendliche Ströme Blutes sind seitdem geflossen, aber das Müssen und Können haben sie nicht weggewaschen. Wenn wir uns jetzt zur Anwendung unserer besten und schärfsten Waffe entschlossen haben, so leitet uns nichts als nüchterne Erwägung aller in Frage kommenden Umstände, nichts als der feste Wille, unserem Volke herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die ihm unsere Feinde zudenken. Der Erfolg steht in höherer Hand. Was Menschenkraft vermag, um ihn für unser Vaterland zu erzwingen, seien Sie sicher, meine Herren, nichts dazu ist versäumt, alles dazu wird geschehen."

An die Rede des Reichskanzlers schloß sich eine vertrauliche Aussprache, über die aber nur ein kurzer und nichtssagender Auszug veröffentlicht wurde. Die Erörterungen in der Presse knüpften sich weniger an die Rede des Kanzlers als an die darin enthaltene Ankündigung des uneingeschränkten Unterseehandelskrieges. In den Blättern der Rechten wurden die rückwärts kritisierenden Betrachtungen, in den Blättern der Linken die bisherigen Bedenken zurückgestellt; ganz allgemein herrschte in beiden Lagern die Empfindung, die der „Vorwärts" in die Worte kleidete: „Jetzt haben die Tatsachen das Wort."

---

[1] Gedruckt: Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 69 ff. und a. a. O.

Reichstagsrede vom 27. Februar 1917

Die vom Reichskanzler am 31. Januar im Hauptausschuß des Reichstags verlesene Note an die Vereinigten Staaten von Amerika, die die Ankündigung des sofortigen Beginns des uneingeschränkten U-Bootkriegs enthielt, hatte, wie vorauszusehen, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Folge gehabt. Am 3. Februar erließ Präsident Wilson eine Botschaft an den Kongreß, in der es hieß, angesichts des Vorgehens der deutschen Regierung bleibe der amerikanischen keine andere Wahl, die sich mit der Würde und der Ehre der Vereinigten Staaten vereinbaren ließe, als den Weg einzuschlagen, den sie schon im Mai 1916 für den Fall, daß Deutschland seine U-Bootmethoden nicht aufgeben wollte, angekündigt habe. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der Abberufung des Botschafters Gerard aus Berlin und der Aushändigung der Pässe an den deutschen Botschafter Graf Bernstorff war ja noch nicht der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland gegeben. Aber Wilson ließ doch in seiner Botschaft keinen Zweifel daran, daß diese äußerste Konsequenz eintreten werde, falls die Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkriegs zur Vernichtung amerikanischer Schiffe oder Menschenleben führen sollte. „Wenn amerikanische Schiffe oder Menschenleben in achtloser Übertretung des Völkerrechts und der Gebote der Menschlichkeit geopfert werden sollten, so werde ich den Kongreß um die Ermächtigung ersuchen, die Mittel anwenden zu können, die notwendig sind, um unsere Seeleute und Bürger bei der Verfolgung ihrer friedlichen und legitimen Unternehmungen auf dem offenen Meere zu schützen. Ich kann nicht weniger tun."

Zu der so geschaffenen Lage nahm der Reichskanzler im Reichstage, der am 22. zum erstenmal seit dem Friedensangebot vom 12. Dezember zu Plenarberatungen zusammengetreten war, bei der Eröffnung der Etatsberatung am 27. Februar in breiten, auch die Kriegszielerörterungen streifenden Ausführungen das Wort:

Meine Herren, während unsere Krieger draußen im Trommelfeuer der Schützengräben stehen und unsere U-Boote in Todesverachtung die See durchkreuzen, während wir in der Heimat an nichts, an gar nichts anderem zu arbeiten haben, als Geschütze und Munition zu schaffen, Lebensmittel zu erzeugen und sie gerecht zu verteilen — mitten in diesem aufs höchste gesteigerten Kampf um Leben und Zukunft des Reichs gibt es nur eine Forderung des Tages, die alle politischen Fragen, innere wie äußere, beherrscht: kämpfen und siegen. (Lebhafter Beifall.)

Die vom Reichstag in der vorigen Woche mit überwältigender Mehrheit beschlossene Bewilligung der neuen Kriegskredite[1] hat aller Welt unseren unwiderruflichen Entschluß verkündet, zu fechten, bis der Feind zum Frieden bereit ist. (Lebhafter Beifall.)

---

[1] Am 23. Februar hatte der Reichstag die neuen Kriegskredite in der Höhe von 15 Milliarden bewilligt.

Wie dieser Friede aussehen soll, darüber ist seit Freigabe der Kriegszielerörterungen[1] viel in der Presse geschrieben und in Versammlungen gesprochen worden. Auch im Preußischen Abgeordnetenhause wurde kürzlich eingehend erörtert, ob und welchen Landerwerb und welche sonstigen Sicherheiten der Friede uns bringen müsse.[2] So entscheidend diese Fragen für unsere Zukunft sind und so tief sie deshalb mit vollem Recht die Gemüter bewegen, so würde ich es doch für verfrüht halten, wenn ich mich meinerseits an solchen Debatten beteiligen wollte. (Sehr richtig! links.)

Ich kann von meiner Stelle aus nicht Versprechungen machen oder ins einzelne gehende Formulierungen unserer Bedingungen aufstellen, das wäre unfruchtbar. Die feindlichen Machthaber haben es reichlich getan, sie haben sich untereinander ausschweifende Zusicherungen gemacht, aber damit doch nichts weiter erreicht, als daß sie sich und ihre Völker immer tiefer in den Krieg verstrickt haben. (Sehr richtig! links.) Ihr Beispiel lockt mich nicht. (Sehr gut!)

Was ich über Richtung und Ziel unserer Bedingungen sagen konnte, habe ich wiederholt gesagt. Dem Kriege ein Ende machen durch einen dauerhaften Frieden, der uns Entschädigung gewährt für alle erlittene Unbill und der einem starken Deutschland Dasein und Zukunft sichert. Das ist unser Ziel. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, auch über die großen innerpolitischen Probleme will ich mich auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken. Wie um die Kriegsziele, so gehen auch über die Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse die Meinungen hin und her. Neuorientierung! — Kein schönes Wort! (Sehr richtig! links.) Ich glaube, ich nehme es heute zum ersten Male in den Mund, und es erweckt so leicht eine falsche Vorstellung. Als ob es in unserem Belieben läge, ob wir uns neu orientieren wollen oder nicht. Nein, meine Herren, eine neue Zeit mit einem erneuerten Volk ist da. (Sehr richtig! links.) Der gewaltige Krieg hat sie geschaffen. (Wiederholter lebhafter Beifall links.) Ein Geschlecht, das in so ungeheurem Erleben bis in die letzten Fasern seiner Empfindungen

[1] Die „sachliche Erörterung der Kriegsziele" war unter gewissen Beschränkungen am 27. November 1916 freigegeben worden.

[2] Der Reichskanzler denkt wohl an die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Januar, in der u. a. der Abgeordnete von Heydebrand und der Lase die Forderung weitgehenden Landerwerbs, weitgehender Schadloshaltung und Garantien erhoben hatte.

erschüttert worden ist, ein Volk, von dem ein ergreifendes Wort eines feldgrauen Dichters sagen konnte, daß sein ärmster Sohn auch sein getreuester war[1] (lebhafter Beifall links), eine Nation, die es tausendfältig jeden Tag erfahren hat, daß nur gesamte Kraft die äußere Gefahr bestehen und überwinden kann —, meine Herren, das sind lebende Kräfte, die sich von keinem Parteiprogramm weder von rechts noch von links einzwängen oder aus ihrer Bahn werfen lassen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Überall, wo politische Rechte neu zu ordnen sein werden, da handelt es sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan hat (lebhafte Zustimmung) — diese Vorstellung ist mir immer als geradezu entwürdigend erschienen — (sehr richtig!), sondern es handelt sich ausschließlich darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist. (Lebhafte Zustimmung links.)

Gewaltige politische, geistige, wirtschaftliche, soziale Aufgaben stehen uns nach dem Kriege bevor. Lösen können wir sie nur, wenn die gesamte Kraft, deren Zusammenfassung uns allein befähigt, diesen Krieg zu gewinnen —, wenn diese Kraft auch im Frieden fortwirkt, wenn ihr die Bahnen geschaffen werden, in denen sie frei und freudig fortwirken kann. (Lebhafte Zustimmung links.) Das regelt sich nicht nach Parteischablonen, das ist eine Forderung der inneren Stärke unseres Staates, und diese Forderung wird sich durchsetzen! (Sehr gut!)

Wer hiergegen einwenden wollte, daß nach den Befreiungskriegen vor hundert Jahren die Hoffnungen auf eine volkstümliche Umgestaltung des inneren deutschen Wesens getäuscht wurden, der übersähe ganz den Unterschied in den treibenden Kräften. (Sehr richtig!) Die Zeiten, wo die Regierungen von der Kabinettspolitik beherrscht, wo die freiheitlichen Strömungen mehr oder weniger kosmopolitisch waren, sind überwunden. Damals leuchtete der nationale Gedanke nur in wenigen Köpfen. Heute hat er das ganze Volk in allen seinen Schichten über jeden Stand und über jede Partei hinweg umfaßt (sehr richtig! links) und hat uns zu einer untrennbaren Einheit zusammengeschmiedet. Wie das auch

---

[1] Anspielung an die Schlußworte des Liedes von Karl Bröger: „Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt." Sie lauten bekanntlich: „Herrlich zeigte es aber deine größte Gefahr, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. Denk es, o Deutschland!"

gutkonservative Männer freudig anerkennen, so, glaube ich, wird auch jeder besonnene Vertreter von Volksrechten den Wert unserer monarchischen Einrichtungen zu schätzen wissen. (Sehr gut! rechts.) Die Briand und Lloyd George wollen die Welt glauben machen, ihr Ziel sei, Deutschland vom preußischen Militarismus zu befreien, das deutsche Volk von sich aus mit demokratischen Freiheiten zu beschenken. Nun, meine Herren, wo wir von etwas zu befreien sind, da werden wir es selbst besorgen (sehr richtig!), und und was den Militarismus anlangt, so wissen wir alle — vor dem Kriege hat es selbst Herr Lloyd George gewußt[1] —, daß unsere geographische Lage uns immer an das Wort Friedrichs des Großen gemahnt: „Toujours en vedette.“[2] Wirksamer als in Einrichtungen, die auf festem monarchischem Boden ruhen, kann diese Wacht nicht geübt werden (sehr richtig! rechts und links), und am wirksamsten durch eine Monarchie, welche ihre Wurzel im Volk in seinen breiten Schichten hat, und welche aus diesem unerschöpflichen Lebensquell, aus der Liebe des freien Mannes, ihre Kraft zieht. (Lebhafter Beifall.) Dies und nichts anderes ist Sinn und Wesen des deutschen Kaisergedankens und des preußischen Königtums!

Meine Herren, ich kehre von der Zukunft zu den Ereignissen der Gegenwart zurück.

Meine letzte Rede vor dem versammelten Reichstag am 12. Dezember 1916 galt dem Vorschlag Deutschlands und seiner Verbündeten, in Friedensverhandlungen einzutreten. Unser Vorgehen fand bei den neutralen Staaten lebhaften Widerhall. In den bekannten Anregungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, in dem Vorgehen der Regierungen der Schweizerischen

---

[1] In einem Neujahrsartikel 1914 hatte Lloyd George geschrieben: „Die deutsche Armee ist eine Lebensnotwendigkeit, nicht nur für das Reich, sondern auch für die Existenz und Unabhängigkeit der Nation, da Deutschland von zwei Staaten flankiert ist, deren jeder eine fast ebenso starke Armee unterhält.“ Vgl. E. Müller-Meiningen, „Diplomatie und Weltkrieg“, II, S. 929.

[2] Es findet sich am Schluß des „Exposé du gouvernement prussien“ (Œuvres de Frédéric le Grand, ed. Preuss. IX, S. 191) und lautet: „Voilà quelques réflexions et mes idées sur le gouvernement de ce pays, qui, tant qu'il n'aura pris une plus grande consistance et de meilleures frontières, doit être gouverné par des princes qui soient toujours en vedette, les oreilles dressées, pour veiller sur leurs voisins, et prêts à se défendre d'un jour à l'autre contre les projets pernicieux de leurs ennemis.“

Eidgenossenschaft und der skandinavischen Reiche[1] ist das zu beredtem Ausdruck gekommen. Bei unseren Feinden aber war die verbissene Kriegsleidenschaft ihrer Machthaber stärker als der Schrei der Völker nach Frieden. Ihre Antwort war gröber und vermessener, als irgendein Vernünftiger bei uns und bei den Neutralen sie denken konnte.[2] (Sehr richtig! rechts und links.) Die Wirkungen dieses Dokumentes barbarischen Hohnes und Hasses liegen klar zutage: unsere Bündnisse und Fronten stehen fester, das deutsche Volk ist einiger und standhafter als je. (Bravo!) Allein auf unsere Gegner fällt die ungeheure Schuld an dem fortgesetzten Blutvergießen, fällt der Fluch der leidenden Menschheit zurück. Sie waren es, die die Hand der Verständigung zurückgestoßen haben.

Über die Seesperre, meine Herren, die wir in Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn um England, Frankreich und Italien gelegt haben, habe ich am 31. Januar vor Ihrem Hauptausschuß gesprochen. Auf unsere damals veröffentlichte Note, mit der wir die Sperre ankündigten, haben wir von den Neutralen Erwiderungen mit Vorbehalten, Verwahrungen, Protesten erhalten.[3] Wir verkennen durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, in die die neutrale Schiffahrt geraten ist, und suchen sie nach Möglichkeit zu lindern. Zu diesem Zwecke suchen wir den neutralen Staaten auch Rohstoffe, deren sie bedürfen, wie Kohle und Eisen, innerhalb des Bereichs unserer Kräfte zuzuführen. Aber wir wissen auch, daß diese Schwierigkeiten letzten Endes doch nur durch die brutale Seetyrannei Englands verursacht sind. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Knechtung jedes nichtbritischen Seeverkehrs wollen und werden wir brechen. (Lebhaftes Bravo.) Den erfüllbaren Wünschen der Neutralen kommen wir entgegen, soweit wir es können. Aber niemals können wir in dem Bestreben, dies zu tun, die Grenze überschreiten, die uns von dem unwiderruflichen Entschluß gezogen wird, den Zweck der Sperre unbedingt zu erfüllen (lebhaftes Bravo), und, meine Herren, ich bin überzeugt, es wird noch einmal der Zeitpunkt kommen, wo uns auch die neutralen Staaten für diese Festigkeit danken werden (sehr richtig!), denn die Freiheit der Meere, für die wir kämpfen, wird auch ihnen zugute kommen. (Sehr richtig!)

---

[1] Vgl. die betreffenden Noten in „Diplomatische Schriftstücke aus der Zeit vom 12. Dezember 1916 bis zum 19. März 1917", S. 8, 11, 13 f.

[2] Das. S. 25 ff.

[3] Das. S. 53 ff.

Einen Schritt weiter als die europäischen Neutralen sind bekanntlich die Vereinigten Staaten von Amerika gegangen. Präsident Wilson hat nach Empfang unserer Note vom 31. Januar die diplomatischen Beziehungen zu uns schroff abgebrochen. Eine authentische Mitteilung über die Gründe, die er seinem Schritte gibt, habe ich bisher nicht erhalten. (Hört, hört!) Der bisherige amerikanische Botschafter hier in Berlin hat sich darauf beschränkt, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts mündlich den Abbruch der Beziehungen mitzuteilen und um seine Pässe zu bitten.[1] Diese Form des Abbruches der Beziehungen zwischen zwei großen Reichen, welche im Frieden miteinander leben, ist wohl ohne Vorgang in der Geschichte. (Sehr richtig!) Bei dem Mangel eines amtlichen Dokuments bin ich auf eine unsichere Quelle angewiesen: auf die von Reuter verbreitete Inhaltsangabe einer Botschaft, die Präsident Wilson am 3. Februar an den Kongreß gerichtet hat. Hiernach soll der Herr Präsident gesagt haben, unsere Note vom 31. Januar habe plötzlich und ohne vorherige Andeutung vorsätzlich die in der Note vom 4. Mai 1916 gegebenen feierlichen Versprechungen zurückgezogen. Der Regierung der Vereinigten Staaten sei deshalb keine andere mit ihrer Würde und Ehre vereinbare Wahl geblieben, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 20. April 1916 für den Fall ankündigte, daß Deutschland seine U-Bootmethode nicht aufgeben wolle.

Meine Herren, sollte diese Argumentation authentisch sein,[2] so muß ich gegen sie entschieden Widerspruch erheben. (Sehr richtig! rechts.) Seit über einem Jahrhundert sind die freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Amerika sorgfältig gepflegt worden. Wir haben sie, wie sich Bismarck einmal ausgedrückt hat, als ein Vermächtnis Friedrichs des Großen hochgehalten.[3] Beide Länder haben sich im Nehmen und Geben gut dabei gestanden.

---

[1] Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" teilte dies am 5. Februar mit den lakonischen Worten mit: „Der amerikanische Botschafter Mr. Gerard hat heute nachmittag seine Pässe verlangt."

[2] Sie entspricht in der Tat dem Wortlaut der Wilsonschen Botschaft vom 3. Februar. S. denselben Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 427 ff.

[3] „Bekanntlich war Friedrich der Große der erste Monarch in Europa, der den Vereinigten Staaten nähertrat, und seitdem sind die guten Beziehungen zwischen Preußen und Amerika ein preußisches Erbteil geblieben, welches wir in das Reich mit eingebracht haben." Reden Bismarcks, ed. H. Kohl X, 12.

Seit Beginn des Krieges ist es drüben über dem Wasser anders geworden. Alte Maximen wurden über den Haufen geworfen. Noch am 27. August 1913 während der mexikanischen Wirren hatte der Präsident Wilson in einer feierlichen Botschaft an den Kongreß erklärt, er glaube den besten völkerrechtlichen Gepflogenheiten in bezug auf die Neutralität zu folgen, wenn er die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial an beide sich bekriegenden mexikanischen Parteien verböte. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Ein Jahr später, im Jahr 1914, wurde diese Gepflogenheit ersichtlich nicht mehr für gut gehalten. Ungezähltes Kriegsmaterial hat Amerika an die Entente geliefert. Während man eifersüchtig über das Recht des amerikanischen Bürgers wachte, ungehindert und frei nach den Ländern der Entente reisen zu können, auch mitten durch das Schlachtfeld der See ungehindert und frei mit England und Frankreich Handel treiben zu können, selbst solchen, für den wir mit teurem deutschen Blute bezahlen mußten (sehr richtig!), schien das gleiche Recht des amerikanischen Bürgers den Mittelmächten gegenüber nicht ebenso vollgültig und schützenswert zu sein. (Erneute Zustimmung.) Man protestierte zwar gegen einzelne englische Völkerrechtsbrüche, aber man fügte sich ihnen. Unter den so gestalteten Verhältnissen mutet der Vorwurf der Nichtachtung seltsam an. (Sehr richtig!)

Mit gleicher Entschiedenheit muß ich den Vorwurf abweisen, als ob wir durch die Art der Zurückziehung unserer in der Note vom 4. Mai 1916 gegebenen Zusicherungen der Ehre und Würde Amerikas zu nahe getreten wären. Daß diese Zusicherungen unter gewissen Voraussetzungen hinfällig werden würden, hatten wir von vornherein ausdrücklich und unmißverständlich erklärt. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, meine Herren, erinnern Sie sich des Schlusses der Note vom 4. Mai 1916, in der wir zusagten, daß wir bei Führung des U-Bootkrieges die Formen des Kreuzerkrieges einhalten wollten.[1] Ich möchte mir erlauben, diese Schlußworte noch einmal hier zu verlesen:

„In dem Daseinskampfe, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm von den Neutralen nicht zugemutet werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer wirksamen

[1] Schriftwechsel mit der Regierung der Vereinigten Staaten, betreffend den Unterseehandelskrieg, S. 116.

Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn seinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. (Sehr richtig!) Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine derartige Zumutung fernliegt. Dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die verletzte Freiheit der Meere wiederherzustellen entschlossen sei. Die deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915[1] angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915[2] dargelegt sind. Sollten die Schritte der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen (hört, hört!), für die sie sich volle Freiheit der Entschließung vorbehalten muß." (Hört, hört!)

Meine Herren, die Regierung der Vereinigten Staaten hat uns den Empfang dieser Mitteilung vom 4. Mai mit ihrer Note vom 10. Mai bestätigt. Wenn sie darin der Meinung Ausdruck gab, wir beabsichtigen nicht, die Aufrechterhaltung der neuange-

---

[1] S. dieselbe: Schriftwechsel mit der Regierung der Vereinigten Staaten, S. 38 ff.

[2] S. dieselben: Deutscher Geschichtskalender 1914, II, S. 515 ff.; 1915, II, S. 907 ff.

kündigten Politik in der Führung des U-Bootkrieges von dem Ergebnis diplomatischer Verhandlungen der amerikanischen Regierung mit irgendeiner anderen Regierung abhängig zu machen, so widersprach das so kraß dem, was wir in unserer Note klar und ohne jede Möglichkeit des Mißverständnisses gesagt hatten, daß eine Erwiderung von unserer Seite an den beiderseitigen Standpunkten nichts geändert hätte. (Sehr richtig!)

Daß aber die Voraussetzung, an die wir die Wiedererlangung der Freiheit unserer Entschließungen geknüpft hatten, längst eingetreten war, meine Herren, daran konnte und kann doch wohl auch in Amerika niemand zweifeln. (Sehr richtig!) England hat die Absperrung Deutschlands nicht aufgegeben, im Gegenteil andauernd aufs rücksichtsloseste verschärft. (Sehr richtig!) Unsere Gegner sind nicht zur Beachtung der vor dem Kriege allgemein anerkannten völkerrechtlichen Regeln und nicht zum Befolgen der Gebote der Menschlichkeit bewogen worden. Die Freiheit der Meere, die Amerika noch während des Krieges nach der ausdrücklichen Erklärung des Präsidenten in Zusammenarbeit mit uns wiederherstellen wollte, haben unsere Gegner nur noch gründlicher unterbunden, und Amerika hat es nicht verhindert. All das ist doch öffentlich bekannt. Noch Ende Januar hat England eine neue Sperrerklärung für die Nordsee erlassen. Und über dem allen sind seit dem 4. Mai neun Monate vergangen. Konnte es da für irgend jemand eine Überraschung bilden, daß wir am 31. Januar d. J. die Freiheit der Meere nicht als wiederhergestellt ansahen und daraus unsere Folgerungen zogen? (Sehr richtig!)

Aber die Sache greift doch weit über das formale Gebiet hinaus. Wir, die wir zu einem Verständigungsfrieden bereit waren, kämpfen um unser Leben gegen einen Feind, der von Anbeginn das anerkannte Völkerrecht mit Füßen getreten hat. Die englische Hungerblockade, unser Friedensangebot, seine Zurückweisung durch die Entente, die auf unsere Vernichtung hinauslaufenden Kriegsziele der Gegner, die Reden des Herrn Lloyd George sind doch auch in Amerika bekannt. Ich hätte volles Verständnis dafür, wenn die Vereinigten Staaten als Hüter des Völkerrechts seine Wiederherstellung bei allen Kriegführenden in gleicher Weise betrieben, wenn sie in dem Wunsche, der Welt den Frieden wiederzugeben, Maßregeln ergriffen hätten, um das Ende des Blutvergießens zu erzwingen. Aber unmöglich kann ich eine Ehren- und Lebensfrage

des amerikanischen Volkes darin sehen, einseitig und nur gegen uns das Völkerrecht zu schirmen.

Meine Herren, unsere Feinde und die uns übelwollenden amerikanischen Kreise haben geglaubt, auf einen wichtigen Unterschied aufmerksam machen zu können, der zwischen unserer Handlungsweise und der der Engländer bestünde. England vernichtet, so wurde gesagt, lediglich wirtschaftliche Werte, die ersetzt werden könnten, Deutschland aber vernichtet Menschenleben, die unersetzlich sind. Nun, meine Herren, warum kamen bei den Engländern amerikanische Menschenleben nicht in Gefahr? Doch nur, weil sich die neutralen Länder und insonderheit Amerika freiwillig den Anordnungen Englands fügten (sehr richtig!) und weil England so der Notwendigkeit überhoben war, seinen Zweck durch Anwendung von Gewalt zu erreichen. (Sehr richtig!) Was wäre wohl geschehen, wenn die Amerikaner auf den ungehinderten Passagier- und Güterverkehr mit Hamburg und Bremen den gleichen Wert gelegt hätten wie auf den mit London und Liverpool? Hätten sie es getan, meine Herren, so wären wir von dem peinlichen Eindruck befreit gewesen, daß nach amerikanischer Auffassung eine Unterwerfung unter englische Macht und Kontrolle mit dem Wesen der Neutralität vereinbar, eine Anerkennung deutscher Abwehrmaßregeln aber mit dieser Neutralität unvereinbar sei. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, überblicken wir das Ganze in bezug auf unser Verhältnis zu Amerika: Der Abbruch der Beziehungen zu uns, die angestrebte Mobilisierung aller Neutralen gegen uns,[1] dienen nicht dem Schutze der von der Regierung der Vereinigten Staaten proklamierten Freiheit der Meere, sie fördern nicht den auch vom Präsidenten Wilson erstrebten Frieden, sie müssen vielmehr dazu führen, die Aushungerungspolitik Englands zu ermutigen und das Blutvergießen zu vervielfachen.

Wir beklagen den Bruch mit einem Volke, das nach seiner Geschichte dazu berufen schien, mit uns, nicht gegen uns für gemeinsame Ideale einzutreten. Nachdem aber unser ehrliches Friedensangebot nur dem Kriegshohn der Gegner begegnet ist, gibt es für uns kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts.

[1] Am 4. Februar 1917 hatte Wilson eine Note an die neutralen Staaten mit der Aufforderung gerichtet, sich den von Amerika gegen Deutschland ergriffenen Maßregeln anzuschließen.

Meine Herren, daß England die verschärfte Anwendung der U-Bootwaffe als größtes Verbrechen der Weltgeschichte hinstellen würde,[1] war vorauszusehen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) England glaubt ja der prädestinierte Beherrscher der Meere zu sein und zugleich der allgemeine Wohltäter der ganzen Menschheit. Das Völkerrecht mit seinen Regeln für den Seekrieg ist für jeden anderen unbedingt bindend, für England nur, soweit es seine Interessen zulassen.

Noch kürzlich sagte Lord Lytton im Oberhause[2] wie etwas Selbstverständliches: die Seepolizei gebühre und gehöre England. Wer hat denn die Seepolizei England übertragen? Und wer überwacht England in der Ausübung der Seepolizei? Jeder Gegner, der sich nicht der englischen Gewohnheit fügen will, Recht und Moral je nach dem dehnbaren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnis zu erweitern oder zu verengern, wird als ein Feind der Menschlichkeit hingestellt, wird zu den Piraten und Hunnen geworfen.

Vor dem Kriege, als noch keine Sorge vor den deutschen U-Booten herrschen konnte, war das anders. Bemerkenswert ist die Meinung einer englischen Marineautorität, des Sir Percy Scott, vom 14. Juli 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges. Gegen seine Ansicht, daß die Zukunft im Seekriege den Unterseebooten gehöre, war eingewandt worden, das Unterseeboot könne nach seiner technischen Natur nicht gefangen nehmen, sondern nur vernichten. Das aber verstoße gegen die Menschlichkeit und sei ein Rückfall in die Barbarei. In seiner Erwiderung in der „Times“ berief sich Sir Percy auf folgenden Fall: Ein Inselland, das in seiner Nahrungsmittelversorgung von Übersee abhängt, gerät in Krieg. Der Gegner betrachtet es als seine Aufgabe, die Zufuhr abzuschneiden. Infolgedessen macht er eine Sperre von Minen und Unterseebooten um die Insel, teilt auch allen Neutralen mit, daß eine solche Sperre errichtet sei, und daß, wenn eines ihrer Schiffe sich nähere, dieses sich auf eigenes Risiko der Vernichtung durch Minen oder Unterseeboote aussetze. Also genau unser Fall. Und wie urteilte Sir Percy? Wörtlich so:

---

[1] So Lloyd George in seiner Rede auf der Versammlung der liberalen Partei vom 3. Februar 1917. Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 383 ff.

[2] Am 13. Februar 1917. Vgl. Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 371.

„Eine solche Ankündigung wäre vollständig in Ordnung, und wenn britische oder neutrale Schiffe sie mißachteten und die Sperre zu brechen suchten, so könnte nicht angenommen werden, daß sie friedlichen Zwecken dienten. Wenn sie versenkt würden, könnte das nicht als ein Rückfall in Wildheit und Seeräuberei in ihrer schlimmsten Form bezeichnet werden."

(Hört, hört!) Also genau die Ansicht, die wir vertreten, nur daß diese noch verstärkt und mehr gerechtfertigt ist dadurch, daß das Inselland es selbst war, das mit der Aushungerungsmethode begonnen und uns zur Abwehr genötigt hat. (Sehr richtig!)

Die „Kölnische Zeitung" traf, wie mir scheint, bei Wiederabdruck des „Times"-Artikels vom 14. Juli 1914 den Nagel auf den Kopf mit der Bemerkung: „Wenn die Sachlage in bezug auf den U-Bootkrieg heute umgekehrt wäre, ganz England würde heute einmütig so sprechen wie damals Percy Scott." [1]

Aber ich wiederhole, meine Herren, und gegenüber der Verhetzungskampagne, die England in der ganzen Welt gegen uns treibt, unterstreiche ich es: unser jetziger U-Bootkrieg ist eine Erwiderung auf die Aushungerungsblockade, die England seit Anfang des Krieges gegen uns ausübt. Die englischen Machthaber wiegten sich in der Hoffnung, daß ihnen der Krieg nicht teuer zu stehen kommen werde, daß nach bewährtem Muster auf dem Lande die Alliierten die Arbeit für England verrichten würden und daß sich Albion damit begnügen könne, mit seiner stolzen Flotte Deutschland zur Aushungerung und Kapitulation zu zwingen, ohne selbst Menschen dabei zu verlieren. Das Rezept war ja für England nicht neu.

Ich erinnere Sie, meine Herren, an die berüchtigten Konzentrationslager, in die England die Frauen und Kinder der tapferen Burenkämpfer schleppte und dort der unmenschlichsten Behandlung aussetzte mit dem ausgesprochenen Zweck, durch ihre Leiden die Widerstandskraft der im Felde stehenden Männer herabzumindern. Wie im englischen Parlament zugegeben wurde, hatte diese Maßnahme, die für immer einen Schandfleck auf dem englischen Namen bilden wird, allerdings die umgekehrte Wirkung. Sie hatte den Erfolg, den Widerstand der Buren zu erhöhen und den Krieg zu verlängern. Es ist eine seltsame Ironie der Ge-

[1] Vgl. „Kölnische Zeitung" vom 11. Februar 1917 (Nr. 145).

schichte, daß der jetzige englische Ministerpräsident Lloyd George, der sich jetzt nicht genug tun kann in Kraftausdrücken, mit denen er gegen die deutsche Barbarei zu Felde zieht, daß dieser selbe Herr Lloyd George es war, der seinerzeit im englischen Parlament feststellte, daß 15 000 bis 16 000 unschuldige Frauen und Kinder ein Opfer der englischen Grausamkeit geworden seien.[1] (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Nach seinen Angaben betrug z. B. die Sterblichkeit der Kinder unter 12 Jahren in den Konzentrationslagern 41,6 Prozent. (Hört, hört!) Die Sterberate war tatsächlich noch höher. Der damalige englische Kolonialminister Chamberlain, der die Regierungspolitik zu verteidigen suchte, gab zu, daß die Sterblichkeitsrate der Kinder im Oranjefreistaat zeitweise sogar 55 Prozent betragen hatte. Diese Verhältnisse waren die Folge einer vorbedachten Ausrottungspolitik, indem den unglücklichen Frauen und Kindern in ungenügender Menge Nahrung zugeführt wurde (hört, hört!), nicht etwa, weil Mangel an Nahrung vorhanden gewesen wäre, sondern absichtlich. (Hört, hört!) Ebenso wurde in sanitärer Hinsicht alles vernachlässigt.

Ich entnehme diese Tatsachen, meine Herren, nicht etwa irgendwelcher tendenziösen Propagandaschrift, sondern dem amtlichen Bericht über die Verhandlungen im englischen Unterhause, in dem diese Tatsachen festgestellt worden sind.

Nun, meine Herren, was England damals im kleinen ausübte, das wollte es im gegenwärtigen Kriege mit Deutschland im großen ausüben. Im Burenkriege handelte es sich um 150 000 Frauen und Kinder, von denen nach der Angabe Lloyd Georges 15 000 bis 16 000, also etwa 12 Prozent, der barbarischen Methode der englischen Kriegführung zum Opfer gefallen sind. Heute sollte das ganze deutsche Volk mit seinen nahezu 70 Millionen, mit seinen Frauen und Kindern, mit seinen Kranken und Gebrechlichen ausgehungert und damit das deutsche Volk zur Kapitulation gezwungen werden. Das ist die Absicht Englands von Anfang an gewesen. So wollte es sich einen Sieg verschaffen, den es durch seine Waffen nicht erringen konnte. (Sehr richtig!) Meine Herren, England ist es gewesen, das von Anfang herein aus diesem Kriege nicht einen Krieg von Heer zu Heer, sondern einen Krieg von Volk zu Volk gemacht

[1] Vgl. Lloyd Georges Rede vom 4. März 1902. The Parliamentary Debates 1902, IV, 455 ff.

hat (sehr wahr!), und nachdem England dies getan hat, nachdem die Feinde unserem ehrlichen Friedensangebot nur Hohn und Spott entgegengesetzt haben, da blieb dem deutschen Verteidigungswillen nichts weiter übrig als das Goethesche: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“[1] (Bravo!)

England scheint die Gefahr, die ihm vom U-Bootkrieg droht, zu erkennen. Die Rede von Herrn Lloyd George spricht dafür.[2] Allerdings vertröstet die englische Regierung ihr Volk, sie werde binnen kurzem des U-Bootkrieges Herr werden. Nun, meine Herren, wir wollen das abwarten. (Sehr richtig!) Einstweilen kann ich erklären, daß die bisherigen Erfolge des seit dem 1. Februar geführten U-Bootkrieges die Erwartungen unserer Marine bei weitem übertreffen.[3] (Lebhafter Beifall.) Abschließende Zahlen kann ich Ihnen natürlich noch nicht geben. Unsere Seesperre ist kaum vier Wochen alt, und in diese vier Wochen fällt noch die Schonfrist für die neutralen Schiffe, die am 1. Februar noch unterwegs waren, so daß sie nicht rechtzeitig gewarnt werden konnten. Von einem großen Teil unserer U-Boote liegen, weil sie noch unterwegs sind, noch keine Meldungen vor. Wo Meldungen erstattet sind, da ist der Erfolg groß. Die Feinde geben, wie natürlich, nur einen Teil ihrer Verluste zu. Nimmt man das alles zusammen, so zeigen die Zahlen, die wir bisher in der Lage waren, in der Presse zu veröffentlichen, und die nur einen Teil der vorgenommenen Versenkungen umfassen, daß wir mit den erzielten Ergebnissen mehr als zufrieden sein können. (Beifall.)

---

[1] Goethes Sämtliche Werke, Jubiläumsausgabe IV, S. 8:

„Im neuen Jahre Glück und Heil!
Auf Weh und Wunden gute Salbe!
Auf groben Klotz ein grober Keil!
Auf einen Schelmen anderthalbe!“

[2] Am 21. Februar hatte Lloyd George im Unterhause ausgeführt, die Regierung hoffe Mittel zu finden, um den Unterseebooten wirksam entgegentreten zu können, sie würde sich aber einer sträflichen Torheit schuldig machen, wenn sie ihre Politik ohne weiteres auf dieser Hoffnung aufbaue. Ein gut Teil der Tonnage sei versenkt worden, und es sei zu erwarten, daß noch weit mehr versenkt werde, ehe die Gefahr überwunden werde.

[3] Im ganzen wurden im Februar 368 Handelsschiffe mit 781 500 Bruttoregistertonnen durch kriegerische Maßregeln der Mittelmächte vernichtet, während die Erwartungen der Marine nach der Äußerung des Staatssekretärs von Capelle vom 9. Mai nur auf eine Durchschnittssumme von 600 000 Tonnen gegangen waren.

Die Meldungen der Feinde über Schiffe, die die Sperre durchbrochen haben, Meldungen, auf die sie sich ersichtlich etwas zugute tun, enttäuschen uns gar nicht. Wir haben bekanntlich niemals eine Blockade erklärt, sondern nur bestimmte Sperrgebiete festgesetzt, in denen jedes Schiff mit sofortigem Angriff zu rechnen hat. Daß dabei einzelne Schiffe der Gefahr entschlüpfen, versteht sich eigentlich also von selbst. Am Gesamterfolg wird das nichts ändern. Den werden wir einesteils durch Versenkungen, anderenteils durch die Störung der neutralen Schiffahrt, die bereits in großem Umfang eingetreten ist (bravo!), erreichen. Dank der unvergleichlichen Bravour unserer U-Boote (erneutes Bravo) haben wir die volle Berechtigung, der weiteren Entwicklung des Seekriegs, die sich steigern wird, und seinen Rückwirkungen auf die Kriegsfähigkeit unserer Feinde mit aller Gewißheit entgegenzusehen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, zum Schluß noch ein kurzes Wort. Nach der Ablehnung unseres Friedensangebots sprach unser Kaiser in seiner Botschaft vom 12. Januar das Vertrauen aus, daß jeden deutschen Mannes und Weibes Kraft sich in heiligem Zorn über die aufs neue von den feindlichen Staatsleitern verkündete Machtgier und Vernichtungswut verdoppeln werde.[1] Daß dieses Vertrauen gerechtfertigt war, das hat das deutsche Volk in allen seinen Teilen und allerwege bewiesen im Kampf, in der Arbeit und im willigen Dulden. Wir haben einen schweren Winter hinter uns, hart namentlich für die ärmere Bevölkerung. Beschränkungen im Bahnverkehr haben die Versorgung mit Lebensmitteln und Heizstoffen noch erschwert. Das Heldentum aber unserer Frauen und Kinder, der Geist der Vaterlandsliebe, der sich so unbeugsam bewährt, hat schon jetzt den englischen Aushungerungsplan zuschanden gemacht. (Beifall.)

Die militärische Lage hat sich seit meiner letzten Rede kaum verändert. Überall sind unsere Fronten verstärkt, und unsere tapferen Soldaten blicken vertrauensvoll auf ihre sieggewohnten Führer. In zorniger Entschlossenheit, bestärkt durch die höhnische Ablehnung unseres Friedensangebots, an den Landfronten für alles bereit,

---

[1] Der Aufruf „An das deutsche Volk" vom 12. Januar schloß mit den Worten: „Hellflammende Entrüstung und heiligster Zorn werden jeden deutschen Mannes und Weibes Kraft verdoppeln, gleichviel, ob sie dem Kampf, der Arbeit oder dem opferbereiten Dulden geweiht ist."

dank der genialen Führung unserer Obersten Heeresleitung (lebhaftes Bravo), dank der unerschütterlichen Tapferkeit unserer Truppen (lebhaftes Bravo), auch an der Wasserfront siegreich und für den Unterseebootkrieg vielmals mehr gerüstet als im vorigen Jahre, so gehen wir voller Vertrauen den nächsten Monaten entgegen. (Bravo! rechts.) Das Heer vor dem Feinde und das Heer in der Heimat beseelt gemeinsam der unbeugsame Wille, nicht zu dulden, daß wir in Schmach geraten, daß wir der Freiheit entsagen müssen. Dieser Wille, in Not und Tod tausendfältig bewährt und erhärtet, er macht uns unüberwindlich, er führt uns zum Siege. (Lebhaftes andauerndes Bravo und Händeklatschen.)

An die Rede des Reichskanzlers schloß sich eine eingehende, durch mehrere Sitzungen hindurch fortgeführte Debatte, die sich auf die ganze außer- und innerpolitische Lage erstreckte. Im großen und ganzen fanden die Ausführungen des Kanzlers bei allen Parteien lebhafte Zustimmung; als besonders wertvoll wurden von verschiedenen Seiten die Darlegungen über den engen Zusammenhang zwischen der englischen Hungerblockade und dem uneingeschränkten U-Bootkrieg unterstrichen. „Zwingend schlüssig, absolut beweisend" nannte sie der konservative Abgeordnete Graf Westarp, während der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Wiemer die Erwartung aussprach, daß sie von großem Einfluß auf alle diejenigen Elemente, auch in den Vereinigten Staaten, sein würden, die den ehrlichen Willen hätten, neutral zu sein, aber bisher den Zusammenhang der Dinge nicht voll erkannt hätten. Fast allgemeine Zustimmung fand auch die Entschiedenheit, mit der der Kanzler die Unabänderlichkeit des Entschlusses in der U-Bootfrage, trotz der drohenden Haltung Amerikas, betont hatte; gab doch selbst der Abgeordnete Scheidemann zu, daß der U-Bootkrieg eigentlich von der Entente beschlossen worden sei, indem sie das Friedensangebot so schnöde abgelehnt habe. Freilich, über die Frage, ob nach dieser Ablehnung das Friedensangebot und die darin verheißenen, für die Herstellung eines dauernden Friedens eine geeignete Grundlage bietenden, versöhnlichen Friedensbedingungen noch Geltung haben könnten, gingen die Meinungen der Parteien auseinander. Auf der einen Seite wollte der Abgeordnete Scheidemann insbesondere auch aus den Reden des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza vom 24. Januar, 5. und 21. Februar den Schluß ziehen, daß es bei alledem bleibe, was im Friedensangebot vom 12. Dezember gesagt sei. Auf der anderen Seite aber betonten die Abgeordneten Dr. Spahn, Dr. Wiemer und besonders nachdrücklich Graf Westarp, daß die Friedensbedingungen vom 12. Dezember abgetan seien. Ausdrücklich forderten die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, im Einklang mit den Worten des Reichskanzlers und zum Teil darüber noch wesentlich hinausgreifend einen Frieden, der Entschädigung für alle erlittene Unbill bringe. Am weitesten ging Graf Westarp, der mit der Forderung nach Siedlungsland in Kurland und Litauen, nach der Erwerbung des Erz- und Kohlenbeckens von Longwy und Briey, nach der wirtschaftlichen Herrschaft über den Hafen von Antwerpen und nach einem großen Kolonialreich, das Deutschland kraft eigener Seegeltung

selbst erreichen und selbst schützen könne, ein großes Annexionsprogramm aufstellte. Immerhin gab Graf Westarp im Sinne des Kanzlers zu, daß die einzelnen Friedensziele noch nicht vollkommen festgelegt werden könnten. Noch weniger wollte Graf Westarp — begreiflicherweise — von einer Festlegung der innerpolitischen Friedensziele wissen; schon jetzt aber verwahrte er sich gegen eine Neuorientierung, die eine Demokratisierung aller unserer Einrichtungen, insbesondere auch des preußischen Wahlrechts, herbeiführe. Umgekehrt drängten die Redner der Linken in den Reichskanzler, er möge es hinsichtlich der Neuorientierung nicht bei guten Gedanken und schönen Wendungen bewenden lassen, sondern aus den schönen Worten auch die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. An den innerpolitischen Zuständen, insbesondere an den Ernährungsfragen, wurde von den Rednern der Linken eine scharfe Kritik geübt. So forderte Dr. Wiemer, daß eine Ernährungspolitik getrieben werde, die den Eigennutz der Produzenten mit den Interessen der Konsumenten in Einklang bringe. Besonders ausführlich beschäftigte sich mit den Mißständen in den Ernährungsfragen der Abgeordnete Scheidemann, der heftige Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister Freiherrn von Schorlemer als einseitigen Förderer einer Produzentenpolitik richtete und sich zu der Behauptung verstieg: „Wie eine Befreiung würde das deutsche Volk es empfinden, ein Jubelschrei würde durch das deutsche Volk gehen, wenn man wüßte, der Mann wird endlich von seinem Posten weggehen." Gegen diese Verunglimpfung seines Ministerkollegen legte der Reichskanzler förmliche Verwahrung ein:

Meine Herren, ich habe nicht die Absicht, auf die sämtlichen Ausführungen des Herrn Vorredners einzugehen, aber die persönlichen Angriffe, die er gegen den preußischen Herrn Landwirtschaftsminister gerichtet hat, waren von einer wohl in diesem Hause noch ungewohnten Schärfe und veranlassen mich, gegen diese Angriffe entschieden Verwahrung einzulegen. (Sehr richtig! rechts.) Ich nehme an, es wird sich im weiteren Verlauf bei der Besprechung der Ernährungsfragen Gelegenheit finden, sachlich auf die Sache einzugehen. Ich will hier nur ganz kurz betonen, daß dem preußischen Herrn Landwirtschaftsminister — ich weiß, es geschieht unausgesetzt in der Presse — bitteres Unrecht geschieht (Zurufe) — jawohl, meine Herren, wir werden uns ja einmal sachlich über die Sache unterhalten —, wenn hier behauptet wird, daß er der Vater der Hindernisse sei, um eine verständige und gerechte Verteilung der Lebensmittel herbeizuführen. Das ist nicht der Fall (Zurufe), und ich kann es nur zum Lobe des preußischen Herrn Landwirtschaftsministers sagen, daß er bestrebt ist und, wie ich überzeugt bin, mit Erfolg bestrebt ist, unsere Produktion aufrechtzuerhalten, und auch das, meine Herren, gehört dazu, daß wir der Lebensmittelschwierigkeiten Herr werden können. (Zurufe links.) Ohne das können wir es nicht.

Wie gesagt, meine Herren, sachlich wird ja die Angelegenheit vielleicht noch demnächst in der weiteren Diskussion behandelt werden. Ich legte nur Wert darauf, gegen diese Art der Angriffe gegen ein Mitglied des preußischen Staatsministeriums und Bevollmächtigten zum Bundesrat hiermit Verwahrung einzulegen. (Lebhafter Beifall.)

Der Einspruch des Reichskanzlers gegen die Angriffe auf den Landwirtschaftsminister wurde warm von dem konservativen Abgeordneten Grafen Westarp begrüßt, der überhaupt den Reden des Kanzlers vom 27. Februar in einem bei seiner Partei schon ungewöhnlichen Maße zustimmte.

Auch in der konservativen Presse, und nicht bloß in dieser, fanden die Reden des Kanzlers vom 27. Februar eine freundliche Aufnahme. Die „Deutsche Tageszeitung" fand, daß Herr von Bethmann Hollweg in würdiger und durchschlagender Weise unser formelles, sachliches und sittliches Recht gegenüber Amerika wie gegenüber England dargelegt habe. Mit großer Freude nahm sie die Versicherung des Kanzlers auf, daß es in der U-Bootfrage jetzt kein Zurück, sondern nur noch ein Vorwärts gebe. Auch den Äußerungen über die Kriegsziele pflichtete die „Deutsche Tageszeitung" bei, nur wollte sie die Formulierungen des Kanzlers nicht so klar und positiv finden, wie es ihr wünschenswert erschien. Denselben Vorbehalt machte sie hinsichtlich der Äußerungen des Kanzlers über die Neuorientierung. — Die „Kreuzzeitung" schrieb: „Wenn dem Kanzler heute in ganz besonderem Maße der Erfolg beschieden gewesen ist, uns zu stärken in unserer Zuversicht und in unserem Willen zum Ausharren bis zur Erlangung eines dauerhaften Friedens, so waren es zwei Feststellungen. Einmal war es die sogar absichtlich wiederholte Versicherung, daß es in der Kriegführung, die mit dem 1. Februar 1917 eingesetzt hat, ein Zurück nicht mehr gibt, sondern nur noch ein Vorwärts, und zum anderen war es die Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse des ungehemmten U-Bootkrieges." Dagegen bemängelte die „Kreuzzeitung" die der inneren Politik gewidmeten Worte des Kanzlers als „ziemlich allgemein gehalten und sehr der Deutung fähig". Ähnliche Ausstellungen wurden auf seiten der linksparteilichen Blätter laut; so bemerkte das „Berliner Tageblatt", Herr von Bethmann Hollweg habe hinsichtlich der inneren Neugestaltung ein paar Wendungen gehabt, die in einem Sammelalbum staatsmännischer Sinnsprüche gewiß vortrefflich wirken würden, die aber eben nur schöne Sinnsprüche seien. „Herr von Bethmann Hollweg mag den Hauch des neuen Geistes verspüren, aber dort, wo die Tat beginnt, merkt man keinen Hauch davon." — In der „Vossischen Zeitung" fand Georg Bernhard die Kanzlerrede erheblich wertvoller als manche der früheren Reden, die äußerlich vielleicht in glänzenderem Gewande aufgetreten seien. Ein besonderes Verdienst fand Georg Bernhard darin, daß der Kanzler die Zwangsläufigkeit der Neuorientierung aus der Veränderung der Verhältnisse und der Personen durch das große Zeitgeschehen klar festgestellt habe. „Der Kanzler hat gestern endlich den Kampf um die Neuorientierung von dem Kampf für oder gegen seine Person losgelöst." — Der „Vorwärts" endlich bemerkte nicht übel: „Der Reichskanzler bot das Bild eines Mannes, der in redlicher Vorsicht seinen Weg weitertastet, ohne daneben zu treten, ohne anzustoßen. Die ruhige Festigkeit, mit der er sprach, paßt jedenfalls besser zur allgemeinen Volksstimmung, als aufgeregtes Wortgekreisch. Aber

das Bestreben, in wohlabgewogenen Redewendungen so deutungsfähig wie möglich zu bleiben, feierte höchste Triumphe." Immerhin begrüßte der „Vorwärts" manche Wendung der Kanzlerrede mit Genugtuung, am meisten das Wort: „Wo wir von etwas zu befreien sind, da werden wir es selbst besorgen." „Da sagen nun wir deutschen Sozialdemokraten: Topp! Und Hand darauf! Das soll nicht vergessen werden, das soll gelten für und für!"

Im ganzen hat die Kanzlerrede vom 27. Februar mehr Zustimmung, weniger Widerspruch ausgelöst als die meisten der voraufgehenden und die nachfolgenden Reden.

Ansprache an die Abordnung des Rates für Flandern, 3. März 1917

Als der Reichskanzler in seiner Rede vom 5. April 1916 die Forderung erhoben hatte, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut werden dürfe, hatte er zum ersten Male auch der Flamenfrage gedacht: „Deutschland kann den lange niedergehaltenen flämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben, sondern wird ihm eine gesunde, seinen reichen Anlagen entsprechende Entwicklung auf der Grundlage seiner niederländischen Sprache und Eigenart sichern." Als der Reichskanzler diese Worte sprach, hatte die deutsche Verwaltung in Belgien, an ihrer Spitze der Generalgouverneur Freiherr von Bissing, bereits Anstalten getroffen, um dem flämischen Volksteile, der so lange schon, freilich ohne wesentlichen Erfolg, für seine „nationalen Rechte", das Recht seiner Muttersprache, einer eigenen Schulverwaltung und überhaupt eines einheitlichen flämischen Verwaltungsgebiets gekämpft hatte, die Möglichkeit einer freien Entfaltung zu schaffen. Schon am 30. Dezember 1915 hatte der Generalgouverneur eine Verordnung erlassen, daß in das Budget für 1916 die Mittel für die Umwandlung der Genter Universität in eine flämische Hochschule eingestellt und daß unverzüglich mit der Vorbereitung der Umwandlung begonnen werden solle. Ihr waren am 15. und 17. März 1916 weitere Verordnungen gefolgt, daß die Vorlesungen an der Universität Gent in flämischer Sprache gehalten werden müßten. Die neu eingerichtete Universität hat dann ihre Tätigkeit am 25. Oktober aufgenommen. Andere Verfügungen des Generalgouverneurs regelten in gleichem Sinne die Unterrichtssprache in den flämischen Gebietsteilen, den Gebrauch der deutschen und der flämischen Sprache im Dienstverkehr der belgischen staatlichen Verwaltungsbehörden. Auch mit der Verwaltungstrennung wurde durch die Trennung des Unterrichtswesens ein erster Anfang gemacht, sie ist dann später durch die Verordnung vom 21. März 1917 auf die gesamte Verwaltung ausgedehnt.

Unter diesen Umständen erwachte die flämische Bewegung mitten in den Kriegsjahren zu neuem Leben und gewann in allen Teilen des flämischen Volkes Anhang (Aktivisten). Am 4. Februar 1917 versammelten sich in Brüssel über 200 Obmänner sämtlicher Gruppen der aktiven flämischen Bewegung zu einer Landestagung, wählten aus ihrer Mitte einen Rat für Flandern und erließen einen Aufruf,[1] der das Ziel einer völligen Autonomie für das flämische Volk auf der Grundlage seiner eigenen Muttersprache und Kultur aussprach. Eine Abordnung dieses Rates kam Anfang März 1917 nach Berlin, um dem Reichskanzler die flämischen Wünsche vorzutragen. Der Sprecher der Abordnung überreichte dem Kanzler den Aufruf vom 4. Februar und trug ihm das flämische aktivistische Programm vor. Er erinnerte dabei an die Rede des Reichskanzlers vom 5. April, an die bisherigen dankenswerten Maßnahmen des Generalgouverneurs und bat um die weitere Durchführung dieser auf der Grundlage der internationalen Rechtsbestimmungen getroffenen Maßnahmen.

Der Reichskanzler erwiderte:

---

[1] Vgl. denselben in Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 396f.

Meine Herren! Ihrem Wunsche nach einer persönlichen Aussprache bin ich gern entgegengekommen. Herzlich heiße ich Sie in des Deutschen Reiches Hauptstadt willkommen als die Vertreter eines durch Blut und Sprache verwandten Volkes, mit dem in den Zeiten der reichsten Blüte germanischer Kultur uns politisch, kulturell und wirtschaftlich enge Beziehungen einten. Ich brauche nur die Namen Augsburg und Antwerpen, Nürnberg und Brügge zu nennen, und in uns allen erwacht aus dem Schlaf vergangener Zeiten das Bewußtsein einer Verwandtschaft und Wesensgemeinschaft, die beide Völker verknüpft.

Die vertrauensvollen Worte, die Sie soeben an mich richteten, finden deshalb in mir, und ich glaube wohl in jedem Deutschen, herzlichen Widerhall.

Das flämische Volk hat jahrhundertelang Bahnen gehen müssen, die immer weiter von uns wegführten und von denen stammesbewußte Denker und Dichter Ihres Volkes uns sagen, daß es Leidenswege gewesen sind. Heute fügt es Gott, daß mitten im blutigen Kampfe Deutsche und Flamen sich bewußt werden, daß in dem Ringen gegen das Vordringen des Welschtums gleiche Wege uns zu gleichen Zielen führen müssen. Viel Kampf und Arbeit liegt noch vor uns. Das darf und wird mich aber nicht hindern, Ihnen schon jetzt die Hand zu reichen zu gemeinsamer Arbeit.

Seine Majestät der Kaiser, dem ich von Ihrem Wunsche, mit der Reichsleitung in Verbindung zu treten, Meldung gemacht habe, hat voll aufrichtigen Mitgefühls für die Schicksale des flämischen Volkes seinen Willen zu erkennen gegeben, den berechtigten, von Ihnen vorgetragenen Wünschen, soweit es die Kriegslage und die militärischen Notwendigkeiten erlauben, entgegenzukommen.

In Ausführung dieser Befehle Seiner Majestät habe ich Ihnen folgendes zu eröffnen:

„Der Herr Generalgouverneur hat seit langem in Übereinstimmung mit mir und in Übereinstimmung mit den Worten, die ich im April vorigen Jahres im Reichstage sprach, vorbereitende Maßnahmen erwogen und eingeleitet, die darauf hinzielen, dem flämischen Volke die ihm bisher versagte Möglichkeit einer freien, kulturellen und wirtschaftlichen Entwick-

lung zu geben und damit den Grundstein zu legen für diejenige Selbständigkeit, die es zu erringen hofft, aber aus eigener Kraft kaum wird erreichen können. Ich weiß mich daher mit dem Herrn Generalgouverneur einig, wenn ich Ihnen die Versicherung gebe, daß diese Politik, die, wie Sie selbst anführten, mit den Grundsätzen des internationalen Rechts im Einklang steht,[1] mit allem Nachdruck fortgesetzt wird und noch während der Okkupation mit dem Ziele der völligen Verwaltungstrennung durchgeführt werden muß, wie sie in beiden Teilen Belgiens schon seit langem gefordert wird. Die Sprachengrenze muß so bald wie möglich zur Grenzscheide zweier unter dem Befehl des Herrn Generalgouverneurs geeinter, aber sonst getrennter Verwaltungsgebiete werden. Der gemeinsamen Arbeit der deutschen Behörden mit den Vertretern des flämischen Volkes wird es gelingen, dieses Ziel zu erreichen. Die Schwierigkeiten sind nicht klein, aber ich weiß, daß sie überwunden werden können bei selbstloser Mitarbeit aller der Männer unter den Flamen, die in tiefem Mitgefühl erkannt haben, welche Aufgaben ihnen die Vaterlandsliebe in diesen entscheidenden Zeiten stellt.

Daß die Flamen aus sich selbst heraus sich dieser Pflicht bewußt geworden sind, beweist mir Ihr am 4. Februar gefaßter Entschluß, und Ihre Einigkeit begrüße ich als die beste Sicherheit für das Gelingen unseres Werkes. Gern werden wir deshalb auch mit dem „Rat für Flandern“ die Mittel beraten, die uns zu dem erstrebten Ziel führen sollen.

Das Deutsche Reich wird bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freie Entwicklung des flämischen Stammes zu fördern und sicherzustellen.

Diese Versicherungen nehmen Sie mit, meine Herren, in Ihre schöne Heimat und sagen Sie den Söhnen der „Mutter Flandern“, daß wir Deutsche entschlossen sind, das Unsere zu tun, damit aus Not und Krieg sie zu neuem Blühen erwachsen möge.

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden in der gesamten deutschen Presse mit Zustimmung aufgenommen.

---

[1] Vgl. Fr. Anholt, „Die deutsche Verwaltung in Belgien“, S. 104 f.

Abgeordnetenhausrede vom 14. März 1917

Am 9. März 1917 hatte das Herrenhaus den seinerzeit vom Abgeordnetenhaus dringlich verlangten und am 13. Dezember 1916 mit großer Majorität angenommenen Entwurf einer Novelle zum preußischen Diätengesetz, die an die Stelle des bisherigen Zustandes Anwesenheitsgelder und freie Eisenbahnfahrt der Abgeordneten auf den preußisch-hessischen Eisenbahnen setzte, schroff abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit waren von den Mitgliedern des Herrenhauses Graf Yorck und Ritterschaftspräsident von Buch herausfordernde Reden von scharf reaktionärer Tendenz gehalten worden. Graf Yorck hatte unter heftigen Ausfällen gegen den Reichstag, dem er das Streben nach einer verfassungswidrigen und im letzten Grunde revolutionären Machterweiterung, nach einem Eingreifen in die Kommandogewalt des Kaisers usw. vorwarf, die Vorlage charakterisiert als „ein Glied in einer Kette, und ein bedeutsames Glied, bedeutsam deshalb, weil die Staatsregierung freiwillig dem steten Streben nach Ausdehnung der Macht und der Befugnisse des Parlaments entgegenkommt". Ebenso hatte von Buch das Gesetz als eine, „wenn auch kleine, so doch wichtige Etappe auf dem Wege zum Parlamentarismus bekämpft". Selten haben zwei Reden in Öffentlichkeit und Presse so viel böses Blut erregt wie diese. Das Auftreten des Herrenhauses veranlaßte die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses, alsbald einen Antrag auf eine grundlegende Reform in der Zusammensetzung des Herrenhauses einzubringen. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. März wurde nacheinander von den Rednern des Zentrums, der Nationalliberalen, der Freikonservativen und des Freisinns eine schneidende Kritik an dem Verhalten des Herrenhauses und insbesondere an den Reden Graf Yorcks und von Buchs geübt. Bedeutsam waren vor allem die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Friedberg, der die Einbringung des nationalliberalen Antrags mit den Worten begründete: „Wir bringen jetzt die Oberhausbewegung in Fluß zugleich mit der Frage der Wahlreform und der Neuorientierung ... Wir würden wahrscheinlich mit diesem Antrag und der Anschneidung dieser Frage bis nach dem Kriege gewartet haben. Aber nach dem Beweis politischer Unklugheit, den sich das Herrenhaus durch seine Abstimmung geleistet hat, müssen wir befürchten, daß es zu einem Hemmschuh der Entwicklung wird; da müssen wir glauben, daß es die höchste Zeit ist, daß endlich einmal nach der Richtung bei uns etwas geschieht ... Der Antrag entspricht nicht etwa der Verbitterung oder der Mißstimmung über die Ablehnung, sondern er kommt aus dem Bewußtsein heraus, daß mit diesem Herrenhause auf die Dauer nicht zu arbeiten ist, wenn es sich darum handeln wird, die großen Fragen in Fluß zu bringen, mit denen wir nach dem Kriege zu tun haben werden." In ähnlichem Sinne äußerte sich der Abgeordnete Dr. Pachnicke von der Fortschrittlichen Volkspartei: „Die Herrenhausfrage ist aufgerollt und wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis sie eine befriedigende Erledigung gefunden hat." Er nannte die Reden der Wortführer des Herrenhauses eine Kampfansage gegen die von der Krone verheißenen Reformen und äußerte, indem er an die Ausführungen des Kanzlers über die Neuorientierung vom 27. Februar erinnerte, Zweifel, ob dieser bei aller Ehrlichkeit seines Willens in der Lage sein werde, angesichts der mächtigen Widerstände die Zusage einzuhalten. Schließlich wandte er sich an den Reichskanzler selbst, der auf die Nachricht von dem hochpoliti-

schen Charakter der Sitzung in das Abgeordnetenhaus geeilt war, mit den Worten: „Nach dem Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten richten sich deshalb die Blicke mit der Frage: Was gedenkt er zu tun, was gedenkt er der Krone und der Volksvertretung vorzuschlagen, um die Widerstände zu brechen, deren tiefster Grund die verschiedenartige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und des Reichstags und daneben die Existenz des Preußischen Herrenhauses ist."

Nach dem Abgeordneten Dr. Pachnicke ergriff Herr von Bethmann Hollweg als Ministerpräsident das Wort:

Meine Herren, mir wurde vorhin mitgeteilt — und die eben gehörte Rede des Herrn Abgeordneten Pachnicke hat mir den Beweis gegeben —, daß Ihre Debatte über den Etat des Herrenhauses einen hochpolitischen Charakter angenommen hätte. Das gibt mir Veranlassung zu einigen kurzen Ausführungen. Zum Diätengesetz, das in den bisherigen Reden eine größere Rolle gespielt hat, will ich nur weniges sagen. Es bildet ja nur den mittelbaren Anlaß zu der heutigen Debatte. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Wir haben seinerzeit die Diätenvorlage eingebracht nicht aus Liebedienerei gegen allerlei hier und da allerdings ziemlich laut geäußerte Wünsche dieses Hauses — gegen diese Vorstellung[1] möchte ich hier ausdrücklich Verwahrung einlegen — (Bravo! im Zentrum und links), sondern weil wir mit der Vorlage alten, langen, zum Teil sehr widrigen und unerquicklichen Differenzen mit einem großen Teil dieses Hauses ein Ende bereiten wollten, und weil wir hofften, durch die Vorlage die Abwicklung der parlamentarischen Geschäfte zu fördern. Das ist der Grund für unsere Vorlage gewesen. Es war erfreulich, daß es der Regierung gelungen war, sich mit der Mehrheit des Abgeordnetenhauses über die Fassung der Vorlage zu verständigen. Das Herrenhaus hat Ihre Beschlüsse abgelehnt. Das war an sich das gute Recht des Herrenhauses. Daß es von diesem Recht Gebrauch gemacht, hat und die Form, in der es davon Gebrauch gemacht hat, bedaure ich. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Auf die technische Seite des Gesetzes jetzt einzugehen, hat für mich keinerlei Zweck. Das Gesetz kann erst wieder erscheinen, wenn

[1] Ihr hatte u. a. das Mitglied des Herrenhauses von Buch am 9. März mit den Worten Ausdruck gegeben: „Im Abgeordnetenhaus ist das Gesetz in einer Tonart gefordert worden, wie sie sonst im parlamentarischen Leben vielleicht nur im Reichstage vorgekommen ist, aber bisher in einem preußischen Parlament nicht üblich war ... Was hat die Königliche Staatsregierung darauf getan? Geantwortet hat sie nicht. Sie hat einen Diener gemacht und die Vorlage eingebracht."

eine neue Session des Abgeordnetenhauses eintritt. Also auch für Sie, meine Herren, liegt ein aktuelles Interesse an der Sache selbst nicht mehr vor. (Sehr richtig!) In Bewegung gesetzt worden sind die Geister nicht sowohl durch die Ablehnung als durch die Reden, die im Herrenhause gehalten worden sind. (Sehr richtig!) Meine Herren, es versteht sich von selbst, daß ich meinerseits mit den Herren, die im Herrenhause gesprochen haben, nur im Herrenhause selbst polemisieren könnte. Wenn ich hier zu der Sache spreche, so kann ich es nur tun unter Vermeidung jeder persönlich gefärbten Polemik. Ich kann nur meine Stellung zu den allgemeinen politischen Fragen präzisieren. Vielleicht ergibt sich daraus ein Gegensatz zu den Anschauungen des Herrenhauses. Ich halte mich für verpflichtet, es zu tun, weil die Ereignisse der letzten Zeit in einem Teile der Presse publizistisch in einer Weise ausgenutzt worden sind, welche unsere innere Geschlossenheit nicht fördert (sehr richtig!), und welche gleichzeitig Zweifel an meiner persönlichen Auffassung hinsichtlich der Gesamtrichtung der inneren Politik, wie sie geführt werden muß, aufkommen läßt. Und diese Zweifel muß ich beseitigen.

Von dem Grundsatz, keine Polemik mit den Herren des Herrenhauses treiben zu wollen, muß ich nur eine Ausnahme machen. Es ist im Herrenhause eine sehr scharfe und bittere Kritik am Reichstag geübt worden. Gegen diese Kritik muß ich auch hier im Hause Widerspruch erheben. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.) Ich halte es für eine Aufgabe jedes Parlaments im Deutschen Reich, mag es das Preußische Abgeordnetenhaus, mag es das Herrenhaus, mag es sonst irgendeine Kammer sein, Reichspolitik zu treiben (Bravo!), und diese Reichspolitik muß mit um so größerer Kraft betrieben werden, der Reichsgedanke muß um so höher gehalten werden, weil wir uns in einem Kriege befinden, in dem wir um unser Leben ringen. (Sehr wahr! und Bravo! im Zentrum und links.) Meine Herren, der Reichstag — ich bin ja nicht immer einer Ansicht mit ihm; aber, meine Herren, will denn irgendein Mensch in Zweifel ziehen, daß der Deutsche Reichstag in den jetzt bald drei Jahren dieses Krieges dem Vaterlande, seinem Volke Dienste geleistet hat wie kein anderes Parlament der Welt? (Stürmischer Beifall.)

Meine Herren, ich habe mich — der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke erinnerte soeben daran — über meine Stellung zu

den großen innerpolitischen Fragen wiederholt im Reichstage ausgesprochen; das letztemal vor wenigen Wochen.[1] Ich habe dabei meiner unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in wichtigen Beziehungen führen muß und führen wird (lebhafter Beifall links), allen etwaigen Widerständen zum Trotz. (Erneuter Beifall links.) Ich nehme Bezug auf die Worte, die ich im Reichstage gesprochen habe.

Nun wird mir gesagt — und auch in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Pachnicke fand sich ein Anklang daran —: was nützen uns Worte, wir wollen Taten sehen! (Sehr wahr! links.) — Ja, meine Herren, die Sie „sehr wahr" rufen, ich kann Sie versichern: nichts wäre mir lieber, als wenn ich diejenigen Absichten, die ich für das Heil unseres Vaterlandes für notwendig halte, baldmöglichst durchführen könnte. Aber, meine Herren, wir wollen uns doch einmal offen über die Sache aussprechen: für die Herren auf der linken Seite bildet den Kernpunkt ihrer Wünsche in der inneren Politik die Reform des preußischen Wahlrechts. (Sehr richtig! links.) Daß die Königliche Staatsregierung eine Reform des preußischen Wahlrechts vorschlagen wird, hat sie wiederholt in unmißverständlicher Weise ausgesprochen; und ebenso hat sie ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß diese Reform, die unzweifelhaft zu schweren inneren Kämpfen führen wird, nicht zu einer Zeit in die Hand genommen werden kann, wo wir noch von außen vom Feinde berannt werden, weil wir während dieser Zeit innere Kämpfe nicht vertragen können.[2] (Sehr richtig! und

---

[1] Am 27. Februar. Vgl. S. 193 f.

[2] Erstmalig war während des Krieges in der Thronrede vom 13. Januar 1916 eine durchgreifende Reform des preußischen Wahlrechts in Aussicht mit den Worten gestellt worden: „Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften." Im Anschluß daran hatte der Minister des Innern von Loebell am 17. Januar erklärt: „Die Regierung hält es nicht für angezeigt, die Frage des preußischen Wahlrechts jetzt einer endgültigen Lösung entgegenführen zu wollen. Sie ist entschlossen, wenn die Waffen ruhen, an die Lösung dieser Frage heranzugehen. Bis dahin muß diese Frage dem politischen Leben ferngehalten werden." In demselben Sinne äußerte sich der Minister des Innern noch am 14. Februar 1917: „Wir sind darüber einig, daß die preußische Wahlrechtsreform während des Krieges nicht kommt; nach dem Kriege aber wird sie kommen."

Zurufe links.) Das sollten doch gerade die Herren bedenken, die ganz radikale Wünsche in bezug auf das Wahlrecht haben. Und, meine Herren, wenn ich also die Maßregeln, von denen der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke eben sprach, nicht bringen kann aus den Gründen, die ich eben auseinandergesetzt habe, — soll es dann helfen, akademische Erörterungen anzustellen über den Inhalt einer Reform zu einer Zeit, wo ich noch gar nicht weiß, wie viele Monate vergehen werden, bis der Termin gekommen sein wird, wo ich damit hervortreten kann? Wenn ich das täte, würde ich den Kampf zwischen Sie, in Ihre Mitte hineinschleudern, den ich unter allen Umständen vermeiden muß und vermeiden will. (Sehr gut!)

Also die Vorwürfe, die mir gemacht werden: ja, der Reichskanzler spricht über die Neuorientierung, spricht über die Gedanken, die er für die Zukunft hat, aber das sind leere Worte, er gibt keine präzisen Versprechungen, — diese Vorwürfe sind furchtbar billig und haltlos, wenn man die Sache bis aufs Ende durchdenkt.

Über den Geist, mit dem ich späteren Reformen gegenübertreten werde — und ich bin so unbescheiden, dem Geiste auch neben den Paragraphen noch immer eine gewisse Bedeutung zuzuschreiben —, habe ich mich wiederholt ausgesprochen, auch in ganz klarer und unmißverständlicher Weise.[1] Der Kernpunkt für mich — ich will so einfache Worte gebrauchen, wie sie mir im Augenblick in den Mund kommen — ist doch folgender. Wir werden nach dem Kriege vor die gewaltigsten Aufgaben gestellt werden, die wohl je einem Volke beschieden gewesen sind (sehr richtig!), vor Aufgaben, die so gewaltig sind, daß das ganze Volk in allen seinen Schichten, jeder Mann im Volke, mit Hand anlegen muß, wenn wir uns überhaupt herausarbeiten wollen. (Sehr richtig!) Und auch eine *starke auswärtige Politik* wird uns nach dem *Frieden* notwendig sein. (Sehr richtig!) Wir werden von Feinden umgeben sein, denen wir nicht gegenübertreten wollen mit großen Worten, mit Renommistereien, mit *Sich-in-die-Brust-werfen*, sondern mit der inneren Stärke des Volkes. (Bravo!) Eine solche Politik können wir nur treiben, wenn das staatliche, das Vaterlandsbewußtsein, welches in diesem Kriege doch in ganz neuen und uns bisher unbekannten Formen zur wunderbaren Wirklichkeit geworden ist, rein erhalten und gestärkt wird. (Bravo!) Eine solche

[1] So am 5./6. Juni 1916, am 28. September 1916 und am 27. Februar 1917. Vgl. S. 120 ff., 126 f., 142 f., 193 f.

Politik der Stärke, eine solche innere und eine solche äußere Politik können wir nur führen, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in den breiten Massen, vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. (Bravo!)

Meine Herren, das erfordert unsere Zukunft nicht um theoretischer Probleme willen, sondern damit wir leben können. (Sehr richtig!) Ich will nicht differenzieren. In diesem Kriege gibt jeder Sohn des Volkes in todesmutigem Wetteifer sein Bestes und sein Letztes her, arm und reich, hoch und niedrig, niemand kann beanspruchen, daß er etwas Mehreres, etwas Besseres täte als der andere. Aber wenn ein Glied des Ganzen versagt, können wir dann den Krieg gewinnen? (Zustimmung.) Und können wir nach diesem Kriege leben, wenn im Frieden ein Glied des Volkskörpers versagt? Auch da sage ich nein. Vor dem Kriege sind die Interessen der Arbeiterschaft häufig in einen angeblich unversöhnlichen Gegensatz zu den staatlichen Interessen und zu den Interessen der Arbeitgeber gestellt worden. Ich hoffe, dieser Krieg kuriert uns endgültig von diesem Irrwahn (Bravo!); denn täte er es nicht, wären wir nicht gewillt, alle die Folgerungen, die sich aus dem Erleben dieses Krieges ergeben, entschlossen zu ziehen in allen Fragen unseres politischen Lebens, in der Regelung des Arbeiterrechts, in der Regelung des preußischen Wahlrechts, bei der Ordnung des Landtags im ganzen — die Herren sprechen ja vom Herrenhause; ich will auf Einzelnes nicht eingehen — (sehr gut!), wenn wir nicht entschlossen sind, diese Folgerungen zu ziehen, rücksichtslos zu ziehen, und ich sage für meine Person: mit dem Vertrauen, das mir in diesem Kriege eingewachsen ist zu allen Söhnen des Volkes (lebhaftes Bravo! links) — wenn wir das nicht tun, dann gehen wir inneren Erschütterungen entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann. (Sehr richtig! links). Ich werde diese Schuld nicht auf mich laden. (Bravo! links.)

Vor einiger Zeit ist hier auf der rechten Seite dieses Hauses ein „Wehe!" dem Staatsmann zugerufen worden, der nicht aus diesem Kriege einen starken Frieden für Deutschland herausholt.[1]

---

[1] Am 14. Februar hatte der Abgeordnete von der Osten-Warnitz ausgeführt: „Ich möchte an die uns führenden Instanzen die Bitte richten: Seien Sie sich dessen bewußt, was das Volk in puncto Ehre von seiner Regierung verlangt! Das deutsche Volk ist in diesem Punkte außerordentlich

Nun, meine Herren, gibt es einen Deutschen, der nicht sein letztes Herzblut daransetzte, um nach diesen gewaltigen Opfern einen Frieden für unsere Kinder und Enkel herauszuholen, einen deutschen, einen starken, einen sicheren Frieden? (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.) Das ist einfach selbstverständlich. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Und, meine Herren, da möchte ich denn doch auch sagen: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt (Bravo! links), wehe dem Staatsmann, der glaubt, daß wir nach einer Katastrophe, wie sie die Welt überhaupt noch nicht gesehen hat, deren Umfang wir Mitlebenden und Mithandelnden überhaupt noch gar nicht verstehen können (sehr richtig! rechts), der nach einer solchen Katastrophe glaubt, er könnte einfach wieder anknüpfen an das, was vorher war (Bravo!), daß er neuen und jungen Wein in die alten Schläuche füllen könnte, ohne daß sie zersprengten? Wehe dem Staatsmann! (Bravo! links.)

Der Abgeordnete Pachnicke meinte, er hätte Sorge, ob ich die Gedanken, denen ich jetzt in flüchtiger Form Ausdruck gegeben habe, auch durchführen könnte. Meine Herren, ich will diese Gedanken, ich werde sie durchführen (Bravo!), ich werde mein Letztes daran geben. (Wiederholtes lebhaftes Bravo!) Und weshalb will ich es? Doch um nichts anderem willen, als um unser Volk stark zu machen, und jeder, dem die Stärke unseres Volkes am Herzen liegt, welcher politischen Parteirichtung er angehören möge, der muß mitarbeiten, daß nach diesen Opfern ein starkes und junges Volk aus dem Verderben und aus dem Unheil hervorwachsen möge. (Bravo!) Und so gebe ich die Hoffnung nicht auf — ich gebe sie nicht auf, weil der Zwang der Verhältnisse ein überwältigender sein wird —, daß wir schließlich an diesem Ziele zusammenarbeiten werden mit dem Willen, etwas Gutes zu erreichen. (Bravo!)

Meine Herren, ich habe heute morgen nicht die Absicht gehabt, hierher zu kommen und ernste Worte zu sprechen, wie sie in der Form der Augenblick eingibt, aber wie sie groß geworden sind in all den Zeiten ja doch größter geistiger Erhebung, die ich in meinem Leben gekannt habe; denn ich habe Zeuge sein dürfen, wie ein Volk bis zu seinem letzten Sohne in Mut und Todesentschlossenheit um sein Leben ringt. Vielleicht habe ich Gegensätze aufgerührt. Aber

---

tätig geworden, und wehe dem Staatsmann, der den hochgespannten Begriffen von nationaler Ehre in den gegenwärtigen schweren Streitfragen nicht voll gerecht würde!"

ich bin nicht gekommen, um Streit zu suchen. Meine Herren, mich — und, ich meine, Sie alle — beseelt jetzt der einzige Gedanke: über die Fragen des Tages, des Diätengesetzes, des Fideikommißgesetzes[1] hinaus — und ich richte die Bitte an die Herren: finden Sie eine Einigung auch in dieser Frage! —: über alle diese Fragen hinaus beseelt und beschäftigt mich und uns alle doch nur der eine Gedanke: wie führen wir diesen Krieg zu einem siegreichen Ende? Kein anderer Gedanke soll und darf uns im Innern erschüttern und bewegen! (Lebhaftes Bravo!) In diesem Gedanken sind wir alle einig. (Erneutes lebhaftes Bravo!) Und weil dieser Krieg nur mit der Anspannung der äußersten Manneskraft gewonnen werden kann und weil zu dieser Kraft auch Wahrheit gehört, habe ich mich für verpflichtet gehalten, auch meine Ansichten über die innere Politik, über die Zukunft unseres Volkes hier ganz offen auszusprechen. (Bravo!) Ich habe nichts damit gewollt, als meinem Volke zu dienen, das Gott erhalten wolle. (Mehrfach wiederholter und anhaltender lebhafter Beifall und Beifallklatschen.)

Nach der Rede des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten, die auf der Linken und im Zentrum mit dem lebhaftesten Beifall, auf der Rechten mit kühlster Zurückhaltung aufgenommen wurde, kamen nur noch die beiden Sozialdemokraten Leinert und Hoffmann und der Führer der Konservativen Partei, von Heydebrand und der Lase, zu Wort. Der Abgeordnete Leinert gestand von seinem sozialdemokratischen Standpunkte aus zu, daß die Worte, die der Reichskanzler gesprochen habe, das Vertrauen des Volkes zu ihm wesentlich erhöhen würden; freilich konnte er einen leisen Zweifel nicht unterdrücken, ob Herr von Bethmann auch bis zur Durchführung dieser Gedanken im Amte bleiben werde, ein Zweifel, dem dann der „Vorwärts" verstärkten Ausdruck mit den Worten gab: „Man konnte deutlich das Todesurteil des Kanzlers hören aus dem eisigen Schweigen der Konservativen." Der Abgeordnete von Heydebrand vermied es, zu den Ausführungen des Reichskanzlers über die Neuordnung Stellung zu nehmen; ein Widerspruch klang höchstens aus den Worten heraus, in denen er für seine politischen Freunde in Anspruch nahm, „daß in der Art und Weise, wie wir unsere preußische Zukunft aufbauen, uns nichts anderes leitet und nichts anderes vor Augen steht, als die Liebe zum preußischen Vaterlande und die Liebe zu unserer preußischen Zukunft, die wir so fest und dauernd aufbauen wollen, wie nur irgend Menschenkraft möglich ist."

Auch die konservative Presse wagte nicht, offen — so groß war doch der Eindruck gerade in den Tagen, wo das volle Gelingen der russischen Revolution bekannt wurde — gegen die Rede des Reichskanzlers Stellung

[1] Seit am 22. Januar im Abgeordnetenhause die erste Beratung des neuen Gesetzentwurfes über Familienfideikommisse, Stammgüter und Familienstiftungen begonnen hatte, war dieser Gegenstand zu einem Zankapfel zwischen den rechten und den linken Parteien geworden. Auch im Reichstag kam es darüber, so am 27. Februar, zu scharfen Debatten.

zu nehmen. Blätter wie die „Deutsche Tageszeitung", „Der Reichsbote" u. a. suchten der Rede vielmehr allerhand gute Seiten abzugewinnen. Nur in der „Kreuzzeitung" klangen Groll und Verärgerung durch, wenn sie von den Versicherungen sprach, die der Ministerpräsident mit noch nicht dagewesener Deutlichkeit der Demokratie gegeben habe, und wenn sie bei nochmaliger vorurteilsloser Prüfung zu „höchst bedenklichen Schlußfolgerungen" zu kommen erklärte.

Um so ungeteiltere Zustimmung fand die Rede des Ministerpräsidenten in der Presse der Linken bis zu den Nationalliberalen und dem Zentrum. Blätter, in denen vorher öfter der Zweifel zum Ausdruck gelangt war, ob der Kanzler auch wirklich den festen Willen habe, die Reformen durchzuführen, zogen den Zweifel in aller Form zurück. Das „Berliner Tageblatt" schrieb: „Die Zweifel, ob der Kanzler auch den Willen hat, den Worten die Taten folgen zu lassen, sind verstummt. Er hat offen und ehrlich wie ein Mann gesprochen, dem man vertrauen darf." In der „Vossischen Zeitung" erklärte Georg Bernhard, der diese Rede überhaupt eine der besten und wirkungsvollsten nannte, die der Kanzler bisher jemals gehalten habe: „Auch wir wünschen nichts sehnlicher, als unser volles Vertrauen in die Stärke des Reichskanzlers bekunden zu können. Zu seiner Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit haben wir es immer gehabt." Und der „Vorwärts" nannte die Rede das „umfassendste, eindringlichste und stärkste Bekenntnis zu der Notwendigkeit einer freiheitlichen Politik", das der Reichskanzler während des Krieges abgelegt habe. Anstoß nahm der „Vorwärts" nur daran, daß der Kanzler sich noch nicht über den Inhalt der angekündigten Wahlreform ausgelassen habe, und daß die Reform auf die Zeit nach dem Kriege verschoben bleiben solle. Die bei dem „Vorwärts" anklingenden Zweifel, ob dem Kanzler auch die Macht zur Seite stehen werde, seinen so klar und scharf ausgesprochenen Willen auf so lange Sicht durchzuführen, wurden auch vom „Berliner Tageblatt" unterstrichen, das sein ceterum censeo wiederholte: der Kanzler müsse sich auf eine große und in sich einige geschlossene Mehrheit des Reichstags stützen, und diese Mehrheit müsse wieder dem Kanzler bei der Durchführung des innerpolitischen Reformprogramms unter die Arme greifen.

Reichstagsrede vom 29. März 1917

Die herausfordernden Reden, die am 9. März im Herrenhause bei der Ablehnung der Diätenvorlage gefallen waren, die hierdurch veranlaßten erregten Debatten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. März mit der programmatischen Rede des Ministerpräsidenten, die daraufhin in der Sitzung des Herrenhauses vom 28. März von neuem gegen den Reichstag, das allgemeine Wahlrecht und die Neuorientierung gerittene Attacke der Generale von Kleist und Graf von Roon mußten auch den Reichstag auf den Plan rufen. Für die am 29. März beginnende Beratung des Haushalts des Reichskanzlers lagen eine Fülle von Anträgen zur innerpolitischen Neuordnung vor; insbesondere beantragten die Nationalliberalen die Einsetzung eines 28gliedrigen Verfassungsausschusses. Gleich am 29. kam es zu einer ausgedehnten Debatte, in der neben den kriegerischen und weltpolitischen Ereignissen der letzten Zeit, der russischen Revolution, der drohenden kriegerischen Verwicklung mit Amerika, dem Abbruch der Beziehungen zu China usw. vor allem die Frage des Zeitpunktes der innerpolitischen Reformen, insbesondere der preußischen Wahlreform, erörtert wurde. Den Grundgedanken der Kanzlerrede vom 14. März stimmten nacheinander der Abgeordnete Dr. Spahn vom Zentrum, Noske von der Sozialdemokratie, Dr. Müller-Meiningen von der Fortschrittlichen Volkspartei und Dr. Stresemann von den Nationalliberalen zu. Aber die Redner der Linksparteien einschließlich der Nationalliberalen waren sich im Gegensatz zu der bisherigen Haltung des Kanzlers auch einig darin, daß die Reformarbeit nicht bis nach dem Kriege vertagt werden dürfe, sondern so rasch wie möglich zu beginnen sei. „Das Reichsinteresse," sagte der Abgeordnete Noske, „gebietet es, schleunigst mit der Reformarbeit anzufangen." Dr. Müller-Meiningen führte aus: „Bei einer kurzen Dauer des Krieges ließ sich wohl der Standpunkt vertreten, daß so große Reformen nicht in der Kriegszeit auszuführen seien, aber die Lage des Krieges allein macht die bisherige Formel der Einhaltung des Burgfriedens auf diesem Gebiete unmöglich ... Deswegen müssen wir von unseren Staatsmännern verlangen: machen Sie sobald wie möglich ein Ventil auf." Mit besonderer Eindringlichkeit setzte sich Dr. Stresemann für sofortige Inaugurierung der Reformen unter nachdrücklicher Betonung der „weltpolitischen Hochspannung ohnegleichen" ein. Wörtlich sagte er: „Wir freuen uns der Ausführungen, die der Herr Reichskanzler im Preußischen Abgeordnetenhause gemacht hat, unbeschadet der Stellungnahme zur auswärtigen Politik, in der wir nicht immer einer Meinung mit ihm waren. Ich glaube, es gibt jetzt niemand unter uns, der sich nicht herzlich des Bekenntnisses gefreut hätte, das innere Erleben dieses Weltkrieges umzusetzen in eine Neuordnung der Dinge in der Zukunft. Aber wir sind der Meinung, daß man damit nicht zu warten braucht bis zu der Zeit nach dem Kriege. Ich bin mir dabei bewußt, daß das im Widerspruch steht zu der Haltung, die wir bisher eingenommen haben. Aber ich kann das eine sagen: wenn wir bei Beginn des Krieges, wenn wir in einzelnen Abschnitten der Verhandlungen des Reichstags mit dem Reichskanzler der Meinung waren, daß diese Fragen hinter die kriegerischen Verhältnisse zurückzutreten haben, so hat uns dabei stets die Hoffnung vor Augen gestanden, daß dieser Krieg ein frühes Ende nehmen werde. Nun aber stehen wir vor der Tatsache, daß er uns die größten wirtschaftlichen Umwälzungen gebracht hat, daß wir Opfer verlangen müssen, die man früher für unerträglich gehalten hat, daß aber —

nicht im Zusammenhange mit diesen Opfern — jetzt Fragen der Klärung zudrängen, von denen wir nicht verstehen, weshalb sie nicht auch während der Kriegszeit gelöst werden können. Deshalb ist es die Meinung meiner politischen Freunde, es ist die Meinung meiner Fraktion, daß die Zeit gekommen ist, um an eine Neuordnung der Dinge in Deutschland und seinen Bundesstaaten heranzugehen."

Dr. Stresemann erinnerte den Reichskanzler, indem er auf die in der Sitzung des Herrenhauses vom 28. März abgegebene Erklärung zur Polenfrage verwies, daß der Kanzler doch auch den Standpunkt der Hinausschiebung von innerpolitischen Reformen mindestens in einer hochwichtigen Frage aufgegeben habe; warum denn nicht ein Gleiches in den Verfassungsfragen und namentlich in der doch ein wichtiges Reichsinteresse berührenden Frage der Reform des preußischen Wahlrechts geschehen könne. „Ich möchte," so rief Dr. Stresemann dem Reichskanzler beschwörend zu, „doch den dringenden Wunsch aussprechen, diese große politische Reform sobald als möglich in die Wege zu leiten. Wenn irgendwo zwischen Staat und Volksvertretung und den verschiedensten Parteien Spannungsmomente bestehen, dann tut man gut, wenn man sich einmal zu großen politischen Reformen bekennt, auch selbst kühn die Initiative zu ergreifen. Je eher man das tut — um so eher ist auch der preußische Ministerpräsident in der Lage, Bestrebungen, die seiner Meinung nach gegen das Staatsinteresse verstoßen, die zu weit gehen, entgegenzutreten, als wenn er derjenige ist, der sich der Initiative anderer gegenüber sieht und dem man für seine Initiative Dank nicht mehr schuldig ist." Diese beredten Ausführungen konnten auch durch die Mahnungen und Warnungen des konservativen Abgeordneten Grafen Westarp nicht abgeschwächt werden, der von innerpolitischen Reformen während des Krieges nichts wissen wollte und scharf gegen die Auffassung des Abgeordneten Noske polemisierte, daß die Unfreiheit der deutschen politischen Einrichtungen in der Welt ein hohes Maß von Antipathie und Mißstimmung ausgelöst habe. Als einziger unter allen Rednern fand Graf Westarp auch Worte des Bedauerns über den Untergang des zaristischen Regimes: er fand eine ungeheure Tragik des Geschehens darin, daß eine jahrhundertealte Herrschaft, die man als eine der stärksten der Welt anzusehen gewöhnt war, in dieser Weise zusammengebrochen sei. Doch war auch Graf Westarp der Ansicht, daß es nicht die Aufgabe der deutschen Politik sein könne, sich in die Entwicklung der Dinge in Rußland in irgendeiner Weise hineinzumischen. Dieselbe Auffassung war von sämtlichen anderen Rednern ausgesprochen worden, von denen der Abgeordnete Noske den Reichskanzler unter Hinweis auf die Bekanntmachung der russischen provisorischen Regierung vom 13. März — in ihr war die Furcht vor einer Wiederherstellung der Zarenherrschaft durch Deutschland zum Ausdruck gelangt — um eine offizielle Erklärung ersuchte.

Nach dem Grafen Westarp ergriff der Reichskanzler das Wort:

Meine Herren, ich werde aus dem Kreise der von den Herren Vorrednern behandelten Gegenstände nur einzelne herausgreifen. Vorweg liegt es mir daran, im Namen der verbündeten Regierungen dem Reichstage Dank zu sagen für die glatte und schnelle Erledigung der Steuervorlagen.[1] Der Reichstag hat sich mit

[1] Gerade am 29. März hatte der Reichstag die in der Höhe von 1250 Millionen vorgeschlagenen neuen Kriegssteuern, wenn auch unter wesentlichen Änderungen, in dritter Lesung angenommen.

den heute gefaßten Beschlüssen ein neues Verdienst um unser Land erworben, denn Sie haben ein wesentliches Kriegsmittel wiederum in unsere Hand gelegt, das uns zu der weiteren Zuversicht berechtigt, daß wir den Krieg zu einem glücklichen Ende führen werden.

Meine Herren, die weltgeschichtlichen Vorgänge in Rußland[1] stehen an der Spitze der Ereignisse. Soweit wir sie zu erkennen vermögen, ist Kaiser Nikolaus das Opfer eigener tragischer Schuld geworden. Seit alter, langer Zeit waren Preußen und Rußland durch eine traditionell gewordene Freundschaft verbunden. Aber im russischen Herrscherhause war der letzte Träger der alten guten Beziehungen eigentlich schon mit Alexander II. ins Grab gesunken. Uneingedenk der Bande, die die benachbarten Reiche durch ein Jahrhundert verknüpft hatten, und uneingedenk der Tatsache, daß keine vitalen Interessengegensätze beide Länder trennen, glitt der Zar Nikolaus mehr und mehr in das Fahrwasser der Ententepolitik und der panslawistischen Strömungen und geriet schließlich in so starke Abhängigkeit von der in dem autokratischen Regime herrschenden Kriegspartei, daß er in den Schicksalstagen des Juli 1914 den Appell Seiner Majestät des Kaisers an die alte Freundschaft ungehört verhallen ließ.

Eine bei unseren Gegnern von jeher beliebte Legende ist es, daß es die deutsche Regierung gewesen sei, die das reaktionäre autokratische Regime in Rußland gegen jede freiheitliche Regelung unterstützt habe. Schon vor einem Jahr habe ich hier im Reichstage erklärt, daß das eine den Tatsachen widersprechende Behauptung ist.[2] Als Rußland im Jahre 1905 nach dem japanischen Kriege und der darauf folgenden Revolution im eigenen Lande in schwere Not geraten war, hat Seine Majestät der Kaiser dem Zaren Nikolaus auf Grund seines persönlichen Freundschaftsverhältnisses dringend geraten, sich den berechtigten Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu widersetzen. (Hört, hört!) Also das genaue Gegenteil von dem, was auch jetzt wieder in anderer Form zu sehr durchsichtigem Zwecke verbreitet wird. Zar Nikolaus ist andere Wege gegangen, Wege, die weder dem Interesse seines

[1] Am 14. März war bekanntlich die amtliche Nachricht von dem Ausbruch der russischen Revolution ausgegeben. An demselben Tage hatte Kaiser Nikolaus seine Abdankung ausgesprochen; gleichzeitig hatte sich eine provisorische Regierung mit Fürst Lwow als Ministerpräsidenten und Miljukow als Minister des Äußern gebildet.

[2] Am 28. September 1916. Vgl. S. 139.

eigenen noch unseres Landes entsprachen. In einem mit seinem inneren Ausbau beschäftigten Rußland wäre kaum Raum gewesen für die unruhigen Expansionsbestrebungen, die schließlich zu diesem Kriege geführt und das alte Regiment so stark belastet haben, daß es schwer fällt, das natürliche menschliche Mitgefühl mit dem gestürzten Herrscherhause zu seinem Rechte gelangen zu lassen. (Hört, hört! links.)

Wie sich die Dinge jetzt weiter entwickeln werden, kann wohl niemand voraussagen. Uns ist die Stellung zu den russischen Vorgängen klar vorgezeichnet: wir werden auch weiterhin den Grundsatz befolgen, uns in die inneren Verhältnisse anderer Länder nicht einzumischen. (Lebhaftes Bravo! links.) Von mißwollender Seite wird auch jetzt wieder mit allen erdenklichen Mitteln in der Welt verbreitet, Deutschland wolle die kaum errungene Freiheit des russischen Volkes vernichten, Seine Majestät der Kaiser wolle die Herrschaft des Zaren über die geknechteten Untertanen wieder herstellen. Meine Herren, diese Ausstreuungen sind eitel Lüge und Verleumdung (bravo! und hört, hört!), was ich hiermit ausdrücklich feststelle. (Hört, hört! links.) Wie sich das russische Volk sein Haus einrichtet, ist ausschließlich seine eigene Angelegenheit, in die wir uns nicht einmengen. Das einzige, was wir wünschen, ist, daß sich in Rußland Zustände entwickeln möchten, die es zu einem festen und gesicherten Bollwerk des Friedens machen. (Lebhaftes Bravo! links.) Trägt die Neuordnung der Dinge dazu bei, die Wiederannäherung der beiden auf gute Nachbarschaft angewiesenen Völker zu erleichtern, so begrüßen wir das mit Freuden. (Bravo!) Wir haben unter den Sünden des alten Rußlands, das Serbiens Mordanschlag gegen Österreich-Ungarn gedeckt, im Juli 1914 gegen uns mobil gemacht, das im Dezember 1916 als erster unserer Feinde unser Friedensangebot höhnisch abgelehnt hat[1] (hört, hört! rechts), selbst genug gelitten. (Sehr richtig! links.) Das russische Volk, das diesen Krieg gewiß nicht gewollt hat, kann ohne Sorgen vor irgendwelcher Einmischung von unserer Seite sein. (Lebhafter Beifall.) Wir begehren nichts anderes, als mög-

[1] Am 16. Dezember hatte der russische Minister des Auswärtigen, Pokrowski, in der Reichsduma eine Erklärung über das deutsche Friedensangebot abgegeben, in der es u. a. hieß: „Die russische Regierung weist schon den Gedanken, jetzt den Kampf zu unterbrechen und dadurch Deutschland zu erlauben, die letzte Möglichkeit, die sich ihm bietet, Europa seiner Vorherrschaft zu unterwerfen, auszunützen, mit Entrüstung ab."

lichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben (lebhaftes Bravo links), in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist. (Lebhafter Beifall links.)

Meine Herren, in den nächsten Tagen versammeln sich die Vertreter des amerikanischen Volkes, die vom Präsidenten Wilson zu einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses zusammenberufen sind, um über die Frage von Krieg und Frieden zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke zu entscheiden.[1] Deutschland hat niemals die geringste Absicht gehabt, Amerika anzugreifen, und hat diese Absicht auch heute nicht. Es hat niemals den Krieg mit Amerika gewünscht, ebensowenig wie es das heute tut.

Aber wie ist denn der Hergang gewesen? Wir haben den Vereinigten Staaten mehr als einmal gesagt, daß wir auf die unbeschränkte Anwendung der U-Bootwaffe in der Erwartung verzichteten, daß England dazu gebracht werden würde, bei seiner Blockadepolitik die Gesetze der Menschlichkeit und die internationalen Abmachungen zu beobachten. Diese englische Blockadepolitik — daran möchte ich ausdrücklich erinnern — ist vom Präsidenten Wilson und vom Staatssekretär Lansing selbst als ungesetzlich und nicht zu verteidigen (hört, hört! links), als illegal and indefensible bezeichnet worden.[2] (Hört, hört!) Unsere Erwartungen, die wir acht Monate lang aufrecht erhielten, wurden bekanntlich völlig enttäuscht (sehr richtig! links), England hat seine ungesetzliche und nicht zu verteidigende Blockadepolitik nicht nur nicht aufgegeben, sondern andauernd verschärft. Es hat in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten unser Friedensangebot hochmütig abgewiesen und Kriegsziele proklamiert, die auf unsere und unserer Verbündeten Vernichtung hinauslaufen. Da haben wir zum unbeschränkten U-Bootkrieg gegriffen und zu ihm greifen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Sieht das amerikanische Volk hierin einen Grund, dem deutschen Volk, mit dem es über hundert Jahre in Frieden gelebt hat, den Krieg zu erklären, und will es damit das Blutvergießen verlängern, wir sind es nicht, die die Verantwortung dafür tragen.

---

[1] Am 2. April ließ die Regierung der Vereinigten Staaten beiden Häusern des Kongresses eine Erklärung zugehen, wonach Kriegszustand mit Deutschland bestehe. Am selben Tage begründete Wilson diese Entschließung im Kongreß durch Verlesung einer langen Botschaft. Am 5. April nahmen beide Häuser des Kongresses die Erklärung des Kriegszustandes an.

[2] Vgl. den Schluß der amerikanischen Note an England vom 5. November 1915. Deutscher Geschichtskalender 1915, II, S. 918 f.

(Sehr richtig!) Das deutsche Volk, das gegenüber Amerika weder Haß noch Feindschaft empfindet, wird auch dies zu ertragen und zu überwinden wissen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, die chinesische Regierung hat ihre Beziehungen zu uns abgebrochen.[1] Der chinesische Gesandte hat seine Pässe verlangt. Unsere Beziehungen zu China sind stets der freundschaftlichsten Natur gewesen, und wenn diese Beziehungen jetzt ein Ende gefunden haben, so brauche ich Ihnen nicht zu sagen, daß hier nicht ein freier Entschluß der chinesischen Regierung vorliegt (sehr richtig!), sondern daß sie unter dem Druck unserer Gegner gehandelt hat. Auch dürften finanzielle Schwierigkeiten dabei eine Rolle gespielt haben, deren China während des Krieges nicht Herr zu werden vermochte. Für unsere Gegner handelt es sich darum, unseren Handel auch in China zu zerstören und sich das mühelos anzueignen, was deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß in Jahrzehnten dort errichtet hat. Der Kriegsausgang wird, wie ich bestimmt hoffe, uns die Möglichkeit bieten, das Zerstörte, und zwar auf Kosten unserer Feinde, neu aufzubauen. (Lebhafter Beifall.) Dann werden auch unsere freundschaftlichen Beziehungen zu China wieder aufleben, und ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß China die nötige Widerstandskraft gegen die Habgier und den Eigennutz seiner jetzigen Beschützer bis dahin bewahren möge. (Beifall.)

Meine Herren, unseren Heeresberichten über die militärische Lage habe ich wenig hinzuzufügen. An unserer Ostfront kommen größere Operationen zurzeit nicht in Frage. Schon die Jahreszeit und die grundlosen Wege würden eine größere Offensive verbieten. An der Westfront verlaufen die ausweichenden Bewegungen[2] planmäßig und führen zu einer täglich wachsenden Operationsfreiheit. Das ganze Volk wird dafür unseren Truppen und der genialen Führung des Feldmarschalls Hindenburg und des Generals Ludendorff seinen Dank wissen. (Lebhafter Beifall.) Alle anderen Fronten halten mit unverminderter Zähigkeit. Beweis dafür liefert die

---

[1] Am 14. März. S. das betreffende Dekret des chinesischen Präsidenten in Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 686 f.

[2] Nachdem schon im Februar die deutschen Stellungen beiderseits der Ancre zurückverlegt waren, erfolgte am 11. März ungestört vom Feinde eine Rückverlegung auch der südlich anschließenden Stellungsabschnitte, eine Maßregel, die in der Art, wie sie durchgeführt wurde, sogar in der militärischen Presse der Entente als eine Meisterleistung des deutschen Generalstabes gerühmt wurde.

mazedonische Front, wo bulgarische und deutsche Truppen sich in der Abwehr französischer Angriffe größten Stiles in glänzender Form gezeigt haben.[1] (Lebhafter Beifall.)

Über den U-Bootkrieg hat der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts, soviel ich unterrichtet bin, heute morgen im Hauptausschuß eingehende Ausführungen gemacht. Ich will meinerseits nur hinzufügen, daß der U-Bootkrieg sich im März ebenso günstig entwickelt hat wie im Februar.[2] (Erneuter Beifall.)

Meine Herren, alle Herren Vorredner haben den größten Teil ihrer Ausführungen den Fragen der inneren Politik gewidmet. Ich werde nicht das gleiche tun. Ich bin diesen Ausführungen über die innere Politik mit voller Aufmerksamkeit gefolgt. Enthielten sie doch manchen wertvollen und ernsten Gedanken. Und doch, meine Herren, während ich aufmerksam zugehört habe, ist mir immer und immer wieder vor die Seele getreten, daß unsere Krieger draußen in den Schützengräben liegen, daß unsere Unterseeboote täglich mit Todesgefahr durch die See fahren, daß unsere Bevölkerung daheim manche Leiden zu erdulden hat, daß die Feinde uns von allen Seiten berennen, und der Gedanke ist mir immer und immer wieder lebendig geworden: wofür soll ich arbeiten? Doch einzig allein dafür, daß der Krieg glücklich zu Ende geht. Meine Herren, ich habe mich über die Fragen der inneren Politik, ich habe mich über den Geist, in dem ich diesen Fragen in Gegenwart und Zukunft gegenübertreten will, offen und ausführlich ausgesprochen.[3] Ich will weder wiederholen, was ich gesagt habe, noch es paraphrasieren. Meine Herren, zu Anfang des Krieges sind wir ja ausnahmslos der Ansicht gewesen, daß diejenigen Fragen der inneren Politik, die eine Folge dieses Kriegserlebens sein müssen, für die Friedenszeit aufzuschieben seien. Wir waren der Ansicht, dieser Krieg würde nicht so lange Zeit von den Völkern ertragen werden können. Nun ist er unendlich in die Länge gewachsen, und so haben sich auch bei den einzelnen Parteien und auch bei der Regierung die Anschauungen über die Fragen der inneren Politik

[1] Im Laufe des März waren starke französische Angriffe zwischen Ochrida- und Prespasee sowie bei Monastir gescheitert.

[2] Im Laufe des März wurden nach der Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes insgesamt 450 Handelsschiffe mit 885 000 Bruttotonnen Raumgehalt durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte vernichtet, also um fast 200 000 Tonnen mehr als im Februar.

[3] So noch am 27. Februar. Vgl. S. 193 ff.

und den Zeitpunkt ihrer Inangriffnahme in einzelnen Punkten unzweifelhaft gewandelt. Die Herren haben selbst hervorgehoben, daß wir in der Frage der Polenpolitik nach einer Mitteilung, die gestern die preußische Staatsregierung im Preußischen Herrenhause gemacht hat,[1] an dem Grundsatze, alles bis auf die Friedenszeit hinauszuschieben, nicht mehr voll festhalten können, und so wird es möglich sein, daß auch Fragen, die zu dem Geschäftsbereich des Reichstags gehören, früher erledigt werden, als es uns ursprünglich vorgeschwebt hat. Aber, meine Herren auf der Linken, was Ihnen am nächsten liegt, worum sich für Sie alles dreht, das ist die Reform des preußischen Wahlrechts. (Sehr richtig! links.) Sie verlangen, daß ich diese Reform sofort in Angriff nehme. Meine Herren, ich habe im Preußischen Abgeordnetenhause, vor dem diese Frage seinerzeit zum Austrag zu bringen sein wird, vor kurzem die Überzeugung ausgesprochen, daß die inneren Kämpfe, welche mit der Reform des Wahlrechts verbunden sein würden, nicht dem Gebote der Stunde gerecht würden, alle unsere Kräfte auf die Abwehr des Feindes zu konzentrieren.[2] Die Herren Sozialdemokraten sind anderer Ansicht, und (Zurufe links) — ich bitte Sie, lassen Sie mich aussprechen, ich will gerade auf die Herren, die sich an die Herren Sozialdemokraten anschließen, zu sprechen kommen. — Ich habe ja aus den heutigen Reden der Herren Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei entnommen, daß auch sie jetzt diesem Gedanken mehr zuneigen. Noch vor kurzer Zeit habe ich im Preußischen Abgeordnetenhause von Vertretern derselben Parteien die gegenteilige Ansicht gehört.[3] Also, meine

[1] Am 28. März hatte der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums von Breitenbach im Herrenhaus erklärt: „Die preußische Staatsregierung hat ihren Standpunkt, das gegenüber den polnischen Staatsangehörigen für nützlich erachtete Entgegenkommen erst nach dem Kriege zu betätigen, wegen der nicht vorauszusehenden langen Dauer des Krieges und wegen der Veränderung der polnischen Verhältnisse innerhalb und außerhalb unserer Grenzen verlassen. Die Regierung ist bereits in Erwägungen über die Aufhebung des Enteignungsgesetzes sowie über Erleichterungen für den Gebrauch ihrer Muttersprache durch die Polen eingetreten."

[2] Vgl. S. 217 f.

[3] Am 14. Februar hatte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Lohmann erklärt: „Wir alle stimmen überein, daß die Kriegszeit mit dieser Aufgabe nicht belastet werden darf ... Also die Wahlreform hat erst nach dem Kriege zu erfolgen, aber sie soll unmittelbar nach dem Kriege kommen." Auch der fortschrittliche Abgeordnete Cassel hatte am 15. Februar nur darauf gedrungen, daß das Wahlrecht mindestens eingeführt sein müsse,

Herren, die Ansichten in dieser Beziehung gehen doch auseinander. Es besteht nicht eine communis opinio. Mir scheint, bei der ganzen Frage sollte doch der Gedanke nicht vergessen werden, daß es ein eigenes Ding ist, ein staatliches Fundament wie das Wahlrecht in einer Zeit zu ändern, wo Millionen Männer, deren Wahlrecht geändert werden soll, in den Schützengräben liegen. (Zurufe links, Zustimmung rechts.) Und, meine Herren, wenn ich mich einmal praktisch ausdrücken will: soll ich einen Wahlkampf hervorrufen, wenn die große Zahl der Wähler draußen im Schützengraben ist?

Der Abgeordnete Noske schien da allerdings ein einfaches Rezept herausgefunden zu haben. Wenn ich ihn recht verstanden habe, meinte er, wenn Regierung und preußischer Landtag sich über die Reform des Wahlrechts nicht einigen könnten, dann solle die Regierung oktroyieren.[1] Mir schien, so war der Ratschlag. (Zurufe links.) Nun, meine Herren, gewiß, es haben schon Oktroyierungen in den verschiedensten Staaten und zu den verschiedensten Zeiten stattgefunden. (Erneute Zurufe links.) — Auch in Preußen, gewiß, meine Herren! Aber ob ein Zeitpunkt, wo ein Volk um seine Existenz ringt, der richtige zu einer solchen Oktroyierung sein würde, das wage ich zu bezweifeln. (Sehr richtig! rechts.) Ich gebe Ihnen gewiß zu, ich habe den Gedanken neulich im Preußischen Abgeordnetenhause ausgesprochen. Ich habe da gesagt: mir wäre es ja am liebsten, wenn ich die Reform morgen machen könnte. Es hat etwas sehr Verführerisches, eine große politische Aktion von dem Schwunge höchster politischer Spannung tragen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung links.) Gewiß, das würde mir die Arbeit ungeheuer erleichtern. (Erneute Zustimmung links.) Aber ich hoffe doch, Sie werden mir darin recht geben, meine Herren: in dieser Zeit, in diesem Moment, wo der Krieg auf seinen Höhepunkt gestiegen ist, wo es sich darum handelt, alle und die letzte Kraft heraus-

---

wenn die ersten allgemeinen Wahlen zu diesem Abgeordnetenhause erfolgten, d. h. nach dem Kriege, und daß dazu die Vorbereitungen rechtzeitig getroffen würden.

[1] Der Abgeordnete Noske hatte u. a. gesagt: „Was mit dem Landtag und dem Herrenhause nicht erreichbar ist, wird eines Tages gegen diese interessanten Volksvertretungen durchgeführt werden. Eine großzügige Tat, die der Herr Reichskanzler jetzt auf diesem Gebiete tun würde, würde den besten Eindruck bei den Volksmassen im Lande machen... Nichts hindert die verbündeten Regierungen daran, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem bestimmt würde, daß alle Einzellandtage aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehen müssen."

zuholen, da, meine Herren, muß ich ganz nüchtern abwägen, ob die Vorteile einer sofortigen Inangriffnahme einer solchen Aktion größer sind als die Nachteile, die unbedingt mit ihr verbunden sind. Ich muß diese Abwägung vornehmen, auch wenn ich die Imponderabilien sehr hoch schätze, welche in der politischen Fortentwicklung unseres Volkes liegen. Wie hoch ich sie bewerte, darüber habe ich mich oft, wie ich glaube, aus innerem Empfinden ausgesprochen. Und wenn ich gezwungen bin, diese nüchternen Erwägungen anzustellen: der Einsatz, meine Herren, um den dieser Krieg geht, ist viel zu gewaltig, als daß man sich von Stimmungen hinreißen lassen dürfte.

Wenn ich so denken muß, halte ich es für ungerecht und unrichtig von den Herren, wenn Sie mir vorwerfen, daß ich eine Politik der Stagnation triebe. Meine Herren, ich muß dem Zwecke, den Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen, sowohl mein Handeln wie mein Unterlassen unterstellen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist keine Stagnation. Es wird manchen sehr schneidigen Feldherrn geben, der von einer Offensive absieht, wenn und solange sie der gesamten Kriegführung schaden würde. Und so habe ich mich bis zur Stunde auch durch die heutigen Ausführungen nicht überzeugen lassen können. (Hört, hört! links.) — Meine Herren, Sie rufen: hört, hört! Ich glaube, nach meiner Überzeugung gesprochen und Ihnen die Gründe für meine Überzeugung einfach und ohne jede Voreingenommenheit dargelegt zu haben. Wenn ich mich nicht davon überzeugen kann — und ich kann es bis zur Stunde nicht —, daß es den Interessen meines Landes dienen würde, diese Reform unmittelbar in Angriff zu nehmen, dann muß ich davon Abstand nehmen, bis ich zu der Überzeugung gelangt sein werde. (Lebhafte Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.) Diesen Zuruf habe ich mir selbst gemacht, und ich nehme ihn sehr ernst. Und Sie, die Sie doch für Toleranz eintreten, werden auch für die ehrliche Überzeugung eines anderen Mannes Achtung haben, so gut wie ich für die ehrliche Überzeugung, die bei Ihnen wohnt, volle Achtung empfinde.

Meine Herren, es war ja natürlich, daß heute, wo die Fragen der inneren Politik von den verschiedenen Standpunkten so eingehend besprochen wurden, die Meinungen zum Teil stark aufeinanderstießen. Ich kann mit dem Zweifel darüber nicht zurückhalten, ob es in der gegenwärtigen Stunde richtig ist, seinem Temperament, wie es bei einzelnen Herren Rednern geschehen ist, in einer Weise die Zügel

schießen zu lassen, welche die Überzeugung anderer Parteien innerlich schwer verletzen muß.[1] (Sehr richtig! rechts.) Ich meine, wir sollten diese Weise des politischen Kampfes uns aufschieben bis zu der Zeit, wo wir wieder mit aller Sicherheit in unser zukünftiges Leben hineinblicken können. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, meine Herren, wo könnte es in einer großen Nation einen bedeutsamen Lebensmoment geben — und das deutsche Volk hat noch keinen größeren Lebensmoment durchlebt wie den jetzigen —, in dem nicht die einander entgegengesetzten Meinungen widereinander hin und her fluten und namentlich dann, wenn, wie es jetzt der Fall ist, so gewaltige Kräfte nach neuen Regionen drängen. Aber es kommt doch darauf an, daß über den Meinungszwistigkeiten der Grundsatz der Einheit erhalten bleibt. Diese Einheit aber bewährt sich täglich und stündlich so fest und unerschütterlich in den Heldentaten unserer Krieger, daß jetzt in der äußersten Anspannung aller Kräfte an den Fronten und daheim die Zuversicht und der feste Wille zur glücklichen Beendigung des Krieges uns immer wieder zusammenführen müssen und uns damit, so Gott will, unüberwindlich machen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers kam nur noch der Abgeordnete Dr. Werner von der Deutschen Fraktion zu Worte, der sich aber mit der Frage des Zeitpunktes der innerpolitischen Neuordnung nicht befaßte. Um so ausgiebiger wurde diese Frage in der Fortführung der Debatte am 30. März erörtert. Für den vom Reichskanzler bis zur Stunde noch festgehaltenen Standpunkt, daß namentlich die preußische Wahlrechtsreform bis nach dem Kriege verschoben werden müsse, traten lediglich der konservative Abgeordnete von Graefe und der freikonservative Abgeordnete Mertin ein; sämtliche übrigen Redner von den Nationalliberalen bis zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft — nur das Zentrum schwieg sich aus — sprachen sich dagegen für sofortige Inangriffnahme der Neuordnung aus. Scharfe Angriffe gegen den Kanzler richteten die Abgeordneten Haase und Ledebour von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, weil er, an dem großen Flammenzeichen der russischen Revolution achtlos vorübergehend, nur einen Wechsel auf unbestimmte Zukunft ausstelle, während die

[1] Der Reichskanzler denkt wohl an die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen über die „geheimen und offenen Widerstände gegen ihn selbst, die Ablonkonferenz usw., die in dem Vorwurf gipfelten, daß „all die Dinge, die sich um den unseligen U-Bootstreit ranken, letzten Endes geleitet waren von der Angst vor der sogenannten Neuorientierung". Diese Äußerungen hatten stürmische Zurufe von seiten der Konservativen zur Folge und veranlaßten den Grafen Westarp zu einer erregten Abwehr, in der er u. a. sagte: „Ein Vaterlandsverräter wäre derjenige, der zu den Fragen der Kriegführung und äußeren Politik nicht aus ihnen selbst heraus Stellung nehmen wollte."

Ansprüche der Massen auf ein gleiches Wahlrecht längst fällig geworden seien. Gegen den Vorwurf, als ob es dem Kanzler nicht voller Ernst mit seinen Worten sei, nahm ihn der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David warm in Schutz; allein auch er erklärte, nicht bloße Worte als Garantie für die Zukunft ansehen zu können; Kanzler könnten gehen, und Herr von Bethmann Hollweg habe sich mit seiner Rede vom 14. März im Abgeordnetenhause sein Todesurteil gesprochen, wenn er nicht entschlossen und siegreich den Kampf mit den preußischen Konservativen aufnehme. Mit leidenschaftlicher Beredsamkeit trat Dr. David für die alsbaldige Gewährung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen ein: das wäre für Deutschland eine befreiende Tat, damit wäre die Voraussetzung gegeben eines steten friedlichen Sichannäherns an hohe und höchste Zukunftsziele, dafür sei auch die große Mehrheit des Volkes. Auch der Abgeordnete Dove von der Fortschrittlichen Volkspartei betonte, daß die weitesten Kreise eine Änderung des preußischen Wahlrechts verlangten; er drang in den Kanzler, sofort an diese Reform heranzutreten, weil es dringend erforderlich sei, daß etwas geschehe, um die Hoffnungen und den Geist, in dem dieser Krieg begonnen sei, und in dem allein er zu einem glücklichen Ende fortgeführt werden könne, aufrecht zu erhalten. Die wirksamste Rede aber hielt der nationalliberale Abgeordnete Schiffer, der den Kanzler darauf hinwies, wer einmal den ersten Schritt getan habe — und das sei doch schon mit der Rede vom 14. März, mit der Erklärung der Staatsregierung zur Polenfrage usw. geschehen — werde schwerlich „bei Dingen von dieser inneren Wucht und inneren Schwerkraft nunmehr die Seele des Volkes stillstehen lassen können vor dem, was sie am stärksten begehrt". Er sprach die Hoffnung aus, daß der Kanzler, wenn er „bis zur Stunde" durch die Reden der Volksvertreter noch nicht zur Überzeugung von der Notwendigkeit raschen Handelns gelangt sei, doch der Sprache der Tatsachen — „wenn der Krieg weitergeht, wenn er unter stets erschwerten Umständen weitergeht" — je länger desto weniger Herz und Ohr verschließen möge. Von einer Oktroyierung des gleichen Wahlrechts, zu der Dr. David geraten hatte, wollte der Abgeordnete Schiffer nichts wissen, aber er wünschte doch, daß der Monarch die Führung in dieser Frage übernehmen möge. „Wir leben der Überzeugung, im Vertrauen auf die Tradition seines Hauses, daß er die Bedeutung der Stunde nicht verkennen wird und im Einklang, in Übereinstimmung und im Zusammengehen mit seinem Volke den Geboten dieser Stunde Rechnung tragen wird." Schiffers Rede klang in die Forderung einer freiheitlichen Ausgestaltung unserer Verhältnisse im Geiste der tief-inneren Gleichberechtigung aus, soweit es nur irgend mit dem Gesamtinteresse und mit dem starken und niemals zu lockernden Gefüge unseres Staates vereinbar sei. „Wenn das Reich auf fester Grundlage neu gegründet werden soll, muß die Grundlage die Freiheit und Gleichberechtigung aller seiner Bürger sein."

Im ganzen ergab die Debatte über die Kanzlerrede vom 29. März ein starkes Kompelle zugunsten der sofortigen Inanspruchnahme der innerpolitischen Neuordnung. Ihren Schlußpunkt erhielt die Debatte durch die Abstimmung über den Antrag auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses, der mit 227 gegen 33 Stimmen angenommen wurde.

Auch die Erörterungen in der Presse über die Kanzlerrede konnten das Gewicht der in der Debatte für die Neugestaltung vorgebrachten Gründe nur verstärken. Für eine Verschiebung traten fast nur noch die konservativen Blätter ein, die sich aber für den Kanzler doch nur sehr lau einsetzten. Die

„Kreuzzeitung“ z. B. konnte es sich nicht versagen, an den Ausdruck der Hoffnung, daß der leitende Staatsmann „auch in der Flut der weiteren Erörterungen“ fest bei seiner Ansicht von der Untunlichkeit sofortigen Vorgehens bleiben werde, die Bemerkung zu knüpfen, ob nicht gerade Bethmann Hollwegs Rede vom 14. März im Abgeordnetenhause diese Erörterungen in ihrer gegenwärtigen Leidenschaftlichkeit so recht eigentlich heraufbeschworen hätte. Dieser Ansicht waren die liberalen Blätter, die immer wieder auf die Reden der Konservativen Graf Yorck und von Buch als den wahren und eigentlichen Ausgangspunkt jener hochgehenden Flut hinwiesen, nun freilich nicht. Hier war man mit dem „zögernden Kanzler“ wenig zufrieden. Auch Blätter, die sonst nach Möglichkeit für die Politik des Kanzlers einzutreten pflegten, wie die „Frankfurter Zeitung“ und die „Kölnische Zeitung“, verbargen ihre Enttäuschung nicht. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb: „Man kann die Gründe, die Herrn von Bethmann Hollweg Zurückhaltung im gegenwärtigen Zeitpunkt rätlich erscheinen lassen, verstehen. Es sind das aber doch im wesentlichen Opportunitätsgründe, die eher von Vorsicht als von Kraft zeugen ... Man möge nicht verkennen, wie anfeuernd und begeisternd ein innerpolitisches Bekenntnis auf die ungeheure Masse unserer Kämpfer wirken würde.“ Die „Kölnische Zeitung“ äußerte sich: „Was der Kanzler vorbrachte, um zu begründen, weshalb er mit der preußischen Wahlrechtsvorlage bis nach Beendigung des Krieges warten will, wird nicht viele überzeugen, die nach dem Schwung seiner Worte vom 14. März und nachdem er in der Polenfrage den damaligen Standpunkt, alle preußischen Reformen aufzuschieben, schon verlassen hatte, erwarteten, daß er nun beherzt den „Strom der Geschichte bei der Stirnlocke fassen würde“ ... Es ist in der Tat nicht recht verständlich, weshalb es unmöglich sein sollte, jetzt schon in großen Zügen darzulegen, wie die Regierung sich die Gestaltung des preußischen Wahlrechts in Zukunft denkt, weshalb das auf so große Schwierigkeiten stoßen sollte, während man es für unbedenklich hält, mitten im Kriege den ganzen Polenkurs Preußens kurzerhand herumzuwerfen. Daß die „Herren“ des Oberhauses und die konservativen Urpreußen davon nicht erbaut sein würden, bezweifelt freilich niemand, aber jedermann weiß, daß sie überhaupt von diesem Kanzler und seiner Politik nicht erbaut sind, und sie werden diese Ansicht über ihn auch dann nicht ändern, wenn er die Wahlrechtsfrage erst nach dem Kriege aufzurollen erklärt. Rücksichten auf den Burgfrieden sind schön und gut, und wir wären die letzten, die befürworten möchten, sie über Bord zu werfen; aber wir sind überzeugt, daß es den Burgfrieden nicht gefährden, sondern erheblich stärken würde, wenn man weiten Kreisen des preußischen Volkes unter den von Grund aus geänderten Verhältnissen ebenso zu ihrem Recht verhülfe, wie man jetzt freiwillig den Preußen polnischer Zunge das gibt, was sie für ihr Recht halten.“ Erheblich schärfer äußerten sich die „Vossische Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und andere linksliberale Blätter. Der „Vorwärts“ erklärte, die Antwort des Kanzlers könne die Sozialdemokratie nicht befriedigen; ganz ohne Eindruck werde aber auf ihn die Tatsache nicht bleiben können, daß die Mehrheit des Reichstags eine Neuordnung noch während des Krieges verlange. Es müsse jetzt gehandelt werden; jeder Tag des Versäumnisses bedeute schwersten Schaden für das deutsche Volk. „Wir können nicht so, wie wir müssen, einer Welt von Feinden standhalten, wenn wir ihnen nicht in die Augen blicken dürfen als Bürger unseres Staates, die so frei sind wie sie. Wir versperren uns den Weg zu dem erwünschten baldigen

Frieden, wenn wir noch weiter die Legende wuchern lassen, eine Welt von Freiheit kämpfe gegen uns als gegen den letzten Hort der Despotie."

Die Situation war also nach den Kanzlerreden vom 14. März und 29. März die, daß nicht bloß im Reichstage, sondern auch im Abgeordnetenhause eine große Mehrheit nachdrücklich für die alsbaldige Inangriffnahme der Neuorientierung eintrat, daß selbst im Herrenhause durch den Wortführer der „Neuen Fraktion", Oberbürgermeister Wermuth, am 28. März die bescheidene Hoffnung geäußert wurde, „daß der Wille auch recht bald zur Tat werden, daß er stark genug sein möge, sich in Paragraphen umzusetzen", und daß die so übereinstimmend aus sämtlichen Parlamenten des Reiches und Preußens ertönenden starken, vorwärtstreibenden Mahnungen von dem weitaus größten Teil der Presse auf das Nachdrücklichste unterstrichen wurden. Diese Situation hat ohne Zweifel viel dazu beigetragen, die Osterbotschaft vom 7. April herbeizuführen, in der der Kaiser tatsächlich die Führung in der Frage der inneren Reformen übernahm.

Reichstagsrede vom 15. Mai 1917

Am 3. Mai war aus den Reihen der konservativen Reichstagsfraktion eine Interpellation über die Friedensbedingungen eingebracht. Sie knüpfte an den Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 20. April an, der die Forderung aufgestellt hatte, einen gemeinsamen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen abzuschließen, und fragte an, ob der Reichskanzler, dem sie einen Mangel an klarer Stellungnahme vorwarf, bereit sei, über seine Stellung zu diesem Beschlusse Auskunft zu geben. Die konservative Interpellation veranlaßte die sozialdemokratische Partei, auch ihrerseits eine Interpellation einzubringen, die unter Hinweis darauf, daß die provisorische Regierung Rußlands und die österreichisch-ungarische Regierung in gleicher Weise erklärt hätten, zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen bereit zu sein, die Frage stellte: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine Übereinstimmung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen, daß der kommende Friede auf Grund gegenseitigen Einverständnisses ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen geschlossen wird?“ Beide Interpellationen wurden auf die Tagesordnung vom 15. Mai gesetzt und hier miteinander verbunden. Die Begründung der konservativen Interpellation erfolgte durch den Abgeordneten Dr. Roesicke. Sie war im Grunde weiter nichts als ein scharfes Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler. Gleich zu Anfang seiner Rede erhob Dr. Roesicke den Vorwurf: die Forderungen und Wünsche der sozialdemokratischen Partei seien seit Kriegsbeginn in so außerordentlich weitgehendem Maße berücksichtigt worden, daß das eigentlich auf eine Bevorzugung vor allen anderen Parteien hinauslaufe, und daß das große und beherzigenswerte Kaiserwort, wonach alle Parteien vor ihm gleich seien, im Grunde durch den Reichskanzler zugunsten der sozialdemokratischen Partei außer Kurs gesetzt sei. Dr. Roesicke tadelte weiter, daß der Kanzler sich wiederholt von den Wortführern der Sozialdemokratie, insbesondere von dem Abgeordneten Scheidemann, habe für die sozialdemokratischen Friedensziele in Anspruch nehmen lassen, ohne dem klar und entschieden entgegenzutreten. Es bestehe also eine vollkommene Unklarheit darüber, was der Kanzler wolle. Unter scharfer Polemik gegen das sozialdemokratische Friedensprogramm verlangte der Wortführer der konservativen Interpellanten ein klares Bekenntnis zu einem Kriegsziel, das die Machterweiterung und Gebietserweiterung Deutschlands sowie die Einbringung einer Entschädigung „nicht nur für erwiesene Unbill oder für das Elend und Unheil, das der Krieg über uns gebracht hat, sondern auch für die Auflagen und Aufwendungen, die der Krieg direkt von uns verlangt“, in sich schließe. „Wir verlangen nicht Enthüllungen von Einzelheiten der Friedensziele des Kanzlers, aber die Entscheidung darüber, die Abkehr von einem internationalen Verzichtfrieden und die entschlossene Zuwendung zu dem nationalen Frieden erwarten wir.“

Umgekehrt verlangte der Abgeordnete Scheidemann bei der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation, daß die Reichsleitung eine Haltung einnehme, die für den baldigen Abschluß eines für alle ehrenvollen, für alle erträglichen Friedens kein Hindernis abgebe. Auch jetzt blieb Scheidemann bei seinem früheren Ausspruch stehen, wonach die prinzipielle Ablehnung aller Annexionen nicht in dem buchstäblichen Sinne zu verstehen sei, daß kein Grenzpfahl verrückt werden dürfe. „Darauf kommt es an, daß die Versetzung von Grenzpfählen im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt, daß kein

Land dabei vergewaltigt wird ... Daß hier oder dort ein Dorf ausgetauscht wird, und hier ein Grenzpfahl einen Kilometer und dort zwei Kilometer versetzt wird, das braucht keine Annexion zu sein, das alles kann geschehen auf Grund einer Vereinbarung über die Grenzregulierung. Aufs schärfste aber wandte sich Scheidemann gegen das Annexionsprogramm der konservativen Interpellanten, überhaupt gegen die „alldeutsche Porzellanladenpolitik", die nachgerade uns alle Völker der Welt auf den Hals hetze und von der die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes selbst nichts wissen wolle. Warnend wies er darauf hin, welch verhängnisvolle Folgen entstehen müßten, wenn das Wort der Thronrede vom 4. August: Uns treibt nicht Eroberungslust, sich als eine Täuschung erweisen würde. In diesem Zusammenhang prägte Scheidemann den durchweg als Drohung aufgefaßten, aber nach einer von dem nachherigen zweiten sozialdemokratischen Redner Dr. David abgegebenen Erklärung nicht so gemeinten Satz: „Würden heute die englische und französische Regierung, so, wie es die russische Regierung schon getan hat, auf Annexionen verzichten — daß diese Voraussetzung nicht zutraf, hat Scheidemann selbst betont —, und würde die deutsche Regierung, statt durch den gleichen Verzicht den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie die Revolution im Lande."

Nach dem Abgeordneten Scheidemann ergriff der Reichskanzler das Wort zur Beantwortung der beiden Interpellationen:

Meine Herren, die soeben begründeten beiden Interpellationen verlangen von mir eine programmatische Erklärung zur Frage der Kriegsziele. Die Abgabe einer solchen Erklärung im gegenwärtigen Augenblick würde den Interessen des Landes nicht dienen. (Sehr richtig! links.) Deshalb muß ich sie ablehnen. (Bravo! links.) Seit dem Winter 1914/15 werde ich bald von der einen, bald von der anderen Seite gedrängt, unsere Kriegsziele womöglich bis in die Einzelheiten hinein (Widerspruch rechts) — sie werden alle Tage verlangt von mir, Herr Abgeordneter Roesicke! (Widerspruch rechts) öffentlich darzulegen. Um mich zum Reden zu zwingen, ist versucht worden, mein Schweigen zu den Kriegszielprogrammen einzelner Parteien und Richtungen als Zustimmung zu diesen Programmen auszulegen. Dagegen muß ich erneut entschiedenen Widerspruch einlegen. Bei Freigabe der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele[1] habe ich ausdrücklich erklären lassen, daß sich die Regierung an dem Meinungsstreit nicht beteiligen könne und nicht beteiligen werde. Ich habe Verwahrung dagegen eingelegt, daß aus dem Schweigen der Regierung irgendwelche Schlüsse auf ihre Haltung gezogen würden. (Hört, hört! rechts.) Diese Verwahrung wiederhole ich hiermit in bündigster Form. (Bravo! im Zentrum und links.)

[1] Sie erfolgte am 27. November 1916. Vgl. S. 193, Anm. 1.

Was ich jeweils über unsere Kriegsziele habe sagen können, das habe ich hier im Reichstag öffentlich zu verschiedenen Malen gesagt.[1] Allgemeine Grundlinien waren es und konnten nicht mehr sein. (Sehr richtig!) Aber sie waren deutlich genug (erneute Zustimmung), um Identifizierungen mit anderen Programmen, wie sie versucht worden sind, auszuschließen. (Erneute Zustimmung.) Ich habe diese Grundlinien unverändert festgehalten. Sie haben in dem gemeinschaftlich mit unseren Verbündeten gemachten Friedensangebot vom 12. Dezember v. J. weiteren feierlichen Ausdruck gefunden. (Sehr richtig!)

Die neuerdings aufgetauchte Annahme, als bestünden in der Friedensfrage irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und unseren Verbündeten,[2] gehört in das Gebiet der Fabel. (Stürmischer Beifall bei der Deutschen Fraktion, im Zentrum, bei den Nationalliberalen und links.) Ich stelle das hiermit ausdrücklich und in der Gewißheit fest, damit auch die Überzeugung der leitenden Staatsmänner der uns verbündeten Mächte auszusprechen. (Erneuter Beifall.)

Meine Herren, ich habe ja durchaus das vollste Verständnis für die leidenschaftlichste Anteilnahme des Volkes an den Kriegszielen, an den Friedensbedingungen, ich verstehe den Ruf nach Klarheit, der von rechts und von links heute an mich gerichtet worden ist. Aber, meine Herren, bei Erörterung der Kriegszielfrage kann für mich alleinige Richtschnur nur sein die baldige und zugleich die glückliche Beendigung des Krieges. (Lebhafter Beifall.) Darüber hinaus darf ich nichts tun und darf ich nichts sagen. Zwingt mich, wie es gegenwärtig der Fall ist, die Gesamtlage zur Zurückhaltung, so werde ich diese Zurückhaltung

[1] Am 28. Mai, 12. Dezember 1915, 5. April 1916.

[2] Verschiedentliche Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung, so Auslassungen des Grafen Czernin vom 30. März und eine offiziöse Verlautbarung des K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus vom 14. April („Es kann danach festgestellt werden, daß die österreichisch-ungarische Regierung und die provisorische russische Regierung in gleicher Weise einen für beide Teile ehrenvollen Frieden anstreben, einen Frieden, welcher, wie es in dem Friedensangebot Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten vom 12. Dezember 1916 heißt, Dasein, Ehre und Entwicklungsfähigkeit der kriegführenden Staaten sichert"), hatten in Deutschland die von nationalistischer Seite eifrig gegen Österreich ausgebeutete Auffassung aufkommen lassen, als ob die österreichisch-ungarische Regierung in ihrer Friedensbereitschaft wesentlich über die deutsche Regierung hinausgehe.

üben und werde mich durch kein Drängen, weder von Herrn Scheidemann noch von Herrn Abgeordneten Roesicke, von meinem Wege abbringen lassen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Fraktion, im Zentrum, bei den Nationalliberalen und links. — Zuruf links. — Große Heiterkeit.) Ich werde mich nicht davon abbringen lassen durch das Wort, das der Herr Abgeordnete Scheidemann geglaubt hat, in diesem Moment, wo das Trommelfeuer an der Aisne und in Arras ertönt, in das Volk werfen zu können, von der Möglichkeit einer Revolution! (Stürmischer, langandauernder Beifall und Händeklatschen rechts, im Zentrum und links.) Das deutsche Volk wird mit mir kein Verständnis für dieses Wort haben. (Erneuter Beifall.) Aber ebensowenig lasse ich mich von meinem Wege abdrängen durch den Versuch des Herrn Abgeordneten Roesicke, mich als im Banne der Sozialdemokratie hinzustellen. (Sehr gut!)

Meine Herren, ich befinde mich in dem Banne keiner Partei (lebhafter Beifall im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und bei der Deutschen Fraktion), weder links noch auch von Ihnen (nach rechts)! (Zurufe rechts.) — Nein, gewiß nicht, und es ist mir eine Freude, das festzustellen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wenn ich mich in einem Banne befinde, so ist es der Bann des deutschen Volkes, meines Volkes, dem ich allein zu dienen habe (lebhafter Beifall), dessen Söhne insgesamt für das Leben, für das Dasein der Nation kämpfen, festgeschart um ihren Kaiser, dem sie vertrauen, und der ihnen vertraut. (Bravo! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Das Kaiserwort vom August,[1] es lebt unverfälscht, nicht falsch ausgemünzt. Der Herr Abgeordnete Roesicke, der sich als ein besonderer Hüter dieses Wortes hier hinstellte (sehr gut! links), wird die nötige Antwort für das unverfälschte Fortbestehen dieses Kaiserwortes in der Osterbotschaft des Kaisers lesen können, die von mir gegengezeichnet ist. (Sehr richtig! links.) Ich vertraue darauf, daß meine Zurückhaltung, die ich üben muß — es wäre gewissenlos von mir, wenn ich sie nicht übte —, daß diese Zurückhaltung bei der Mehrheit des Reichstags Verständnis finden wird (sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei

---

[1] Vgl. S. 2.

und der Deutschen Fraktion), und ebenso auch draußen im Volk. (Erneute Zustimmung im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.)

Meine Herren, seit über einem Monat toben die unerhörtesten Schlachten an unserer Westfront.[1] Das ganze Volk lebt mit all seinen Sinnen und Sorgen, mit seinem Denken und Danken allein bei seinen Söhnen draußen, die in beispielloser Zähigkeit und Todesverachtung dem täglich erneuerten Ansturm der Engländer und Franzosen trotzen. (Bravo!) Meine Herren, auch heute sehe ich bei England und bei Frankreich noch nichts von Friedensbereitschaft (sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und bei der Deutschen Fraktion), noch nichts von Preisgabe ihrer ausschweifenden Eroberungs- und wirtschaftlichen Vernichtungsziele. Wer sind denn die Regierungen gewesen, die frei im vorigen Winter vor die Welt getreten sind, um diesem Wahnsinn des Weltmordes ein Ende zu machen? Haben die in London und Paris gesessen? Die letzten Stimmen, die ich aus London gehört habe, lauten doch dahin: die Kriegsziele, die wir vor zwei Jahren verkündet haben, leben unverändert fort.[2] Der Herr Abgeordnete Scheidemann wird nicht glauben, daß ich dieser Stimmung mit einer schönen Geste entgegentreten könnte. Glaubt denn bei dieser Verfassung unserer westlichen Feinde jemand, durch ein Programm des Verzichts und der Entsagung diese Feinde zum Frieden bringen zu können? (Sehr wahr! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Und darauf kommt es doch an. (Wiederholte Zustimmung im Zentrum, bei den Nationalliberalen, bei der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Soll ich diesen unseren westlichen Feinden geradezu eine Versicherung geben, die ihnen gestattet, ohne jede Gefahr eigenen Verlustes den Krieg ins Ungemessene zu verlängern? (Sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fort-

[1] Am 9. April hatte die erste große Durchbruchsschlacht der Engländer bei Arras, am 23. die zweite, am 28. die dritte bei Lens begonnen, während gleichzeitig die Franzosen an der Aisne, bei Reims und in der Champagne Durchbruchsversuche in großem Stil unternahmen.

[2] Noch am 16. Mai hatte der englische Blockademinister Lord Robert Cecil im Unterhause erklärt, daß die bekannte englische Kriegszielerklärung (vgl. S. 21, Anm. 2) noch immer zu Recht bestehe.

schrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Soll ich diesen Feinden sagen: möge es kommen, wie es will, wir werden unter allen Umständen die Verzichtenden sein, wir werden euch kein Haar krümmen. Aber ihr, die ihr uns ans Leben wollt, ihr könnt ohne jedes Risiko euer Glück weiter versuchen? (Sehr gut! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Oder soll ich das Deutsche Reich nach allen Richtungen hin einseitig auf eine Formel festlegen, die von der Gesamtheit der Friedensbedingungen doch nur einen Teil erfaßt (sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion), die einseitig die Erfolge preisgibt, die unsere Söhne und Brüder mit ihrem Blute errungen haben, und die alle übrigen Rechnungen in der Schwebe läßt? Eine solche Politik lehne ich ab (Bravo! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion). Ich werde eine solche Politik nicht führen. Sie wäre der schnödeste Undank gegen unsere Kämpfer an der Aisne und vor Arras, sie würde unser Volk bis zum geringsten Arbeiter in seinen ganzen Lebensbedingungen dauernd herabdrücken, sie wäre gleichbedeutend mit einer Preisgabe der Zukunft unseres Vaterlandes.

Und, meine Herren, soll ich etwa umgekehrt ein Eroberungsprogramm aufstellen? Auch das lehne ich ab. (Zurufe rechts und links.) — Wenn es nicht verlangt worden ist, dann sind wir ja (nach rechts) einer Ansicht. Ich sage noch einmal: auch ein Eroberungsprogramm aufzustellen, lehne ich ab. Nicht um Eroberungen zu machen, sind wir in diesen Krieg gezogen und stehen wir jetzt im Kampfe fast gegen die ganze Welt, sondern ausschließlich, um unser Dasein zu sichern und die Zukunft der Nation fest zu gründen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Ebensowenig wie ein Verzichtsprogramm hilft ein Eroberungsprogramm den Sieg gewinnen und den Krieg beenden. Im Gegenteil. Ich würde lediglich das Spiel der feindlichen Machthaber spielen, ich würde es ihnen erleichtern, ihre kriegsmüden Völker weiter zu betören (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) und den Krieg ins Ungemessene zu verlängern. Auch das wäre ein schnöder Undank gegen unsere Kämpfer draußen. (Sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.)

Meine Herren, was unsere östlichen Nachbarn, was Rußland anlangt, so habe ich neulich darüber gesprochen.[1] Es scheint, als ob das neue Rußland alle gewaltsamen Eroberungspläne von sich ablehnte. Ob Rußland im gleichen Sinne auf seine Verbündeten wirken will und wirken kann, vermag ich nicht zu übersehen. Zweifellos ist England unter dem Beistande seiner übrigen Verbündeten mit allen Mitteln bemüht, Rußland auch weiterhin vor den englischen Kriegswagen zu spannen (sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion) und russische Wünsche auf baldige Herbeiführung des Weltfriedens zu durchkreuzen. (Hört, hört! links.) Wenn aber, meine Herren, Rußland weiteres Blutvergießen von seinen Söhnen fernhalten will, wenn es alle gewaltsamen Eroberungspläne für sich aufgibt, wenn es ein dauerndes Verhältnis friedlichen Nebeneinanderlebens zu uns herstellen will — ja, meine Herren, dann ist es doch eine Selbstverständlichkeit, daß wir, die wir diesen Wunsch teilen (Bravo! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion), das dauernde Verhältnis der Zukunft nicht zerstören, seine Entwicklung nicht durch Forderungen unmöglich machen werden (lebhaftes Bravo und Händeklatschen im Zentrum und links), die sich mit der Freiheit und dem Willen der Völker selbst nicht vertragen, und die ins russische Volk nur den Keim zu neuer Feindschaft legen würden. (Sehr richtig! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Ich zweifle nicht daran, daß sich eine ausschließlich auf gegenseitige ehrliche Verständigung gegründete Einigung finden ließe, die jeden Gedanken an Vergewaltigung ausschließt, die keinen Stachel, die keine Verstimmung zurückläßt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, unsere militärische Lage ist so gut, wie sie wohl niemals seit Kriegsbeginn gewesen ist. (Bravo!) Die Feinde im Westen dringen trotz ungeheuerlichster Verluste nicht durch. Unsere Unterseeboote arbeiten mit steigendem Erfolge.[2] (Bravo! im Zentrum, bei den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Fraktion.) Ich will darüber

[1] Am 29. März 1917. Vgl. S. 226.
[2] Das Aprilergebnis betrug 1091000 Bruttoregistertonnen.

keine starken Worte brauchen. Die Taten unserer U-Bootsleute sprechen für sich selbst. (Sehr wahr! rechts, im Zentrum und links.)

Ich denke, auch die Neutralen werden das erkennen. Soweit es mit den Pflichten gegen unser eigenes Volk, die immer und überall voranstehen, vereinbar ist, berücksichtigen wir die Interessen der neutralen Staaten. Die Zusagen, die wir ihnen gemacht haben, sind nicht leere Versprechungen, wir halten sie. Das gilt ebensogut für unsere Grenznachbarn, für Holland, für die skandinavischen Reiche, wie für die Staaten, welche infolge ihrer geographischen Lage dem feindlichen Druck besonders ausgesetzt sind.

Ich denke dabei insbesondere an Spanien, das getreu seinen ritterlichen Überlieferungen unter großen Schwierigkeiten eine selbstbewußte Neutralitätspolitik durchzuführen vermocht hat. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Fraktion, im Zentrum, bei den Nationalliberalen und links.) Wir erkennen diese Haltung mit Dank an (Bravo!) und haben nur den einen Wunsch, daß das spanische Volk die Früchte seiner selbständigen und starken Politik in einer Entwicklung zu Macht und weiterer Blüte ernten möge.[1] (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, die Zeit läuft für uns. Wir können die volle Zuversicht haben, daß wir uns dem guten Ende nähern. Dann wird die Zeit kommen, wo wir über unsere Kriegsziele, bezüglich deren ich mich in voller Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung befinde[2] (stürmischer Beifall rechts, bei der Deutschen Fraktion, im Zentrum, bei den Nationalliberalen und

[1] Die besondere Hervorhebung Spaniens erklärt sich daraus, daß zwischen der spanischen und der deutschen Regierung Differenzen wegen der Führung des Unterseebootkrieges bestanden hatten, in deren Verfolg eine spanische Note vom 20. April (vgl. Deutscher Geschichtskalender 1917, I, S. 854 f.) das Recht Spaniens zur Verteidigung seines Lebens betonte. Eine deutsche Antwortnote, die die Rechte Spaniens in seinen Hoheitsgewässern anerkannte, hatte aber die Spannung beseitigt.

[2] Die scharfe Betonung der Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung, die nachher von der konservativen Presse so ausgelegt wurde, als habe der Kanzler hinter der Heeresleitung Deckung gesucht, erklärt sich aus dem Versuch des Abgeordneten Roesicke, die Oberste Heeresleitung gegen die Reichsleitung auszuspielen. Wie aus einer dem konservativen Sprecher vom Reichstagspräsidenten erteilten Rüge hervorgeht, hätte er gesagt, daß bei der Obersten Heeresleitung zwar der Siegeswille vorhanden sei, daß es aber scheine, als wenn die Reichsleitung diesen Siegeswillen nicht habe. In dem Stenogramm der Rede findet sich eine solche Äußerung nicht; der Abgeordnete Roesicke muß sie also nachträglich ausgemerzt haben.

links — hört, hört! bei den Sozialdemokraten), mit unseren Gegnern verhandeln können. Dann wollen wir einen Frieden erringen, der uns die Freiheit gibt, in ungehemmter Entfaltung unserer Kräfte wieder aufzubauen, was dieser Krieg zerstört hat, damit aus all dem Blut und all den Opfern ein Reich und Volk neu erstehe, stark, unabhängig, unbedroht von seinen Feinden, ein Hort des Friedens und der Arbeit. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Fraktion, im Zentrum, bei den Nationalliberalen und links.)

In der nach der Rede des Reichskanzlers eintretenden Besprechung beider Interpellationen verlas der Abgeordnete Dr. Spahn namens des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen Partei und der Mehrheit der Deutschen Fraktion, die sämtlich der Rede lebhaften Beifall gespendet hatten, eine Erklärung, die das ausdrückliche Einverständnis dieser Parteien mit der vom Reichskanzler hinsichtlich der Kriegsziele geübten Zurückhaltung aussprach. Es hieß darin u. a.: „Wir sind in der Anschauung einig, daß zurzeit im Reichstag eingehende Erörterungen über Friedensziele des Deutschen Reichs den richtig verstandenen Interessen unseres Vaterlandes nicht dienlich sind ... Der Herr Reichskanzler hat in früheren Reden seine Ziele umschrieben. Mit ihm sind wir einverstanden, wenn er es jetzt ablehnt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einzelheiten seiner Kriegsziele unseren Feinden preiszugeben. Uns genügt es, wenn die Reichsleitung weder uferlose Eroberungspläne verfolgt noch auf den Gedanken eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen sich festlegt ... Unser Volk wird — dessen sind wir sicher — aus den ungeheuren Ereignissen der Gegenwart mit uns die Folgerung ziehen, daß für den Herrn Reichskanzler heute Zurückhaltung geboten ist. Mehr als je muß in dieser Stunde unser Losungswort Zusammenschluß sein, nicht Spaltung und Streit." Von der äußersten Linken und der äußersten Rechten wurde freilich die in diesen Worten liegende Mahnung nichts weniger als beherzigt. Sowohl der Abgeordnete Ledebour von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft — sie nannte sich jetzt Unabhängige Sozialdemokratie — wie der Abgeordnete von Graefe von den Konservativen bemängelten an der Rede des Reichskanzlers, daß sie die vom Reichstage verlangte Klarheit über die Wege der Regierung nicht gebracht habe. Der Abgeordnete Ledebour wollte aus den Worten des Reichskanzlers, insbesondere aus dem Passus über die Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung, den Schluß ziehen, daß er tatsächlich Annexionen in weitem Umfange ins Auge gefaßt habe. In dieser Beziehung nahm der Redner der sozialdemokratischen Partei, Dr. David, den Reichskanzler nachdrücklich in Schutz: er habe sich keineswegs dem Annexionsprogramm der Rechten genähert, vielmehr es zurzeit aus taktischen Gründen abgelehnt, überhaupt sein Programm darzulegen. Für voll befriedigt erklärte sich auch Dr. David nicht durch die Darlegungen Bethmann Hollwegs, die allerdings die letzte Klarheit vermissen ließen. Aber er fand doch in ihnen außerordentlich wertvolle Momente, gerade vom sozialdemokratischen Standpunkte aus: die Erklärung, daß die deutsche Reichsregierung die russischen Wünsche nach der Herstellung eines dauerhaften Verhältnisses friedlichen Nebeneinanderlebens teile, die Betonung des Einvernehmens zwischen

der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung hinsichtlich der Friedensfrage usw. Am schärfsten unter allen Rednern wandte sich der konservative Abgeordnete von Graefe gegen den Kanzler. Nicht nur, daß er immer wieder die Zweideutigkeit der Kanzlerrede betonte, er tadelte auch, daß sie „nicht die Beruhigung, nicht die Zuversicht, nicht den Zustand schaffe, den wir für notwendig halten, um endlich die Stimmung im Volke wieder zu begeistern, damit wir die Sicherheit haben, zu wissen, wofür wir kämpfen, und damit vor allen Dingen unsere Feldgrauen wissen, wofür sie kämpfen". Ja, der konservative Redner ging so weit, auch aus den absolut klaren und eindeutigen Worten des Kanzlers über seine volle Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung die Möglichkeit einer zweifachen Auslegung herausdestillieren zu wollen, was sogar den Präsidenten zu einer Rüge veranlaßte. Deutlich ließ auch der Abgeordnete von Graefe durchblicken, daß es letzten Endes doch die innerpolitische Stellung des Reichskanzlers war, die diesem die Feindschaft der Konservativen Partei zugezogen hatte. „Das ist ja auch der schwere Vorwurf, den wir der Regierung machen, daß sie ihre pflichtmäßige Führerrolle aus der Hand gibt und sie unverantwortlichen Kreisen überläßt. Dadurch gerät die Arbeiterschaft schließlich in eine Stimmung, die ihrer Gesinnung gar nicht entspricht." Auf den gleichen Schluß führen die Bemerkungen, die der Abgeordnete Graf Westarp am gleichen Tage bei der Fortsetzung der Beratung des Etats für den Reichskanzler machte. Nicht allein auf dem Gebiet der äußeren Politik wollte Graf Westarp jede Klarheit bei dem Kanzler vermissen, sondern auch in der inneren Politik. Er glaubte bei Herrn von Bethmann Hollweg die Auffassung zu erkennen, als müsse er „den immer wieder anstürmenden Forderungen der Demokratisierung und der Neuorientierung entgegenkommen, um durch solches Entgegenkommen gegen einzelne Forderungen weitergehende Forderungen hintanzuhalten, und vor allen Dingen, um so die Einigkeit im Volke zu erhalten, die demokratischen Parteien bei der vaterländischen Politik festzuhalten und so auch die Massen bei der Einigkeit des Volks zu erhalten." „Haben Sie den Eindruck," so schloß Graf Westarp seine scharf gegen Herrn von Bethmann Hollweg zugespitzte Rede, „daß der Reichskanzler in diesen Fragen der Neuorientierung und der Neugestaltung der inneren Politik mit fester Hand als leitender Staatsmann die Führung übernommen hat? Ich sage offen: Ich habe den Eindruck nicht."[1]

Die scharfe Stellungnahme der konservativen Reichstagsfraktion gegen den Reichskanzler griff auch auf die konservative Presse über. Zwar gaben sich die „Kreuzzeitung", die „Deutsche Tageszeitung" usw. den Anschein, als ob mit dem Abrücken des Kanzlers von dem „Scheidemannfrieden" der Zweck der konservativen Interpellation wenigstens teilweise erreicht sei, aber ihre Unzufriedenheit mit dem Kanzler blickte überall zwischen den Zeilen durch. In der „Kreuzzeitung" schrieb Otto Hoetzsch: „Es ist also wie vor dieser Rede: niemand auf der Welt weiß, was der deutsche Kanzler politisch vom Ausgange des Krieges will ... Herr von Bethmann Hollweg lehnt jede politische Beeinflussung des Kriegsverlaufes heute ab; er handelt –

[1] Noch klarer wird der allgemeine Vorstoß der Konservativen Partei gegen den Reichskanzler aus der scharfen Rede, die der Führer der Partei, Herr von Heydebrand und der Lase, am Himmelfahrtstage 1917, zwei Tage nach der Reichstagsdebatte vom 15. Mai, in Herford hielt. Ich habe damals drei offene Briefe an den Abgeordneten von Heydebrand gerichtet, die zuerst in den „Grenzboten" und dann auch als Broschüre erschienen.

anders ist sein Schlußwort doch nicht zu deuten — auch heute weltpolitisch nicht. Er hält nach wie vor daran fest, eine politische Initiative, die jetzt so dringend notwendig ist, nicht zu ergreifen — darum kann seine Rede trotz des Beifalls, den sie im Reichstage fand, die zu Boden drückende und beängstigende Sorge, die durch unser Volk zieht, nur noch steigern." Auch das Wort des Kanzlers, daß er nur eine oberste Instanz, das deutsche Volk, kenne, wollte die „Kreuzzeitung" nicht gelten lassen: er vergesse, daß schließlich doch auch die Rechte zum Volk gehöre! Die „Deutsche Tageszeitung" stieß in dasselbe Horn: Der Kanzler habe seine Gegnerschaft gegen die Konservativen schärfer akzentuiert als die gegen den Abgeordneten Scheidemann. In der Unzufriedenheit mit der Kanzlerrede berührten sich die konservativen und die ihnen nahestehenden annexionistischen Blätter wie die „Deutsche Zeitung", die „Berliner Neuesten Nachrichten", der „Deutsche Kurier" usw. mit dem „Vorwärts", der seinerseits konstatierte: „Neun Zehntel dieser Rede waren nur dem Zweck gewidmet, diese gewollte Unklarheit als berechtigt und politisch klug erscheinen zu lassen." Das Gros der deutschen Presse aber fand doch, daß der Kanzler nach Lage der Dinge kaum eine andere Haltung hätte einnehmen können. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb: „Es ist Herrn von Bethmann Hollweg gelungen — auch diesmal — für eine Politik, die die mittlere Linie zwischen den Forderungen der maßlosen Annexionisten und denen der Gegner jeder Landerwerbung und Geldentschädigung hält, eine Mehrheit im Reichstage zu finden ... Wir haben schon vor der heutigen Sitzung ausgeführt, daß wir eine andere Haltung der Reichsregierung als eben die heute eingenommene, unter den jetzt noch herrschenden Umständen nicht für möglich halten." Ähnlich Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung": „Wir stimmen mit dem Reichskanzler durchaus darin überein, daß eine Klarlegung unserer Kriegsziele bis ins einzelne nicht nützlich ist. Und zwar weder positiv noch negativ ... Es darf in diesen wichtigen Stunden nur mit vollster Aufrichtigkeit und nur das gesprochen werden, was hinterher auch dauernd vertreten werden kann ... Die Beantwortung der Kriegsziel-Interpellationen durch den Kanzler war eine große und echte politische Rede. Hatte sie in ihren ersten Teilen unseren westlichen Feinden die Gefahr ihres weiteren Verharrens bei ihren wahnwitzigen Kriegszielen gezeigt, so gab sie in ihrem letzten Teil endlich die von vielen sehnsüchtig erwartete und von uns immer wieder von neuem befürwortete Erklärung gegenüber dem russischen Volke ... Wir hoffen, daß die Worte des Kanzlers in Rußland verstanden werden. Sie wiegen um so schwerer, als hinter ihnen die ganz überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes steht." Wesentlich resignierter äußerte sich das „Berliner Tageblatt": „Die Rede des Herrn von Bethmann Hollweg, in der manche Wahrheiten stehen und andere fehlen, wird nicht sehr viel in dieser Jammerwelt wandeln, und das kann eine Rede heute auch wohl nicht. Vorläufig wird das Blut weiterfließen." Ein starkes Echo fand außen- und innenpolitisch die Kanzlerrede in der „Kölnischen Zeitung". Den Gipfel- und Kernpunkt fand das rheinische Blatt in den an Rußlands Adresse gerichteten Worten: „Stürmischer Beifall und Händeklatschen waren der Widerhall bei Abgeordneten und Zuhörern, und diese Kundgebungen werden sich im ganzen deutschen Volke fortpflanzen." An die Worte des Kanzlers, daß er im Banne des deutschen Volkes sei, knüpfte die „Kölnische Zeitung" die Bemerkung: „Man darf erwarten, daß dies neue und schöne Bekenntnis zum Glauben und zum Vertrauen auf das deutsche Volk die Nation aufs neue zusammenschließen wird zu einiger Arbeit fürs Vaterland." Uneingeschränkt stellte sich auch die „Germania" auf den Boden der Kanzlerrede.

„Wer diese neueste Kanzlerrede in Ruhe liest und auf sich wirken läßt, wird sich dem Eindruck nicht verschließen können: der Mann weiß, was er will, er weiß sachlich, worauf seine Politik hinzielt, und er weiß nicht minder, wie er sich taktisch einzurichten hat, um den Weg zu dem erstrebten Ende nicht zu verfehlen. Wenn man sich das richtig überlegt, wird man uns zugestehen müssen, daß all das immer wiederkehrende Gerede von der Führerlosigkeit, die bei uns auf politischem Gebiete herrschen soll, nichts weiter ist als die Ausbeutung eines zugkräftigen, aber billigen und innerlich wertlosen Schlagwortes. Zu einer tatkräftigen Führung der Massen gehört keineswegs, daß in jedem Stadium des Weges dem einzelnen erklärt wird, was nun in dem und dem Punkt zu geschehen habe, sondern daß allen der Stern deutlich vor Augen bleibt, der den Vorwärtsstrebenden voranleuchten muß, und das ist in unserem Fall die Sicherung unseres Daseins in kultureller, politischer und wirtschaftlicher Beziehung.“ Große Bedeutung maß die „Germania“ der Bildung des neuen „Blocks der Mitte“ bei: „Es ist überaus erfreulich und ein neues Zeugnis für die politische Reife des deutschen Volkes, daß in seiner Volksvertretung sich eine kompakte Parteigruppierung gefunden hat, die bereit ist, die Gründe der Reichsregierung zu würdigen und sich, solange es die Umstände erfordern, mit den großen Richtlinien für die Kriegsziele zu begnügen, die der Kanzler früher aufgestellt hat.“ Und selbst die „Tägliche Rundschau“, ein den alldeutschen Kreisen nahestehendes Blatt, erkannte an: „Seit dem 4. August hatte Herr von Bethmann Hollweg keinen besseren Tag. Seine Wirkung auf das Haus war stark.

Die Wirkung der Kanzlerrede vom 15. Mai erstreckte sich aber auch über den Reichstag und die heimische Presse hinaus auf das Ausland. Stark war der Eindruck wie bei sämtlichen Reden Herrn von Bethmann Hollwegs vor allem in Österreich-Ungarn, wo die ganze Presse volles Verständnis für die scharfe Unterscheidung zeigte, die der Kanzler zwischen dem Mangel an Friedensliebe in England und Frankreich und der Haltung des revolutionären Rußland gemacht hatte. Auch darin gab die österreichisch-ungarische Presse durchweg dem Kanzler recht, daß jede programmatische Angabe der Kriegsziele nur eine Verlängerung des Krieges bedeuten würde. Von den neutralen Blättern wollte manches in der Rede eine Sphinxrede sehen wie die dänische „Nationaltidende“, aber es fanden sich doch auch viele Stimmen, die wie „Stockholms Dagblad“ die Weigerung des Kanzlers, sich während des schlimmsten Waffenlärms um Kriegsziele zu bemühen, klug fanden. „Aftonbladet“ kam zu dem Schlußurteil, daß der Kanzler zweifellos aus der Interpellationsdebatte sowohl nach innen wie nach außen gestärkt hervorgegangen sei. Seine Festigkeit und sein klares Zielbewußtsein werde beruhigend auf den Sinn des Landes wirken und vermehrte Unruhe und Unsicherheit innerhalb der Entente hervorrufen, deren Zusammenhalt durch die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland immer mehr gefährdet werde. Die russischen Pazifisten würden sicherlich durch die Äußerungen des Reichskanzlers über Friedensbereitschaft gegenüber Rußland Wind in ihre Segel bekommen. „Eine nach Rußland ausgestreckte Hand“ nannte das dänische Blatt „Politiken“ die Kanzlerrede. Wohl habe der Kanzler sich vorsichtig ausgedrückt und nicht das Wort „Sonderfrieden“ mit Rußland ausgesprochen, dafür habe er eine scharfe Grenze zwischen „unserem Nachbar Rußland“ und „unseren westlichen Feinden“ gezogen. Die Hauptfrage sei, ob der Kanzler und die Mehrheitsparteien, wenn es Rußland gelinge, die Entente umzustimmen, sich auch den westlichen Feinden gegenüber entgegenkommend zeigen würden.

Schwere Besorgnisse löste die Kanzlerrede bei den Blättern der Entente aus. Man fürchtete allgemein, daß es dem Kanzler gelingen könne, Rußland zum Friedensschluß zu locken. Diese Furcht schien ja zunächst durch die Erklärung der neu zusammengesetzten provisorischen russischen Regierung vom Mai gegenstandslos zu werden, die zwar jeden Gedanken an einen Sonderfrieden ablehnte, aber — und das lag doch in der Richtung der Kanzlerrede — Bemühungen in Aussicht stellte, um auch die übrigen Regierungen der Entente auf den russischen Standpunkt eines Friedens ohne Annexionen, ohne Beschlagnahme nationaler Güter usw. hinüberzuziehen. Die französischen und englischen Staatsmänner haben sofort mit Bemühungen eingesetzt, um die russische Regierung von dieser Absicht, die so ganz und gar nicht zu ihren eigenen Kriegszielen paßte, abzubringen. Der französische Ministerpräsident Ribot zitierte in der Kammersitzung vom 22. Mai das Wort eines russischen Generals, daß es lächerlich sei, bestimmte Vorschläge über einen Frieden ohne Eroberungen zu machen, während die Deutschen noch Teile von Frankreich, Rußland, Belgien und Serbien besetzt hielten. Im englischen Unterhaus bemühte sich Mr. Asquith krampfhaft, der russischen Regierung wenigstens gewisse Arten von Annexionen plausibel zu machen. Überall leuchtete die Besorgnis durch, daß es dem deutschen Reichskanzler gelingen könne, das divide et impera anzuwenden. Z. B. schrieb der frühere französische Minister Pichon im „Petit Journal", die Kanzlerrede sei voller Lehren für die Entente. Der Kanzler räume Rußland direkte Vorteile ein und zeige Spanien, daß er gern gewillt sei, ihm zu Gibraltar zu verhelfen. „Die Rede des Kanzlers unterscheidet sich in hohem Maße von den übrigen Kanzlerreden und verdient wohl überdacht und im Gedächtnis gehalten zu werden."

So bedeutete die letzte öffentliche Rede, die Herr von Bethmann Hollweg als Reichskanzler gehalten hat, noch einmal einen großen, durch die abseits stehenden Stimmen der Konservativen und Annexionisten in Deutschland nicht ernstlich geschmälerten Erfolg. Seine Stellung, die seine Feinde durch ihre immer wiederholten Vorstöße zu untergraben gesucht hatten, schien sich unter dem Eindruck der Rede vom 15. Mai eher zu befestigen; das immer festgehaltene Ziel, das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit einig und geschlossen zusammenzuhalten, schien durch die Bildung einer festen Mehrheit in größere Nähe gerückt zu sein. Der Erfolg ist ja nicht von Dauer gewesen; wenige Monate später trat die Julikrise ein. Aber nicht besser und wirkungsvoller konnte die letzte öffentliche Kanzlerrede, gerade im Hinblick auf seinen Abgang, ausklingen, als mit dem Bekenntnis, daß er sich im Banne des deutschen Volkes befinde, seines Volkes, dem er allein zu dienen habe. „Im Banne meines Volkes," das ist das Wort, das alle Kriegsreden Herrn von Bethmann Hollwegs von der ersten bis zur letzten kennzeichnet, und in dessen Zeichen sie von neuem in das deutsche Volk hinausgehen mögen!

Personen- und Sachregister

A

J

L

S

W